



Stabil
in bewegten
Zeiten

Baden-Württemberg kann es

Stabil in bewegten Zeiten

Vorwort von Cem Özdemir	2
1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen	6
1.1. Wohlstand erneuern: unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken	7
1.2. Möglichkeiten ausbauen: Infrastruktur, die modern und klimafreundlich ist	14
1.3. Innovation aus Tradition: wettbewerbsfähig im Wandel	18
1.4. Möglichkeiten anstoßen: ein leistungsstarker Staat und starke Kommunen	20
1.5. Möglichkeiten erhalten: Finanzpolitik mit Weitblick	23
2. Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern	26
2.1. Chancen starten: gute Kitas und starke Familien	26
2.2. Chancen sichern: gute Schule und Bildung, die jedes Kind erreicht	28
2.3. Chancen erweitern: gute berufliche Bildung und bessere Studienbedingungen für alle	34
2.4. Chancen ausbauen: Weiterbildung fördern und Arbeitsplätze sichern	37
3. Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen	38
3.1. Klimaschutz mit Zukunft: Wir erhalten, was uns erhält	38
3.2. Für die Zukunft wappnen: Wir schützen Baden-Württemberg vor Hitze und Starkregen	40
3.3. Klimaschutz mit Zukunft: klimaneutral, dezentral und gerecht	41
3.4. Zukunft voller Leben: Natur und Tiere schützen und die Vielfalt der Arten bewahren	42
3.5. Zukunft sichern: Landwirtschaft und Ernährung stärken, Wald und Tiere schützen	43
4. Baden-Württemberg bietet Perspektive: überall gut leben	48
4.1. Mobilität mit Perspektive: zuverlässig unterwegs im ganzen Land	48
4.2. Wohnen mit Aussicht: sicher und bezahlbar	55
4.3. Gesundheit in Bewegung: gut versorgt	60
4.4. Land der Kultur: Orte der Verbindung	65
4.5. Kraft des Landes: ländlicher Raum in Bewegung	67
5. Zusammen stark: Unserer Heimat Zukunft in Sicherheit, Demokratie, Vielfalt und Freiheit geben	69
5.1. Gemeinschaft gibt Halt: was uns beieinander hält	69
5.2. Rechtsstaat gibt Halt: Freiheit sichern, Demokratie stärken, Bedrohungen bekämpfen	76
5.3. Werte verteidigen: Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen	80

Stabil in bewegten Zeiten

Baden-Württemberg kann es

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mein Name ist Cem Özdemir. Sie kennen mich. Ich möchte Ministerpräsident meines Heimatlandes Baden-Württemberg werden. Hier bin ich zuhause. Ich wurde in Bad Urach geboren, habe dort die Schule besucht und später meine Ausbildung zum Erzieher in der evangelischen Fachschule in Freudenstadt gemacht. Vor drei Jahrzehnten wurde ich von Ihnen zum ersten Mal in den deutschen Bundestag gewählt. Seitdem mache ich Politik. Für das Land, für die Leute, die hier leben.

Ich habe nie vergessen, wo ich herkomme. Das Land und seine Menschen haben mir viel gegeben. Ohne Sie wäre ich nicht der, der ich heute bin. Jetzt will ich Ihnen etwas zurückgeben. Deshalb trete ich am 8. März 2026 bei der Landtagswahl an. Ich will das Versprechen auf eine starke und lebenswerte Heimat als Ministerpräsident erneuern und die Zukunft sichern. Mit Tatkraft, politischer Erfahrung und gesundem Menschenverstand.

Mit dem Begriff „Heimat“ verbindet jeder etwas anderes. Inzwischen ist es ein sehr umkämpfter Begriff. Manche pumpen die Vokabel wieder mit Blut und Boden auf. Dagegen kämpfe ich mit aller Kraft. Für mich bedeutet Heimat vor allem Geborgenheit, die Aussicht auf ein gutes Leben. Meine Eltern wurden in der Türkei geboren und haben in Bad Urach ihre neue Heimat gefunden. Dort habe ich sie auf ihren Wunsch auch begraben. Mehr Heimmattreue geht wohl nicht.

Deshalb gilt für mich in allen Lagen die Prämisse, die mir meine Eltern mit auf den Lebensweg gegeben haben: Entscheidend ist nicht, wo einer herkommt. Entscheidend ist, wo jemand hinwill. Und wie er sich benimmt. Das passt gut zur Philosophie, die mir in Baden-Württemberg immer wieder begegnet ist.

Unser Land ist reich an Natur; Bodensee, Schwäbische Alb, Schwarzwald, die Täler von Rhein, Neckar und Donau. Jeder von uns hat dazu freundliche Bilder im Kopf. Ich denke zum Beispiel an den Wasserfall von Bad Urach, wo ich als Junge mit meinen Freundinnen und Freunden im Wald gespielt habe.

Dort, in den Tälern und auf den Höhen, kam beides zusammen; Freundschaft und Natur. Denn vor allem wird Baden-Württemberg von seinen Menschen geprägt. Von Ihnen allen. Nirgendwo sonst in Deutschland sind Schaffigkeit, Erfinder-

geist und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen so gegenwärtig und selbstverständlich wie bei uns.

Was hat das mit Politik zu tun? Alles. Ohne Gemeinsinn, Zuversicht und Zukunftskraft ist jede Politik, auch jeder Einzelne, verloren. Ohne diesen Schatz an guten Eigenschaften funktioniert kein Zusammenleben. Ich weiß das aus persönlicher Erfahrung. Wenn meine Eltern nicht weiterwussten, gab es Freunde, Lehrer, Eltern von Schulkameraden, die mich an die Hand genommen und mir geholfen haben.

Das ist der Geist, den wir auch in Zukunft brauchen und der uns stark macht. Wir kümmern uns umeinander, wir packen an, wo es etwas zu tun gibt. Wir halten zusammen. Wer jetzt die Augenbrauen hochzieht und zweifelt, dem sei gesagt: Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich und übernehmen Verantwortung füreinander. Auch da sind wir spitze! Und darauf können und sollten wir sehr stolz sein.

Ich war in den vergangenen Monaten fast täglich im Land unterwegs, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Um meine Ideen für Baden-Württemberg vorzustellen. Vor allem aber: um Ihnen zuzuhören. Das war wichtig und bereichernd. Deshalb gebe ich hier zu Protokoll:

Ich habe verstanden.

Schönfärberei liegt mir fern. Ich weiß, dass sich viele Menschen große Sorgen machen. Manche trauen dem Staat, den demokratischen Parteien und der Wirtschaft nicht mehr viel zu. Sie erwarten völlig zu Recht, mehr Sicherheit und Verlässlichkeit in allen Lebenslagen. Im Job, im öffentlichen Raum, beim Klima. Das Leben muss bezahlbar bleiben, im Supermarkt wie bei den Mieten. Die Aufgabe der Politik ist es nicht, Probleme zu beschreiben oder kleinzureden. Sondern Probleme zu lösen.

Das will ich angehen, mit all meiner Erfahrung nach 30 Jahren als Abgeordneter aus Baden-Württemberg und Bundesminister. Politik ist zuweilen ein vertracktes Geschäft. Aber ich kenne die Fallstricke und weiß, wie es geht, um das Beste zu erreichen. Denn das Beste kann noch vor uns liegen, wenn wir uns einen Ruck geben, einander zuhören, nicht übereinander herfallen und die Probleme gemeinsam anpacken.

Zeit des Umbruchs, Zeit der Chancen

Unser Land kann auf eine bärenstarke Geschichte zurückblicken. Aber reden wir Tacheles. Manche Grundlagen unseres Erfolges sind brüchig geworden. Der Sturm der Veränderung bläst uns stramm ins Gesicht. Kraftmeierei und nationalistische Alleingänge verdrängen gemeinsame Regeln, Zollmauern bremsen den freien Handel, unser technologischer Vorsprung ist geschrumpft. Unsere traditionellen Kernbranchen, Automobilindustrie und Maschinenbau, stehen vor einer historischen Bewährungsprobe.

Ob wir dem Druck standhalten und die Zukunft meistern, haben wir selbst in der Hand. Mir ist nicht bange. In Baden-Württemberg ist das Beste versammelt, was Deutschland zu bieten hat. Wir müssen die Talente nur abrufen und ihnen den Weg freimachen.

Die aktuellen Debatten sind von Wirtschaftsängsten und der Sorge um Sicherheit geprägt. Die Lösung dieser Probleme begreife ich als meinen persönlichen Auftrag. Sprech- und Denkverbote gibt es für mich nicht.

Die Klimakrise ist dabei zuletzt in den Hintergrund getreten, obwohl es keinen Grund gibt, Entwarnung zu geben. Der Klimawandel geht alle an, nicht nur meine Partei! Der Schutz des Klimas ist ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Unter der globalen Erhitzung leidet unsere Heimat, leiden Mensch, Pflanzen und Tiere, leidet unsere Landwirtschaft. Nicht die Klimaschützer sind Wohlstandsvernichter, wie es manche behaupten. Der Klimawandel vernichtet Wohlstand in einem gigantischen Ausmaß, wenn wir ihn nicht stoppen.

Baden-Württemberg kann es

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Die Zeit um zehn, zwanzig Jahre zurückdrehen, wie uns manche weismachen wollen, wird auch nicht funktionieren. Was ist zu tun? Wir müssen uns für die Härten unserer Zeit wappnen und unsere Widerstandskraft stärken. Wir müssen den Wettbewerb annehmen, mit Lust auf neues Denken und Mut zu neuen Taten. Ich will, dass Baden-Württemberg das deutsche Zentrum einer neuen Gründerzeit wird, in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Wir können das.

Um die Weltmärkte der Zukunft zu erobern, müssen wir auf die Technologien der Zukunft setzen: auf Robotik und Künstliche Intelligenz, auf Wasserstoffwirtschaft und Umwelttechnologien. Auf Luft- und Raumfahrt sowie Quantentechnologie.

Die grünen Technologien und der Gesundheitssektor sind bei uns in den vergangenen Jahren besonders gewachsen. Es sind heute schon Erfolgsgeschichten. Darauf können wir uns nicht ausruhen. Ich werde alles dafür tun, damit das Auto der Zukunft in

Untertürkheim, Zuffenhausen, Rastatt und Neckarsulm vom Band läuft. Wir brauchen einen Zukunftspakt mit Herstellern, Zulieferern und Beschäftigten.

Das Ziel ist Technologieführerschaft. Die gewinnt man nicht mit radikalen Sprüchen oder Paprollen aus Wolkenkuckucksheim. Wir müssen den Wettbewerb um das emissionsfreie, digitale Auto von morgen gewinnen. In diesem Wettbewerb wird uns nichts geschenkt. Baden-Württemberg ist das Gehirn der Welt, das Geld damit verdienen andere. Das müssen wir ändern. Keine andere Region Europas investiert so viel Geld in Innovationen. Dieses Investment muss sich stärker auszahlen. Deshalb werde ich den Unternehmergeist stärken und Unternehmertum zur Chefsache machen.

Klimaschutz, der sich rechnet

Um auch in Zukunft ein führender Industriestandort zu bleiben und unseren Wohlstand sichern zu können, müssen wir bei der Produktion von klimafreundlichen Autos, ressourceneffizienten Maschinen und energiesparenden Produkten ganz vorne mitspielen.

Beim Weg in die neue Energiewelt dürfen wir nicht wackeln. Schon heute stammt die Hälfte des im Land erzeugten Stroms aus Sonne, Wind und Biomasse. Und das Wachstum geht weiter. Wir erleben eine Energierevolution mit Erneuerbaren. Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – diese Idee war goldrichtig.

Gleichzeitig gilt: Mit schwarzen Zahlen grüne Ideen bezahlbar machen. Für Unternehmen, Handwerker und Bürger müssen wir Energiekosten so günstig wie möglich gestalten. Nur mit einer starken Wirtschaft kann Klimaschutz erfolgreich sein.

Unsere Natur ist bedroht. Mehr als jede dritte heimische Art ist gefährdet. Nicht nur wir Menschen brauchen regelmäßig Ruhe. Es braucht auch Orte, wo der Mensch die Natur in Ruhe lässt. Für die über 100 Naturschutzgebiete und unseren Nationalpark Schwarzwald mache ich mich deshalb stark.

Für ein neues Aufstiegsversprechen

Als Kind habe ich erlebt, welche Kräfte es in einem Menschen weckt, wenn andere an dich glauben. Wenn man nicht alleingelassen wird. Wie wichtig die Unterstützung durch gute Pädagoginnen und Pädagogen ist.

Umgekehrt braucht es Tugenden wie Pflichtgefühl und Leistungsbereitschaft. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft will ich mit neuem Leben erfüllen. Wer sich anstrengt, gute Ideen hat und sein Bestes gibt, der soll auch etwas davon haben.

Das beginnt schon in der Kita. Dort werden die ersten Weichen für das Leben gestellt. Kein Talent darf uns verloren gehen. Gute Bildung, das weiß ich

aus eigener Erfahrung, ist die beste Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gute Bildung kostet Geld. Keine Bildung kommt uns viel teurer zu stehen.

Für ein echtes Miteinander

Ohne Begegnung, Diskussion, Austausch und Debatte fehlt der Demokratie die Zukunftskraft. Das wäre wie ein Daimler ohne Motor. Die Karosserie allein setzt nichts in Bewegung.

Deshalb liegen mir die Orte des Miteinanders besonders am Herzen: lebendige Innenstädte, die Dorfkneipe, der Sportverein, die Bürgerinitiative, die freiwillige Feuerwehr. Dort begegnen wir unseren Nachbarn, die vielleicht ganz anders ticken als wir selbst, die uns aber auch viel geben. Diese Orte müssen wir erhalten, um sie will ich mich kümmern.

Das gilt auch für den digitalen Raum. Die sozialen Medien gehören heute zu unserem kommunikativen Alltag. Aber seien wir ehrlich: Sie haben das Gespräch zwischen Bürgerinnen und Bürgern oft nicht gestärkt, sondern geschwächt. Einen respektvollen Ton sucht man dort oft vergeblich. Im Internet müssen europäische Regeln gelten, auch für amerikanische und chinesische Tech-Konzerne.

Und unsere Kinder dürfen wir mit den sozialen Medien nicht allein lassen. Wir werfen sie ja auch nicht einfach ins Hallenbad, bevor sie schwimmen gelernt haben. Das Netz braucht Regeln und Ausbildung, vom Seepferdchen bis zum Schwimmbzeichen Gold. Auch da spreche ich aus Erfahrung. Jeder Vater, jede Mutter weiß, wovon ich rede.

Freiheit und Sicherheit

Unsere Heimat liegt dort, wo wir uns sicher fühlen. Wo die Angst regiert, gibt es keine Freiheit. Deshalb bin ich hier ganz klar: Ob am Bahnhof oder im Park, in der Großstadt oder im Dorf: wir müssen uns an jedem Ort im Land, zu jeder Tages- und Nachtzeit frei und ohne Angst bewegen können.

Ich will das angeschlagene Sicherheitsgefühl im Land in Ordnung bringen, wenn es nötig ist, auch mit robusten Maßnahmen. Für Kriminelle gibt es keinen Rabatt, auch keinen Kulturrabatt. Ich setze dabei auf den Rechtsstaat und eine bürgernahe Polizei. Wer unsere freie Lebensweise attackiert oder abschaffen will, ist mein Gegner, egal woher er kommt.

Das Grundgesetz ist unsere Leitkultur, alles andere regelt das Strafgesetzbuch. Denn ohne Regeln geht es nicht. Ich wünsche mir, dass wieder mehr Ruhe und Ernst einkehrt in die politischen und ökonomischen Debatten, die zunehmend von Polarisierung, ja Feindschaft, geprägt sind.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Meine Kandidatur ist eine Einladung an Sie. Zusammen können wir neue Kraft aufnehmen, nicht gespalten, nicht vereinzelt, nicht aufgehetzt und gestresst. Der Weg in die Zukunft führt nicht rechts oder links über ideologische Sonderwege. Diese Routen führen, das hat die deutsche Geschichte gezeigt, bestenfalls in eine Sackgasse, oder schlimmer: ins Verderben.

Mein politischer Maßstab ist die jeweils beste Lösung für Baden-Württemberg. Ein Weg, der uns nicht aufspaltet, sondern in einem neuen Republikanismus zusammenführt. Ein Republikanismus, für den Kompromissfähigkeit eine Tugend und kein Schimpfwort ist.

Das geht alles nicht von selbst. Die Zukunft wird uns einiges abverlangen. Die Politik muss die richtigen Weichen stellen. Ich verspreche Ihnen: Ich möchte ein Ministerpräsident sein, der alle Bürgerinnen und Bürger im Blick hat – und nicht nur diejenigen, die sich am lautesten zu Wort melden. Ich will Brücken bauen und das Verbindende über das Trennende stellen. Für mich zählt das Gespräch auf Augenhöhe; das bessere Argument. Die Größe des Geldbeutels oder das Parteibuch zählen für mich nicht.

Ich halte viel davon, die Dinge beim Namen zu nennen, anstatt sie in Watte zu packen. „Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere Recht haben könnte“ – dieser Satz des Heidelberger Philosophen Hans-Georg Gadamer prägt mich durch und durch. Die „Politik des Gehörtwerdens“, die Winfried Kretschmann in den vergangenen 15 Jahren geprägt hat, will ich fortsetzen.

Mein Freund Winfried Kretschmann hat anderthalb Jahrzehnte verlässlich und erfolgreich regiert. Ich schätze unseren Ministerpräsidenten als Führungspersönlichkeit und Ratgeber. Und stehe in seiner Tradition: Erst das Land. Dann kommt lange nichts. Dann die Partei und ganz zum Schluss die Person. Deshalb freut es mich, dass er meine Kandidatur tatkräftig unterstützt.

Ein paar Worte zum Schluss über meine Partei

Ich will ein neues Kapitel aufschlagen im Land. Dafür werbe ich um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen. In den vergangenen Monaten habe ich in vielen Gesprächen große Sympathie erfahren für meine Ideen. Aber ich will nicht drumherum reden: In manchem Veranstaltungssaal stand ein Elefant im Raum, oder besser formuliert: Ein grüner Elefant.

Da flüsterte mir der eine oder die andere zu: „Sie sind ja in Ordnung. Aber Ihre Partei...?“

Dazu sage ich Ihnen folgendes: Dass meine Partei manchmal auch daneben lag und Nerven ge-

kostet hat, weiß ich natürlich selbst am besten. Aber der Streit war die Sache immer wert. Irrwege erhöhen übrigens die Ortskenntnis. Entscheidend ist, was hinten rauskommt: Immer, wenn es darauf ankam, hat meine Partei gestanden, wie keine andere.

Als es darum ging, Vergewaltigung in der Ehe endlich zu einem kriminellen Straftatbestand zu machen, hat sich meine Partei gegen viele Widerstände in der CDU/CSU durchgesetzt. Wir haben am Ende auch nicht gewackelt als es 1999 darum ging, mit der Bundeswehr im Kosovo zu intervenieren, um dort Massaker zu verhindern. Als es darum ging, mit Arbeitsmarktreformen mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen und unser Sozialsystem zu modernisieren.

Wir haben gestanden, als Putin die Ukraine überfiel und uns den Gashahn abdrehte und dafür gesorgt, dass wir 2021/22 warm durch den Winter gekommen sind.

In wichtigen Debatten hat sich meine Partei nie etwas geschenkt. Ich bin seit mehr als vier Jahrzehnten dabei. Ich bin 1981 eingetreten. Es war ein anderes Land, auch die Grünen waren ganz anders. Und in Baden-Württemberg waren wir von Anfang an ein bisschen anders als die übrigen Landesverbände. Wir haben uns gefühlt und agiert wie Asterix und Obelix im gallischen Dorf. Nach den Landtagswahlen 1992 führten wir in Stuttgart die ersten Gespräche mit der CDU. Für andere Landesverbände war das ein Tabu. Das hat uns nicht interessiert. Wir gingen immer unseren eigenen Weg.

Dass Anfang der Neunziger die Bürgerrechtler aus der DDR zu uns stießen, hat meiner Partei sehr

gutgetan. Ihr Mut, im Kampf für Demokratie und Menschenrechte auch hohe persönliche Risiken bis hin zu Gefängnis einzugehen, nötigt mir noch immer den größten Respekt ab.

Wir sind heute die Bündnisgrünen. Betonung auf: Bündnis. Ich bin noch immer dabei, aus voller Überzeugung.

Winfried Kretschmann ist Grüner. Joschka Fischer ist Grüner. Ideologische Experimente auf Kosten der Gemeinschaft waren mit Ihnen nicht zu machen. Sie alle haben sich in den Dienst der Republik gestellt. Als Joschka Fischer 1998 Außenminister wurde, sagte er in einem Interview: „Ich bin ein Grüner und mit Leidenschaft und Herz dabei, wenn ich für die Sache meiner Partei streite und - wo notwendig - auch mit ihr streite. Und als dieser Grüne bin ich deutscher Außenminister, aber nicht grüner Außenminister.“

Das ist auch mein Credo. Das Wichtigste ist: das Beste für das Land. In diese Tradition reihe ich mich gerne ein. Dafür gebe ich Ihnen mein Wort.

Dafür stehe ich 2026 ein, auch gegenüber meiner Partei. Deshalb bitte ich Sie, wenn Sie zuhause Ihren Briefwahlbogen ausfüllen, oder am 8. März allein in der Wahlkabine stehen, um ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



1. Kapitel

Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

Baden-Württemberg ist das Land der Möglichkeiten. Wer etwas bewegen will, findet bei uns den richtigen Platz: an der Werkbank, am Laptop, in der Dienstleistung oder an der Seite der Menschen. Doch aufgrund der gegenwärtigen und vergangenen Krisen zweifeln viele Bürger*innen, ob die Versprechen von Sicherheit und Stabilität noch gelten. Wir wollen diese Perspektiven sichern und bewahren. Für uns gilt: Der Staat sorgt für Tempo – die Unternehmen für Ideen. Daher bauen wir Infrastruktur aus, keine Bürokratie. Tempo entsteht durch klare Ziele statt starrer Vorgaben, getreu unserem Motto: klar im Ziel – offen in den Wegen.

Ideen und Erfolg messen wir künftig stärker an Gründungen, Start-ups und *Scale-ups*. Die Menschen im Land haben gezeigt und zeigen täglich, dass sie anpacken wollen und Verantwortung übernehmen – ihre Leistung soll sich lohnen. Ganz gleich, ob sie hier geboren sind oder mit großen Hoffnungen zu uns kommen. Dabei denken wir auch an Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Für uns kommt es nicht darauf an, woher man kommt, sondern wohin man will.

Wohlstand ist für uns deutlich mehr als der in Euro beschreibbare Zustand einer Gesellschaft. Wohlstand umfasst gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine gute Infrastruktur, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie Sicherheit im Inneren und Äußeren. Wir wollen die Fähigkeiten und Talente aller Menschen nutzen – gerade weil wir wissen, dass nicht alle immer hochproduktiv sein können.

Die Möglichkeiten sind da: Beim Amtsantritt von Ministerpräsident Kretschmann im Jahr 2011 hatten vier Millionen Menschen einen Job. Nach fast 15 Jahren Regierungszeit gehen – trotz einer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage – rund fünf Millionen Menschen in Baden-Württemberg einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Eine Million Jobs mehr, das ist das Ergebnis von drei Legislaturen grün-geführter Politik.

Wer Leistung bringt, soll auch in Zukunft weiterkommen – ob im Handwerksbetrieb oder Hörsaal, im Start-up oder am Fließband, im Ehrenamt oder bei der Care-Arbeit. Wir unterstützen die Menschen dabei, ihren individuellen Beitrag zu leisten.

Ein bärenstarker Mittelstand, eine hochinnovative Industrie und eine exzellente Wissenschaftslandschaft sind dafür die beste Grundlage. Dazu wollen wir Erfindergeist und Unternehmertum weiter entfesseln. Junge Menschen wollen wir

auf ihrem Weg in Ausbildung, Gründung oder Studium bestmöglich begleiten. Durch die Stärkung der beruflichen Bildung und der Gleichwertigkeit von Master und Meister öffnen wir Türen und schaffen Chancen.

Es ist und bleibt richtig, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und die Weltmärkte der Zukunft erobern kann. Diese nachhaltige Strategie werden wir weiter mit Nachdruck verfolgen. Aber es gilt auch umgekehrt: Mit schwarzen Zahlen werden grüne Ideen bezahlbar. Wir verbinden wirtschaftliche Vernunft mit Zukunftssicherheit und Generationengerechtigkeit, mit Klimaschutz und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen – darum geht es uns.

Eine starke Wirtschaft braucht eine optimale Infrastruktur. Diese zu erhalten und zu erneuern ist eine unserer größten Aufgaben. Im Fokus stehen dabei Mobilität und Transport sowie Digitalisierung und Energie. Deshalb wollen wir einen Infrastruktur-Booster: Straßen, Brücken und Schienen müssen weiter saniert werden. Wir werden den Breitbandausbau auf ein neues Level heben und wir werden eine verlässliche, saubere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Bezahlbare, saubere Energie beginnt nah an den Verbraucher*innen vor Ort, begleitet von einem klugen Netzausbau. Deshalb wollen wir in Stromleitungen, Speichertechnologien und intelligente Steuerung investieren.

All das kann nur mit Hilfe eines modernen, leistungsfähigen Staates gelingen, der solide haushaltet und die Zukunft finanziert – heute wie morgen. Wir wollen einen Staat, der ermöglicht und befähigt. Wir wollen einen Staat, der für alle funktioniert. Dazu wollen wir ihn einfacher, digitaler, schneller und serviceorientierter machen. Auf diese Weise setzen wir neue Kräfte frei – für mehr Freiheit und Eigenverantwortung, für mehr Innovation und wirtschaftliche Dynamik, für mehr Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unser Ziel: Baden-Württemberg wird zum modernsten, digitalsten und wirkungsorientiertesten Bundesland Deutschlands. Es wird schneller, schafft Freiräume und macht Zutrauen zum Leitprinzip. Dafür erklären wir Digitalisierung, Bürokratieabbau und die Modernisierung des Staates zur Chefsache und siedeln sie im Staatsministerium an. Dafür stärken wir die Entscheidungskompetenz der Behörden vor Ort: Sie sollen mit deutlich größerem Ermessensspielraum pragmatisch handeln

können. Digitalisierung wird zum Hebel echter Entlastung. Wir schaffen ein Verwaltungssystem aus einem Guss: ein Login für alle digitalen Services, klar definierte Zuständigkeiten und digitale Antragswege ohne Medienbrüche. Routinetätigkeiten werden automatisiert, Formulare vorbefüllt und Standardentscheidungen digital getroffen, sodass Mitarbeitende ihre Zeit auf komplexe Aufgaben konzentrieren können, die nicht in Standardschemata passen. Gleichzeitig schaffen wir Doppelstrukturen ab. Für jede Aufgabe soll klar sein, wer zuständig ist – und wer nicht. Mehrfachprüfungen und parallele Abläufe werden beendet. Wir setzen auf eine neue Verantwortungskultur. Bürger*innen, Unternehmen und Kommunen sollen wieder einfacher handeln können – mit Selbsterklärungen statt unnötigen Nachweisen. Flächendeckende Kontrollen werden durch risikobasierte Stichproben ersetzt.

1.1. Wohlstand erneuern: unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der globale Handel ist härter geworden, technologische Durchbrüche wirbeln unsere Wirtschaft durcheinander, neue Wettbewerber fordern uns heraus, und bewährte Branchen wie unsere Automobilindustrie erleben die größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte.

Gerade Baden-Württemberg steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt. Nach Jahrzehnten stabilen Wachstums und großer industrieller Stärke befindet sich das Land derzeit im stärksten Gegenwind seit Langem. Tausende Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie sind in Gefahr und die globale Transformation hin zu Elektromobilität, Digitalisierung und Dekarbonisierung stellt die gesamte Wertschöpfungskette infrage. Als stark exportorientiertes Industrieland steht Baden-Württemberg unter wachsendem Druck – durch gefährliche Abhängigkeiten z.B. bei Seltenen Erden oder den verstärkten Protektionismus von Drittstaaten. Wir stehen deshalb vor einer wichtigen Wahl: Suchen wir die Antwort in Kulturkämpfen und den Rezepten von gestern? Oder nehmen wir die Herausforderung an und gehen voran?

Wir in Baden-Württemberg entscheiden uns für den Weg nach vorne. Der Unsicherheit setzen wir Mut und Zuversicht entgegen. Wir stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Wir stärken unserer Wirtschaft gezielt den Rücken und setzen auf das, was uns in Baden-Württemberg stark gemacht hat: Courage und Erfindergeist, unsere Schaffigkeit und ein starkes Miteinander. So knüpfen wir an unsere besten Traditionen an und gestalten den Umbruch

aktiv mit. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass unsere Wirtschaft wieder richtig durchstarten kann. Mit einer Wachstumsagenda, die unseren Mittelstand, unsere Handwerker*innen und unseren Einzelhandel als Fundament begreift, das es zu unterstützen gilt. Alles mit dem Ziel, sichere und gute Arbeit in unserem Land zu schaffen und zu erhalten.

Agenda für Innovation und Wachstum

Damit in Baden-Württemberg neue und sichere Arbeitsplätze entstehen und unser Land ein zukunftsstarker Standort für Unternehmertum und Wohlstand bleibt, gestalten wir den Strukturwandel aktiv und stellen uns entschlossen der internationalen Konkurrenz. Nur wer auf Innovation setzt, prägt den Markt. Wer Altes neu aufwärmt, läuft hinterher. Deshalb streben wir in allen entscheidenden Zukunftsfeldern die Technologieführerschaft an. Der baden-württembergische Erfindergeist bleibt daher auch in Zukunft die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

Dabei spielt für uns die Verbindung von Ökologie und Ökonomie eine herausragende Rolle. Sie ist der Schlüssel, um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch voneinander zu entkoppeln. Deshalb haben wir von Anfang an auf *GreenTech* gesetzt – mit Erfolg, denn kaum eine andere Branche ist im Land in den vergangenen Jahren so stark gewachsen.

Immer mehr Betriebe wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern eine besondere Verantwortung für Umwelt, Beschäftigte und Gesellschaft übernehmen. Deshalb unterstützen wir auf Landesebene Bewegungen wie die Gemeinwohl-Ökonomie, um noch mehr Unternehmen für eine nachhaltige, soziale und transparente Wirtschaftsweise zu begeistern. Darüber hinaus wollen wir genossenschaftliche Unternehmen unterstützen, insbesondere in den Bereichen Handwerk, Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie in der Pflege und der Gesundheitsversorgung. Durch die demokratische Entscheidungsfindung in Genossenschaften stehen Resilienz und Nachhaltigkeit stärker im Fokus als der reine Profit.

Auch auf anderen Feldern haben wir das Land gut für die Zukunft aufgestellt: Das wichtigste Beispiel dafür ist die Gesundheitswirtschaft, die zu einer tragenden Säule unserer Wirtschaft geworden ist. Daneben haben wir mit künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie oder der Luft- und Raumfahrt zentrale Schlüsseltechnologien vorangebracht und dadurch die Grundlagen für den Wohlstand von morgen gelegt. Diese Arbeit wollen wir kraftvoll fortsetzen. Mit unserer Agenda für Innovation und Wachstum wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Baden-Württemberg auch morgen an der Spitze bleibt.

Die globale Wettbewerbslandschaft verändert sich rasend schnell und Wertschöpfung verlagert sich zunehmend in Software, Daten und KI-gestützte Geschäftsmodelle. Für ein Industrieland wie Baden-Württemberg ist das keine Randnotiz, sondern von zentraler Bedeutung für die nächste wirtschaftliche Erfolgsära. Unser Ziel: Baden-Württemberg wird Europas führender Standort für industrielle KI und *Software-Engineering*. Wir schaffen ein Ökosystem, in dem KI nicht nur erforscht, sondern in Produkten, Produktionslinien und Softwareplattformen eingesetzt wird und so skalierbare Geschäftsmodelle entstehen. Kooperationen mit führenden Innovationsregionen wie Kalifornien bauen wir aus. Während andere zuerst sagen, was nicht geht, wollen wir zeigen, was möglich ist: mutig testen, schnell umsetzen und neue Technologien verantwortungsvoll in den Alltag bringen.

Wir wollen eine Technologiestrategie 2035 entwickeln, die es Baden-Württemberg ermöglicht, bahnbrechende Entwicklungen nicht nur zu begleiten, sondern aktiv mitzugestalten und zum Durchbruch zu verhelfen – insbesondere in Schlüsselbereichen wie zum Beispiel künstlicher Intelligenz, Biotechnologie, Quantencomputing, Wasserstofftechnologien und Robotik. *Deep-Tech*-Innovationen aus diesen zukunftsweisenden Bereichen erfordern oft hohe Ingenieurskunst, umfangreiche Forschung und lange Entwicklungszeit. Deshalb legen wir ein *Deep-Tech*-Forschungsprogramm auf und untermauern es mit einem Fonds. Dazu gehört es, den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu beschleunigen – aus den Laboren in Produkte und greifbare Lösungen, die den Alltag der Menschen besser machen. Nur im Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gelingen fundamentale Durchbrüche mit hohem gesellschaftlichen Nutzen. Damit technologische Innovationen nicht Jobs abbauen, sondern zusätzliche Wertschöpfung und Beschäftigung schaffen, müssen wir ihre Entwicklung aktiv mitgestalten. Mit Zukunftstechnologien made in Baden-Württemberg wollen wir nicht nur Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch gute Arbeitsplätze sichern.

Innovationen entstehen oft da, wo unterschiedliche Disziplinen und Branchen aufeinandertreffen. Wir schaffen Innovationsräume und Real-labore, in denen neue Ideen ohne schwerfällige Hürden ausprobiert werden können. So entsteht Raum für Mut, Kreativität und unkonventionelle Lösungen. Rückenwind holen wir uns dabei aus der Europäischen Union. Sie fördert und ermöglicht geschützte Testumgebungen (*Regulatory Sandboxes*), in denen Innovationen für eine befristete Zeit unter möglichst realen Bedingungen getestet werden können, um sie schneller zur Marktreife zu bringen.

Um neue Impulse für die Gesundheitswirtschaft zu setzen, bauen wir unsere Innovationsagentur „BIOPRO“ zur Schrittmacherin des gesamten *Life-Sciences*-Bereichs aus. Wir stärken

den Innovationscampus „*Health and Life Science Alliance*“ und machen durch den Zusammenschluss der Universitätsklinik Heidelberg und Mannheim die Region zu einem Kraftzentrum für Forschung, Datenvernetzung und gute gesundheitliche Versorgung, von dem die ganze Gesellschaft profitiert.

Der Dienstleistungssektor wächst und kann Arbeitsplatzverluste in anderen Branchen kompensieren. Besonders die Aufwertung der Pflegeberufe und Care-Dienstleistungen kann zusammen mit der digitalen Transformation und der Nutzung moderner Technologien dazu beitragen, dass neue, attraktive Arbeitsplätze entstehen.

Die aktuelle Lage der Automobilwirtschaft macht uns Sorgen. Denn das Auto wurde hier bei uns in Baden-Württemberg erfunden. Es hat unser Land groß gemacht, es ist ein Grundpfeiler unseres Wohlstands, und wir wollen, dass das auch so bleibt. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass das Auto der Zukunft in Untertürkheim, Zuffenhausen oder Neckarsulm entwickelt und gebaut wird. Das wird nicht einfach, denn die Automobilwirtschaft erlebt gerade den tiefsten Umbruch ihrer Geschichte. Digitalisierung, Automatisierung und Antriebstechnologie haben neue Wettbewerber aufs Spielfeld geführt, die unsere Industrie massiv herausfordern.

Die Exporte nach China haben der Automobilindustrie gute Jahre verschafft. Aber dieser Markt stellt viel schneller auf Elektroautos um und europäische Hersteller verlieren massiv. Preiswerte E-Modelle und die zunehmende Softwareintegration setzen unsere Industrie unter Druck. Den internationalen Wettbewerb werden wir nur dann gewinnen, wenn wir weiterhin voll auf die Technologieführerschaft beim E-Auto setzen.

Wir wollen die Ansiedlungsstrategie des Landes weiterentwickeln. Wir wollen noch gezielter und flächeneffizient dafür sorgen, dass ausreichend Flächen für Firmen bereitstehen – damit Gründer*innen, Handwerk und Industrie auch in Zukunft Raum zum Wachsen und Gründen finden.

Daneben setzen wir uns mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel bei der EU dafür ein, dass Baden-Württemberg mehr Spielraum bekommt, die wirtschaftliche Transformation gezielt zu fördern. So schaffen wir die Voraussetzungen, damit unser Land und die Unternehmen weiterhin in neue Technologien investieren können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Innovation endet nicht an Landesgrenzen – deshalb stärken wir unsere Außenwirtschaftspolitik und richten sie strategischer aus. Uns geht es darum, bestehende Partnerschaften auszubauen, einseitige Abhängigkeiten abzubauen und neue Partnerschaften zu schließen. Technologieorientierte Kooperationen und Energiepartnerschaften stehen dabei besonders im Fokus. So schaffen wir neue Märkte für unsere Innovationen und sichern Wertschöpfung im Land.

Wir machen Baden-Württemberg unabhängiger bei Rohstoffen – durch heimische Gewinnung und eine starke Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Materialien immer wieder nutzbar macht. Nachhaltige Bioökonomie vereint regionale Wertschöpfungsketten, macht uns unabhängiger, nutzt in erheblichem Maß biologische Verfahren, *GreenTech*, setzt auf Kaskadennutzung und Kreislaufwirtschaft. Die Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie“ setzen wir fort.

Baden-Württemberg ist deutscher Exportmeister. Darauf sind wir stolz und das wollen wir bleiben. Aber globale Produktions- und Rohstoffketten werden immer stärker zum Austragungsort geoökonomischer Machtkämpfe. Wir setzen auf funktionierende internationale Institutionen, Kooperation und faire Handelspartnerschaften auf Augenhöhe. Als exportstarkes Land mit globalen Wirtschaftsbeziehungen dürfen Lieferketten nicht zum Einfallstor für Erpressbarkeiten werden. Darum setzen wir uns für transparente und resiliente Lieferketten ein, die Menschenrechte, Umwelt- und soziale Mindeststandards achten. Das gilt insbesondere auch für das europäische Lieferkettengesetz, das gleichzeitig praxistauglich, rechtssicher und bürokratiearm umgesetzt werden soll, damit nachhaltiges Wirtschaften ein Wettbewerbsvorteil wird.

Auch in unserer digitalen Infrastruktur setzen wir auf Unabhängigkeit und wollen, dass die Landesverwaltung vorangeht: Durch den verstärkten Einsatz von *Open-Source*-Lösungen streben wir an, uns weniger abhängig von proprietären Softwareanbietern zu machen. Proprietäre Software ist Software, deren Quellcode und Nutzungsrechte im Eigentum eines einzelnen Anbieters liegen und deren Nutzung, Anpassung und Weiterverbreitung vertraglich eingeschränkt ist. *Open-Source*-Lösungen senken zudem Lizenz- und Betriebskosten und entlasten damit den Landeshaushalt.

Unsere Automobilwirtschaft in die Zukunft führen

Im Wahljahr 2026 können wir ein stolzes Jubiläum feiern: Vor 140 Jahren haben Carl Benz in Mannheim und Gottlieb Daimler in Cannstatt das Automobil entwickelt. Die Automobilindustrie hat die Geschichte unseres Landes geprägt. Auch in Zukunft werden wir gute und verlässliche Rahmenbedingungen für nachhaltige Mobilität schaffen – mit einem Zukunftspakt von Industrie, Gewerkschaften, Forschung und Politik, mit klaren Zielen und Förderung für Innovation, Beschäftigung und Nachhaltigkeit.

Für uns ist klar: Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch, vernetzt und intelligent. Der E-Motor ist für Pkws die effizienteste Antriebsart. Für die herausfordernde Transformation weg vom fossilen Ver-

brenner braucht es jetzt verlässliche Leitplanken für Autobauer, Zulieferer und Handwerk – und keine Symboldebatten über Jahreszahlen.

Um den deutschen Markt für die E-Mobilität zu stärken, werden wir die Ladeinfrastruktur weiter ausbauen, uns für günstigen Ladestrom für Elektrofahrzeuge einsetzen und das bidirektionale Laden ermöglichen. Entlang der Batteriewertschöpfungskette und ihres Lebenszyklus – von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zum Recycling – entstehen große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Hier wollen wir im Dialog mit der Automobilwirtschaft durch planbaren, verlässlichen Markthochlauf die Potenziale beim Aufbau der hiesigen Batterieherstellungskapazitäten heben. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und *Smart Data* und engagieren uns intensiv für den Aufbau moderner Halbleiter- und Chip-Produktionsstandorte in Deutschland und der EU.

Mit einem gemeinsamen Datenraum ermöglichen wir Unternehmen einen sicheren Austausch von Produktions-, Mobilitäts- und Forschungsdaten. Wir bauen unseren Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ aus und stärken weiterhin die Vernetzung mit der Wirtschaft.

Beim autonomen Fahren gehen wir den Schritt vom Test zum Regelbetrieb und bringen Pilotregionen für autonom fahrende *Shuttles* auf den Weg. Wir wollen zukunftsfähige Arbeitsplätze entlang der gesamten automobilen Wertschöpfungskette erhalten – durch Qualifizierung und Weiterbildung, durch die Transformation der Zulieferbetriebe und im engen Schulterschluss mit den Tarifpartnern. Auch unsere Mobilitätsstrategie für das Land selbst ist ein Motor der industriellen Erneuerung.

Das Herz des Autos von morgen ist die Batterie. Baden-Württemberg bringt dafür Spitzenforschung, starke Ingenieur*innen und eine lange Tradition in der Fertigung mit. Doch im globalen Wettbewerb – insbesondere mit staatlich gestützten Märkten in China – braucht es europäische Stärke. Wir unterstützen die Initiative der EU-Kommission für einen europäischen Batterie-Booster: ein gemeinsames europäisches Industrieprojekt, um sich von Abhängigkeiten zu lösen. Dazu braucht es die Kraft des europäischen Marktes, Finanzierungs Zusagen, Rohstoffabkommen und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen die Produktion gezielt anreizen, die Voraussetzungen für die Wertschöpfung im Land schaffen und die Kooperation zwischen Unternehmen, Forschung und Politik im Strategiedialog vertiefen.

Wir nutzen als Land alle Hebel, die wir haben, um für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Automobilwirtschaft zu kämpfen. Wir halten an der Idee des „*Level Playing Field*“ fest. Dort, wo dies nicht möglich ist, setzen wir uns für Maßnahmen ein, die unfaire Wettbewerbsvorteile unserer Mitbewerber ausgleichen. Wir schreiben die ba-

den-württembergische Asienstrategie fort, um die Erschließung neuer Märkte zu fördern und so die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu reduzieren.

Unser Ziel ist klar: Die Autos von morgen sollen in Baden-Württemberg entwickelt und gebaut werden – innovativ, klimaneutral und wettbewerbsfähig.

Musterland für *GreenTech* und nachhaltiges Wirtschaften

Die Vereinbarung von Ökologie und Ökonomie war von Beginn an unser Leitstern – und der Erfolg gibt uns recht: Der *GreenTech*-Sektor ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. *GreenTech* verbindet technologische Innovationen mit Nachhaltigkeit, um ökologische Herausforderungen – wie den Kampf gegen Klimakrise und Umweltverschmutzung – zu lösen. *GreenTech*-Unternehmen haben in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren viele neue Arbeitsplätze geschaffen – auch in Krisenzeiten. Diesen Kurs werden wir kraftvoll fortsetzen. In den nächsten Jahren arbeiten wir daran, *GreenTech* zu einer der dynamischsten Wachstumsbranchen und zum Aushängeschild unserer heimischen Wirtschaft in der Welt zu machen: „Klimaschutz und Ressourceneffizienz made in BW“ – dieses Gütesiegel steht für erneuerbare Power, Sparsamkeit, Erfindergeist, modernste Technologie und Geschäftssinn.

Wir werden eine *GreenTech*-Allianz aufbauen, mit der wir Start-ups und Mittelstand bei der Entwicklung und dem Hochlauf innovativer Wasserstofftechnologien unterstützen und damit sichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land schaffen. Dabei stärken wir die urbane und industrielle Bioökonomie, fördern die Markteinführung von Bioraffinerien und unterstützen nachhaltige Unternehmen und Start-ups durch ein Forschungs-kooperationsnetzwerk *GreenTech*. Um *GreenTech*-Unternehmen in und aus Baden-Württemberg international sichtbar zu machen und hervorzuheben, wollen wir eine Dachmarke „GreenTech BW“ aufbauen. Wir setzen auf umfassende Unterstützung der Branche: Die *GreenTech*-Plattform bei der Landesagentur „Umwelttechnik BW“ wird zur Anlaufstelle für Energieeffizienztechnologien und die *GreenTech*-Wirtschaft in Baden-Württemberg.

Ein besonderer Schwerpunkt im Rahmen unserer *GreenTech*-Initiativen gilt der Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen Unternehmen aus Baden-Württemberg dabei, ihre Produkte und Geschäftsmodelle im Sinne der zirkulären Wirtschaft zu entwickeln und Produktkreislaufsysteme entstehen zu lassen. Kreislaufwirtschaft ist für uns mehr als Abfallwirtschaft. Sie beginnt beim Produktdesign und endet bei der Wiederverwertung von Rohstoffen. Mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft gehen wir einen großen Schritt – weg

von der Wegwerfgesellschaft, hin zum erfolgreichen Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, zum Beispiel mit einem Reparaturbonus, der Unterstützung von Reparaturcafés, *Makerspaces* und *Hackerspaces* sowie Beschaffungsquoten in Landesbehörden. Den erfolgreichen Ressourceneffizienz- und Kreislaufwirtschaftskongress BW führen wir fort. Außerdem stärken wir mit der Kreislaufwirtschaft unsere Rohstoffsouveränität und reduzieren gefährliche Abhängigkeiten.

Startklar für die neue Gründerzeit

Baden-Württemberg ist nicht nur das Land des Mittelstands, wir haben Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren zum Gründerland entwickelt. Inzwischen gibt es im ganzen Land lebendige Startup-Ökosysteme, also starke Netzwerke für junge Unternehmer*innen. Diesen Geist des Machens, des Erfindens und des unternehmerischen Vorausdenkens wollen wir weiter stärken. Es braucht Rahmenbedingungen, die Leistung belohnen, Engagement nicht ausbremsen und unternehmerischen Mut nicht bestrafen. Menschen, die etwas aufbauen oder erreichen wollen – ob in Ausbildung, Gründung oder Studium, sollen die bestmögliche Unterstützung erhalten.

Unser Ziel ist es, die Hürden für Gründungen weiter abzubauen. Dafür wollen wir mit Bund, Ländern und Kommunen einen landesweiten *One-Stop-Shop* einrichten, der Beratung, Förderung und Anmeldung aus einer Hand ermöglicht – und Gründungen in 24 Stunden möglich macht. Dabei unterstützen wir insbesondere Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderung, die gründen wollen. Der *One-Stop-Shop* startet als Pilot in zwei Regionen, bei denen auch Unterstützungen wie ein GründerinnenSeedbudget oder befristete Betreuungszuschüsse erprobt werden sollen.

Um die Start-up-Finanzierung weiter zu verbessern, wollen wir das erfolgreiche Programm „Start-up BW *PreSeed*“ fortführen und ausbauen, damit Gründer*innen deutlich geringere Risiken tragen und auch technologieorientierte Start-ups mit längerer Anlaufzeit realisiert werden können.

Wir richten die Förderkonditionen und Antragsverfahren flexibel nach den Bedürfnissen von Start-ups aus – schlank und transparent. Wir wollen gezielt und frühzeitig Talente, Gründerteams und Start-ups mit visionären Ideen aufspüren. So sichern wir Baden-Württemberg den Zugang zu den besten Innovationen und schaffen eine Brücke zwischen unseren „Start-up BW“-Programmen und Bundesprogrammen wie „SPRIND“.

Um wachstumsstarke Start-ups besser zu unterstützen, bringen wir mit „*Scale-up* BW“ ein Programm an den Start, das gezielt bei Expansion und Internationalisierung unterstützt. Hierfür planen

wir ein Master-Class-Programm und einen „Scale-up-Fonds BW“, der zusätzliches Risikokapital bereitstellt. Zudem wollen wir bei der öffentlichen Beschaffung die Funktion des Staates als Ankerkunde für innovative, vielsprechende Start-ups stärken. Das gibt jungen Unternehmen Planungssicherheit und hilft, dass Innovationen schneller Fuß fassen. Daneben wollen wir ein „Corporate-Start-up-Partnerschaftsprogramm“ auflegen und damit die direkte Zusammenarbeit von Start-ups und dem Mittelstand fördern. So entsteht eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die Innovationen beschleunigt und nachhaltige Wertschöpfung stärkt.

Wichtig ist uns, den Gründergeist schon in unseren Schulen und Hochschulen zu fördern. Unternehmer*in als Beruf – dieses Zielbild wollen wir vorantreiben, indem wir in ausgewählten Regionen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen mit Unternehmen und Start-ups fördern.

Chancen schaffen, Werte erhalten – Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel stärken

Der Technologie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg braucht seinen Mittelstand, sein Handwerk und seinen stationären Handel. Sie sind das Herz unserer Wirtschaft, sorgen für Jobs und Ausbildungsplätze. Sie sind einfallreich und oft hochinnovativ. Vom Schwarzwald bis auf die Schwäbische Alb, von Hohenlohe übers Allgäu bis ins Badische: In jeder Ecke unseres Landes findet sich ein Weltmarktführer. Diese Vielfalt in der Breite unseres Landes zu stärken, ist für uns Kernaufgabe und Zukunftsversprechen zugleich. Damit Betriebe vorankommen, Innovationen entstehen und Arbeitsplätze sicher sind.

Unser Mittelstand braucht Luft zum Arbeiten – und nicht immer neue Formulare. Deshalb treiben wir die Entbürokratisierung weiter voran. Denn kleine und mittlere Unternehmen sollen ihre Energie in gute Produkte, eine zufriedene Kundschaft und sichere Arbeitsplätze investieren können statt in Papierstapel, die Zeit, Geld und Nerven kosten. Mit der Entlastungsallianz haben wir gemeinsam mit Wirtschafts- und Kommunalverbänden bereits über 200 konkrete Hindernisse abgebaut. Und mit dem Normenkontrollrat sorgen wir dafür, dass neue Regeln praxistauglich bleiben. Wir streichen überflüssige Pflichten und machen notwendige Verfahren einfach, digital und schnell. Berichts- und Dokumentationspflichten bündeln wir, wo es rechtlich möglich ist. Genehmigungen beschleunigen wir durch klare, transparente Prozesse und verbindliche Bearbeitungsstandards. So entsteht wieder Raum für das Wesentliche: für Innovation, für Wachstum und für die Menschen, die unsere Wirtschaft tragen.

Wir stärken die Innovationskraft des Mittelstands, indem wir Förderungen übersichtlicher und

wirksamer machen. Wir digitalisieren Unterlagen, reduzieren Aufwand und sorgen dafür, dass Förderprogramme schneller, transparenter und nutzerfreundlicher werden. Wir bündeln digitale Services und führen staatliche Angebote auf einer Plattform zusammen. Eine einheitliche, digitale Förderdatenbank erleichtert Unternehmen den Zugang zu passenden Programmen und ermöglicht eine einfache, schnelle Antragstellung, gerade für kleine und mittlere Unternehmen mit weniger Eigenkapital. Die Förderlandschaft modernisieren wir grundlegend und richten die Fördermittel stärker auf Wirkung aus – auf Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftstechnologien und Klimaschutz. So stärken wir den Mittelstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Darüber hinaus wollen wir die Vorteile von künstlicher Intelligenz insbesondere für kleine Unternehmen besser zugänglich machen, indem wir die gezielte Einführung von digitalen Technologien dort fördern, wo sie Wertschöpfung und Arbeitsqualität verbessern. Durch explizite Einbeziehung von Belegschaft und IT-Abteilungen in den Innovationsprozess fördern wir eine Digitalisierung, die funktioniert und Früchte trägt.

Mit der Initiative „Horizont Handwerk“ geben wir dem Handwerk seit 2017 eine klare Perspektive. Mit dieser Initiative werden wir auch in den kommenden Jahren Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, zur Digitalisierung, zur ökologischen Transformation und zur Stärkung der Ausbildung fördern. Denn wer anpacken kann und das auch macht, verdient Anerkennung, faire Chancen und gute Rahmenbedingungen.

Das Handwerk ist die Stütze unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft. Wir brauchen nicht nur Master, wir brauchen mehr Meister. Unser Land hat immer Stärke daraus gezogen, dass bei uns viele Wege zum beruflichen und persönlichen Erfolg führen. Wir setzen uns deshalb für den kostenlosen Meister mit einer Erhöhung der Meisterprämie ein. Die Meisterausbildung muss für die Auszubildenden kostenlos sein. Wir wollen auch den Anreiz erhöhen, sich selbstständig zu machen oder Betriebe zu übernehmen. Denn gerade die Handwerksbetriebe im ländlichen Raum sind ein wirtschaftlicher und sozialer Anker. Der droht durch den demografischen Wandel wegzubrechen. Darum müssen wir Betriebsnachfolgen attraktiver machen. Wir setzen auf eine Verlängerung der Meistergründungsprämie auf 48 Monate, die auch Übernahmen von Betrieben erleichtert. Außerdem wollen wir günstige Kredite für Gründung und Nachfolge sichern.

Viele erfolgreiche Betriebe im Land stehen vor der Frage, wer das Unternehmen übernimmt. Damit das vorhandene Know-how und die bestehenden Arbeitsplätze nicht verloren gehen, werden wir das *Matching*-Programm zur Unternehmensnachfolge fortführen und weiterentwickeln.

Wir wollen insbesondere Frauen beim *Matching* unterstützen, Unternehmensnachfolgen anzugehen, um so langfristig weibliches Unternehmerintum zu stärken. Gleichzeitig erleichtern wir den Zugang zu Beteiligungskapital.

Der Einzelhandel prägt das Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Er schafft Arbeitsplätze, Begegnung und Lebensqualität. Doch viele Geschäfte kämpfen mit steigenden Kosten, Online-Konkurrenz und sinkender Laufkundschaft. Wir wollen diesem Trend etwas entgegensetzen und dem Einzelhandel vor Ort dabei helfen, in Zeiten des wachsenden Online-Handels die Segel richtig zu setzen. Dafür verbessern wir die Lebensqualität in Ortskernen, setzen auf mehr Grün und attraktive, für alle gut erreichbare öffentliche Räume. Das stärkt Begegnung und Zusammenhalt, aber auch die Attraktivität des Einkaufens vor Ort. Stationäre Geschäfte sollen gezielt Unterstützung erhalten, um digitale Vertriebskanäle aufzubauen oder auszubauen. Reine Online-Händler*innen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte im Rahmen von Pop-up-Stores oder temporären Verkaufsflächen auch vor Ort anzubieten.

Tourismus: Nachhaltigkeit stärken, digitale Erlebnisse ermöglichen

Ob malerische Landschaften, beeindruckende Kulturdenkmäler oder kulinarische Highlights – Baden-Württemberg begeistert mit Vielfalt, Qualität und echtem Genuss. Kein Wunder, dass unser Land zu den beliebtesten Reisezielen Europas zählt. Aus wirtschaftlicher Sicht ist der Tourismus in Baden-Württemberg weit mehr als nur Reisen – er ist ein Wachstumsmotor mit Tradition und Herz. Er schafft zukunftssichere Arbeitsplätze, belebt unsere Innenstädte und ländlichen Räume. Tourismus unterstützt den Erhalt von Infrastrukturen wie Schwimmbädern, Kultureinrichtungen und Freizeitangeboten, von denen alle profitieren.

Gleichzeitig stellen Klimakrise und Besucher*innen neue Anforderungen an einen zeitgemäßen Tourismus. Regionale Kooperationen zwischen Tourismusbetrieben, lokalen Produzent*innen und kulturellen Einrichtungen wollen wir weiter ausbauen. Nachhaltige Verkehrskonzepte wollen wir stärken. Erlebnisformate und Datennutzung können dabei unterstützen, an vielbesuchten Orten die Besucherströme zu entzerren. Digitale Stadtführungen oder weiterführende *Augmented-Reality*-Anwendungen machen den Besuch unserer Museen, touristischen Highlights und kulturellen Schätze wie Naturdenkmäler für jüngere Zielgruppen noch attraktiver. Deshalb wollen wir die Entwicklung und Umsetzung digitaler Formate gezielt unterstützen, um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusregionen in Baden-Württemberg zu fördern. Darüber hinaus

unterstützen wir Grüne die Kommunen bei der digitalen Vernetzung ihrer touristischen Daten, um beispielsweise Übernachtungsmöglichkeiten oder Veranstaltungen besser auf relevanten Plattformen bewerben zu können.

Im barrierefreien Tourismus, wie wir ihn beispielsweise im Nationalpark Schwarzwald etabliert haben, sehen wir in einer alternden Gesellschaft große Chancen, die Attraktivität unserer Naturdenkmäler zu stärken.

Wir stärken das Gastgewerbe als Herzstück des nachhaltigen Tourismus in Baden-Württemberg. Wir unterstützen weiterhin die Gaststätten und Restaurants auf ihrem Weg hin zu attraktiven, nachhaltigen und klimafreundlichen Konzepten mit regionalen und bio-regionalen Produkten sowie fairen Arbeitsbedingungen, beispielsweise über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR), die Qualitätsinitiative „Schmeck den Süden“, die Naturparke und Biosphärengebiete. Damit machen wir unsere Gastronomie zu einem Motor für Lebensqualität – gerade im ländlichen Raum.

Auch unsere Großschutzgebiete – wie der Nationalpark, die beiden Biosphärengebiete und die Naturparke – sind Tourismusmagnete und tragen zu nachhaltigem Reisen nach und in Baden-Württemberg bei. Diese Angebote wollen wir weiter stärken und in der Vermarktung als naturnahe Tourismusdestinationen sichtbar machen.

Fachkräfte als Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und Wachstum

Eine starke Wirtschaft ist ohne gut ausgebildete Fachkräfte nicht denkbar. Deshalb nehmen wir es sehr ernst, dass bis zum Jahr 2030 rund eine halbe Million Babyboomer*innen in Rente gehen werden und damit jede*r zehnte Angestellte in Baden-Württemberg. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, haben wir bereits vor mehr als zehn Jahren eine Fachkräfteallianz gegründet und vielfältige Maßnahmen ergriffen, die wir 2023 mit einer ressortübergreifenden Fachkräfteinitiative ausgebaut und verstärkt haben. Wir müssen den akuten Fach- und Arbeitskräftemangel weiter bekämpfen, damit wir die Aufgaben der Zukunft meistern können.

In Zukunft wollen wir insbesondere die Möglichkeiten zur Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter verbessern und die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern verringern. Ein wichtiger Baustein ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn wenn Eltern selbstbestimmt über die Aufteilung von Lohn- und Sorgearbeit entscheiden können, entsteht daraus ein Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil. Unsere Offensive für bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder hat sich bereits bewährt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Bereits heute fördern wir mit dem Landesprogramm

„Kontaktstellen Frau und Beruf Baden-Württemberg“, dem Projekt „Spitzenfrauen BW“ oder dem „Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg“ die berufliche Entwicklung und den Aufstieg von Frauen. Mit „FamilyNet“ und „FamilyNet 4.0“ unterstützen wir Unternehmen und Betriebe bei der Umsetzung einer familienbewussten und modernen Unternehmenskultur. Wir fördern Modellprojekte zur Einführung lebensphasenorientierter Arbeitszeitmodelle und Pflegezeitregelungen, damit Partner*innen und Alleinerziehende Erwerbstätigkeit und CareVerantwortung besser miteinander vereinbaren können.

Um den enormen Bedarf an akademischen Fachkräften insbesondere bei uns in Baden-Württemberg zu decken, werden wir auch weiterhin unsere Hochschulen durch verlässliche Hochschulfinanzierung unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, sich schnell an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen zu können.

Viele Betriebe haben unbesetzte Ausbildungsstellen. Wir wollen Auszubildende mit einem Startgeld für den Führerschein fördern, das Land und Ausbildungsbetrieb zu gleichen Teilen finanzieren. So erleichtern wir jungen Menschen den Einstieg in Ausbildungsberufe, für die ein Führerschein häufig erwartet wird. Mit unseren Programmen zur Wohnraumförderung werden wir besonders in Tourismusregionen bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Mitarbeitende fördern, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Daneben benötigen wir dringend qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Die Gründung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein echter Erfolg. Denn durch das Zentralisieren von Aufgaben und Wissen vereinfachen und beschleunigen wir die Verfahren für die Zuwanderung von Fachkräften. Damit entlasten wir die Ausländerbehörden und unterstützen die Unternehmen. Durch Kooperationsvereinbarungen mit Regionen wie dem indischen Bundesstaat Maharashtra haben wir neue Instrumente für die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland geschaffen.

Diesen Weg werden wir beherzt fortsetzen und alle Potenziale zur Gewinnung von Fachkräften heben. Dazu gehören: gute Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Neu-Qualifizierung, ein besserer Übergang von Schule und Beruf, mehr Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf durch den Ausbau von Kinder- und Ganztagesbetreuung, die akademische Weiterbildung – beispielsweise von Ingenieur*innen an den Hochschulen, mehr Karriereförderung für Frauen – insbesondere mithilfe von gezielten Mentorinnenprogrammen, die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland sowie die Förderung von Teilzeitmodellen.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage dafür, dass Baden-Württemberg innovativ, wett-

bewerbsfähig und stark bleibt. Deshalb setzen wir alles daran, Potenziale für den Arbeitsmarkt zu heben – bei Frauen, Älteren, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen mit Behinderungen. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg langfristig zu stärken. Menschen mit Behinderungen sind häufig sehr motiviert. Wir wollen sie besser auf dem ersten Arbeitsmarkt integrieren. Darum benötigen wir wirksame Nachteilsausgleiche in Ausbildung, Studium und Job.

Gute Arbeit: fair, sicher, selbstbestimmt

Unternehmen in Baden-Württemberg brauchen Fachkräfte, um erfolgreich zu bleiben. Und umgekehrt brauchen Fachkräfte gute Bedingungen, damit sie ihre Fähigkeiten voll entfalten können. Wir sorgen dafür, dass Arbeit fair entlohnt, sicher und zukunftsfest ist. Das ist gut für die Beschäftigten und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Gute Arbeit ist zudem der Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Entfaltung. Gerade in Zeiten des Umbruchs braucht es Wertschätzung, Anerkennung und ein starkes und glaubhaftes Versprechen, gute Arbeit sicherzustellen. Wir wollen eine Arbeitswelt gestalten, die Menschen schützt und sie gleichzeitig stärkt und ihnen Perspektiven eröffnet. Wir setzen beständig auf eine empowernde Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Beschäftigung sichert, sondern faire Bedingungen schafft und neue Formen von Arbeit mitdenkt. Wir wenden uns gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Die sachgrundlose Befristung wollen wir in den Ministerien zurückdrängen. Entsandte Beschäftigte wollen wir durch gute Beratung besser vor schlechten Arbeitsbedingungen schützen. Und wir setzen uns dafür ein, dass für Frauen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich wird. Unser Ziel: Arbeit, die gerecht entlohnt wird, sozialen Halt gibt und Raum für persönliche Entwicklung lässt. In vielen Unternehmen ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) die erste Anlaufstelle für junge Beschäftigte. Ihre Rolle wollen wir stärken, damit die Interessen junger Beschäftigter in Unternehmen und Landespolitik stärker berücksichtigt werden.

Den Mutterschutz für Selbständige wollen wir endlich durch eine Bundesratsinitiative voranbringen. Mit Lebensarbeitszeitkonten für Beamt*innen wollen wir mehr Flexibilität und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen. Wir setzen uns dafür ein, Mitbestimmung und Betriebsratsarbeit in Unternehmen zu stärken, und positionieren uns klar gegen *Union Busting*. Wir fördern gezielt Initiativen zur Gründung und Unterstützung von Betriebsräten, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, und sichern begleitende Beratungsangebote.

Wir wollen deshalb das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz bürokratiarm weiterentwickeln. Das Gesetz soll um regionale Tarifverträge erweitert und der Schwellenwert abgesenkt werden. Der vergabespezifische Mindestlohn soll künftig der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes entsprechen. Die Tariftreue im ÖPNV wollen wir auch bei öffentlichen Aufträgen, die gemeinsam mit Auftraggebern anderer Bundesländer oder aus Nachbarländern erfolgen, gewährleisten. So stärken wir die Tarifbindung, schützen faire Löhne und sichern Qualitätsstandards, zum Beispiel im Baugewerbe, wo Dumpingangebote regionale Unternehmen unter Druck setzen.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir Inklusionsbetriebe sowie solche stärker berücksichtigen, die Barrierefreiheit im Betrieb umsetzen und Menschen mit Behinderungen beschäftigen. So verbindet das Land gute Arbeit mit echter Inklusion.

Wir denken Arbeit inklusiv und zukunftsorientiert: Menschen mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Wir stärken die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem regulären Arbeitsmarkt. Angebote und Zuständigkeiten machen wir landesweit sichtbar und bringen Informationen über Arbeits- und Integrationsämter direkt in die Betriebe. Arbeitgeber*innen, die Barrierefreiheit und Inklusion über gesetzliche Pflichten hinaus umsetzen, fördern und würdigen wir. Investitionen in Inklusion unterstützen wir gezielt.

Unser Anspruch ist, die Lebensverhältnisse aller Menschen im Land zu verbessern. Wir wollen unsere Mittel für Beratung und Unterstützung zur Armutsprävention und -bekämpfung ausweiten – besonders bei den Themen Verschuldung und drohendem Wohnungsverlust. Die Finanzierung von Beratungsangeboten für Arbeitslose und besonders Familien muss gesichert sein. Wir bekämpfen Arbeitslosigkeit mit klarer Perspektive auf den ersten Arbeitsmarkt. Mit passgenauer Qualifizierung, Coaching, Beschäftigungsangeboten und Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe schaffen wir individuelle Förderketten. Das Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ wollen wir dauerhaft finanzieren und ausbauen. Die erfolgreichen Bausteine „Arbeitslosenberatungszentren“ und „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe“ (BeJuga) wollen wir fortführen, finanziell besser ausstatten und an noch mehr Standorten anbieten. Zusätzlich wollen wir einen Programmbaustein verankern, der niedrigschwellige Qualifizierung und Integrationsjobs für langzeitarbeitslose Menschen anbietet. Soziale Beschäftigungsträger sichern wir langfristig ab und stärken den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in reguläre Beschäftigung.

1.2. Möglichkeiten ausbauen: Infrastruktur, die modern und klimafreundlich ist

Baden-Württemberg setzt auf eine zukunftsstarke Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft: sicher, bezahlbar, ökologisch und digital modern. Das gilt für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, nicht nur für Schienen und Straßen. Sichere, preisgünstige Energieversorgung, eine moderne Wärmeinfrastruktur und grüner Wasserstoff für die Industrie sind die notwendigen Voraussetzungen und Grundlagen für den künftigen Erfolg unseres Landes. Hier dürfen wir nicht nachlassen.

Denn beim Erhalt der Infrastruktur hat der Bund die Länder viele Jahrzehnte allein gelassen. Vielerorts wurde in Deutschland auf Verschleiß gefahren. Wir Grüne haben Baden-Württemberg in der Regierung im Rahmen einer soliden Haushaltsführung dennoch gut aufgestellt. In den vergangenen 15 Jahren haben wir die Modernisierung unserer Verkehrsinfrastruktur vorangebracht und dabei grundsätzlich auf Sanierung vor Neubau gesetzt. Und wir haben massiv in die Erneuerung von Straße, Schiene und Energieversorgung investiert.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer entscheidenden Phase des Infrastruktur- und Netzausbaus. Schienen, Brücken und Straßen müssen nach Jahrzehnten der Überbeanspruchung schneller modernisiert werden. Die Digitalisierung erhöht den Druck auf den Breitbandausbau. Die Versorgung des ganzen Landes mit günstiger und sauberer Energie erfordert flexible und digitale Netze. Und die öffentlichen Gebäude müssen durch Sanierung sukzessive fit gemacht werden. Klar ist: In den kommenden Jahren müssen wir über den Berg, um uns abzusichern. Die Anstrengungen werden sich am Ende für alle auszahlen, vor allem finanziell. In der Modernisierung unserer Infrastruktur, die wir mit einem Infrastruktur-Booster voranbringen wollen, sehen wir daher eine große Chance für unser Land. Dabei wissen wir, dass wir das Geld aus dem Landeshaushalt nur einmal ausgeben können. Vor allem braucht es nicht nur die Infrastruktur-Milliarden, über die sich Bund und Länder geeinigt haben, sondern auch neue Strukturen und Genehmigungsprozesse.

Um die vorhandenen finanziellen Mittel effektiv auf die Straße und in die Netze zu bringen, werden wir in Baden-Württemberg eine „Task Force Infrastruktur“ einsetzen, die die Zeiten für Planung, Genehmigung und Umsetzung mindestens halbiert. Mit der „Task Force Erneuerbare Energien“ ist uns das bereits gelungen: Nirgendwo sonst in Deutschland werden Windkraftanlagen heute so schnell genehmigt wie in Baden-Württemberg. Jetzt wollen wir dieses Tempo auch in alle anderen Bereiche der Infrastrukturplanung bringen.

Wir richten einen *Fast Track* für Ersatzneubauten ein, insbesondere für die zahlreichen Brücken, die marode sind und durch neue Brücken an derselben Stelle ersetzt werden müssen. Für Projekte im überragenden öffentlichen Interesse streben wir eine Drittelung der bisherigen Planungs- und Genehmigungszeiten an.

Dabei ist uns bewusst, wie essenziell gute Arbeits- und Fachkräfte sind, um unseren Infrastruktur-Booster zu zünden. Damit hier keine Engpässe entstehen, legen wir bei unserer Fachkräftestrategie besonderes Gewicht auf die Ausbildung und Anwerbung von Arbeits- und Fachkräften für den Ausbau der Infrastruktur und beziehen diese Aufgabe in die Arbeit der „Task Force Infrastruktur“ mit ein.

Wir wollen Strom billiger machen. Neben den erneuerbaren Energien sind der Netzausbau und die Flexibilisierung der Netze und des Stromverbrauchs hierfür von enormer Bedeutung. Leider setzt der Bund auf starre, nicht wasserstofffähige Gaskraftwerke, statt das Potenzial der Bürger*innen und Unternehmen auszuschöpfen. Wir wollen, dass im Stromversorgungssystem der Zukunft Flexibilitäten optimal eingesetzt werden und der Verteilnetzausbau auf der Grundlage einer soliden Datenbasis erfolgt. Wir gehen in Baden-Württemberg voran. Bürger*innen und Unternehmen in Baden-Württemberg werden es so einfach wie möglich haben, einen digitalen Stromzähler zu erhalten. Dazu werden wir mit den Netzbetreibern in Baden-Württemberg Lösungen suchen, so dass flexible Strompreise genutzt werden können.

Günstige Energie – ein Gewinn für Bürger*innen, Wirtschaft und Klima

Eine starke Wirtschaft braucht eine optimale Energieversorgung – klimaneutral, verlässlich und bezahlbar. Die vergangenen Jahre waren geprägt von der Energiekrise in Europa, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Bürger*innen und Wirtschaft mussten in Folge große Unsicherheiten und hohe Preise in Kauf nehmen. Durch entschlossenes Handeln der damaligen Bundesregierung – von Entlastungspaketen über Energiepreisbremsen bis hin zur schnellen Diversifizierung der Energieimporte – konnten eine noch tiefere Krise verhindert und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Wir halten an der nachhaltigen Erneuerung unserer Energieversorgung fest und setzen uns auf allen Ebenen gegen die Erschließung neuer Gas- und Ölvorkommen ein. Nur mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien stärken wir langfristig unseren Wirtschaftsstandort und werden unabhängiger von Energieimporten. Durch niedrige Energiepreise aus Erneuerbaren werden Wirtschaft und Verbraucher*innen entlastet und die Industrie

kann zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren. Mit Nachdruck verfolgen wir unsere langjährige Forderung zur Senkung des Strompreises weiter. So soll die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Das schafft Entlastung für die Wirtschaft, aber auch für die Bürger*innen.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, auch weiterhin neue Finanzierungsmodelle für den Ausbau der Stromnetze auf den Weg bringen. Dazu gehört, erfolgreiche Ansätze wie das Amortisationskonto beim Bau des Wasserstoff-Kernnetzes in weiteren Bereichen zu ermöglichen.

Ein Schub für die erneuerbaren Energien

Die grün-geführte Landesregierung hat geliefert: Erneuerbare Energien bilden mittlerweile den wesentlichen Pfeiler bei der Versorgung unserer Wirtschaft mit unabhängiger und kostengünstiger Energie. Wir haben aktuell (Stand Juli 2025) über 1250 neue Windkraft-Anlagen in Planung oder im Verfahren. Damit der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg weiter Fahrt aufnimmt, setzen wir uns dafür ein, das Referenzertragsmodell beizubehalten. Dieses Modell gleicht Unterschiede zwischen windreichen und windärmeren Standorten aus, indem es die Vergütung an die örtlichen Windverhältnisse anpasst. So bleiben Investitionen auch dort wirtschaftlich, wo Windkraft für Netzstabilität und regionale Versorgung besonders wichtig ist – ohne dass an sehr windstarken Standorten überhöhte Förderkosten entstehen. Zugleich verringert sich dadurch der Bedarf an zusätzlichem Netzausbau, weil der Strom direkt im sogenannten „netztechnischen“ Süden entsteht. Die schwarz-rote Bundesregierung darf die Windenergie in Baden-Württemberg kein weiteres Mal ausbremsen.

Bei der Solarenergie haben wir in den vergangenen Jahren unsere Ausbauziele deutlich übertroffen. Bis Ende Juli 2025 wurden über 1.200 Megawatt-Peak (MWp) zugebaut. Damit erreichen wir unsere Ausbauziele aus dem Gutachten zu den Sektorzielen, um die Netto-Treibhausgasneutralität in Baden-Württemberg bis 2040 zu schaffen.

Der Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft war und ist nach wie vor der richtige Weg. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Debatten über die Reaktivierung der abgeschalteten Atomkraftwerke sind rückwärtsgewandt und bieten keine Lösung für die Energieversorgung der Zukunft.

Die Dynamik des Ausbaus der Erneuerbaren darf nicht nachlassen, trotz des Gegenwindes aus Berlin. Wir stellen heute entschlossen die Weichen dafür, dass Baden-Württemberg im Jahr 2040 klimaneutral ist. Wir wollen zeigen, wie es geht, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beenden. Wir müssen deshalb insbesondere Windkraft

und Freiflächen-Photovoltaik (PV) weiter ausbauen und mit einem Flächenmonitoring sicherstellen, dass Vorrangflächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Wir wollen insgesamt drei Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien reservieren. Ebenso wollen wir Anreize für ein kommunales Flächenpooling schaffen und das „Forum Energiedialog“ fortsetzen, um die Akzeptanz von Erneuerbare-Energie-Projekten weiter zu fördern. Auch bei den Erneuerbaren setzen wir auf den Erfindergeist in Baden-Württemberg, denn die Potenziale sind noch lange nicht erschöpft. Das Land soll anschieben, dass Solaranlagen an Lärmschutzwänden und als Hagelschutz im Obstbau zum Standard werden. Das riesige Potenzial von Solaranlagen auf Baggerseen soll durch eine deutlich höhere Ausnutzungen der PV-Überdeckung ausgeschöpft werden. Solche Innovationen wollen wir in die Fläche bringen. Die Verbindung von Landwirtschaft und Erneuerbaren schaffen wir durch Agri-PV. Flächen, die für die Ernährungssicherung von besonderer Bedeutung sind, sollen erhalten bleiben.

Damit der Strom da ankommt, wo er gebraucht wird, arbeiten wir zielstrebig daran, dass neue Anlagen schnell ans Netz kommen und die Verteilnetze ausgebaut werden. Ebenso brauchen wir eine integrierte Netzplanung, bei der beispielsweise Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetze zusammengedacht werden. Zudem wollen wir unser Stromnetz intelligenter machen und setzen uns für finanzielle Anreize ein, um so beispielsweise „Smart Meter“ in die Fläche zu bringen. Sowohl im Bundeskontext als auch in Abstimmung mit anderen Ländern wollen wir mit einer von Land, Netzbetreibern und Energieversorgern erarbeiteten Speicherstrategie aufzeigen, wie viele Speicher im Land benötigt werden und wo diese sinnvollerweise errichtet werden sollen.

Wir wollen ein flexibles Stromsystem als Rückgrat der Stromversorgung von morgen. In Baden-Württemberg wollen wir schon heute zeigen, wie das geht. Dazu setzen wir auf Digitalisierung. Wir wollen Wallboxen, Wärmepumpen, Speicher, bidirektionales Laden und weitere steuerbare Geräte in die Fläche bringen. Gleichzeitig sollen die Netze durch systemdienliche Integration von Speichern und neueste Netztechnologien effizienter genutzt werden. Das alles erfordert eine bessere Kenntnis und Datenbasis des Netzes. Deshalb fordern wir die flächendeckende Echtzeiterfassung an allen Knotenpunkten des Netzes. Das schafft die Voraussetzung für lokale und dynamische Strompreise. Das Netz von morgen soll in Baden-Württemberg entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass für Bürger*innen der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß der eigenen Kommunen transparent wird.

Baden-Württemberg investiert massiv in digitale Infrastruktur, die den Energiefluss effizient steuert und Versorgungssicherheit garantiert. Mit

dem Netzausbaugipfel hat das Land bereits einen Startpunkt für notwendige Investitionen in Verteilnetze gesetzt. Wir wollen diesen Prozess fortführen. Wir sorgen dafür, dass das Land Baden-Württemberg auch seiner Verantwortung als Aktionär des größten Energieversorgers in Südwestdeutschland gerecht wird: Mit den Garantieermächtigungen hat der Landtag die vom Land gehaltene NECKARPRI GmbH in die Lage versetzt, sich an der Kapitalerhöhung der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) von mehr als drei Milliarden Euro zu beteiligen. Mit der Kapitalerhöhung haben wir die EnBW in die Lage versetzt, ihre Projekte wie den Ausbau von Wind, Solar, Netzen und Speichern kraftvoll umzusetzen. Unsere Netze und Netzbetreiber wie Transnet BW gehören zur kritischen Infrastruktur.

Wir wollen künftig auch Teile der Pensionsrücklagen oder des Versorgungsfonds für nachhaltige Projekte im Land nutzen. So sollen beispielsweise Kommunen vereinfacht in den Wärmenetzausbau investieren können. Damit kurbeln wir unsere heimische Wirtschaft an und stärken gleichzeitig lokale Handwerksunternehmen.

Vorreiterrolle Baden-Württembergs bei Wärmewende weiter ausbauen

Mit der Einführung der kommunalen Wärmeplanung hat Baden-Württemberg bundesweit Maßstäbe gesetzt. Inzwischen liegen Wärmepläne aus fast allen vorgesehenen Kommunen vor – und zusätzlich haben sich schon über 500 Städte und Gemeinden freiwillig auf den Weg gemacht. Bis 2028 werden auch die kleineren Kommunen einbezogen.

Allein in den kommenden Jahren investieren wir über 65 Millionen Euro in die kommunale Wärmeplanung. Daneben haben wir die Beratungsstrukturen bei den regionalen Energieagenturen in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt und institutionell abgesichert und so eine verlässliche Finanzierung geschaffen. Damit legen wir die Grundlage, um den Wärmebedarf unserer Gebäude in den kommenden Jahren zu reduzieren und so unsere Klimaziele zu erreichen.

Die vorliegenden Wärmepläne wollen wir schnell in die konkrete Umsetzung bringen. Den angestoßenen Wärmegipfelprozess wollen wir weiterführen und konkrete Maßnahmen umsetzen. Beispielsweise wollen wir gemeinnützige Wärmegemeinschaften unterstützen, kommunale Wärmebeiräte etablieren und „Sanierungssprints“ zur beschleunigten und kostengünstigen energetischen Gebäudesanierung in die Fläche bringen. Wir wollen neue Wege bei der Finanzierung der Energie- und Wärmewende gehen. Hierfür schlagen wir vor, die Gemeindeordnung zu ändern und den kommunalen Kreditrahmen für Investitionen

in eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung zu erweitern. Kommunen sollen die Möglichkeit haben, vergünstigte Kredite für Investitionen in Energie- und Wärmewende zu erhalten.

Mit der intelligenten Nutzung von Abwärme aus Industrie und Rechenzentren, also nicht genutzter Wärmeenergie, schaffen wir eine Win-Win-Situation. Unternehmen, die Abwärme erzeugen, verkaufen ihre ungenutzte Energie an WärmeverSORGER, die diese Abwärme zur Dekarbonisierung ihres Wärmenetzes nutzen können. In Zukunft wollen wir dies deutlich ausbauen, um so den Energieverbrauch und die Kosten für die Verbraucher*innen zu senken. Neben dem Ausbau setzen wir uns für eine verbraucherfreundliche und transparente Regulierung der Fernwärmepreise ein. Auch wollen wir die Potenziale von Umweltwärmequellen, von Großwärmepumpen und Solarthermie sowie Quartiersspeichern in die Wärmeplanung aufnehmen und gezielt unterstützen. Damit der Ausbau der Wärmenetze in den Kommunen schnell umgesetzt werden kann, brauchen wir eine ähnliche Beschleunigung des Genehmigungsprozess, wie wir sie bei der Windkraft hinbekommen haben. Rechtliche Hürden bei der Nutzung von Abwärme bauen wir konsequent ab. Den Kommunen ermöglichen wir, öffentliche Flächen für die Wärmewende wie zum Beispiel Erdwärmesonden oder Wärmepumpen zur Verfügung zu stellen.

Bis 2030 werden wir weitere Geothermie-Projekte vorantreiben und so einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Wärmeversorgung unserer Gebäude leisten. Obwohl bei Bohrprojekten im hydrothermalen Verfahren keine Schäden zu erwarten sind, werden wir ein Verfahren zur Schadensabwicklung umsetzen und erweiterte Sicherheiten für Anwohner*innen verhandeln, um noch mehr Akzeptanz für Tiefen-Geothermie zu erzeugen. Um Geothermie-Projekte zu unterstützen, wollen wir die Risiken bei explorativen Bohrungen abfedern. Daneben wollen wir Unternehmen die Lithiumgewinnung in Baden-Württemberg ermöglichen und damit unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen schrittweise reduzieren.

Für die nächste Phase der Energiewende schlagen wir zudem vor, in einem Innovationscampus „Energie & Klimaschutz“ Wissenschaft, Innovation und Politik zur Gestaltung eines Energiesystems zu verknüpfen, das auf 100 Prozent Erneuerbare ausgelegt ist. Dafür bündeln wir unsere Aktivitäten im gesamten Land und verbinden Grundlagenforschung mit der Umsetzung in einer Kette. Rechenzentren sollen effizient im Energiesystem integriert sein und die Abwärme zum Beispiel soll bestmöglich genutzt werden. Wir setzen auf die Entwicklung von energieeffizienter, spezialisierter künstlicher Intelligenz. So wird Baden-Württemberg zur Leitregion für nachhaltige Energiesysteme und zum Vorreiter für eine ressourcensparsame digitale Transformation.

Grüner Wasserstoff – Antrieb für Industrie und Innovation

Die Industrie im Land befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Wir wollen die Unternehmen weiterhin aktiv bei der Umstellung der Energieträger begleiten und ihnen einen verlässlichen Rahmen geben.

Wasserstoff ist ein Schlüssel für die Dekarbonisierung von Prozessen und Industriezweigen, die schwer zu elektrifizieren sind. Dazu gehören beispielsweise die Zementherstellung und die chemische Industrie. Wasserstoff, ob selbst produziert oder importiert, kann als Backup unsere Energieversorgung stabilisieren. Als vielseitig einsetzbarer Energieträger unterstützt er den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und stärkt somit eine nachhaltige, zukunftsorientierte und resiliente Energieversorgung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass neue Backup-Kraftwerke künftig mit Wasserstoff statt mit Gas betrieben werden. Die Kraftwerke sind als Ankerkunden für das Wasserstoffnetz von zentraler Bedeutung.

Mit der „Wasserstoff-Roadmap BW“ und zahlreichen internationalen Wasserstoffpartnerschaften forciert die grün-geführte Landesregierung den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft: Durch das gegenwärtige, attraktive Förderprogramm für Elektrolyseure zur Wasserstoff-Herstellung wird Baden-Württemberg zu einer Modellregion für grünen Wasserstoff.

Das Land fördert unter anderem regionale Wasserstoff-Hubs sowie Verbund- und Modellprojekte. Baden-Württemberg beteiligt sich an grenzüberschreitenden Partnerschaften und setzt sich für europäische Wasserstoffnetze ein. Durch die Zusammenarbeit mit vertrauensvollen Partnern weltweit sichern wir die langfristige Versorgung mit Wasserstoff und fördern den Technologieaustausch.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Netzbetreiber den geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas im Rahmen des Klimaneutralitätsziels planen, entsprechende Pläne rechtzeitig vorlegen und frühzeitig die Kund*innen dazu informieren müssen. Denn wenn immer weniger Kund*innen am Gasnetz hängen, steigen die Netzentgelte – mit der Folge, dass besonders Haushalte mit geringeren Einkommen und kleinere Betriebe in eine Kostenfalle geraten. Deshalb wollen wir Erdgas für Endverbraucher*innen überflüssig machen. Gasverteilnetze, die heute die Industrie versorgen, können auf den Transport von grünem Wasserstoff umgestellt werden, wenn es keine effizientere Alternative gibt, oder sollen auslaufen. Auch für die Gasübertragungsnetze braucht es eine Perspektive: Sie sollen auf den Transport von grünem Wasserstoff umgestellt werden – oder ebenfalls auslaufen.

1.3. Innovation aus Tradition: wettbewerbsfähig im Wandel

Baden-Württemberg setzt auf Innovation aus Tradition. Wir können das. Schon lange. Diesen Pioniergeist wollen wir befeuern und erhalten. Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler*innen und Denker*innen. Vom Spaghettieis bis zum Teddybären, vom Fahrrad bis zum Auto, von der elektrischen Bohrmaschine bis zum Hochdruckreiniger: Unsere Erfindungen sind Exportschlager.

Heute sind wir Europas Innovationsregion Nummer eins und bundesweit Spitze bei den Patentanmeldungen, Exzellenzuniversitäten und Beschäftigten in Forschung und Entwicklung. Über 150 Weltmarktführer haben hier ihren Sitz. Das zählt sich aus – für unser Leben und unseren Wohlstand.

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind dabei weit mehr als Orte des Wissens – sie sind Werkstätten der Zukunft. Hier wird an Quantencomputern, grüner Wasserstofftechnologie und neuen Krebstherapien geforscht.

Doch Wissenschaft und Forschung geraten zunehmend unter Druck – durch geopolitische Spannungen, fragile Forschungsk Kooperationen und ein immer schnelleres Tempo des globalen Innovationswettstreits. Deshalb wollen wir jetzt weiterhin die richtigen Weichen stellen – für eine Wissenschaft, die frei und eigenständig bleibt, für Innovationen, die unser Land voranbringen, und für Bildung, die allen offensteht.

Innovation, die unser Land voranbringt – aus Ideen wird Wirklichkeit

An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten die klügsten Köpfe unseres Landes an den großen und kleinen Fragen unserer Zeit. Wir Grüne wollen, dass aus klugen Ideen konkrete Lösungen entstehen. Dafür stärken wir den Wissenstransfer in die Praxis und fördern Ausgründungen. Zukunft entsteht dort, wo Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Unternehmergeist und gesellschaftliche Verantwortung zusammenkommen. Um die wichtigen Schlüsseltechnologien anwendungsnah zu erforschen, haben wir unsere erfolgreichen Innovationscampus-Modelle ins Leben gerufen. Dort arbeiten Universitäten mit Wirtschaft und Forschungseinrichtungen gemeinsam an zentralen Zukunftsthemen.

Aktuell bauen wir in der grün-geführten Landesregierung weitere neue Forschungseinrichtungen auf. Im Zentrum stehen dabei etwa die Entwicklung neuer Therapien gegen Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen, KI-Anwendungen und vieles mehr. 2025 haben wir mit „Hunter“ erst wieder einen der weltweit schnellsten Supercomputer in Stuttgart (HLRS) eingeweiht. 2026 folgt mit

„HammerHAI“ die erste deutsche *AI-Factory*. Wir haben mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung die bundesweit erste Forschungsstelle zum Thema und mit der Dokumentationsstelle Rechts-extremismus eines der größten Archive geschaffen.

Der neue Innovationscampus „Sicherheit und Verteidigung“ wird sich auf Luft- und Raumfahrt als zentrales Element konzentrieren. Weltraumgestützte Infrastrukturen sind für ein sicheres und souveränes Europa unerlässlich. Dazu zählen beispielsweise Navigation, Kommunikation und Erdbeobachtung. In der Sicherheits- und Verteidigungsforschung wollen wir geistes- und sozialwissenschaftliche Perspektiven einbeziehen und stärken. Die Materialwissenschaft wird als weitere Schlüsseltechnologie ein bedeutender Baustein werden.

Wir wollen schneller dabei werden, Ideen von der Forschung auf den Markt oder in die Anwendung zu bringen. Denn erst so werden die Erfolge der Wissenschaft für die Menschen nutz- und greifbar. Damit besonders wichtige Produkte wie Medikamente schnell auf dem Markt landen und angewendet werden können, schaffen wir ein Eilverfahren und nutzen hierfür Spielräume über Experimentierklauseln.

Wir werden die Forschungsförderung für Schlüsseltechnologien stärken, damit Projekte frühzeitig auf Bundes- und EU-Förderprogramme wie „SPRIND“ vorbereitet sind und davon profitieren können. Wir intensivieren die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie den Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten.

Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wollen wir in ihrer Forschung gezielt stärken. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass sie mehr Mittel erhalten. Mit moderner Ausstattung können sie ihre praxisnahen Forschungsprojekte noch besser entwickeln.

Der Innovationscampus „Nachhaltigkeit“ wird zum Zentrum klimarelevanter Forschung. Die „*Health and Life Science Alliance*“ Heidelberg/Mannheim erhält mit dem Cluster Biotechnologie eine wichtige Erweiterung, um dieses Zukunftsfeld über den Medizinbereich hinaus zu erforschen. Bei der Förderung technologieorientierter Gründungen setzen wir gezielt auf die Unterstützung von Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen aus hochschulfernen Familien. Wir vereinfachen Gründungsprozesse und etablieren NXTGN, die Innovationsplattform Baden-Württemberg, als leistungsstarke Start-up *Factory*. Unsere INSPIRE BW Hubs werden zu regionalen Start-up-Zentren ausgebaut. Zudem werden wir den Transfer von Wissen in die Praxis als Dienstaufgabe im Landeshochschulgesetz verankern.

Künstliche Intelligenz begreifen wir als entscheidenden Treiber der Wirtschaft der Zukunft. Deshalb wollen wir Stärken unserer KI-Hotspots bündeln: die exzellente Forschung des *Cyber Val-*

ley und die praxisnahe Power des *Innovation Park Artificial Intelligence* (IPAI). Baden-Württemberg ist im Maschinenbau und bei maßgeschneiderten Mittelstandslösungen weltweit führend. Diesen Wettbewerbsvorteil wollen wir gezielt ausbauen, indem wir weiter KI-Lösungen in ingenieurstechnischen Umgebungen entwickeln. Wir stärken weiter die Verbindungen des *Cyber Valleys*, von *ConnAlx* und des IPAI mit den industriellen Stärken in den zukunftsweisenden Technologien und schaffen so einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil für die Industrie von morgen. Auf diese Weise heben wir unsere künstliche Intelligenz made in Baden-Württemberg auf ein neues Level und machen unser Land zum führenden KI-Standort in Europa. Wir ermöglichen die Einführung von KI in der gesamten Breite unseres Mittelstands. Dafür treiben wir die europäische Kapitalmarktunion voran, sichern unseren KI-Start-ups Zugang zu Risikokapital und schaffen KI-Reallabore. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Auslegung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), um unnötige Bürokratie zu reduzieren. Zudem ermöglichen wir eine direkte Unterstützung der baden-württembergischen Unternehmen durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Wir verbinden KI systematisch mit den Branchen, in denen wir über besondere Stärken verfügen. Dadurch erschließen wir neue Möglichkeiten, etwa in der humanoiden Robotik, wo wir klassische Ingenieurskunst und moderne Software-Kompetenz miteinander verbinden, oder im Bereich Medien, Animation und virtuelle Produktion.

Mit der Innovationsallianz Baden-Württemberg (innBW) und der KI-Allianz BW setzt Baden-Württemberg auf starke, praxisorientierte Strukturen, um Wissen und Technologien zielgerichtet in die mittelständische Wirtschaft zu transferieren. Beide Netzwerke bauen Brücken zwischen Forschung und Anwendung, öffnen kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu modernster Wissenschaft und unterstützen sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen Umsetzung. Ziel ist es, diesen Transfer noch weiter zu stärken, Hürden für kleine und mittlere Unternehmen abzubauen und ihnen die Chance zu geben, als Treiber von Zukunftstechnologien die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs nachhaltig zu sichern. Durch die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und die gleichzeitige Koordination auf europäischer Ebene im Bereich KI stärken wir unsere digitale Souveränität und Unabhängigkeit von außereuropäischen KI-Technologiekonzernen.

Quantentechnologie katapultiert uns in ein neues Technologiezeitalter. Quantencomputer können für bestimmte Anwendungen Berechnungen durchführen, für die klassische Systeme heute Tage oder Wochen brauchen. In der Quantensensorik erschließen wir neue Welten, beispielsweise in der Krebsforschung, wo neue Kernspintomo-

graphen sogar einzelne Zellen abbilden könnten. Als führende Innovationsregion in Europa gehört Baden-Württemberg auch in der Quantentechnologie zur Spitzengruppe. Mit der Innovationsinitiative QuantumBW vernetzen wir Spitzenforschung, Start-ups und Unternehmen und schaffen eine starke Grundlage für zukünftige Anwendungen. Diesen Zukunftspfad für Innovation und Wirtschaftswachstum werden wir entschlossen weitergehen.

Baden-Württemberg ist ein führender Standort der Gesundheitswirtschaft – in Deutschland und Europa. Unser Ziel ist es, medizinische Innovationen schneller in die Versorgung zu bringen. Dafür fördern wir die enge Zusammenarbeit von Universitätsklinik, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen – insbesondere durch den Ausbau des Vereins Universitätsmedizin Baden-Württemberg (4U-Verbund) und des Forums Gesundheitsstandort BW. Auch die gerontologische Forschung treiben wir voran.

Der Verbund der Universitätsklinik Heidelberg und Mannheim mit dem Innovationscampus „*Health and Life Science Alliance*“ wird zum deutschen Spitzenreiter und internationalen Leuchtturm der Medizinforschung weiterentwickelt.

Tierversuche wollen wir verringern und – wo immer möglich – durch innovative, tierfreie Methoden ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen wollen. Daher setzen wir weiter auf den Ausbau der 3R-Zentren und eine Erhöhung der Landesförderung, um gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung perspektivisch das Ziel eines Ausstiegs aus Tierversuchen zu erreichen.

Baden-Württemberg ist das Flächenland der Innovationen. Bei uns entstehen neue Ideen und Anwendungen überall: Wir stehen zu unserer vielfältigen Hochschullandschaft und sichern sie auch künftig mit voller Kraft. Das Land hat auf der einen Seite die meisten Exzellenzuniversitäten bundesweit und auf der anderen Seite mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bedeutende wirtschafts- und strukturpolitischen Einrichtungen. Damit bietet Baden-Württemberg hervorragende akademische Ausbildungsmöglichkeiten in der ganzen Fläche. Wir arbeiten auch künftig mit voller Kraft daran, diese beiden Säulen gleichwertig zu stärken und die Spitzenplätze in der Innovation auszubauen.

Freie Wissenschaft – innovatives Land

In einer Zeit, in der autoritäre Kräfte weltweit die Freiheit von Lehre, Forschung und künstlerischer Arbeit bedrohen, stehen wir entschlossen für Offenheit, Autonomie, kritischen Diskurs und kreative

Entfaltung ein. Die Freiheit der Wissenschaft ist in unserer Landesverfassung verankert. Hochschulen sind Räume des Nachdenkens, der Diskussion und der Innovation. Sie müssen geschützt, gestärkt und verlässlich finanziert werden.

Seit fast 15 Jahren stellen wir Grüne die Weichen dafür, dass unsere Forscher*innen unter guten Voraussetzungen arbeiten können. So haben wir die Trendwende – weg von Sparrunden, hin zur Steigerung der Grundfinanzierung – in der Hochschulfinanzierung eingeläutet und investieren in den nächsten fünf Jahren rund 23 Milliarden Euro in unsere Hochschulen. Wir haben die Grundlage dafür geschaffen, dass unsere Hochschulen rund 7.000 neue Stellen dauerhaft einrichten konnten. Wir ermöglichen Freiräume und Flexibilität, von Gründungsfreisemestern bis hin zu Formaten wie Reallaboren. Weil Exzellenz in Forschung und Lehre moderne, sanierte und barrierefrei nutzbare Gebäude erfordert, haben wir eine Sanierungsoffensive gestartet und bauen diese in den kommenden Jahren weiter aus. Dabei beziehen wir, wo möglich, auch die vollumfängliche Barrierefreiheit von Anfang an mit ein.

Daran werden wir anknüpfen und in der nächsten Legislatur eine „Hochschulfinanzierungsvereinbarung IV“ auf den Weg bringen, die sich durch eine weiterhin hohe Grundfinanzierung und Verlässlichkeit auszeichnet. Dadurch können Hochschulen unabhängig Entscheidungen treffen und schnell und unkompliziert eigene Schwerpunkte setzen. Studiengebühren für ausländische Studierende schaffen wir ab.

Gleichzeitig werben wir gezielt internationale Spitzenforscher*innen an, die ihre wissenschaftliche Freiheit in ihren Herkunftsländern bedroht sehen – mit Unterstützung durch die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften, durch zentrale Stellen an unseren Innovations-campus-Modellen und durch attraktive Rahmenbedingungen wie Jobperspektiven für Partner*innen und Kinderbetreuung.

Neue Erkenntnisse entstehen auch dort, wo risikofreudige Forscher*innen bereit sind, unbekannte Pfade zu betreten und das Scheitern ihrer Arbeit nicht scheuen. Dazu gehören auch Nachwuchswissenschaftler*innen mit oft befristeten Arbeitsverhältnissen. Wir werden Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen mehr Sicherheit und Freiheit zu geben. Wir setzen uns dabei auch für eine Stärkung ihrer Stimme in der akademischen Selbstverwaltung ein.

Um couragierte Wissenschaft sichtbarer zu machen und mehr Offenheit für Risiken zu fördern, entwickeln wir den „Preis für mutige Wissenschaft“ weiter. Die Möglichkeiten, etwa für Start-ups, auf Ergebnisse öffentlicher Forschung zugreifen zu können, wollen wir deutlich verbessern.

Mit vielfältigen Aktivitäten wie dem neu ausgerichteten und deutschlandweit einmaligen „Margarete von Wrangell“-Programm bringt die grüngeführte Landesregierung die Chancengleichheit in der Wissenschaft weiter voran. Das Land hält qualifizierte Frauen in der kritischen Phase zwischen Promotion und Professur im Wissenschaftssystem. Der Frauenanteil unter den Professuren und in den Leitungen der Hochschulen, insbesondere unter den neuberufenen, konnte so bereits erheblich gesteigert werden. Wir wollen ihn weiter ausbauen.

Hochschulen sind Räume des offenen Diskurses und müssen als solche gesichert werden. Wir treten dort konsequent gegen Antisemitismus, Rassismus, Behindertenfeindlichkeit (Ableismus), Queerfeindlichkeit und jede andere Art von Diskriminierung ein. Außerdem sind Hochschulen öffentliche Räume, weshalb wir den Austausch zwischen Gesellschaft und Wissenschaft fördern. Hochschulräumlichkeiten sollen daher stärker als Teil der Stadtentwicklung für eine Mehrfachnutzung erschlossen werden. Dafür treiben wir die Zusammenarbeit von Kommunen, Land und Hochschulen voran.

1.4. Möglichkeiten anstoßen: ein leistungsstarker Staat und starke Kommunen

Ein Staat ist dann stark, wenn seine Verwaltung einfach funktioniert und Bürger*innen offensteht. Wir wollen einen agilen, den Menschen zugewandten öffentlichen Dienst, in dem die Abläufe gut funktionieren. Wir setzen auf starke Kommunen, die meist selbst am besten wissen, was zu tun ist. Mit einer Verwaltung, die mit Ehrgeiz an ihrer digitalen Verwandlung arbeitet – sicher und unabhängig.

Der Staat von morgen ist digital, bürgernah und leistungsstark. Er wird zum Ermöglicher – mit klaren Strukturen und effizienten Prozessen. Er nutzt die Möglichkeiten von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz. Der Staat von morgen bündelt seine Leistungen für Bürger*innen und Wirtschaft übersichtlich und verständlich auf zentralen digitalen Plattformen.

Dieses Ziel werden wir durch einen konsequenten Ausbau von offenen Schnittstellen sowie veröffentlichungspflichtiger, maschinenlesbarer Dateninfrastrukturen in Ministerien und Behörden erreichen. So ermöglichen wir neben mehr interner Effizienz auch niedrigschwellige Zugänge, schnellen Datenaustausch und eine besser vernetzte digitale Infrastruktur für Bürger*innen und Wirtschaft.

Wir wollen den Staat so organisieren, dass er den Menschen dient – verständlich und im Alltag erreichbar. Eine leistungsfähige und bürgernahe

Verwaltung beginnt mit einer klaren Haltung: Wir setzen auf eine Ermöglichungskultur: Bürger*innen sollen unkompliziert und digital ihre Anliegen erledigen können. Wir müssen nicht-digitale Zugangswege für diejenigen Bürger*innen weiterhin sichern, die Hilfe bei ihren Angelegenheiten benötigen, wie z.B. für Ältere oder Menschen mit Behinderung.

Grundsätzlich wollen wir das Prinzip „*Once-Only*“ für staatliche Leistungen einführen. Informationen müssen dann von Bürger*innen nur noch einmal bereitgestellt werden. Gänge zum Amt können dadurch teilweise komplett eingespart, in vielen Fällen aber vor allem verkürzt werden.

Verwaltung muss den Menschen dienen. Doch über die Jahre sind Berichtspflichten, Doppelzuständigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten aufgewachsen. Unsere Verwaltung soll digitale Möglichkeiten und künstliche Intelligenz einsetzen, um Zugänge zu vereinfachen und Leistungen barrierefrei und verständlich auf digitalen Plattformen zu bündeln. Mit der Entlastungsallianz und dem Regelungsbefreiungsgesetz sind wir einen ersten Schritt gegangen, um unnötige Regeln abzuschaffen, Verfahren zu vereinfachen und Zuständigkeiten zu klären. In diese Richtung gehen wir weiter und werden diese unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Naturschutzverbände fortführen: Was gebraucht wird, um faire Verfahren sicherzustellen, Gesundheit und Klima zu schützen, bleibt. Was Menschen, Unternehmen und Kommunen bremst, kommt auf den Prüfstand.

Wir öffnen die Verwaltung für neues Denken und moderne Prozesse. Das geht nicht von oben nach unten, sondern nur mit der gezielten Einbindung der Erfahrungen aus der Praxis – direkt von denen, die jeden Tag mit Verwaltung zu tun haben.

Künstliche Intelligenz soll Menschen unterstützen, nicht Menschen ersetzen. Durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz können Standardverfahren weitgehend automatisiert werden, damit den Sachbearbeiter*innen mehr Zeit für komplexe Situationen bleibt und der Staat in dringenden Fällen schnell agieren kann. Diese Chance wollen wir entschlossen mit konkretem Nutzen für Bürger*innen, Unternehmen und Mitarbeiter*innen ergreifen.

Deshalb ist es entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen den Staat vor diesem Hintergrund neu denken und neu aufstellen. Dafür braucht es gemeinsame Standards und Kooperation weit über die Landesgrenzen hinaus. Deshalb werden wir die Datenstandards des föderalen Informationsmanagements FIM für Datenbanken und Ausschreibungen des Landes obligatorisch verankern, in der Softwarevergabe vorrangig auf *Open-Source*-Software setzen und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern verbessern.

Wir Grüne betrachten es als erstes positives Zeichen, dass Bund und Länder gemeinsam an

einer Modernisierungsagenda arbeiten wollen. Wir Grüne sind bereit, an einer umfassenden Modernisierung des „Maschinenraums des Staates“ in einer überparteilichen Allianz sehr aktiv mitzuwirken und voranzugehen. Damit dies gelingt, werden wir eine zentrale politische Verantwortung für Digitalisierung und Staatsmodernisierung schaffen. Durch eine Ministerposition im Staatsministerium oder ein eigenes Digitalministerium beenden wir Verantwortungsdiffusion und stellen sicher, dass Baden-Württemberg im föderalen System verlässlich kooperieren kann und mit klarer Stimme für eine zugängliche, souveräne und nachhaltige Modernisierung der Verwaltung spricht.

Wir setzen – wo immer möglich – auf zentrale Plattformen und Apps. Unser Zielbild ist eine einheitliche digitale Plattform, über die man alle staatlichen Leistungen und Services abrufen und abwickeln kann. Auf diese Weise wissen Antragsteller*innen jederzeit, wo der Antrag aktuell bearbeitet wird und wann mit einer Rückmeldung zu rechnen ist.

Leistungen sollen, wo möglich, automatisch und ohne kompliziertes Verfahren erbracht werden. Denn komplexe Antragsverfahren führen oft dazu, dass Unterstützung gar nicht erst in Anspruch genommen wird.

Unser Ziel ist es, in Deutschland zu einer einheitlichen Lösung von Bund, Ländern und Kommunen zu kommen und alle staatlichen Leistungen auf einer Plattform zu bündeln, ähnlich wie es Dänemark mit „borger.dk“ umsetzt. Als ersten Schritt werden wir dieses Prinzip in Baden-Württemberg mit dem „Serviceportal Baden-Württemberg“ (Service BW) umsetzen und das Portal zu einer einheitlichen Bürgerplattform und „Bürger-App BW“ weiterentwickeln, die auf bereits etablierte Standards und Schnittstellen aufbaut.

Unsere Kommunen unterstützen wir aktiv bei der Digitalisierung ihrer täglichen Verwaltungsarbeit: Wir entwickeln zentrale Onlinedienste und helfen mit, sie in alle Rathäuser und Landratsämter zu tragen. Für eigene Vorhaben der Kommunen bieten wir Bausteine wie das landeseinheitliche digitale Bezahlverfahren zur Nachnutzung an. Über Qualifizierungsprogramme wie die Digitallotsen unterstützen wir Städte und Gemeinden bei der Weiterbildung und Vernetzung echter Verwaltungstransformer*innen. Damit alle Verwaltungsebenen von der Registermodernisierung profitieren können, schaffen wir Zugänge zu souveränen Lösungen, um Register datenschutzkonform und frei vom Zugriff Dritter in sicheren Clouds in Deutschland hosten zu können.

Wir streben an, zentrale Ereignisse, bei denen mehrere Behörden aktiv werden und zusammenwirken müssen, miteinander zu verbinden und im Wege von *One-Stop-Shops* zu organisieren. Dazu gehört etwa die Gründung eines Unternehmens, der Bau

eines Hauses, die Geburt eines Kindes oder die Eingliederung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland. Dies wäre eine massive Erleichterung. Die neu aufgebaute Landesagentur für Fachkräftezuwanderung ist bereits heute ein Paradebeispiel in Baden-Württemberg für eine modernisierte Verwaltung.

Auch innerhalb der Verwaltung wollen wir Prozesse digitalisieren und vereinfachen. Dafür haben wir bereits wichtige Grundlagen gelegt, etwa mit der Einführung der E-Akte, der Digitalisierung des Haushaltsmanagements oder der Einführung der ersten souveränen Verwaltungs-KI Europas, des Systems F13.

Im weiteren Ausbau müssen wir verstärkt die digitale Lieferkette des Staates in den Blick nehmen. Wo Daten der Bürger*innen gespeichert werden, darf kein außereuropäischer Technologieanbieter unkontrolliert auf sie zugreifen können. Wo die Verwaltung Software einsetzt, dürfen keine Abhängigkeiten entstehen, die den Staat in seiner Handlungsfähigkeit einschränken.

Deshalb werden wir systematisch prüfen, wo digitale Abhängigkeiten bestehen, und Strategien für den schrittweisen Umstieg auf selbstbestimmte, sichere und resiliente Lösungen entwickeln. Unser klares Ziel ist es, die digitale Souveränität staatlichen Handelns dauerhaft zu stärken. Dabei stärken wir gezielt den *GovTech*-Sektor sowie den Einsatz von *Open-Source*-Anwendungen.

So machen wir unsere digitale Infrastruktur widerstandsfähiger, sichern staatliche Souveränität, stärken die heimische IT-Wirtschaft und erhöhen die Sicherheit im digitalen Raum. Unser Ziel ist klar: schlanke Strukturen und mehr Eigenverantwortung dort, wo das Fachwissen sitzt.

Engagierte Menschen in starken Verwaltungen: ein attraktiver und agiler öffentlicher Dienst

Um unser Ziel eines leistungsfähigen Staats umzusetzen, brauchen wir starke Verwaltungen mit engagierten Menschen. Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen – und wir stellen uns ihnen mit einer klaren Strategie. Mit einer Personalstrategie 2040 werden wir das Land zu einem modernen und attraktiven Arbeitgeber machen, der auf Augenhöhe mit den Menschen agiert. Denn der demografische Wandel führt dazu, dass weniger Menschen immer mehr leisten müssen.

Wir können alles – auch Vielfalt. Deshalb haben wir Grüne dafür gesorgt, dass das Land der Charta der Vielfalt beiträgt. Die Landesverwaltung bekennt sich seit 2012 dazu und stellt sicher, dass die Anerkennung von Vielfalt in der Landesverwaltung gelebt wird. Wir wollen als Landesregierung ein attraktiver Arbeitgeber für alle Menschen sein und stellen uns deshalb Diskriminierung am Arbeitsplatz entschieden entgegen.

Wir fördern flexible Arbeitszeitmodelle und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch für die kommunalen Beschäftigten. Wir bauen die Hochschulen für öffentliche Verwaltung aus und öffnen den Zugang für vielfältige Lebensläufe, um mehr Perspektiven in den öffentlichen Dienst zu holen. Wir gestalten Arbeitsbedingungen flexibler, schaffen Entwicklungsperspektiven und ermöglichen neue Wege in den Beruf – auch über Quereinstiege. So sorgen wir dafür, dass zentrale Aufgaben des Staates auch in Zukunft verlässlich erfüllt werden.

Kommunen stärken – dort, wo das Leben passiert

Starke Kommunen sind das Rückgrat einer funktionierenden Demokratie. Hier zeigt sich, ob der Alltag gelingt – ob Busse fahren, Schulen gut ausgestattet sind oder ob Senior*innen ein gutes Zuhause finden. Deshalb sichern wir verlässlich die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wir wissen um den Wert attraktiver und lebenswerter Kommunen für die Bürger*innen wie auch für die Wirtschaft. Sie sind der Ort, an dem Gemeinschaft entsteht und Politik erlebt wird. Deswegen ist uns die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Kommunen heilig.

Die Sorgen in den Rathäusern sind real: Rückläufige Steuereinnahmen, neue Aufgaben ohne finanzielle Gegenleistung und unübersichtliche Finanzierungsstrukturen belasten viele Kommunen. Wir haben darauf reagiert und mit gezielten Investitionshilfen und vorgezogenen Abschlagszahlungen zügig geholfen. Doch die Herausforderungen wachsen weiter – wir lassen die Kommunen damit nicht allein.

Die Kommune der Zukunft ist der Ort, an dem Politik spürbar wird – ganz nah am Alltag der Menschen. Damit sie ihre Rolle als Trägerin der Daseinsvorsorge auch in Zukunft verlässlich erfüllen kann, braucht es stabile und gerechtere Finanzierungsgrundlagen. Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg geraten durch zusätzliche Aufgaben und schwankende Gewerbesteuererinnahmen zunehmend unter Druck. Wir nehmen diese Sorgen ernst und handeln. Wir setzen uns gemeinsam mit den Kommunen beim Bund dafür ein, die kommunale Finanzlage dauerhaft zu stabilisieren.

Wer Aufgaben überträgt, muss auch für die Mittel sorgen. Das gilt nicht nur für das Land, sondern auch für Bund und EU. Wir nehmen das sogenannte Konnexitätsprinzip ernst – damit Kommunen nicht länger die Zeche für politische Entscheidungen zahlen, die anderswo getroffen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Pflichtaufgaben dauerhaft ausfinanziert sind. Zugleich werden wir den Katalog der Pflichtaufgaben gemeinsam mit den Kommunen systematisch

überprüfen, um Überlastungen abzubauen und Handlungsspielräume vor Ort zu sichern.

Kurzfristig geht es um eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer: Das würde den Kommunen zusätzliche finanzielle Mittel verschaffen, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können. Mittelfristig stärken wir die Steuerkraft der Länder und Kommunen mit einer Neuverteilung der Gemeinschaftssteuern zwischen Bund, Länder und Kommunen.

Wir wollen die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen entschlacken und neu ordnen. Wir setzen uns für eine Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs und für eine Orientierung der kommunalen Investitionsförderung am Kriterium der Nachhaltigkeit ein. Gleichzeitig fördern wir gezielt die interkommunale Zusammenarbeit – etwa bei Investitionen, bei der Energieversorgung oder beim Bürgerservice. So schaffen wir starke Netzwerke vor Ort und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen.

Wir schaffen einen flexibleren, realitätsnahen Rahmen für kommunale Infrastrukturinvestitionen. Denn wer heute in Schul- und Kitagebäude, Wohnraum, Wärme oder Mobilität investiert, baut die Grundlage für die Zukunft. Investitionen in Infrastruktur zahlen sich aus: Sie schaffen Werte, senken Folgekosten und sichern Lebensqualität für morgen. Deshalb wollen wir die Kreditaufnahme für rentierliche – also wirtschaftlich tragfähige – Investitionen erleichtern und kommunale Unternehmen wie Stadtwerke gezielt stärken. Mit Landesbürgschaften und innovativen Finanzierungsinstrumenten – etwa nachrangig rückzahlbaren Darlehen – erweitern wir ihnen den finanziellen Spielraum, den sie brauchen, um vor Ort weiter investieren zu können.

Die digitalen Chancen ergreifen – sicher und unabhängig

Wir wollen einen Staat, der modern, digital und vertrauenswürdig ist: In der Digitalisierung unserer Verwaltung liegen große Potenziale, die Dinge spürbar zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der Staat kann so Vertrauen zurückgewinnen und handlungsfähig bleiben. Zugleich werden die persönlichen Daten der Menschen geschützt und die Systeme bleiben sicher. Dafür müssen wir weiter an unserer Unabhängigkeit von außereuropäischen Technologiekonzernen arbeiten.

Mit der zunehmenden Digitalisierung steigt auch die Verwundbarkeit öffentlicher Systeme. Die Risiken reichen von Cyberangriffen auf kommunale Netze über gezielte Desinformationskampagnen bis hin zu hybriden Bedrohungen von außen. Mit dem Aufbau der Cybersicherheitsagentur und des Cybercrime-Zentrums haben wir bereits wichtige Pfeiler

im Kampf gegen Cyberkriminalität und für die Resilienz unserer digitalen Infrastruktur geschaffen. Der Schutz der digitalen Verwaltung erfordert auch weiterhin einen kontinuierlichen Ausbau.

Für Europas technologische Souveränität werden wir die europäische Forschungszusammenarbeit stärken und in digitale Sicherheit investieren – etwa durch den Ausbau sicherer und hochleistungsfähiger Rechenzentren wie dem Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart. Um wichtige weltweite Forschungsdaten vor der Löschung durch andere oder gar vor Spionage zu schützen, setzen wir uns dafür ein, eine sichere und strategische europäische Forschungsdateninfrastruktur zu schaffen.

Dort, wo es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir auf *Open-Source*-Lösungen, die unsere Unabhängigkeit stärken und gleichzeitig Transparenz schaffen. Damit Sicherheit nicht am Wissen scheitert, bauen wir außerdem flächendeckende Fortbildungsangebote für alle Verwaltungsmitarbeiter*innen aus – zu Datenschutz, Cybersicherheit und digitaler Resilienz. Denn digitale Verwaltung kann nur dann funktionieren, wenn sie den Menschen nicht nur dient, sondern sie auch schützt.

1.5. Möglichkeiten erhalten: Finanzpolitik mit Weitblick

Wir setzen auf eine solide Finanzpolitik, die in unsere Zukunft investiert. Wenn globale Krisen verunsichern, Inflation den Alltag belastet und Investitionen dringender denn je werden, braucht es einen Staat, auf den Verlass ist. Einen Staat, der notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Zusammenhalt genauso im Blick hat wie die finanziellen Belastungen künftiger Generationen. Zukunftsfeste Finanzen sind die Grundlage einer verlässlichen und glaubwürdigen Politik.

Nachhaltigkeit ist die Leitplanke unserer Finanzpolitik: In den vergangenen Jahren haben wir bewiesen, dass grüne Investitionen schwarze Zahlen schreiben – und das auch in konjunkturell herausfordernden Zeiten. Daran knüpfen wir an: Jeder Euro im Landeshaushalt muss so investiert werden, dass er Land und Leuten den größtmöglichen Nutzen stiftet.

Private und öffentliche Zukunftsinvestitionen – Innovation und Infrastruktur gemeinsam finanzieren

Baden-Württemberg geht voran: Wir machen unser Land zum Vorreiter bei der Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Infrastruktur und Zukunftsaufgaben. Denn klar ist: Die großen Herausforderun-

gen unserer Zeit – von einer nachhaltigen Energieversorgung über den Klimaschutz bis hin zu einer modernen Infrastruktur – lassen sich nur bewältigen, wenn öffentlicher Gestaltungswille und privates Engagement Hand in Hand gehen. Wir setzen dabei konsequent auf klimafreundliche Investitionen und nachhaltige Finanzanlagen, die einen ökologischen und sozialen Mehrwert schaffen. Unser Ziel ist es, privates Kapital dorthin zu lenken, wo es gebraucht wird: in Wärmenetze, Speicherlösungen, Sanierungen und grüne Technologien. So entsteht ein kraftvoller Hebel für Innovation und Klimaschutz.

Damit eine nachhaltige Energieversorgung, die ökologische und digitale Modernisierung unserer Wirtschaft und die Stärkung unserer Infrastruktur gelingen, braucht es erhebliche Investitionen – sowohl aus öffentlichen Haushalten als auch aus privaten Quellen. Wir schaffen dafür die nötigen Rahmenbedingungen und setzen uns dafür ein, dass Infrastrukturfinanzierung und Klimaneutralität Schwerpunkte der Förderpolitik öffentlicher Banken und der Förderbanken des Landes werden. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, regulatorische Hürden bei der Finanzierung einer nachhaltigen Energieversorgung abzubauen – zum Beispiel durch angepasste Eigenkapitalanforderungen für Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die in nachhaltige Projekte investieren wollen.

Mit dem Erfolgsmodell der *Green Bonds* haben wir Baden-Württemberg zu einem führenden Handelsplatz für nachhaltige Investmentprodukte der öffentlichen Hand gemacht. Damit lenken wir gezielt privates Kapital dorthin, wo es am meisten bewirkt: in klimafreundliche Infrastruktur, in Gebäudesanierungen, in nachhaltige Mobilität und in den Ausbau erneuerbarer Energien. Die *Green Bonds* aus Baden-Württemberg sind nicht nur ein finanzielles Erfolgsmodell, sondern auch Ausdruck eines neuen Verständnisses von öffentlicher Verantwortung: Wir investieren aktiv in eine lebenswerte Zukunft. Diese Finanzierungsinstrumente wollen wir ausbauen und weiterentwickeln – damit Baden-Württemberg auch international Maßstäbe setzt.

Eine nachhaltige Finanzpolitik für ein starkes Baden-Württemberg

In einem Land, das allen Menschen verlässlich Perspektiven bieten will, ist eine nachhaltige und klug ausbalancierte Haushaltspolitik die Basis für Vertrauen. Wir wollen öffentliche Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten bewegen – für das Klima, die Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Trotz multipler Krisen und wachsender Herausforderungen steht Baden-Württemberg finanziell vergleichsweise gut da. Das ist das Ergebnis grüner Haushaltsführung: vorausschauend, nachhaltig und mit Mut zu Investitionen.

Die Menschen spüren jedoch, dass öffentliche Mittel nicht überall gleichzeitig ausgegeben werden können – wenn Schulen saniert werden müssen, Straßen bröckeln und Verwaltungspersonal fehlt. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist der Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit groß. Unsere Antwort: Wir investieren in eine Zukunft, die trägt – mit nachhaltigen Haushalten und wirkungsorientierter Finanzpolitik.

Im Bund wurde mit Hilfe von uns Grünen das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität aufgelegt – ein überfälliger und richtiger Schritt in einer Zeit, in der große Aufgaben wie die ökologische Transformation, der digitale Wandel und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bewältigt werden müssen.

Diese Herausforderungen verlangen entschlossene Investitionen in die Zukunft: Aus dem Sondervermögen des Bundes gehen mehr als 13 Milliarden an Baden-Württemberg. An der richtigen Stelle kann es zum Erfolgsprogramm für Baden-Württemberg werden. Wir haben entschieden, dass diese Mittel dort ankommen sollen, wo sie am dringendsten gebraucht werden – und zwar in den Kommunen. Zwei Drittel der Mittel gehen deswegen direkt an unsere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland. Damit schaffen wir bessere Schulen und Kitas, Straßen und Angebote des öffentlichen Nahverkehrs. Für eine schnelle Stärkung der Kommunen hat die grün-geführte Landesregierung den Städten und Gemeinden außerdem weitere 550 Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026 zugesagt. Das Land wird zusätzlich einen Teil der Betriebskosten für die Ganztagesbetreuung an Grundschulen übernehmen – bis 2030 sind das 600 Millionen Euro Unterstützung.

Hinzu kommt, dass das Land die Kommunen beim Bundesteilhabegesetz und dem Inklusionsausgleichsgesetz einmalig mit mehr als 200 Millionen Euro unterstützt. Die Anwendung des Bundesteilhabegesetzes wollen wir im Sinne der Menschen mit Behinderungen personenzentriert und unbürokratischer gestalten. Routinemäßige Neubewertungen von Ansprüchen können durch ein klar definiertes, anlassbezogenes Verfahren ersetzt werden. Nach Feststellung des Unterstützungsbedarfes können mit Einverständnis der Betroffenen vor- und nachrangige Leistungen zwischen den Kostenträgern geklärt werden. Zudem können typische Grundbedarfe zum Beispiel bei Sinnesbehinderungen pauschaliert werden.

Die restlichen Mittel aus dem Sondervermögen, die nicht an die Kommunen gehen, werden die nächsten Jahre als Landesinvestitionen in Unikliniken, Hochschulen und Mobilitätsinfrastruktur genutzt. Auch in Zukunft wollen wir dieses Geld richtig investieren. Wir wollen keinen Verschiebeparkplatz mit unsinnigen Wahlgeschenken wie im Bund. Mit diesem Milliardenpaket für unsere Kom-

munen und Investitionen in unsere Infrastruktur machen wir unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft – für bessere Lebensbedingungen und eine starke Wirtschaft.

Auch im Land sind wir offen für eine Reform der Schuldenbremse. Dennoch gilt: Eine Begrenzung der Schuldenquote bleibt richtig, wenn sie im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik klug umgesetzt wird. Solide Finanzen dürfen nicht im Widerspruch zu Investitionen stehen – im Gegenteil: Wenn wir heute zielgerichtet investieren, sichern wir damit langfristig wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität.

Statt Gießkannenprinzip setzen wir auf Effizienz, Wirkung und Zielgenauigkeit. Dazu gehört, dass staatliche Gelder auch zügig für die vorgesehenen Zwecke eingesetzt werden. Gleichzeitig wollen wir Prozesse einfacher machen, etwa durch pragmatische Bagatellgrenzen und pauschale Fördermechanismen.

Unser Anspruch ist klar: Öffentliche Mittel sollen den Alltag der Menschen konkret verbessern – einfach und mit spürbarer Wirkung. Neben ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit gehört dazu finanzielle Tragfähigkeit. Wir achten bei Finanzanlagen und Investitionen des Landes nicht nur auf Rentabilität und Sicherheit, sondern auch auf Klimaschutz, soziale Kriterien und Menschenrechte.

Um die öffentlichen Mittel wirksamer einzusetzen, wollen wir bestehende Ausgaben überprüfen und dort Einsparungen erzielen, wo sie sinnvoll sind. Ein möglicher Schritt ist der verstärkte Einsatz von *Open-Source*-Software in der Landesverwaltung. Sinkende Lizenz- und Betriebskosten schaffen finanzielle Spielräume, die wir gezielt in Angebote investieren können, die den Bürger*innen direkt zugutekommen.

Steuergerechtigkeit stärken – Vertrauen sichern

Steuergerechtigkeit hat für uns klar politische Priorität, denn sie ist auch eine Frage des Respekts gegenüber allen, die ehrlich ihren Beitrag leisten. Deshalb bekämpfen wir Steuerbetrug konsequent – mit einer gut ausgestatteten Steuerverwaltung, hoch qualifiziertem Personal und neuen Technologien. Denn wer das Gemeinwesen stärkt, verdient einen Staat, der ihn schützt und fair behandelt. Das gilt erst recht in einer Zeit, in der Land und Kommunen jeden Euro umdrehen müssen. Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen wir konsequent mit aller Härte.

Wer ehrlich ist, darf nicht der Dumme sein. Wir gehen seit Regierungsantritt entschieden gegen organisierten Steuerbetrug, organisierte Finanzkriminalität und Geldwäsche vor. Dazu stärken wir die Steuerverwaltung weiter: persönlich und digital. Neue IT-Verfahren, KI-gestützte Analyse und die intelligente Vernetzung mit Sicherheitsbehörden machen es möglich, Betrug schneller zu erkennen. Vor allem die Verfolgung von komplexen Steuerstraftaten zum Nachteil der Gesellschaft wie beispielsweise bei den so genannten CumCum- und CumEx-Geschäften muss effizienter und gründlicher erfolgen. Es kann nicht sein, dass der Gesellschaft durch derartige Straftaten systematisch Mittel vorenthalten werden, die für die Gemeinschaftsaufgaben dringend notwendig sind. Wir haben in Baden-Württemberg mit der Taskforce Finanzkriminalität eine interdisziplinäre Ermittlungseinheit mit erfahrenen und erfolgreichen Spezialist*innen aus Polizei, Justiz und Steuerverwaltung eingerichtet, um Finanzkriminalität wie schwere Steuerstraftaten, Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. Wir werden diese Ermittlungseinheit weiter stärken und so dafür sorgen, dass Finanzkriminalität, gerade wenn sie komplex ist und sehr hohe Schäden für die Gemeinschaft nach sich zieht, genauso gründlich und sicher verfolgt wird wie Kaufhausdiebstahl oder Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.

Ein zentrales Anliegen bleibt für uns die Nachwuchsgewinnung in der Steuerverwaltung. Jede*r Ermittler*in der Steuerfahndung bringt im Durchschnitt eine Million Euro für das Gemeinwohl. Damit unsere Steuerverwaltung insgesamt effektiv, bürgernah und zukunftsfähig wird, investieren wir in die Ausstattung der Behörden, um Steuergerechtigkeit durchzusetzen.

Wir erleichtern Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Wir setzen auf Förderprogramme, die sowohl sozial gestaffelt als auch ökologisch wirksam sind. Darüber hinaus prüfen wir Veränderungen bei der Grunderwerbssteuer wie beispielsweise eine Staffelung.

Vermögensungleichheit ist auch bei uns im Land ein echtes Problem und verhindert Chancengleichheit. Deswegen setzen wir uns im Bund dafür ein, Gerechtigkeitslücken bei der Erbschaftssteuer zu schließen. Dazu gehören etwa die Verschonungsbedarfsprüfung, die Steuerfreiheit beim Vererben von über 300 Wohnungen oder so genannte *Share Deals*.

2. Kapitel

Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

Jedes einzelne Kind ist wichtig. Jede*r Jugendliche zählt. Wir Grüne verbinden deshalb den Anspruch auf Chancengerechtigkeit mit dem Ziel hoher Leistungsfähigkeit – damit Baden-Württemberg ein starkes, demokratisches und innovatives Land bleibt. Wir erneuern das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen, indem alle ohne Wenn und Aber beste Bildung erhalten, ein Leben lang. Wir stehen für ein Bildungssystem, das Platz für jede*n hat – unabhängig von Schulform oder Herkunft. Gelingende Bildung legt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Chancengerechtigkeit heißt für uns nicht, dass wir weniger Leistung erwarten. Im Gegenteil: Wir wollen Hindernisse aus dem Weg räumen und jedem Kind die Unterstützung bieten, die es braucht, um seine Talente entfalten zu können. Nur wenn alle Kinder faire Startchancen haben, können sie zeigen, was in ihnen steckt. Kinder mit schwierigen Startbedingungen, zum Beispiel durch eine Behinderung, gesundheitliche Einschränkungen oder fehlende Sprachkenntnisse, brauchen besondere Unterstützung.

Wo sich persönliche Entwicklung und das Wohlergehen unserer Gesellschaft treffen, entstehen die Demokrat*innen von morgen. Deshalb fördern wir Bildung für alle, die den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg entkoppelt. Bildungsangebote müssen zu Menschen passen – nicht umgekehrt. Deshalb setzen wir auf zeitgemäßes Lernen und Lehren, auf klare Qualitätsanforderungen sowie auf gute Rahmenbedingungen für unsere Schulen und Kitas. Mehr Freiräume helfen den Einrichtungen, wichtige Entscheidungen vor Ort passend zu treffen. Wir legen einen besonderen Fokus auf die frühkindliche Bildung und die Grundschule. Denn hier werden die Grundlagen für späteren Bildungserfolg gelegt. Wir haben in Regierungsverantwortung begonnen, die zentralen Herausforderungen anzupacken – mit Programmen wie SprachFit, mit multiprofessionellen Teams und sozialindexbasierter Ressourcensteuerung. Die entsprechenden Maßnahmen müssen nun flächendeckend verankert, verstetigt und weiterentwickelt werden. Unsere Erzieher*innen und Lehrer*innen begleiten Kinder mit hoher Professionalität und dem Vertrauen in ihre Fähigkeiten. Entscheidend ist dabei die Qualität von Schule und Unterricht unabhängig von der Schulform. Die pädagogischen Profis und Lehrkräfte sind Dreh- und Angelpunkt gelingender Bildungsange-

bote. Ihre Aus- und Weiterbildung nehmen wir besonders in den Blick.

Wir stehen für ein Bildungssystem, das sich an den Kindern orientiert und deren individuellen Bildungserfolg und ebenso das Wohlergehen aller Beteiligten in den Mittelpunkt stellt. Eine gerechte, auf die konkreten Aufgaben bezogene Ressourcenverteilung und eine verlässliche Unterrichtsversorgung sind die Grundlagen für Bildungserfolg. Berufliche und akademische Bildung sind uns gleich wichtig. Wir brauchen hervorragende Hochschulen und mehr junge Menschen, die nach einer Ausbildung mutig einen Betrieb übernehmen oder selbst gründen. Diesen Weg unterstützen wir mit einem kostenlosen Meister und einer weiterentwickelten Meistergründungsprämie. Unsere Schulen und Kitas sind Lern- und Lebensräume. Wir fördern die Verzahnung dieser Räume mit der Welt außerhalb und setzen auf eine echte Erziehungspartnerschaft mit den Eltern. Genauso wichtig sind eine moderne Schulinfrastruktur, eine sinnvolle Ausstattung mit Lernmitteln, digitale Bildung und sanierte Schulhäuser.

Kein Talent darf verloren gehen, weil das Geld für ein Studium fehlt. Indem wir die Weiterbildung für alle Menschen fördern, sichern wir Fachkräfte und machen die Menschen im Land fit für den Wandel der Arbeitswelt. Und wir lassen niemanden zurück: Jugendliche ohne Abschluss oder Ausbildung erhalten gezielte Unterstützung, damit sie ihren Weg finden.

Bildung ist für uns mehr als Wissensvermittlung. Gute Bildung, die allen zugänglich ist, bildet die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, stärkt unsere Demokratie und legt den Boden für Innovationskraft und den wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes. Wir machen Baden-Württemberg wieder zum Bildungsland mit hohem Niveau: leistungsstark, gerecht und zukunftsfähig.

2.1. Chancen starten: gute Kitas und starke Familien

Gute frühkindliche Bildung ist das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bil-

dungsangebot in Kindertageseinrichtungen, die seine ganzheitliche Entwicklung im Blick haben. Der Orientierungsplan ist dabei Arbeitsgrundlage und Bildungsplan für den Bereich frühkindliche Bildung. Wir schaffen mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung. Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitativvolles Angebot verlassen können – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Wir entlasten Erzieher*innen. Multiprofessionelle Teams ermöglichen, dass sich die Fachkräfte nicht zwischen Dokumentation, Betreuung und Bildungsauftrag aufteilen müssen – sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben.

Wir investieren bereits jetzt so viel wie nie zuvor in die frühkindliche Bildung. Unsere Politik hat in den vergangenen Jahren die Qualität des Kita-Angebots in den Mittelpunkt gestellt. Seit wir Grüne regieren, konnte aber auch die Zahl der Ausbildungsplätze für Erzieher*innen an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie für sozialpädagogische Assistent*innen deutlich gesteigert werden. Der „Direkteinstieg Kita“, mit dem inzwischen über 1.000 Quereinsteiger*innen im Jahr ausgebildet werden, ist erfolgreich gestartet.

Wir haben regionale Fachberatungen für Inklusion an Kitas durch einen Modellversuch etabliert und bauen diese nun landesweit aus. Indem wir multiprofessionelle Teams stärken und mehr Fachkräfte für Sprachbildung, Sozialarbeit und Inklusion an die Kitas bringen, verbessern wir die Bedingungen für gelingende Inklusion. Wir unterstützen zudem die inklusive Öffnung sonderpädagogischer Schulkindergärten. Damit verwirklichen wir den Anspruch aller Kinder auf Bildung, Teilhabe und bestmögliche Förderung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention.

Familienleben – weniger Belastung, echte Wahlfreiheit, mehr Unterstützung

Jede Familie hat ihr eigenes Modell, um Beruf, Alltag und gemeinsames Leben zu organisieren. Wir wollen, dass Eltern diese Herausforderung bewältigen können und dabei Unterstützung bekommen, auf die sie bauen können. Familien brauchen weniger Belastung und echte Wahlfreiheit, egal für welches Lebens- und Arbeitsmodell sie sich entscheiden. Wir stehen für eine Gesellschaft, die diese individuelle Entscheidung respektiert und die Beteiligten bei der Umsetzung stärkt. Um Familien systematisch unterstützen zu können, bauen wir Kinder- und Familienzentren mit Beratungsangeboten aus. Wir prüfen die Förderung der Einführung sozialpädagogischer Angebote und niedrigschwelliger Elternberatungsangebote in Kitas. Das machen wir im ersten Schritt an Orten, an denen besondere Herausforderungen bestehen. Ein zentraler Faktor sind außerdem ver-

lässliche Kita-Öffnungszeiten. Sie geben Kindern einen stabilen Rahmen und helfen Eltern und anderen Betreuungspersonen, das Leben mit Kindern zu meistern. Dafür bauen wir die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen (PiA) weiter aus und stärken den „Direkteinstieg Kita“. Auch die Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen zu sozialpädagogischen Fachkräften kann den Personalmangel in den Kitas verringern.

Damit Kita-Gebühren nicht für immer mehr Familien, vor allem mit geringem oder mittlerem Einkommen, zum Problem werden, wollen wir die Kommunen entlasten und Wege zu mehr Beitragsgerechtigkeit wie sozial gestaffelte Gebühren aufzeigen. Eine sozial gestaffelte Gebühr ist ein sinnvoller Kompromiss zwischen dem langfristigen Ziel einer vollständig kostenfreien Kita und der Sicherstellung bestmöglicher Qualität in Bildung und Betreuung. Wir verbessern – gerade in Zeiten angespannter kommunaler Haushalte – die Kita-Finanzierung aus Landesmitteln, um Beitragserhöhungen zu begrenzen. Um alle Kinder vor ihrem Schulstart fördern zu können, führen wir als nächsten Schritt ein verbindliches und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein.

Das Land übernimmt inzwischen 68 Prozent der Betriebskosten der Ganztagsbetreuung und sendet damit ein wichtiges Signal an die Kommunen. Im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruchs werden wir die Finanzierungssystematik nochmals überprüfen.

Für Chancen von Anfang an – Qualität und Grundlagen im Fokus

Zu wenige Kinder erreichen die Mindest- und Regelstandards im Lesen, Schreiben und Rechnen. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist und zu einem selbstbewussten Agieren in unserer Gesellschaft befähigt, intensivieren wir die Lesestrategie des Landes. Nur wer richtig lesen und schreiben kann, kann sich weitere Fachgebiete erschließen.

Mit dem seit dem Schuljahr 2025/2026 gestarteten Programm „SprachFit“ wird die frühe Unterstützung von Kindern mit Sprachförderbedarf stark ausgebaut. Wir werden es fortführen und um eine Förderung von mathematischen Vorläuferfähigkeiten erweitern. Wir wissen, dass sprachliche Bildung im pädagogischen Alltag der Kita, im Übergang in die Grundschule und in der Schule selbst verankert ist und dort besonders wirksam wird. Bedarfsgerecht ergänzt wird diese alltagsintegrierte Sprachbildung durch additive Angebote für intensives Sprachlernen. Erfolgreiche Modelle aus anderen Ländern zeigen, dass die Einbeziehung und Wertschätzung der Herkunftssprachen den Erwerb der Bildungssprache stärken. Daran wollen wir anknüpfen.

Zur Förderung von Schulen und Kitas in sozial herausfordernden Lagen wollen wir das „Startchancen-Programm BW“ auf weitere Einrichtungen ausweiten. Dabei setzen wir auf einen Sozialindex, damit die zusätzlichen Mittel da ankommen, wo sie besonders benötigt werden.

Wir stärken multiprofessionelle Teams und bringen mehr Fachkräfte für Sprachbildung, Sozialarbeit oder Inklusion in die Kitas. Kitas brauchen Strukturen, die echte Teamarbeit ermöglichen. Für den Bereich frühkindliche Bildung ist der Orientierungsplan die Arbeitsgrundlage. Wir schaffen mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung. Wir setzen uns für einen kindbezogenen Fachkraft-Kind-Schlüssel ein. Ist eine Fachkraft für weniger Kinder verantwortlich, wird mehr individuelle Zuwendung möglich. Wir stärken inklusive Bildungsangebote unter Einbeziehung der Schulkindergärten.

Noch immer bestehen strukturelle Hürden beim Zugang zu frühkindlicher Bildung – besonders für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten oder nicht deutschsprachigen Familien sowie für Kinder mit Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen. Diese Hürden bauen wir konsequent ab. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, den Weg zum Kitaplatz für alle Kinder weniger bürokratisch und niedrigschwellig zu gestalten. Durch eine proaktive Begleitung von Familien kann der Einstieg in frühkindliche Bildung erleichtert werden.

2.2. Chancen sichern: gute Schule und Bildung, die jedes Kind erreicht

Die Schulen müssen zu den Kindern passen, nicht umgekehrt – nur so können wir das Aufstiegsversprechen durch Bildung einlösen. Sie sollen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche gerne lernen, Lehrkräfte gerne arbeiten und Talente individuell gefördert werden. In Baden-Württemberg stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Auf die zunehmend vielfältigeren Bedürfnisse unserer Schüler*innen hat das Bildungssystem zu zögerlich reagiert. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist dabei Ressource und Auftrag zugleich. Unser Ziel ist es, die Bedingungen zu schaffen, unter denen jedes Kind seine Stärken entfalten kann – durch Erweiterung der Gestaltungsspielräume vor Ort, die gezielte Förderung ermöglichen.

Unser Ziel ist es, erfolgreiche Bildungsbiografien zu gestalten. Wir wollen Kindern und Jugendlichen die Unterstützung geben, die sie benötigen, und Räume schaffen, die sie in ihrer Entwicklung stärken. Dabei haben wir auch die Leistungsstarken im Blick, die mit individuellen Angeboten ihre Begabungen und Hochbegabungen entfalten können.

In den vergangenen Jahren haben wir in Baden-Württemberg wichtige Schritte hin zu mehr

Bildungsgerechtigkeit und Qualität unternommen. Mit dem neu entwickelten Sozialindex wollen wir auch künftig mehr Ressourcen dort einsetzen, wo sie besonders gebraucht werden. Programme wie „Rückenwind“ und das „Startchancenprogramm BW“ haben den Weg für einen ersten Aufbau multiprofessioneller Teams eröffnet, durch die an Schulen verschiedene Professionen wie Lehrkräfte, Sonderpädagog*innen und Unterstützungskräfte zusammenarbeiten können. Mit einer systematischen, datengestützten Qualitätsentwicklung haben wir die Basis geschaffen, um Bildung zielgerichtet weiterzuentwickeln – immer mit dem klaren Ziel, die Potenziale der Schüler*innen zu entfalten und damit ihre Leistungen zu verbessern.

Das aufwachsende neue neunjährige Gymnasium (G9) ermöglicht durch eine entzerrte Stundentafel mehr Raum für individuelle Entfaltung. Medienbildung und Informatik sind fest verankert und müssen als Querschnittsthema und gesellschaftliche Aufgabe überall verfolgt werden. Basiskompetenzen, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, Demokratiebildung und Berufsorientierung haben wir am Gymnasium sowie an Gemeinschaftsschulen, Realschulen und Haupt- und Werkrealschulen gestärkt.

In den kommenden Jahren wollen wir diese Aspekte weiter ausbauen, indem wir Bibliotheken sowie die Kreis- und Landesmedienzentren in der Fläche stärken, stärker mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vernetzen und hochskalieren. Damit wollen wir ihre Rolle als *Backbone* der digitalen Bildungsinfrastruktur festigen. Medienzentren übernehmen bereits heute wichtige Aufgaben als kommunale Support- und Wartungscluster für Schulen – von der Bereitstellung digitaler Lernmedien über Fortbildungen bis hin zur technischen Unterstützung. In diesem Zusammenhang möchten wir auch das Medienzentrengesetz reformieren.

Damit alle jungen Menschen unabhängig von den Möglichkeiten ihrer Eltern erfolgreich am Wirtschaftsleben teilnehmen können, möchten wir auch die Finanzbildung rund um Geld, Steuern, Versicherungen und Vorsorge in den Schulen verankern.

Mit neuen Studienplätzen im Lehramtstudium und vereinfachten Wegen für Quer- und Direkteinstiege sichern wir die Unterrichtsversorgung und stärken die Qualität. Mit dem neu eingeführten Pilotversuch für das duale Lehramtsstudium können angehende Lehrer*innen schon früh im Studium wertvolle Unterrichtspraxis sammeln. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. Im Referendariat sollen Lehramtsanwärter*innen gut auf ihren anspruchsvollen Beruf vorbereitet und motiviert werden, diesen auch tatsächlich zu ergreifen. Wir werden die Einführung eines zweiten Einstiegstermins zur Jahresmitte in das Referendariat prüfen, um Übergänge planbarer und familienfreundlicher zu gestalten. Um die ver-

schiedenen Anforderungen des Lehrerberufs besser abbilden zu können, wollen wir die Prüfungskultur im Referendariat weiterentwickeln und neue Prüfungsformate einführen.

Die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen. Das ist ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen. Im nächsten Schritt wollen wir auch Lehramtsanwärter*innen, deren Vorbereitungsdienst zum Ende des Schuljahres abgeschlossen ist, über die Sommerferien weiterbezahlen.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Qualität in allen Lehramtsstudiengängen und für einen stärkeren Praxisbezug im Lehramtsstudium in Baden-Württemberg ein. Ein stärker praxisorientierter Ansatz in der Lehrerbildung sowie eine verstärkte Integration pädagogischer Anteile im gymnasialen Lehramtsstudium sind wichtig, um angehende Lehrer*innen besser auf ihre vielfältigen beruflichen Aufgaben im Schulalltag vorzubereiten.

Der Ganztagsausbau bleibt eine große Aufgabe. Wir haben Investitionen in Infrastruktur und Ausstattung mit 861 Millionen Euro gefördert, stellen jährlich rund 25.500 Lehrerwochenstunden bereit und unterstützen kommunale und freie Träger mit über 83 Millionen Euro jährlich. Wir werden auch weiterhin in den Ausbau der Ganztagesangebote investieren. So bleibt das Land ein verlässlicher Partner für die Kommunen und Schulträger. Ebenso wichtig wie der Ausbau von Ganztagschulen ist uns deren Qualitätsentwicklung. Diese wollen wir weiter stärken. Dafür werden wir sukzessive die Schulleitungen von Ganztagschulen, beginnend mit den Ganztagsgrundschulen, durch administrative personelle Unterstützung entlasten und die Organisation der Mittagszeit an Ganztagsgrundschulen verbessern. Wir haben im Schulgesetz die Grundlage gelegt, dass der Ganztag für alle Schüler*innen, unabhängig von der Schulform oder Art der Beschulung, offensteht. Dieses Ziel verfolgen wir gemeinsam mit den Kommunen.

Die bestehenden Mittel zur Schulbauförderung und -sanierung haben wir dauerhaft mehr als verdoppelt. Auch die digitale Ausstattung wurde über den „DigitalPakt Schule“ und Zusatzprogramme der Corona-Jahre massiv verbessert – insgesamt wurde fast eine Milliarde Euro bereitgestellt.

Chancen eröffnen – Bildungsgerechtigkeit im Fokus

In Deutschland hängen Bildungschancen zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Unser Ziel ist es, alle Kinder und Jugendlichen entlang ihrer gesamten Bildungsbiografie kontinuierlich und bedarfsorientiert zu begleiten – von der Krippe über Kita, Grundschule und weiterführenden Schule bis hin zum Übergang in Ausbildung oder Studium. Dabei darf kein Kind durch das Raster fallen: Erfahrungen

und Förderbedarfe müssen nahtlos weitergegeben werden. Um Brüche zu verhindern, stärken wir die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen. Deshalb haben wir bereits die Erhöhung der Entlastungsstunden für Grundschullehrkräfte, die sich um den Übergang von der Kita in die Grundschule kümmern, beschlossen. Wir wollen außerdem die bestehenden Schülerakten zu einer Bildungsakte vereinheitlichen und mit einer individueller Bildungs-ID für eine durchgängige Dokumentation entlang des Bildungswegs sorgen. Die Bildungs-ID kann einen wichtigen Beitrag zum individuellen Schulerfolg von Schüler*innen und zur datenbasierten Qualitätsüberprüfung von Bildungseinrichtungen leisten. Die Kommunen werden bei der ID einbezogen, denn sie sind wichtiger Partner im Bildungsbereich und erheben ebenfalls wertvolle Bildungsdaten. Die Bildungs-ID wird so ausgestaltet, dass sie deutschlandweit kompatibel ist. Wir wollen das neu eingeführte Kompass-4-Verfahren evaluieren, um Kinder und Erziehungsberechtigte bei ihrer Entscheidung für die weiterführende Schulart durch eine langfristige Betrachtung der Fähigkeiten des Kindes noch besser zu unterstützen.

Mit dem Programm „SprachFit“ wird sichergestellt, dass alle Kita-Kinder mit Sprachförderbedarf auch wirklich gefördert werden – zunächst durch ein zusätzliches, verbindliches Sprachtraining im letzten Kita-Jahr. Für diejenigen, die dann noch nicht die nötigen vorschulischen Fertigkeiten haben, wird nach der Kita die „Juniorklasse“ eingerichtet. Zusätzlich gibt es in den ersten beiden Grundschulklassen jeweils zwei ergänzende Sprachförderstunden für die Kinder, die nach wie vor einen Bedarf haben. Zudem haben wir das etablierte Programm „Sprachkitas“ zur alltagsintegrierten Sprachförderung aus der Bundesförderung übernommen und aus Landesmitteln fortgeführt.

Gute Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb sollen, beginnend an allen Startchancen-Schulen, alle Kinder ein ausgewogenes, nachhaltiges und kostenfreies Mittagessen erhalten.

Auch Kinder und junge Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten, Zöliakie, Allergien und Autoimmunerkrankungen brauchen eine sichere Verpflegung. Hierfür wollen wir die Voraussetzungen schaffen – ob in Krippen, Kindertagesstätten oder Schulen. Kinder und junge Menschen müssen das Recht haben, selbst mitgebrachte, sichere Lebensmittel in der Mensa verzehren zu können, um nicht von der Tischgemeinschaft ausgeschlossen zu sein.

Wir sind uns bewusst, dass die Unterstützung bei den Herausforderungen des Schulalltags oft vom Elternhaus abhängt. Ziel unserer grünen Bildungspolitik ist es, diesen Zusammenhang zu entkoppeln. Wir setzen uns für einen gerechten Zugang zu Lernförderung und individueller Unterstützung im Schulalltag ein, zum Beispiel durch den weiteren Ausbau innerschulischer Hilfsangebote wie „Lernen mit Rückenwind“. Den individu-

ellen Förderbedarf nehmen wir ernst und schaffen gezielt Raum innerhalb des Schulalltags, um allen Schüler*innen gerecht zu werden.

Wir stärken die Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung an unseren Schulen. Wir werden den muttersprachlichen Unterricht, der derzeit von Konsulaten organisiert wird, in ein staatlich verantwortetes Angebot überführen. Entsprechend dem im Grundgesetz verbürgten Recht auf Religionsunterricht setzen wir uns für eine Fortsetzung des islamischen Religionsunterrichts in Kooperation mit Universitäten und Hochschulen ein. Ziel ist es, muslimischen Kindern eine fundierte religiöse Bildung und Erziehung zu Mündigkeit und Toleranz zu ermöglichen. Auch im Rahmen des christlichen Religionsunterrichts richten wir den Blick auf das, was uns verbindet, indem wir verstärkt den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht fördern, der von beiden großen Kirchen getragen wird.

Wir wollen das Fach Ethik ergänzend zum konfessionellen Unterricht stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um allen Kindern und Jugendlichen ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anzubieten – auch jenen, die den Religionsunterricht nicht besuchen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Modelle für eine intensivere Kooperation des Fachs Ethik mit dem konfessionellen Unterricht.

Ganzheitliche Entwicklungsbegleitung und Bildung findet nicht nur in der Schule, sondern im gesamten Lebensumfeld statt. Dies betrifft die Familie ebenso wie die Schule und die nachmittäglichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit und Einbeziehung der Eltern ist besonders wichtig für den schulischen Erfolg der Kinder und bringt ihn gemeinsam mit dem weiteren Netzwerk und Vereinen voran. Erste Schritte gehen wir bereits mit den „Startchancen“-Schulen, die wir gezielt in diesem Bereich unterstützen. Grundschulen können als Familiengrundschulzentren zu Anlaufstellen für ein umfassendes Netzwerk zur Unterstützung von Familien im Quartier werden.

Gleichzeitig gehen wir neue Wege, um den Bildungserfolg von den Voraussetzungen des Elternhauses zu entkoppeln.

Wir unterstützen Unterrichtskonzepte, die Hausaufgaben von der Freizeit stärker in den Unterricht verlagern. Übungen und Vertiefungsaufgaben sollen verstärkt in den Unterricht integriert werden, wodurch Lehrkräfte gezielt und individuell Förderung bieten können. So reduzieren wir Schulstress, senken die Belastung für Familien und stärken zugleich die Qualität des Unterrichts.

Im ganzen Land wird in den Schulen mit inklusivem Lernen und in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) wichtige Arbeit geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein

gutes Lernen zu ermöglichen. Unser Ziel ist, dass möglichst viele Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen einen allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen. Mit einem Aktionsplan wollen wir – entsprechend dem Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention – mehr gelingende inklusive Bildung an unseren Schulen ermöglichen und die Bedingungen dafür gezielt verbessern. Dazu zählen Regionalbudgets, eine gerechte Personalausstattung im Rahmen inklusiver Bildung, gezielte Aus- und Weiterbildung und eine neu mit den Kommunen abgestimmte Schulbegleitung. Dabei wollen wir uns in enger Abstimmung mit der Bildungswissenschaft an erfolgreichen Praxisbeispielen und bewährten Umsetzungsmodellen orientieren. Mit dem Annelie-Wellensiek-Zentrum für inklusive Bildung haben wir ein Zentrum geschaffen, in dem Menschen mit Behinderungen als Dozierende tätig sind und Lehrkräfte aller Schulformen in inklusivem Handeln weiterbilden. Wir werden dieses Leuchtturmprojekt weiterhin fördern und ausbauen. Durch die Förderung von Schulsanierungen tragen wir zum Abbau baulicher Barrieren bei. So ermöglichen wir Eltern und ihren Kindern die Wahl zwischen guten inklusiven und spezifisch sonderpädagogischen Angeboten.

Wir wollen für langzeiterkrankte Kinder die Möglichkeit schaffen, phasenweise online am Schulleben teilzunehmen.

Hin zur Leistungsspitze – mit Qualität in Schule und Unterricht

Wir wollen, dass Bildung in Baden-Württemberg Anschluss an die nationale und internationale Leistungsspitze hält. Wir legen den Fokus auf hohe Qualität beim Lehren und Lernen. Dafür eröffnen wir Schulen Freiräume. Wir entlasten Schulleitungen und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben. Mit Schulnetzwerken fördern wir die Weiterentwicklung und Verbreitung erfolgreicher Qualitätskonzepte. Mit einem Budget für Innovationen ermöglichen wir Schulen, neue Impulse beim Lernen und im Schulleben zu setzen. Bei der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung gehen wir wichtige nächste Schritte. Wir entwickeln professionelle Standards in der Beratung und Fortbildung weiter. Die Rolle der Schulaufsicht stärken wir im Sinne einer dialogorientierten Entwicklungsberatung. Handlungsleitend muss die gemeinsame Verantwortung aller Akteur*innen im Schulsystem für die Erreichung von Zielen sein.

Wir setzen uns dafür ein, Zahlungsprozesse an Schulen – beispielsweise das Einsammeln von Geldern für Ausflüge und das Verwalten der Klassenkassen – zu vereinfachen und so weit wie möglich digital und bargeldlos zu organisieren.

Um die Lernenden von heute auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, fördern wir gezielt Kompetenzen wie Kommunikation, Zu-

sammenarbeit, Kreativität und kritisches Denken. Selbstbestimmtes, projektorientiertes, fächerübergreifendes und forschendes Lernen stärkt die Verantwortung der Schüler*innen für ihren Lernerfolg. Digitale Formate und der reflektierte Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützen die individuellen Lernprozesse. Bei der Erneuerung von Schule und Unterricht setzen wir auch auf eine zeitgemäße Prüfungskultur, die mehr prozessorientiertes Arbeiten und kompetenzorientierte Bewertung einschließt. Durch unterschiedliche Prüfungsformen können wir auch Menschen im neurodivergenten Spektrum besser in unser Schulsystem integrieren.

Eine gesunde Lebensweise trägt nicht nur entscheidend zur Prävention von Krankheiten, sondern auch maßgeblich zur Lebensqualität der Schüler*innen bei. Deshalb setzen wir uns dafür ein, im Unterricht verstärkt Gesundheitskompetenzen zu vermitteln.

Wir setzen uns für einen modernen und differenzierten Sportunterricht ein, der auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder verschiedener Altersstufen eingeht. Im Mittelpunkt stehen dabei Motivation, Gesundheitsförderung und Freude an Bewegung. Dabei legen wir großen Wert auf eine positive Lernumgebung, die den Wettkampfgedanken nicht ausschließt, sondern als motivierendes Element begreift. Besonderes Gewicht legen wir darauf, soziale Werte wie Teamgeist, Fairness und Respekt zu vermitteln. Sie werden insbesondere in Teamwettbewerben und gemeinsamen Herausforderungen intensiv erlebt und sind essenziell für die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Einfache gemeinsame Aktivitäten und Spiele, die Kooperation erfordern, helfen den Kindern, die Bedeutung von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung zu verstehen.

Schule als demokratischer Lebensraum in einer digitalen Gesellschaft

In Zeiten von Desinformation und Hass braucht unsere Gesellschaft starke, mündige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dazu kann Schule einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich als Ort definiert, der Freiheitsräume und Strukturen bietet, in denen Demokratie erlebt und erlernt wird. Schule soll jungen Menschen ermöglichen, Gemeinschaft zu gestalten und ihre Stimme zu finden.

Die Einführung übergeordneter Leitperspektiven in den Bildungsplänen war 2016 ein Paradigmenwechsel für ganzheitliches Lernen. Wir wollen die Wirksamkeit der Leitperspektiven in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Verbraucherbildung und berufliche Orientierung zehn Jahre nach ihrer Einführung evaluieren, ihre

Anwendung in der Unterrichtspraxis weiterentwickeln und verbindlicher gestalten.

Die Demokratie- und Medienbildung haben wir bereits an den Schulen gestärkt. Über integrierte und projektgebundene Formate wollen wir die Demokratie- und Medienbildung noch stärker ausbauen und den Schüler*innen die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen – etwa bei Schulentwicklungsprozessen.

Schüler*innenvertretungen und Eltern werden beispielsweise beim Umbau von Schulen eingebunden. In Projekten mit Vereinen, der Zivilgesellschaft und Unternehmen können Schüler*innen Verantwortung für ihr Umfeld außerhalb der Schule übernehmen.

Medienbildung, Quellenkritik und kritisches Denken werden gezielt gefördert, damit junge Menschen die Informationsflut einordnen und reflektieren können. Wir haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ an allen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt. Wir wollen junge Menschen über die Funktionsweise von KI und ihre Chancen und Risiken aufklären und so eine KI-Mündigkeit aller Schüler*innen erreichen. Jetzt geht es darum, das neue Fach zu verstetigen, entsprechende Bildungspläne aufzubauen und qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Dafür stärken wir Medien- und Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen und die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer Medienpädagogik. Die bereits laufende Nachqualifizierung der vorhandenen Fachkräfte beobachten wir laufend und verbessern diese kontinuierlich. Wir setzen uns für einen neuen Weg in das Lehramt für Medienpädagog*innen ein und entwickeln dafür neue Fachstandards, die das Berufsbild Lehrkraft für Medienpädagogik ermöglichen.

Ein Zusammenhalt in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung für Verschiedenheit ist uns wichtig. Deshalb haben wir im Bildungsplan 2016 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert, damit Schüler*innen sich ohne Angst vor Diskriminierung und Vorurteilen in unserer Gesellschaft bewegen können. In der Ausbildung von Lehrkräften wollen wir künftig mehr Bewusstsein für die Lebensrealitäten queerer Schüler*innen schaffen. In diesem Zusammenhang wollen wir Kompetenzen im diskriminierungsfreien Umgang mit den Belangen queerer Kinder und Jugendlicher in Unterrichtspraxis und Schulleben stärken. Gemeinsam mit Bildungsträgern aus der Community wollen wir verstärkt zu einer Schulkultur beitragen, in der sich queere Schüler*innen sicher und akzeptiert fühlen.

Ebenso haben wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes Querschnittsthema in allen Schularten gestärkt. So erwerben Schüler*innen Kompetenzen, um globale Herausforderungen aktiv mitzugestalten.

Wir stärken die Erinnerungskultur und stellen uns Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Form klar entgegen. Jede*r Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Gedenkstättenfahrten wollen wir ausbauen, vereinfachen und den Schulen im Land künftig ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand zur Verfügung stellen.

Formate wie Jugendforen oder Demokratiewerkshops machen Mitbestimmung erlebbar und fördern die Bereitschaft, Verantwortung für das demokratische Miteinander zu übernehmen. Mit Mehrgenerationen-Programmen wollen wir den Austausch zwischen Alt und Jung befördern und die gegenseitige Wertschätzung stärken. Dazu wollen wir das Thema „Zusammenleben der Generationen“ stärker in die Lehr- und Bildungspläne der Schulen einbringen.

Kulturelle Bildung leistet in der Schule einen wichtigen Beitrag, sich mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen und Schüler*innen neue Erfahrungsräume zu eröffnen. Sie trägt so zur Persönlichkeitsentwicklung bei.

Ganztag ausbauen – für Kinder und Familien

Ganztagsschulen stärken Bildungsgerechtigkeit und eröffnen Kindern neue Möglichkeiten zur individuellen Förderung und kreativen Entfaltung. Sie entlasten Familien, weil Kinder ihre Schulaufgaben bereits in der Schule erledigen können und am Nachmittag ohne zusätzlichen Druck nach Hause kommen. Unser Ziel ist es, verlässliche Ganztagsangebote zu schaffen, die über den Unterricht hinausgehen: Schulen sollen zu echten Lebensräumen werden, in denen Lernen, Spiel und Gemeinschaft selbstverständlich zusammengehören.

Ab September 2029 haben alle Grundschulkinder einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung. Wir unterstützen die Kommunen weiterhin bei investiven Maßnahmen, um dafür die notwendigen Strukturen zu schaffen. Ein rhythmisiertes, verbindliches Ganztagschulmodell kann am besten zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, holt die Hausaufgaben in die Schule und ist für die Eltern kostenfrei. Daher fördern wir die Umsetzung eines diesbezüglichen Qualitätsrahmens. Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort sind. Wir möchten Kindern mit festen Ruheräumen die Möglichkeit bieten, sich erholen zu können. Dazu gehört ein warmes und gesundes Mittagessen. In besonderem Maße kommt es im Ganztag auf eine enge und gut koordinierte Kooperation zwischen Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften an. Diese wollen wir weiter stärken. Zusätzlich fördern wir

die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen Bildungslandschaft.

Die Zukunftsschule – moderner Wohlfühlort

Bildung braucht Räume, die zum Lernen und Entdecken einladen. Unsere Schulen und Schulhöfe müssen baulich so aufgestellt sein, dass sie moderne Pädagogik ermöglichen – mit ausreichend Platz, guter Ausstattung und digitaler Infrastruktur. Schulgebäude müssen funktional, sicher, gesundheitsfördernd und klimafest sein. Bewegungsfördernde Schulhöfe sollen außerhalb des Schulbetriebs auch von der Öffentlichkeit genutzt werden können und zu lebendigen Quartieren beitragen. Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.

Als verlässlicher Partner der Kommunen unterstützen wir die Sanierung und Modernisierung von Schulen auch in Zukunft – mit Fokus auf Raumkonzepte, die kooperatives und inklusives Lernen, Rückzug und Kreativität ermöglichen. Hierfür führen wir im Schulbauförderprogramm des Landes eine „Innovationskomponente“ ein. Die bauliche Infrastruktur soll Lernfreude und Begegnung ermöglichen. Durch die Sanierung werden unsere Schulen nach und nach barrierefreier. Bei Sanierungen unterstützen wir eine gute Belüftung von Aufenthalts- und Klassenräumen. Eine gute Luftqualität ist wichtig für die Konzentrationsfähigkeit und den Gesundheitsschutz von Schüler*innen und Lehrkräften. Den Bau von Schulsport- und Schwimmstätten werden wir im Schulbauförderprogramm stärker unterstützen. Wir wollen die Schulträger von Bürokratie in der Antragsstellung entlasten.

Als verbindende Orte in unserer Gesellschaft öffnen sich Schulen räumlich in das umliegende Quartier und schlagen so die Brücke zwischen schulischem Lernen und lebenslanger Bildung. Gleichzeitig fördern wir die Weiterentwicklung öffentlicher Bibliotheken zu einladenden, integrativen Orten der Begegnung, an denen Menschen echte Gemeinschaft erleben und die auch in den Abendstunden und an Wochenenden geöffnet sind.

Bei Kindern und Jugendlichen haben psychische Probleme und Belastungen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Wir nehmen die Forderungen von Schüler*innen und Fachverbänden nach besserer Unterstützung ihrer psychischen Gesundheit ernst und stärken die dafür nötigen Angebote in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Deshalb engagieren wir uns für gesundheitsförderliche Lernbedingungen und unterstützen Schulen dabei, Konzepte gegen Mobbing und Gewalt umzusetzen. Gleiches gilt für evidenzbasierte Programme, die Stressbewältigung und die mentale Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften stärken. Um Lehrkräften mehr Sicherheit im Um-

gang mit psychisch belasteten Schüler*innen zu geben, bauen wir das Fortbildungs- und psychologische Supervisionsangebot im Bereich mentaler Gesundheit aus. Wir möchten die schulpsychologischen Angebote erweitern und um präventive Ansätze – etwa durch Gruppenangebote an Schulen – ergänzen. Dafür braucht es zusätzliche, langfristig gesicherte Stellen in der Schulpsychologie.

Auch die Schulsozialarbeit als sozialpädagogische Begleitung zur Förderung von Teilhabe und sozialer Integration ist für uns selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil des Schullebens. Deshalb wollen wir die Zuschüsse des Landes zur finanziellen Unterstützung der Schulsozialarbeit erhöhen und – wie im „Pakt für Familien mit Kindern“ angestrebt – ein Drittel der Kosten übernehmen. Um die Zuschussquote verlässlich stabil zu halten, wollen wir steigende Kosten zügig in der Zuschusshöhe abbilden.

Mit der flächendeckenden Medienbildung an allen Schulen haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um Jugendliche selbstbewusst und kritisch auf dem Weg zur digitalen Mündigkeit zu begleiten. Die Verantwortung für eine jugendgerechte digitale Lernumgebung endet aber nicht am Schulausgang. Darum wollen wir gemeinsam mit anderen Ländern darauf hinwirken, politisch den Rahmen für eine wirksame Social-Media-Altersgrenze zu schaffen, etwa mit europäischen Regeln für die Plattformen und einem digitalen Identitätsnachweis.

Wir fördern mit dem Digitalpakt 2.0 des Bundes und eigenen Landesmitteln den Ausbau der digitalen Infrastruktur und wollen die Mittelvergabe bürokratiearm gestalten: Schulen benötigen stabile WLAN-Netze, moderne Endgeräte und pädagogisch einsetzbare Plattformen. Gemeinsam mit den zuständigen Schulträgern wollen wir Wege finden, um dauerhaft mehr IT-Fachkräfte an die Schulen zu bringen, die nicht nur reparieren, sondern begleiten.

Gute Schulen brauchen starke Lehrer*innen

Gute Bildung gelingt unter guten Bedingungen – für alle, die sie gestalten. Pädagog*innen in Baden-Württemberg leisten Tag für Tag Großartiges. Sie begleiten Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungs- und Entwicklungsweg, wecken Neugier und fördern Talente. Sie vermitteln Wissen und Werte wie Respekt, Verantwortung und Zusammenhalt. Sie geben den Schüler*innen die nötige Perspektive, um in der Welt ihren Platz finden zu können.

Ob in der Grundschule, in weiterführenden Schulen oder in der beruflichen Bildung – Lehrkräfte sind Wissensvermittler*innen, Begleiter*innen, Vorbild und Vertrauenspersonen. Das wachsende Aufgabenspektrum darf dabei nicht zur Überforderung führen. In Zeiten von gesellschaft-

lichem Wandel, Digitalisierung und geopolitischen Dynamiken stemmen Lehrer*innen Aufgaben über den Unterricht hinaus. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Lehrkräfte die Ausbildung, Ausstattung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Dafür evaluieren wir die Fächerkoordination in Lehramtsstudiengängen, etablieren Begleitprogramme für das Referendariat und überprüfen die Bedingungen für die berufsbegleitende Weiterbildung von Lehrkräften. Nur wenn Lehrer*innen selbst fit sind, können sie Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zu einer gelingenden Teilhabe an der Gesellschaft erfolgreich begleiten.

Qualität entsteht im Team, nicht im Alleingang. Lehrkräfte brauchen Raum für Zusammenarbeit, um Unterricht zu planen, Lernstände zu besprechen, Förderstrategien zu entwickeln und Organisationsentwicklung zu betreiben. Langfristig planen wir, diese Räume weiter auszubauen.

Die Grundschule ist der Ort, an dem die entscheidende Basis für den weiteren Bildungsweg aller Kinder gelegt wird. Deshalb werten wir die Arbeit der Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13/E13. Darüber hinaus stärken wir die Professionalisierung durch kontinuierliche Fortbildung. Uns ist bewusst, wie wichtig es ist, den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten – nicht nur für den Einstieg, sondern auch für eine lange und erfüllte Laufbahn. Deshalb halten wir flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeitmöglichkeiten offen, um Lehrkräften die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und persönlichen Bedürfnissen zu erleichtern.

Im Lehramtsstudium wollen wir reflektierte Praxisanteile wie beispielsweise durch das Projekt „Lehr:Werkstatt“ stärken. Wir haben integrierte Studiengänge wie den neu eingeführten dualen Master im Lehramtsstudium auf den Weg gebracht. Dies wollen wir zeitnah evaluieren und ausweiten. Wir wollen mehr Studierende für die Schularten der Sekundarstufe I und Sonderpädagogik gewinnen. Zu einem erfolgreichen Schulalltag tragen verschiedenste Berufsgruppen bei. Deshalb treiben wir den begonnenen Ausbau multiprofessioneller Teams weiter. Dazu gehören insbesondere pädagogische Assistenzen, Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, Mitarbeitende in der Ganztagschule sowie die administrative Unterstützung der Schulleitung.

Im Lehramtsstudium passen wir die Kapazitäten flexibel an den Bedarf an, stärken Praxisanteile und entwickeln das neu eingeführte duale Masterstudium weiter. Wir wollen mehr Studierende für die Schularten der Sekundarstufe I gewinnen.

Die Rolle der Schulleitung umfasst viel mehr als rein pädagogische Aufgaben. Wir stärken sie durch zielgerichtete Fortbildungen und entlasten sie von Verwaltungsaufgaben durch mehr administratives Fachpersonal.

Zukunftsschule gemeinsam gestalten – im Dialog mit der Gesellschaft

Kinder und Jugendliche bringen ganz unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit und haben vielfältige Talente. Schulen aus dem ganzen Bundesland haben sich auf den Weg gemacht, Schüler*innen individuell zu fördern und zu fordern. Zu den Preisträgerschulen des Deutschen Schulpreises gehören hervorragende Schulen aus Baden-Württemberg, denen dies besonders gut gelingt.

Wir haben 2012 die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht. Sie stellt die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Konzepts. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. Damit sind sie auch Modellschulen für gemeinsames inklusives Lernen. In einem integrativen Bildungsgang hält die Gemeinschaftsschule den Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss bis hin zur Hochschulreife lange offen. Unser Ziel ist ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Zudem unterstützen wir Schulversuche zur digital-hybriden Oberstufe und zu Oberstufen-Verbänden mit allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien. Wo keine eigene Oberstufe oder Verbände möglich sind, wollen wir die Kooperation mit beruflichen Gymnasien stärken.

Mit den Bildungsreformen zum Schuljahr 2025/2026 haben wir die weiterführenden Sekundarschulen bereits weiterentwickelt. Daran werden wir anknüpfen und mit einer Enquete-Kommission des Landtags und mit unserer Politik des Gehörtwerdens einen breiten, evidenz- und wissenschaftsbasierten Dialog führen. Dabei sollen grundlegende Fragen zur Entwicklung der Bildungsqualität, der Chancengerechtigkeit und zur Weiterentwicklung einer langfristig stabilen übersichtlicheren Schullandschaft diskutiert werden. Wir wollen dazu Schüler*innen, Eltern, Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte, die Schulträger und Vertreter*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbinden.

Wir Grüne wissen: Lehrkräfte leisten im ganzen Land an Schulen aller Schularten tagtäglich wertvolle Arbeit. Diese Arbeit verdient Anerkennung und die richtigen Rahmenbedingungen. Wir sorgen für eine gute Unterrichtsversorgung an allen Schulen und tragen gleichzeitig den besonderen Herausforderungen jeder einzelnen Schule Rechnung. Wir schaffen eine faire und transparente Ressourcenzuweisung in allen Schularten. Sie orientiert sich am Aufgabenprofil und an den Rahmenbedingungen wie Klassengrößen und der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft. In einigen Landkreisen haben wir bereits erfolgreiche Pilotprojekte zu einer passgenaueren Ressourcenzuweisung auf den Weg gebracht. Auf diese positiven Erfahrungen können wir aufbauen.

Personalbudgets und flexible Personalstrategien vor Ort erhöhen Gestaltungsspielräume für Schulleitungen.

2.3. Chancen erweitern: gute berufliche Bildung und bessere Studienbedingungen für alle

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung – sie ist ein Versprechen: auf sozialen Aufstieg, auf Teilhabe, auf ein selbstbestimmtes Leben. Damit dieses Versprechen für alle jungen Menschen eingelöst wird, braucht es eine starke berufliche Bildung. Denn ein berufsqualifizierender Abschluss ist in aller Regel der entscheidende Schritt in ein eigenständiges Leben mit Perspektive.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr Jugendliche ihre angestrebten Abschlüsse auch erreichen. Und dass jene, denen dies nicht gelingt, dennoch nicht ohne weitgehend selbstbestimmte Zukunft bleiben.

Jeder junge Mensch verdient eine Perspektive – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder der bisherigen Schulbiografie. Deshalb schaffen wir Angebote, die auffangen, begleiten und neue Wege eröffnen, um eine Teilhabe auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Deshalb haben wir die Berufsorientierung an Schulen ausgebaut, Betriebspraktika gestärkt und Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen, die an Schulen von ihrer Ausbildung berichten, unterstützt. Wir werden die Übergänge zwischen den Vorbereitungsklassen (VKL) der allgemeinen Schulen sowie des Vorqualifizierungsjahres Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO) und der Ausbildungsvorbereitung (AV/AVdual) an den beruflichen Schulen besonders in den Blick nehmen: Kinder in den VKL und Jugendliche im VABO werden wir so weit fördern, dass sie bis zum Eintritt in AV/AVdual oder in eine Berufsausbildung mindestens die Sprachniveau-Stufe B1 erreichen können.

Das Handwerk ist ein wichtiger Partner, beispielsweise bei der Umsetzung der Energiewende. In Folge des demografischen Wandels gibt es jedoch immer weniger junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im Handwerk entscheiden. Wir Grüne wollen eine Ausbildung im Handwerk wieder attraktiver machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen an allen Schulen mit dem Handwerk in Kontakt kommen und unterstützen Projekte, die Frauen im Handwerk als Botschafterinnen mit Schüler*innen in Kontakt bringen. Außerdem sorgen wir dafür, dass auch die Berufsschulen bestens und auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Wir wollen gezielt Geschlechterstereotype im Handwerk und bei der Berufswahl

abbauen. Das betrifft sowohl stark männlich sowie stark weiblich dominierte Berufe. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“ motivieren wir beispielsweise Frauen für eine Ausbildung im Handwerk und unterstützen junge Handwerkerinnen. Mit der Meisterprämie für Absolvent*innen einer Meisterprüfung und der Meistergründungsprämie für Jungmeister*innen, die sich selbstständig machen, haben wir die Attraktivität des Handwerks erhöht.

Wir setzen uns für ein Studium ein, das überall höchste Qualität bietet und den Absolvent*innen echte Chancen für ihren beruflichen Weg eröffnet. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, die ein Studium für viele erschweren, müssen wir jetzt die Weichen stellen für eine Bildung, die allen – auch Studierenden mit Behinderungen – offensteht. Weil Studieren bezahlbar sein muss, bauen wir Wohnheimplätze aus. Aktuell entstehen bereits 1.300 neue Wohneinheiten.

Die Studienplätze, zum Beispiel in Medizin, Psychotherapie, den Gesundheitsfachberufen, Lehramt und IT, haben wir spürbar erhöht. In den vergangenen Jahren haben wir als erstes Bundesland die Hebammenausbildung so umgestellt, dass sie kostenfrei an Hochschulen stattfindet. Mit Erfolg, denn bereits heute gibt es deutlich mehr ausgebildete Hebammen in Baden-Württemberg. Der Hebammenberuf steht allen Geschlechtern offen und der Bedarf an Fachkräften ist hoch. Mit einer landesweiten Kampagne wollen wir deshalb gezielt auch Männer für diesen besonderen Beruf begeistern.

Wir wollen die Ausbildung in Pflege, Gesundheit und Sozialberufen praxisnah gestalten.

Mit beruflicher Bildung zu echter Chancengleichheit

Das Aufstiegsversprechen bedeutet, durch eigene Leistung und Qualifizierung den nächsten Schritt gehen zu können. Wer Chancengleichheit ernst nimmt, muss allgemeine wie berufliche Bildung gleichermaßen stärken sowie die Gleichstellung akademischer und beruflicher Bildungsabschlüsse vorantreiben.

Damit dabei kein Talent verloren geht, stehen wir für Erhalt und Stärkung der Ausbildungsvorbereitung (AV/AVdual) an Berufsschulen. Dabei werden Jugendliche, die bislang ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, beim Übergang in eine Ausbildung unterstützt. Programme zur individuellen Begleitung bei Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir darüber hinaus auch an allgemeinbildenden Schulen. Ein wichtiger Baustein ist das Netzwerk Teilzeitausbildung, das insbesondere Alleinerziehenden und gesundheitlich beeinträchtigten Menschen eine vollwertige Ausbildung ermöglicht. Wir wollen diesen Weg stärken, um so wirklich allen eine Ausbildung zu eröffnen.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen erfolgreich in das Berufsleben starten können. Dafür wollen wir das Angebot der assistierten Ausbildung noch bekannter machen. Wir möchten die Jugendberufsagenturen in Baden-Württemberg dauerhaft und flächendeckend verankern. Diese Kooperationen von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kommunen und Jugendhilfe sind ein wirksames Instrument, um junge Menschen frühzeitig zu erreichen, Übergänge zu erleichtern und Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Baden-Württemberg hat bei der datengestützten Schulpolitik viele wichtige Schritte gemacht. Mit der Bildungs-ID nehmen wir die Breite der Bildungskarriere in den Blick – ein wichtiger Baustein für eine zielgenaue Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit. Auch für Aus- und Weiterbildung können Daten der Bildungs-ID Grundlage für zielgenaue Bildungsangebote in der Erwerbsbiografie sein, die die beruflichen Aufstiegschancen sichert.

Bei Schüler*innen ohne berufliche Anschlussperspektive können diese Daten mit den zuständigen Jobcentern geteilt werden, um den Übergang in berufsbildende Maßnahmen zu erleichtern.

Wir dehnen die Berufsschulpflicht aus. Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis sollen bis zur Vollendung des zwölften Schulbesuchsjahrs berufsschulpflichtig werden. Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis sollen bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie das 21. Lebensjahr vollenden, berufsschulpflichtig sein.

Um für Jugendliche, die erst im Jugendalter nach Deutschland kommen, passende Bildungsentscheidungen zu treffen und Förderangebote zu machen, testen wir ihren Sprachstand, ihre Fachkenntnisse und Potenziale. Wir bauen die VABO- und VKL-Klassen mit qualifizierten Ressourcen aus, um Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen den Übergang in den Regelunterricht zu erleichtern.

Für Jugendliche, für die aus unterschiedlichen Gründen bewährte schulische Bildungsgänge ungeeignet erscheinen, wollen wir mit Lernwerkstätten ein passendes Angebot schaffen. Das gilt auch für zugewanderte Jugendliche und Heranwachsende, die bislang keine oder eine unzureichende formelle Schulbildung erhalten haben. Diese Lernwerkstätten kombinieren intensive Sprachförderung, die Entwicklung eines mathematischen Grundverständnisses sowie handlungsorientiertes Lernen in praktischen und handwerklichen Projekten mit individueller Betreuung. Die Besten in solchen Fördermaßnahmen wollen wir dabei auch auf die Schulfremdenprüfung vorbereiten, damit sie nach bestandener Prüfung ohne ein weiteres Jahr in einem ausbildungsvorbereitenden Bildungsgang der beruflichen Schulen in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können.

Wir setzen die Stärkung der Berufsorientierung fort und entwickeln sie mit Vertreter*innen aus Schule und Wirtschaft weiter. Speziell für Berufe mit großem Fachkräftemangel wie z.B. in Handwerk und Industrie sowie in der Kinder- und Altenpflege intensivieren wir Ausbildungspaten- und Vorstellungsprogramme in Schulen. Wir wollen bessere Einblicke in Handwerk, Industrie und Pflege ermöglichen und fördern daher entsprechende Projektschulen. Um Ausbildung langfristig solidarisch zu finanzieren, kleinere Betriebe zu entlasten und die Qualität der beruflichen Bildung weiter zu stärken, stellen wir als Land Mittel bereit und bringen eine Ausbildungs-offensive Baden-Württemberg auf den Weg.

Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung zu stärken, müssen Ausbildungsbedingungen in Baden-Württemberg verbessert werden. Unser Impulsprogramm „Junges Wohnen“ hilft jungen Leuten, selbstbestimmt zu leben. Wir wollen die Zahl der Wohnheimplätze deutlich erhöhen und dabei für eine entsprechende Bezahlbarkeit sorgen. Wir unterstützen den lokalen Aufbau von Auszubildendenwerken, die Wohnraum, Beratung und soziale Unterstützung für Auszubildende bereitstellen und eng mit Betrieben, Kammern und Berufsschulen kooperieren.

Hoch hinaus im Handwerk

Ausbildungsangebote im Handwerk bilden die Grundlage für viele lebenswichtige Dienstleistungen und Produkte der Zukunft. Handwerksberufe sichern unsere wirtschaftliche Stabilität, unterstützen die Umsetzung der Energiewende und bieten jungen Menschen vielfältige Karrierechancen. Zudem sorgt eine starke handwerkliche Ausbildung dafür, dass traditionelle Fertigkeiten und Wissen nicht verloren gehen.

Überbetriebliche Bildungsstätten im Handwerk sind wichtige Partner für die duale Berufsausbildung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen überbetriebliche Bildungsstätten deshalb stärken und weiterentwickeln. Dafür investieren wir gezielt in ihre Sanierung und Modernisierung, um eine zukunftsfähige Ausbildung im Handwerk zu sichern.

Um die Attraktivität handwerklicher Ausbildungswege zu stärken, setzen wir uns für eine gezielte Förderung ein. Die Meisterprämie soll so erhöht werden, dass die Meisterausbildung kostenlos ist. Künftig sollen Gründer*innen die Meistergründungsprämie innerhalb von 48 statt bisher 24 Monaten nach ihrer Meisterprüfung beantragen können. Damit schaffen wir mehr Flexibilität, geben echte Planungssicherheit und machen den Schritt in die Selbstständigkeit attraktiver.

Zusätzlich wollen wir das bestehende Pilotprojekt „Freiwilliges Berufsorientierungsjahr“ ge-

meinsam mit den Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften landesweit ausrollen. Die Maßnahme bietet jungen Menschen nach der Schule die Möglichkeit, verschiedene Handwerksberufe kennenzulernen und durch praktische Erfahrungen eine fundierte Berufswahl zu treffen.

Wir wollen die Kooperation zwischen Universitäten und dem Handwerk gezielt ausbauen, um Innovationen und Zukunftsthemen wie ökologisches Bauen stärker zu verankern. Erfolgreiche Projekte wie „Walz 4.0“, bei denen Handwerker*innen in Ausbildung und Hochschulstudierende praxisnah zusammenarbeiten, sollen als Vorbild dienen und landesweit unterstützt werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte im Rahmen ihrer Weiterbildung Stationen im Handwerk durchlaufen, um ein besseres Verständnis für handwerkliche Ausbildungswege und deren Bedeutung zu gewinnen.

Ein Studium, das nicht am Geldbeutel scheitert

Wir wollen für ein bezahlbares Studium sorgen. Studierende spüren die in den vergangenen Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders. Hier setzen wir an! Deshalb erhöhen wir die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke. Durch eine langfristige Dynamisierung der Zuschüsse wollen wir für Planungssicherheit und einen Ausgleich der inflationsbedingten Mehrkosten sorgen. Dies ermöglicht den Studierendenwerken, preiswerten Wohnraum, Mensamahlzeiten und Angebote für studentisches Leben bereitzuhalten. Außerdem können sie so die psychologischen Beratungsangebote und BAföG-Dienstleistungen für Studierende ausbauen, um Anträge schneller bearbeiten und zusätzliche Beratungsstunden anbieten zu können.

Demokratische Teilhabe bedeutet: mitentscheiden in den eigenen Angelegenheiten. Wir bekennen uns zur Mitbestimmung der Studierenden über die Verfasste Studierendenschaft. Als rechtsfähige Interessenvertretung aller immatrikulierten Studierenden bringt sie ihre Stimme wirksam in hochschulpolitische Gremien ein und stärkt die demokratische Selbstverwaltung an den Hochschulen.

Wir werden einen Studierendenkongress des Landes etablieren und hierbei Studierendenvertretungen, Vertreter*innen der Hochschulleitungen, der Studierendenwerke und der Politik gemeinsam mit Zufallsstudierenden zusammenbringen. Die Ergebnisse helfen uns, die Situation vor Ort durch kooperative und hochschulübergreifende Maßnahmen zu verbessern.

In den Mensen wollen wir eine möglichst regionale, gesunde und bezahlbare Ernährung ermöglichen. Wir Grüne haben das „Jugendticket BW“ eingeführt und setzen uns dafür ein, es auf alle Studierenden und Auszubildenden auszuweiten.

Die BAföG-Bearbeitungszeiten verkürzen wir durch Digitalisierung und Bürokratieabbau. Für entsprechende Neuregelungen, die deutliche Vereinfachungen und Zeitersparnisse einbringen können, setzen wir uns gegenüber dem Bund ein.

Wir wollen gezielt Menschen unterstützen, die als erstes in ihrer Familie studieren. Dafür wollen wir Beratungsangebote schaffen, die auf sie zugeschnitten sind. Denn gerade sie brauchen besonderen Rückhalt, um ihre Potenziale voll entfalten und neue Bildungswege für sich eröffnen zu können. Außerdem wollen wir noch mehr Frauen für MINT-Studiengänge begeistern, denn genau dort bringen wir den ökologischen und technologischen Wandel voran. Dafür begeistern wir bereits Schülerinnen für die MINT-Fächer.

2.4. Chancen ausbauen: Weiterbildung fördern und Arbeitsplätze sichern

Unser Land steckt mitten in gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und ökologischen Umbrüchen, die alle zeitgleich stattfinden und ineinandergreifen. Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Migration und die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft verändern unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt. Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel, um Menschen angesichts dieses Wandels zur gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und sozialen Teilhabe zu befähigen. Von Investitionen in Weiterbildung profitieren ganz besonders gering Qualifizierte, Zugewanderte und ältere Beschäftigte. Weiterbildung trägt damit zu Integration, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei.

Die Volkshochschulen und die kirchlichen Weiterbildungsträger sind zentrale Säulen der allgemeinen Weiterbildung sowie der Integrations- und Deutschkurse. Mit ihrem landesweiten und zugleich vor Ort verankerten Angebot leisten sie einen erheblichen Beitrag für die Chancengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Sie ermöglichen allen Menschen eine lebenslange individuelle Weiterentwicklung. Damit Weiterbildungsangebote bezahlbar bleiben und wirklich allen offenstehen, streben wir eine Anhebung der allgemeinen Grundförderung auf das Niveau vergleichbarer Flächenländer an. Wir bleiben auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Partner der Volkshochschulen und der kirchlichen Weiterbildungsträger im Land.

Die Weiterbildungsberatung ist ein echtes Erfolgsmodell, das bundesweit als Vorbild gilt. Seit zehn Jahren unterstützt das Landesnetzwerk

Weiterbildungsberatung (LN WBB) mit hoher Professionalität unzählige Menschen bei der Wahl des Bildungswegs, der zu ihnen passt. Wir wollen die Finanzierung des LN WBB dauerhaft sichern und es gesetzlich verankern.

Die vielfältigen Umbrüche unserer Zeit verändern Arbeitsplätze und die Erwartungen an Fähigkeiten von Arbeitnehmer*innen. Der Weiterbildung kommt in einer sich verändernden Welt eine Schlüsselrolle bei der Fachkräftesicherung zu. Wir wollen allen Menschen berufliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote ermöglichen. Mit „WEITER.mit.BILDUNG@BW“ haben wir eine Weiterbildungsoffensive gestartet, die Menschen neue Chancen eröffnet: durch Qualifizierung und die Möglichkeit, Berufsabschlüsse nachzuholen. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu steigern, Fachkräfte zu binden und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Weiterbildungspartnern zu stärken. Wir eröffnen Unternehmer*innen so die Möglichkeit, ihre Beschäftigten weiter zu qualifizieren, um gemeinsam mit ihnen wachsen zu können.

Diese Offensive wollen wir fortführen und zugleich weiterentwickeln, auch gezielt für ältere Erwerbstätige. Programme zur Zweitausbildung haben wir aufgebaut; sie sollen verstetigt werden. Zudem setzen wir auf ein Qualifizierungseinkommen, das Menschen im Erwerbsleben eine Auszeit für Weiterbildung ermöglicht.

Um auch Erwachsenen mit geringen Fähigkeiten in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, mit unzureichenden Deutschkenntnissen sowie fehlenden digitalen Kompetenzen wirkliche gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu ermöglichen, sind passende Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung unerlässlich. Der arbeitsplatzorientierten Grundbildung kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. In der Landesstrategie zur Förderung der Alphabetisierung und Grundbildung haben wir die Anstrengungen des Landes in diesem Bereich gebündelt und die Zusammenarbeit mit den Weiterbildungspartnern gestärkt. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortführen und auch in den kommenden Jahren finanziell absichern.

Die berufliche Weiterbildung an Hochschulen haben wir gestärkt. Denn Hochschulen sind führende Partner von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen für lebenslanges Lernen und besonders wichtig, um dringend benötigte Fachkräfte zu sichern. Wir setzen uns dafür ein, die Strukturen der wissenschaftlichen Weiterbildung an unseren Hochschulen in Baden-Württemberg weiter auf- und auszubauen. Dafür werden wir die Mittel zur Vernetzung mit der Wirtschaft weiter ausbauen. Gegenüber EU und Bund werden wir uns dafür stark machen, die Rechtslage zu vereinfachen.

3. Kapitel

Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

Wir wollen unsere heimische Natur bewahren. Sie bietet mit ihren vielfältigen Mischwäldern, Wiesen, Getreidefeldern, Hopfengärten und Mooren Lebensraum für Lerchen, Bläulinge und zahlreiche andere Lebewesen. Baden-Württemberg ist das Land ökologischer Vielfalt und der Erhalt ökologischer Vielfalt ist unsere Lebensgrundlage. Doch unsere Lebensgrundlage, Natur und Landwirtschaft sind durch die Biodiversitäts- und Klimakrise bedroht – Hitze, Dürre, Hochwasser und Artensterben fordern uns und unsere Ökosysteme. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, unsere Zukunft, unsere Lebensgrundlagen und unser schönes Baden-Württemberg zu schützen.

Die Klimakrise wartet nicht. Schon jetzt führt sie zu Leid und Verlust für uns Menschen und alle Lebewesen. Wir nehmen die Dringlichkeit der Klimakrise wahr, aber wir wissen auch: Es gibt Handlungsmöglichkeiten und unzählige Vorschläge für eine nachhaltige und gerechte Transformation. Unser Einsatz ist jetzt gefragt.

Wir investieren erfolgreich in den Klimaschutz, helfen den Kommunen und der Landwirtschaft aber auch bei der Anpassung an die schon stattfindenden Veränderungen. Zukunft gelingt nur zusammen. Wir wollen deshalb erreichen, dass alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, beim Erhalt und Schutz unserer Heimat mitzumachen und ganz individuell davon zu profitieren.

Für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen wir auf modernste Methoden zurückgreifen. Dazu gehört für uns auch der Einsatz von Hightech, künstlicher Intelligenz und technischen Innovationen, um die Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen. Erfindergeist, Gestaltungswille und Kreativität sind auch hier die Basis für erfolgreiche Geschäftsmodelle.

3.1. Klimaschutz mit Zukunft: Wir erhalten, was uns erhält

Wir arbeiten für ein Baden-Württemberg, das klimaneutral ist und unseren Kindern und Enkel*innen ein sicheres, lebenswertes Morgen bietet.

Wir haben es seit der Regierungsübernahme 2011 geschafft, als Vorreiter ein verbindliches Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz sowie Sektorziele zu verankern. Wir setzen Klimaschutz aber

nicht nur auf dem Papier um – sondern er wirkt draußen im ganzen Land: Gemeinsam mit den Baden-Württemberger*innen haben wir den Anteil der erneuerbaren Energien in der Bruttostromerzeugung verdoppelt und den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt. Wir sind Spitzenreiter in der kommunalen Wärmeplanung und haben Geothermie, Abwärme, Biogasanlagen und Flusswärmepumpen vorangebracht. In enger Zusammenarbeit mit Unternehmer*innen und Verbänden haben wir die Weichen auf erfolgreiches, zukunftsgerichtetes Wirtschaften gestellt, internationale Partnerschaften und Spitzenforschung zu den klimabezogenen Technologien entwickelt und vieles mehr.

Die Erfahrung hat gezeigt: Ernsthaften Klimaschutz gibt es nur mit uns Grünen. Während andere nach wie vor die Zukunft verspielen wollen, nehmen wir Klimaschutz ernst und gestalten ihn aktiv – mit Verantwortung und mit Erfolg! Seit 2011 konnten wir die Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg massiv reduzieren. Erste Etappenziele im Kampf gegen die Klimakrise haben wir erreicht, jetzt gehen wir den Weg konsequent weiter, denn die Klimakrise macht keine Pause.

Wir stellen heute entschlossen die Weichen dafür, dass Baden-Württemberg im Jahr 2040 klimaneutral ist. Wir stehen zum 1,5-Grad-Ziel. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln mit klaren Reduktionspfaden in den nächsten Jahren entscheidend. Wir werden unseren Weg entschlossen weitergehen – mit dem verbindlichen Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz und der Festlegung von Sektorzielen für das Jahr 2035 und das Jahr 2040. Damit sind alle Ministerien verpflichtet, für ihren Bereich Maßnahmen festzulegen. Mit dem CO₂-Schattenpreis beim Bau und bei Beschaffungen, der Photovoltaik-Pflicht für Neubauten und Dachsanierungen und der Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 ist Baden-Württemberg Vorreiter.

Als eine der führenden Industrieregionen der Welt ist Baden-Württemberg Gründungsmitglied und treibende Kraft der „Under2Coalition“ und setzt sich weltweit und vor Ort für eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad ein.

Wir nutzen wissenschaftliche Expertise und haben dafür einen unabhängigen Klimaschutzverständigenrat installiert. Dieser berät die Landesregierung und spricht Empfehlungen aus, wie wir

die Klimaziele erreichen können. Die bisherige Erfahrung zeigt: Es war richtig, diese unabhängige Erfolgskontrolle einzurichten. Wir Grüne nehmen die Empfehlungen des Sachverständigenrats ernst und wollen sicherstellen, dass die Landesregierung mit ihren Entscheidungen auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sachverständigenrats reagiert. Wir wollen daher gesetzlich festlegen, dass die Landesregierung bei einer drohenden Zielverfehlung von mehr als zehn Prozent Landesmaßnahmen vorlegt.

Zudem haben wir einen Klimavorbehalt für Landesprogramme geschaffen. Indem wir diesen konsequent bei Investitionen anwenden, schützen wir unser Klima.

Klimaschutz geht nicht ohne unsere Kommunen. Die Kommunen sind Schlüsselakteure der Transformation. Im Land setzen wir den Rahmen dafür, unsere Klimaziele zu erreichen. Die tatsächliche Umsetzung findet jedoch auf kommunaler Ebene statt. Wir geben den Kommunen die Mittel, um diese Verantwortung auch beim Klimaschutz wirkungsvoll wahrzunehmen.

Die grün-geführte Landesregierung hat den Klimaschutzpakt zwischen Land und den Kommunalen Landesverbänden zum vierten Mal fortgeschrieben und mit weiteren finanziellen Mitteln verstärkt, um der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene eine Grundlage zu bieten – beispielsweise mit der Förderung von Personalstellen für die klimaneutrale Kommunalverwaltung. Wir haben regionale Energieagenturen finanziell gestärkt und mit den Koordinator*innen für Mobilität und Klimaschutz kreisweite Informationsstellen gesetzlich verankert.

Es bleibt aber keine Zeit, sich auf diesen Erfolge auszuruhen. Die voranschreitende Klimakrise ist auch in Baden-Württemberg deutlich spürbar – mit steigenden Temperaturen und zunehmenden Extremwetter-Ereignissen. Wir sorgen jetzt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verkehrs- und Wärmewende und dem Erhalt natürlicher Kohlestoffsinken dafür, dass Baden-Württemberg Klimaschutzland Nr. 1 bleibt. Mit einer aktiven Beteiligung von Bürger*innen und bezahlbarer Energie für alle – Unternehmen und Bürger*innen – sorgen wir dafür, dass der Klimaschutz zum gesamtgesellschaftlichen Projekt wird.

Baden-Württemberg bleibt Vorreiter im Klimaschutz

Wir stehen weiterhin zu unseren Klimaschutzzielen. Dabei steht für uns fest: Es darf keine Abschwächung der Klimaziele und der Sektorziele geben.

Für den Schutz unseres Klimas setzen wir vor allem auf die Einsparung von Treibhausgas-Emissionen. Wir setzen auf Energiesparen und Energie-

effizienz. Wir treiben mit voller Kraft die Energie- und Wärmewende und die Dekarbonisierung der Industrie voran. In einigen wenigen Branchen der Industrie wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie oder der industriellen Abfallverbrennung. Ausschließlich bei diesen unvermeidbaren Emissionen und als letztes Mittel nutzen wir *Carbon Capture and Utilization* sowie *Carbon Capture and Storage*.

Um den Klimaschutz voranzubringen, wollen wir ihn als Querschnittsthema im Landesentwicklungsplan verankern. Unsere natürlichen Kohlestoffsinken – Moore, Auen, Wälder, Grünland und Feuchtwiesen – werden wir konsequent erhalten und ausbauen.

Moderne Landesgebäude wie Polizeiposten, Amtsgerichte und Schulen sind nicht nur wichtig für einen funktionierenden Staat, sondern sie leisten auch einen Beitrag zu unserem Ziel „Klimaneutrale Landesverwaltung 2030“. Wir haben mit dem Energie- und Klimaschutzkonzept für Landesliegenschaften 2030 den Weg bereitet, unsere Landesgebäude energetisch so zu sanieren, umzubauen und effizient zu nutzen, dass sie ihren Beitrag leisten werden. Dafür verdoppeln wir die Mittel für energetische Sanierungen, treiben die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzepts sowie den Ausbau von Photovoltaikanlagen für landeseigene Gebäude konsequent voran.

Wir stärken die europäische Zusammenarbeit beim Klimaschutz – etwa mit Energiepartnerschaften, grenzüberschreitenden Netzen und der vollen Unterstützung des europäischen Green Deals, insbesondere dem Emissionshandel. Baden-Württemberg soll aktiv in europäischen Bündnissen für erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff mitarbeiten.

Kommunen stärken – Verantwortung für unser Klima teilen

Die Aufgaben der Kommunen beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung wachsen stetig. In der kommenden Legislaturperiode schaffen wir verlässliche Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte. Dazu verankern wir im Land die Klimamilliarde. Über die nächsten zehn Jahre erhalten die Stadt- und Landkreise jedes Jahr Mittel aus dem Landeshaushalt, die zweckgebunden für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu verwenden sind. Wir streben an, Klimaschutz in Kommunen zu stärken, indem wir Klimaschutz zu einer kommunalen Pflichtaufgabe machen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir den Umfang dieses Vorhabens definieren und diesen Weg zusammen gehen. Mittelfristig sehen wir

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe und daher im Grundgesetz verankert.

Außerdem werden wir die Gemeindeordnung ändern und den kommunalen Kreditrahmen für Investitionen in eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Energie- und Wärmewende erweitern. Kommunen sollen zudem die Möglichkeit für vergünstigte Kredite bei Investitionen in eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung bekommen. Für diese Investitionen ermöglichen wir den Kommunen verlässlich, Bürgschaften für ihre kommunalen Unternehmen zu übernehmen. Den CO₂-Schattenpreis werden wir auch für Kommunen festschreiben. Mit einer Stärkung des „Kompetenzzentrums Klimawandel“ bei der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) wollen wir auch für Kommunen eine bessere Datengrundlage hinsichtlich der Auswirkungen der Klimakrise und konkreter Anpassungsmaßnahmen schaffen. Zudem wollen wir diese Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

Die Stadtwerke sind mit ihrer hohen Glaubwürdigkeit und ihrer Nähe zu den Endverbraucher*innen wichtige Verbündete bei der klimaneutralen Transformation des Energiesektors.

Stadtwerke in kommunaler Hand sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die wir stärken wollen. Damit das so bleibt und sie ihr Potenzial als Treiber der Energiewende entfalten können, wollen wir sie bestmöglich unterstützen.

3.2. Für die Zukunft wappnen: Wir schützen Baden-Württemberg vor Hitze und Starkregen

Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, was es bedeutet, dass unser Klima aus dem Gleichgewicht geworfen wird. So nehmen Starkregen-Ereignisse, Hitzetage und Dürre-Ereignisse dramatisch zu. Unsere Lebensgrundlagen sind dadurch ernsthaft gefährdet. Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um unser Klima zu schützen. Trotz unserer Anstrengungen beim Klimaschutz müssen wir uns auf ein verändertes Klima einstellen und Vorkehrungen treffen, um Baden-Württemberg und seine Bürger*innen, besonders die vulnerablen Gruppen, vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen. Wir fördern den klimaresilienten Umbau unserer Dörfer und Städte, damit sie mit Hitze und Wassermangel zurechtkommen.

Klimaanpassung wird zur selbstverständlichen Voraussetzung guter Stadtentwicklung. Bisherige Maßnahmen zeigen, was möglich ist: Die Klimaanpassungsstrategie des Landes stellt die Risiken der Klimakrise dar und leitet Anpassungsstrategien für

alle relevanten Handlungsfelder ab. Die Wasserversorgung und -entsorgung, das Management von Starkregen und der Hochwasserschutz stellen die Kommunen in Zeiten der Klimakrise vor große Herausforderungen. Mit der Wassermangelstrategie, dem urbanen Wasserressourcenmanagement und dem Masterplan Wasserversorgung haben wir konkrete Werkzeuge für eine zuverlässige Wasserversorgung geschaffen. Doch wir wollen weitergehen: Mit der Klimamilliarde wollen wir den Kommunen mehr finanziellen Spielraum bieten. Damit bringen wir die Klimaanpassung entscheidend voran und sorgen dafür, dass notwendige Maßnahmen nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern.

Wir setzen neue Standards für Klimaanpassung in der Stadtentwicklung und beim Bauen, von der Verschattung bis zum Regenwasserrückhalt. Die klimaresiliente Stadtentwicklung stärken wir, um unsere Kommunen vor Starkregen und Hitze zu schützen. Wir setzen uns für die Förderung von Stadtbäumen und Begrünung sowie für eine Entsigelungsprämie ein, um die Klimaresilienz in unseren Städten und Gemeinden zu stärken. Damit schaffen wir gleichzeitig mehr Lebensqualität in unseren Städten und leisten so einen Beitrag für die Gesundheit ihrer Bewohner*innen. Die Eigenvorsorge von Bürger*innen wollen wir durch Beratung und gezielte Förderung stärken. Klimaanpassung muss die besonders Gefährdeten schützen: ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen, Kinder und Menschen ohne ausreichende Rückzugsräume. Wir setzen uns dafür ein, dass sie vor Ort die entsprechende Beratung und Unterstützung finden – und dass Katastrophenvorsorge inklusiv gedacht wird, damit Warnungen, Schutzräume und Abläufe wirklich alle erreichen.

Klimaschutz ist für uns auch Gesundheitsschutz. Wir sehen Klimaschutz als wichtigen Bestandteil einer nachhaltigen und generationenübergreifenden Gesundheit. Die Risiken durch Flüssigkeitsmangel, Hitzeerschöpfung und Hitzeschläge nehmen zu und gefährden besonders die Gesundheit von älteren Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, Kindern, Schwangeren und Neugeborenen. Wissenschaftler*innen befürchten zudem eine bisher nicht gekannte Verschlimmerung bestehender Krankheiten, sollte sich das Klima weiter so rasant verändern wie bisher. Zudem führt die Angst vor den Folgen der Klimakrise zu psychischen Belastungen insbesondere bei jungen Menschen. Ein wichtiges und effektives Mittel, um die Kommunen auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten, sind kommunale Hitzeaktionspläne. Die Umsetzung und Planung von Hitzeschutzmaßnahmen sowie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen findet in immer mehr Gemeinden, Kommunen und Kreisen statt. Wir unterstützen die Kommunen

bei dieser wichtigen Aufgabe und stellen attraktive Förderungen für konkrete Maßnahmenumsetzungen bereit.

Moore und Feuchtwiesen erhalten und erweitern wir als natürliche Wasserspeicher. Wir gehen aber weiter: Wir entwickeln eine „Wasserversorgungsstrategie 2050“ gemeinsam mit allen Beteiligten. Damit soll auch künftig Trinkwasser sicher und in guter Qualität zur Verfügung stehen. Hierzu werden wir die Kommunen und Wasserversorger bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen unterstützen. Zudem wollen wir über einen gestaffelten Wasserpreis stärkere Anreize setzen, sparsam mit Wasser umzugehen. Wir wollen unser Grundwasser wirksam vor Belastungen schützen und naturnahe Hochwasserrückhalteräume ausbauen. Unser Ziel ist eine Landschaft, die Wasser speichert, nicht ableitet. Ebenso werden wir den technischen und ökologischen Hochwasserschutz im Land sowie das Starkregen-Risikomanagement weiter stärken. Durch die Förderung von Maßnahmen wie der Schaffung von Schwammstädten und Schwammlandschaften können Hochwasserspitzen vermieden und kann mehr Wasser in Trockenperioden bereitgestellt werden.

Wir stärken den Hochwasserschutz unter anderem durch die Renaturierung von Flussläufen und die Nutzung natürlicher Landschaftsgegebenheiten. Damit bewahren und schaffen wir auch Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten. Den Katastrophenschutz und die Feuerwehren, die die Klimakrise durch Zunahme von Extremwetter-Ereignissen an ihre Grenzen bringt, werden wir stärken. Zudem wollen wir die Qualität unserer Gewässer weiter stärken. Unser Ziel ist es, unsere Flüsse so sauber zu machen, dass man perspektivisch wieder in ihnen schwimmen kann.

3.3. Klimaschutz mit Zukunft: klimaneutral, dezentral und gerecht

Klimaschutz ist eine gemeinsame Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn sie von allen Bürgern*innen mitgetragen wird. Deswegen denken wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen.

Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken sind Bürgerenergieanlagen dezentral. Sie tragen damit zu einer resilienten Energieversorgung vor Ort und zur Unabhängigkeit von fossilen Energielieferungen bei. Mit der Unterstützung von Bürgerprojekten können wir außerdem die regionale Wertschöpfung fördern, weil Gewinne aus der Energieerzeugung in der Region bleiben. Mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten bei der Gründung von Energiegenossenschaften haben wir bereits in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass

alle Bürger*innen auch ohne große finanzielle Kapazitäten am Klimaschutz teilhaben und finanziell von ihm profitieren können.

Wir setzen uns für Stecker-Solaranlagen ein, damit auch Mieter*innen in den Genuss von günstiger Sonnenenergie kommen. Sozialwohnungen in Baden-Württemberg wollen wir, wo dies technisch sinnvoll ist, mit Stecker-Solaranlagen ausstatten. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir Wege aufzeigen, wie die Ausstattung ganzer Häuser mit Stecker-Solargeräten gelingt. Wir arbeiten dabei mit engagierten zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen.

Energie in der Hand von Bürger*innen

Viele Bürger*innen wollen selbst einen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung leisten: Sie lassen Photovoltaik-Anlagen auf ihren Hausdächern anbringen, installieren ein Stecker-Solargerät auf dem Balkon oder schließen sich in Bürgerenergiegenossenschaften zusammen, um in ihrer Kommune ein Windrad zu errichten. Wir unterstützen konsequent Energieprojekte in der Hand von Bürger*innen. Baden-Württemberg ist heute das Flächenland mit der höchsten Dichte an Energiegenossenschaften.

Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den Profiteur*innen des Ausbaus der erneuerbaren Energien machen. Hierfür wollen wir ein Bürgerenergiegesetz umsetzen, so dass Betreiber von Windkraftanlagen mit den anliegenden Kommunen Kooperationsvereinbarungen schließen. Ein Bürgerenergiefonds des Landes soll die Vorplanung und Machbarkeitsprüfung von Bürgerenergieprojekten erleichtern.

Wir wollen Modellprojekte für bidirektionales Laden schaffen, damit Elektroautos integraler Bestandteil eines modernen Stromnetzes in Baden-Württemberg werden. Denn wer mit dem Verkaufen von Strom aus dem eigenen Auto Geld verdienen kann, dem macht die Elektromobilität noch mehr Spaß. Wir fördern Modellprojekte für bidirektionales Laden – damit Elektroautos nicht nur fahren, sondern auch Strom zurück ins Netz speisen können. Wer mit dem eigenen Auto Strom verkauft, erlebt Energiewende ganz praktisch – und profitiert davon.

Unsere klimasoziale Politik für Baden-Württemberg

Klimaschutz und sozial gerechte Politik sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich – und müssen deshalb gemeinsam gedacht werden. Wir wollen deshalb mit Investitionen in den Klimaschutz auch die soziale Gerechtigkeit im Land stärken. Wir wollen ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von sozialem Wohnraum und großen

Mietshäusern aufliegen, damit die Nebenkostenabrechnung für Mieter*innen, die besonders unter hohen Kosten leiden, spürbar sinkt. Gerecht ist auch, wenn diejenigen, die besonders unter den Folgen der Klimakrise leiden, besonders geschützt werden. Hitzeschutzmaßnahmen wie Fassadenbegrünungen oder Trinkwasserbrunnen schützen vulnerable Gruppen und schaffen mehr Aufenthaltsqualität – gerade für Familien und Menschen mit kleinerem Geldbeutel, die sich keinen eigenen Garten leisten können. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Klimageld startklar zu machen und 2027 erstmals auszuzahlen.

3.4. Zukunft voller Leben: Natur und Tiere schützen und die Vielfalt der Arten bewahren

Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern Lebensgrundlage – für uns und unsere Kinder. Diese Lebensgrundlage müssen wir erhalten, um auch morgen gut leben zu können. Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, in dem Menschen die Natur erleben und schützen. Naturbildung und Erlebnisse in der Umwelt schaffen Verbundenheit und Verantwortung. Wir wollen Natur für alle Menschen in Baden-Württemberg zugänglich machen. Schon heute sind der Nationalpark sowie die Biosphärengebiete, Naturparke und Lehrpfade starke Anker für Umweltbildung.

Ein Baden-Württemberg voller summender Wiesen, lebendiger Wälder und artenreicher Landschaften – das ist unsere Vorstellung von einer lebenswerten ökologischen Zukunft. Mit dem ersten Biodiversitätsstärkungsgesetz im Bundesgebiet hat Baden-Württemberg Geschichte geschrieben. Wichtige Zwischenziele zur Stärkung der Artenvielfalt haben wir bereits erreicht. Ein landesweiter Biotopverbund wurde auf zehn Prozent der Landesfläche aufgebaut. Mit unserer Artenschutzoffensive mit Programmen für Feldvögel, Amphibien und Insekten ist es beispielsweise gelungen, den Bestandsrückgang bei Rebhühnern, Kiebitzen, Wildbienen und Schmetterlingen einzubremsen. Wir werden diese Programme daher fortführen und verstärken. Die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald ist ein großer Erfolg für den Artenschutz und die Biodiversität in Baden-Württemberg, auf den wir stolz sind. Die Verbindung der beiden bisher getrennten Gebiete des Nationalparks ermöglicht eine ungestörte Entwicklung von Flora und Fauna. Mit dem Biosphärengebiet Südschwarzwald und der Erweiterung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb setzen wir starke Zeichen für eine lebendige Kulturlandschaft. Unsere naturnahen Wälder, Fauna-Flora-Habitat-Mähwiesen

und Streuobstwiesen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Klima und die Artenvielfalt.

Vielfalt bewahren – Naturschutz und Biodiversität als Lebensversicherung

Wir setzen diese Arbeit zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zur Stärkung des Naturschutzes fort. Wir werden für einen Aufwuchs der Naturschutzmittel sorgen, führen den Dialog zwischen Naturschutz und Landwirtschaft fort und bauen die Biodiversitätsberatung im Land aus. Wir setzen auf einen naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, beispielsweise mit Agri-Photovoltaik, mit Biodiversitäts-Solarparks und KI-unterstützten Abschaltvorrichtungen an Windrädern zum Vogelschutz. Darüber hinaus bauen wir den Biotopverbund auf 15 Prozent bis 2030 weiter aus. Bis 2030 werden wir die gesetzten Ziele zur Ausweitung des Biotopverbunds und zur Ausweisung von Flächen als Lebens- und Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten des Offenlandes erreichen. Wir werden bis 2030 den Einsatz von Pestiziden um 40 bis 50 Prozent reduzieren und den Ökolandbau auf 30 bis 40 Prozent der Landesfläche etablieren. Wir stärken die Artenhilfsprogramme für windkraftsensible Arten und das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt. Wir setzen uns für eine Reduktion des landesweiten Flächenverbrauchs ein und wollen die sogenannte Netto-Null schnellstmöglich erreichen. Geschädigte Lebensräume werden wir wieder aufbauen und die EU-Wiederherstellungsverordnung im Land umsetzen. Wichtige Themen wie Flächenressourcenschutz und damit auch Klima- und Biodiversitätsschutz wollen wir weiter stärken und dabei insbesondere auch kleinere Kommunen mitnehmen und unterstützen.

Schutzgebiete nach Naturschutzrecht stellen wir in die Zuständigkeit des Naturschutzes. Wir schaffen gezielt Anreize, damit Moorböden landwirtschaftlich und moorerhaltend genutzt werden können, beispielsweise durch die Förderung von Paludikultur. Wir passen das Instrument der Flurneuordnung an, vereinfachen den Flächenankauf und aktivieren auch privates Kapital, um Moorschutzprojekte schneller umsetzen zu können. Projekte der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg beispielsweise dienen dabei als Vorbild.

Beim Herdenschutz wollen wir den bisher erfolgreichen Weg der guten Kooperation mit den Weidetierhalter*innen fortführen. Naturverträgliche Weidetierhaltung trägt zum Erhalt unserer artenreichen und vielfältigen Kulturlandschaften wie der Wacholderheiden bei. Konsequenter Herdenschutz verringert die Anzahl von Übergriffen sowohl von wildernden Hunden als auch von Beutegreifern ganz entscheidend. Wir werden die Landnutzer*innen durch einen möglichst flächigen

Ausbau der Beratungsangebote noch stärker beim erfolgreichen Schutz der Weidetiere unterstützen.

Durch die Klimakrise und die starke Globalisierung steigt das Risiko invasiver Tiere und Pflanzen. Wir unterstützen die Landwirtschaft bei der Bekämpfung von einzelnen invasiven Arten, die unsere heimische Biodiversität bedrohen.

Natur erleben – Zugang und Bildung für alle

Wir wollen Umweltbildung und Artenkenntnis in allen Lebensbereichen stärken – in Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, in der außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten.

Bildungsarbeit für Biodiversität und Klimaschutz sehen wir als Grundpfeiler einer nachhaltigen Gesellschaft. Dazu streben wir die Aufnahme des Naturkundemuseums Stuttgart mit dem Kompetenzzentrum für Biodiversität und integrative Taxonomie (KomBioTa) in die Leibniz-Gemeinschaft an. Die Wildnisbildung werden wir im Nationalpark Schwarzwald, in den Biosphärengebieten sowie in anderen streng geschützten Gebieten miteinander vernetzen. Wir halten internationale Kriterien in den Schutzgebieten des Landes ein und setzen das weltweite Ziel von 30 Prozent Schutzgebieten um. Wir vernetzen und stärken die Zusammenarbeit von Nationalpark, Biosphärengebieten und Naturparks im Rahmen des Tourismusmarketings mit der Nutzung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ und entwickeln die hauptamtliche Schutzgebietsbetreuung weiter.

Das Freiwillige Ökologische Jahr soll wachsen und vielfältiger werden. Schutzgebiete machen wir zugänglich und erlebbar. Gleichzeitig wollen wir mehr Natur in den Alltag der Städte bringen – durch grüne Schulhöfe und Kindertagesstätten, renaturierte Stadträume und wohnortnahe Erholungsräume.

3.5. Zukunft sichern: Landwirtschaft und Ernährung stärken, Wald und Tiere schützen

Unsere Landwirtschaft prägt einzigartige Kulturlandschaften vom Bodensee bis zum Odenwald. Eine bäuerliche und handwerklich geprägte Kultur ist allgegenwärtig. Landwirtschaft ist die Grundlage unserer Ernährung, ein prägendes Element unserer Landschaften und Teil unserer kulturellen Identität. In Zeiten steigender Kosten, wachsender Unsicherheiten und internationaler Krisen braucht es eine Landwirtschaftspolitik, die regional ver-

wurzelt, fair und zukunftssicher ist – für gesunde Lebensmittel und starke Höfe im ganzen Land.

Mit der Kantinenrichtlinie haben wir es bereits geschafft, dass in Landeskantinen verbindlich regional-ökologisches Essen angeboten wird. Wir wollen das pflanzliche Angebot weiter ausbauen und dadurch eine gesunde, klimafreundliche und tierwohlgerichte Ernährung fördern. Um die Themen nachhaltiges Lebensmittelangebot und Ernährungsbildung auch vor Ort besser zu verankern, fördern wir weiterhin Ernährungsräte. Sie informieren beispielsweise Bürger*innen bei Veranstaltungen und Schulungen vor Ort über gesunde und nachhaltige Ernährung aus regionaler Erzeugung. Wir unterstützen weiterhin das Landesprojekt Lernort Bauernhof und die Einrichtung von Schulbauernhöfen. Zudem unterstützen wir vielfältige Maßnahmen und Aktionen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung, unter anderem zeigt sich dabei eine messbare Verringerung in Modellkantinen.

Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg sind kleinstrukturiert, aber hochinnovativ. Fläche in Zukunft doppelt nutzen, beispielsweise mit Agri-Photovoltaik über Obst und Gemüse, und dabei noch Pflanzenschutz einsparen: Das ist Baden-Württemberg. Robotik einsetzen, um Bodenbrüter wie die Feldlerche zu schützen und Wasser, Dünger und Pflanzenschutzmittel zu sparen: Das ist ebenfalls Baden-Württemberg. Hightech und Tradition, bestes Essen und wunderschöne Landschaften – das macht unser Bundesland aus.

Wir haben in Baden-Württemberg den Ökolandbau seit 2011 verdoppelt und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kontinuierlich verringert. Insbesondere im Weinbau sind wir durch die Förderung von Pheromon-Verfahren einen großen Schritt weitergekommen. Ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in Landesbesitz sowie ein Teil der verpachteten Landesflächen wurden inzwischen auf Ökolandbau umgestellt. Wir wollen die Umstellung auf Ökolandbau in landeseigenen Betrieben und auf landeseigenen Flächen weiter vorantreiben und sorgen für hohe Tierschutzstandards. Die Agrarförderung wurde an Natur- und Klimaschutzanforderungen ausgerichtet. Die Agroforstwirtschaft stellt eine Klimaanpassungsmaßnahme innerhalb der Landwirtschaft dar. Durch sie wird Verdunstung reduziert, Wasser im Boden gehalten, Erosion vorgebeugt und das Bodenleben gefördert. Deshalb werden wir uns für diese einsetzen.

Den Tierschutz stärken

Tierschutz ist Staatsziel und unser besonderes Anliegen. Wir wollen unsere überlasteten Tierheime und Tierschutzorganisationen stärken, auch finan-

ziell – beispielsweise bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen, laufenden Sach-, Futter- und Energiekosten sowie tiermedizinischer Versorgung. Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als empfindsame Lebewesen mit ihren Bedürfnissen respektiert werden. Dafür müssen Tiere besser geschützt werden. Wir wollen die von uns initiierte Tierschutzstrategie konsequent umsetzen und damit den Tierschutz im Land dauerhaft stärken. Zudem wollen wir die Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Freigängerkatzen in Verantwortung der Kommunen. Diese wollen wir bei der flächendeckenden Umsetzung unterstützen. Wir bekämpfen entschieden den illegalen Welpen- und Exotenhandel. Tiere müssen besser geschützt, geltendes Tierschutzrecht muss wirksam durchgesetzt und die rechtliche Vertretung von Tieren gestärkt werden. Dazu gehört eine personelle Stärkung in den Veterinärämtern. Zudem liegt uns die Unterstützung der Tierheime am Herzen. Tierschutzbildung soll auch Bestandteil schulischer und außerschulischer Lernangebote werden. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche für einen respektvollen Umgang mit Tieren zu sensibilisieren.

Baden-Württemberg ist ein Land, in dem Wälder nicht nur Holz liefern, sondern Rückzugsorte, CO₂-Speicher, Wasserquellen und Heimat für Tiere und Pflanzen sind. Unsere Wälder müssen angesichts der Klimakrise widerstandsfähiger und vielfältiger werden. Im Landeswaldgesetz haben wir mehr Ökologie für den Staatswald verankert. Der Staatswald wurde FSC-zertifiziert (*Forest Stewardship Council*) und erfüllt damit internationale Kriterien einer ökologischen und sozialen Bewirtschaftung ohne Pflanzenschutzmittel. Unsere Wälder sind die Grundlage für unseren wichtigsten Rohstoff für nachhaltiges Bauen: Holz. Bei den Landesgebäuden haben wir eine Holzbauquote von über 50 Prozent! Unsere Holzbauinitiative bringt Wertschöpfung für die ländlichen Räume und trägt dazu bei, die Klimaschutzziele für Baden-Württemberg zu erreichen. Wir werden diese Holzbauoffensive weiterführen.

Eine starke Landwirtschaft braucht gut ausgebildete Landwirt*innen, Gärtner*innen und Winzer*innen. Daher modernisieren wir die Ausbildung in den grünen Berufen und stärken Klimaanpassung und Ökolandbau im Lehrplan.

Landwirtschaft, die trägt – heute und morgen

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss fairer und ökologischer werden. Sie muss dem Leitprinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ folgen. Um die großen Herausforderungen im Agrarsektor meistern zu können und unsere Höfe auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen, braucht es eine einkommenswirksame Komponente der europäischen Zahlungen. Die soll aber anders

als bisher als Anreizkomponente an Agrarumweltleistungen gekoppelt werden. Es braucht einen eigenständigen und starken Haushalt für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung, der sich in der Höhe an der aktuellen Auszahlung orientiert. Unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft bringt mehr Artenvielfalt hervor, deshalb setzen wir uns weiterhin für mehr Geld für die ersten Hektare ein.

Baden-Württemberg hat mit dem Strategiedialog Landwirtschaft einen bundesweit einzigartigen Weg eingeschlagen. Mit allen Beteiligten wurde ein Gesellschaftsvertrag geschlossen, der klar macht: Landwirtschaft ist eine gemeinsame Aufgabe – von Politik, Gesellschaft, dem Handel und den Betrieben selbst. Unsere Landwirt*innen stehen vor großen Herausforderungen: steigende Betriebskosten, Klimaschutz und Klimaanpassung in der Landwirtschaft, geringe Planungssicherheit und unattraktive Bedingungen für eine Hofnachfolge.

Wir unterstützen die Umsetzung der Ergebnisse des Strategiedialogs. Landwirtschaftliche Betriebe können dadurch langfristig robuster auf Klimakrise, gesellschaftliche Anforderungen und Krisen reagieren und die Betriebsnachfolge sichern. Junglandwirt*innen brauchen individuelle Beratung und finanzielle Unterstützung. Deshalb werden wir eine Existenzgründungsprämie einführen, die sich am jeweiligen Betriebskonzept orientiert, analog einer Start-up-Förderung. Wir arbeiten unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse an Konzepten, um Insekten, Pilzen und Bakterien, die unsere Ernten und die Wirtschaftlichkeit der Höfe klimabedingt bedrohen, schnell und vor allem nachhaltig begegnen zu können. Damit bäuerliche Familienbetriebe wieder eine Zukunft haben. Mit einer Reform der Agrarstruktur wollen wir die Position der Landwirt*innen auf dem Bodenmarkt stärken.

Aber auch Natur-, Klima- und Tierschutz müssen sich für unsere Landwirt*innen stärker lohnen. Wertschöpfung aus unseren landwirtschaftlich genutzten, naturschutzfachlich wertvollen Flächen wollen wir unterstützen. Betriebe, die hohe Tierschutzstandards einhalten, wollen wir stärker fördern. Wir setzen uns deshalb für eine einkommenswirksame Komponente bei den Agrarumweltmaßnahmen ein. Wir wollen dort ein Probejahr einführen, in dem geförderte landwirtschaftliche Unternehmen die Maßnahmen ohne mehrjährige Verpflichtung umsetzen und anschließend bewerten können. Mit der Förderung von Grünland und Weidewirtschaft leisten wir auch einen Beitrag zum Erhalt unserer wertvollen Kulturlandschaften. Auch beim Thema Moorschutz setzen wir auf einen integrativen Ansatz: Landwirtschaft und Naturschutz gehen hier gemeinsam neue Wege – beispielsweise über eine moorerhaltende Bewirtschaftung der Flächen, bei der wir neue attraktive Einkommensmöglichkeiten für Landwirt*innen schaffen. Nachhaltige

Biogaserzeugung bleibt ein wichtiger Baustein der Energiewende. Für bessere Rahmenbedingungen zur Umrüstung der Anlagen hin zu Reststoffen wie Bioabfällen und Wärmenutzung setzen wir uns auf europäischer Ebene und beim Bund ein. Vielversprechende Digitalisierungsansätze in der Landwirtschaft wie *Precision Farming*, Robotik und automatisiertes Jäten wollen wir stärken und voranbringen, um Ressourcenersparnis, Umweltverträglichkeit und Qualität zu steigern. Wir legen dabei Wert auf Datensouveränität und solche Konzepte, die besonders gut zu unseren heimischen Strukturen passen.

Die Fischerei kann einen Beitrag zum Schutz der Gewässer und ihrer Uferbereiche leisten, wenn sie ökologisch und tierschutzgerecht erfolgt. Wir unterstützen entsprechende Maßnahmen, die dazu dienen, Fische und Gewässer vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen und die Artenvielfalt zu stärken. Dazu gehören beispielsweise die naturnahe Gestaltung der Ufersäume, die Renaturierung sowie die Beschattung von Gewässern.

Die Schäferei und die Ziegenhaltung leisten durch die naturnahe und überwiegend extensive Wirtschaftsweise einen wichtigen Beitrag zur Pflege und Erhaltung des Grünlands und besonders wertvoller Kulturlandschaften. Wir wollen sie im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen und der Tierprämien weiter finanziell unterstützen. Gemeinsam mit den Verbänden erarbeiten wir Ideen, wie wir die Nachwuchsgewinnung und -sicherung in Schäferei und Ziegenhaltung voranbringen können. Auch der Pferdesport und die Pferdehaltung müssen tiergerecht gestaltet sein.

Wertschöpfung im Land behalten und Qualität von Lebensmitteln stärken

Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, in dem Landwirtschaft und Verarbeitung Hand in Hand gehen – vom Acker bis in die Bäckerei, vom Apfelbaum bis in die Schulmensa.

Gesunde, regionale Lebensmittel liegen im Trend. Doch viele heimische Erzeuger*innen kämpfen mit Verdrängung durch Billigimporte, schwacher Marktstellung und fehlender Verarbeitungsinfrastruktur. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis nach mehr Transparenz, Regionalität und Qualität.

Zur Sicherung der Wertschöpfungsketten, des Ökolandbaus und der Qualitätsstrategie des Landes setzen wir uns für den Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft ein – und damit für die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen. Information, Transparenz und Kennzeichnung sind elementar für einen funk-

tionierenden Verbraucherschutz. Die baden-württembergischen Qualitätszeichen für Lebensmittel bleiben gentechnikfrei – sowohl im Anbau als auch beim Tierfutter. Wir halten am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip fest.

Bis 2040 wollen wir in den Landeskantinen 70 Prozent regionales Essen anbieten – frisch, lecker und klimagerecht. Auch die Uni-Mensen und Kantinen der Uni-Kliniken wollen wir einbeziehen. Außerdem wollen wir die Kantinenrichtlinie in einer Modellregion auf alle öffentlichen Träger ausdehnen. Das stärkt unsere Landwirt*innen, die regionale Esskultur und Identität. Die regionale Esskultur ist auch ein wichtiger Baustein zur Ernährungssicherung.

Die Menschen in Baden-Württemberg sollen sich in Zukunft gesund und nachhaltig ernähren können. Das ist unser Ziel. Deshalb wollen wir die Ernährungsstrategie des Landes weiterentwickeln – gemeinsam mit Gesundheitsexpert*innen, Landwirtschaft und Bildung. Wir werden Prävention und Aufklärung gemeinsam mit den Akteur*innen des Gesundheitssektors voranbringen. In Schulen, Kitas und Hochschulen sollen gesunde und bio-regionale Angebote Standard sein, die sich an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Wir setzen auf mehr Bildungsangebote zur Ernährung – von der Kita bis zur Berufsschule. So sichern wir nicht nur den Absatz unserer landwirtschaftlichen Produkte. Wir legen auch das Fundament für eine bewusste, gesunde und faire Ernährung im ganzen Land. Dabei verbinden wir Tradition mit Fortschritt: Wir stärken die vielfältige Eiweißpflanzenproduktion, halten unsere Böden fruchtbar und integrieren pflanzliche Proteine in Agrarstrukturen, Verarbeitungs- und Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig erhöhen wir die Wahlfreiheit für unsere Ernährung, indem wir das Angebot pflanzlicher Proteine verbessern und leichter zugänglich machen.

Um die Verfügbarkeit der regionalen Lebensmittel zu erhöhen, ist eine weitere Bündelung der Erzeuger*innen in Erzeugergemeinschaften nötig. Das werden wir unterstützen! Die Marktstellung der Landwirt*innen innerhalb der Wertschöpfungskette werden wir auch mit den Qualitätszeichen des Landes nachhaltig stärken.

Baden-Württemberg soll als einzigartige Region überall auf der Welt erkennbar sein. Seien es unsere wunderbaren Landschaften und Kulturdenkmäler oder unsere regionalen Spezialitäten: Baden-Württemberg muss **eine** Marke werden. Wir werden die bisher getrennt laufenden Teilbereiche der Landesvermarktung – das Tourismusmarketing, das Lebensmittelmarketing und das Landesmarketing – unter einem Dach zusammenführen. Das ist Baden-Württemberg.

Vielfalt und Nachhaltigkeit unserer Landwirtschaft stärken

Baden-Württembergs Landwirtschaft ist bunt und vielfältig. Sie ist geprägt von Erfahrung, Handwerk und Verantwortung. Unsere Kulturlandschaften – mit Streuobstwiesen, Weinbau und Weidewirtschaft – sind nicht nur schön, sondern Teil der kulturellen Identität Baden-Württembergs. Doch wirtschaftlicher Druck und Flächenkonkurrenz setzen den Betrieben zu.

Um die Vielfalt und den besonderen Charakter unserer Landwirtschaft zu erhalten, werden wir das Streuobstland Baden-Württemberg stärken und unsere Streuobstkonzeption konsequent umsetzen. Dazu schmieden wir mit den Kommunen eine Allianz, um unsere Streuobstwiesen in gemeinsamer Anstrengung zu erhalten. Wir werden Streuobstmodellregionen in großen Streuobst-Hotspots in Baden und Württemberg gemeinsam mit engagierten Kommunen gründen und sehen dafür einen Streuobstfonds vor. Wir stärken die ökologische Landwirtschaft. Dafür wollen wir landesweit Wertschöpfungskettenmanager*innen einstellen, die die bereits bestehenden Biomusterregionen verstetigen und den Ausbau des Ökolandbaus entlang der gesamten Kette überregional begleiten. Dabei wollen wir besonders das regionale Lebensmittelhandwerk einbinden. Wir bleiben mit dem Handel im Gespräch, um faire Lieferketten und auskömmliche Erzeugerpreise zu erreichen. Denn Preisdumping und der Wettbewerb um die günstigsten Lebensmittel zerstören Höfe und Natur. Den erfolgreichen Bio-Aktionsplan des Landes wollen wir regelmäßig evaluieren.

Die unabhängige Züchtung an den Landesanstalten und im Bereich des Ökolandbaus wollen wir unterstützen – im Getreidebau, Obst- und Weinbau sowie bei traditionellen Kulturpflanzen.

Wir wollen unsere kulturhistorisch einmaligen und touristisch attraktiven Weinbaulandschaften erhalten. Dies gilt insbesondere für Kernlagen und ökologisch wertvolle Steillagen. Das Weinbauland Baden-Württemberg muss sich neu erfinden. Mit dem Zukunftsforum Weingenossenschaften reformieren wir das Genossenschaftsmodell hin zu mehr robusten Rebsorten und einem zentral organisierten Pflanzenschutz als Turbo für den Bio-Weinbau.

Tiere konsequent schützen – in der Landwirtschaft und zu Hause

Unsere Landwirtschaft trägt Verantwortung – nicht nur für unsere Lebensmittel, sondern auch für Tiere und Umwelt. Wir wollen sie dabei unterstützen, die Haltungsbedingungen für landwirtschaftlich genutzte Tiere weiter zu verbessern. Das bedeutet

auch, bei der Züchtung stärker auf Tiergesundheit und Zweinutzungsrasse zu setzen, die nicht einseitig auf ein Leistungsmerkmal ausgerichtet sind. Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz stärken und absichern. Wenn Tiere transportiert werden, muss dies tierschutz- und rechtskonform geschehen. Um lange Transportwege zu vermeiden und das Tierwohl zu sichern, fördern wir die regionale Kälberaufzucht und Vermarktung. Damit stärken wir nachhaltige, lokale Strukturen in der Landwirtschaft. Rindern wollen wir einen maximal möglichen Auslauf oder Weidegang gewähren. Wir wollen die ganzjährige und saisonale Anbindehaltung schrittweise und zeitnah beenden.

Wildtiere schützen und heimische Artenvielfalt erhalten

Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem auch Wildtiere einen Lebensraum haben. Wir machen uns stark für unsere heimische Artenvielfalt und für aktiven Natur- und Artenschutz, der auch durch modernes Wildtiermanagement ermöglicht wird.

Wir setzen uns auch in Zukunft für ein ganzheitliches und tierschutzgerechtes Wildtiermanagement ein, das den Erhalt überlebensfähiger Wildtierpopulationen in unserer Kulturlandschaft gewährleistet und gleichzeitig Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, zwischen Forstwirtschaft, Jagd und Tierschutz entschärft. Konkret werden wir die bisher vorgeschriebenen Schießnachweise durch Treffsicherheitsnachweise ersetzen. Weiter etablieren wir ein landesweites, wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit entsprechendem Monitoring und Fachberatung. Unseren Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die Vernetzung von Populationen und damit genetischen Austausch. Invasive Arten und Neozoen gefährden zunehmend die heimische Biodiversität. Deshalb werden wir außerdem einen „Maßnahmenplan Neozoen-Management“ etablieren und umsetzen.

Unser Jagd- und Wildtiermanagementgesetz werden wir entlang der aktuellen wildbiologischen Erkenntnisse, der Erfordernisse des Waldumbaus, des Tier- und Naturschutzes sowie zur effektiven Eindämmung invasiver Arten weiterentwickeln.

Wälder schützen – Zukunft sichern

Die Auswirkungen der Klimakrise treffen unsere Wälder mit voller Wucht: Trockenheit, Stürme und Schädlinge lassen große Flächen absterben. Viele Bürger*innen erleben das hautnah – beim Spaziergang durch lückige Wälder oder bei Hitzewellen ohne Schatten. Gleichzeitig steigt der Bedarf an

dem nachhaltigem Baustoff Holz, und die Bedeutung des Waldes als CO₂-Senke nimmt zu. Doch mit den Schäden wachsen auch die Herausforderungen für die Waldbesitzer*innen, die Forstverwaltung und die Politik. Besonders im Privatwald fehlt es häufig an Ressourcen für Pflege und Umbau.

Deshalb führen wir den Waldumbau aktiv fort und setzen auf flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung. Wir machen unsere Wälder fit für die Zukunft – klimaresilient, artenreich und multifunktional. Mit arten- und strukturreichen Mischwäldern sichern wir die Speicherfunktion für CO₂ und schaffen Lebensräume für bedrohte Arten. Der öffentliche Wald hat dabei Vorbildfunktion: Wir setzen das Landeswaldgesetz konsequent ökologisch um und bauen die Waldstrategie und das Konzept für Waldnaturschutz aus. Wir fördern gezielt die Wiedervernässung von Waldmooren, belassen zehn Prozent des Staatswaldes ohne menschlichen Einfluss und schaffen so Rückzugsräume für bedrohte Arten. An der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes halten wir fest. In Verantwortung für unsere öffentlichen Wälder wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Waldnaturschutz und Klimaschutz im Wald weiter voranbringen und den Prozessschutz auch im Kommunal- und Privatwald fördern. Zugleich stärken wir auch den Waldumbau im Privatwald: Wir unterstützen durch Beratung und Förderung.

Für einen starken Verbraucherschutz im Land

Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich Verbraucher*innen in Baden-Württemberg verlassen können. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug zu schützen.

Wir sorgen für eine gute Finanzierung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg und wollen auch die Arbeit des Zentrums für europäischen

Verbraucherschutz in Kehl finanziell stärker unterstützen. Die Möglichkeit der Sammelklagen durch die Verbraucherzentrale werden wir von Seiten des Landes stärken.

Verbraucherbildung hat für uns eine zentrale Bedeutung im Verbraucherschutz. Wir werden alle am Verbraucherschutz Beteiligten einbinden und eine neue Konzeption für Verbraucherbildung erstellen. Dabei muss das für Verbraucherschutz zuständige Ministerium die Federführung haben. Zentral ist für uns die Gewährleistung einer Verbraucherbildung, die von Wirtschaftsinteressen unabhängig ist.

Digitaler Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Der digitale Fairnesscheck der EU-Kommission hat erhebliche rechtliche Lücken aufgezeigt, die geschlossen werden müssen. Wir starten eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung der zentralen Ergebnisse des digitalen Fairnesschecks. Dazu gehört auch die verbraucherfreundliche Regulierung von Online-Märkten wie Temu oder Shein.

Wir werden an die Erfolge der aufsuchenden Verbraucherarbeit anknüpfen, bei der durch niedrigschwellige Angebote im direkten Wohnumfeld Verbraucherschutzinformationen an die Hand gegeben werden. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen besseren Zugang zu Dienstleistungen der Verbraucherzentrale und anderer beratenden Einrichtungen haben. Wir prüfen, wie wir die aufsuchende Verbraucherarbeit in das Stadtentwicklungsprogramm „Quartier 2030“ einbinden können.

Wir setzen uns mit einer Bundesratsinitiative für transparente Spritpreise nach österreichischem Vorbild ein. Indem Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöht werden dürfen, sorgen wir für klarere Preisstrukturen. Verbraucher*innen sollen nicht mehr durch falsche Lockangebote getäuscht werden. Wir setzen uns für eine transparente und öffentliche Auszeichnung von Strompreisen an E-Ladensäulen ein. Wir machen uns für eine Bundesratsinitiative stark, um an allen E-Ladensäulen das Bezahlen mit EC- oder Kreditkarte zu ermöglichen.

4. Kapitel

Baden-Württemberg bietet Perspektive: überall gut leben

Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Land, das zusammen stark ist. Von Metropolen wie Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe bis zu Dörfern mit wenigen hundert Einwohner*innen gibt es alles. Jede Gemeinde, jeder Ort, jede Landschaft eröffnet ihre ganz eigene Perspektive. Gerade die Mischung aus pulsierenden Städten und vielfältigen ländlichen Räumen macht unser Land einzigartig und stark.

Aber ganz unabhängig davon, wo jemand lebt – als Land mit Perspektive ist es unser Anspruch, dass Menschen überall in Baden-Württemberg gut und sicher leben und sich wohlfühlen können. Und dabei geht es uns insbesondere darum, dass der Alltag gelingt, wenn die Lern- und Arbeitsverhältnisse attraktiv sind. Dafür machen wir Politik.

Ganz konkret heißt das: Mobilität muss für alle alltagstauglich, klimafreundlich, barrierefrei und bezahlbar sein – ob auf dem Land oder in der Stadt, ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn, zu Fuß, auf dem Rad, auf dem Schulweg, in der Freizeit oder beim Transport von Wirtschaftsgütern. Wir investieren daher in einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und in die Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur – in Brücken, Straßen und Radwege. Und gleichzeitig steigern wir die Lebensqualität vielerorts: Wir binden ländliche Räume mit Bus und Bahn ein und ermöglichen auch in Randzeiten einen dichteren Takt im Nahverkehr, fördern sichere Fuß- und Radwege und bauen barrierefreie Mobilitätsangebote aus.

Ein gutes Leben darf keine Frage der Postleitzahl sein. Bezahlbares Wohnen und Orte mit lebendigen sozialen Beziehungen sind dafür in der Großstadt wie auf dem Land Voraussetzung. Mit der Wohnraumförderung des Landes, dem Quartiersprogramm und der Landesförderung für den ländlichen Raum kümmern wir uns darum, dass Menschen überall in Baden-Württemberg so wohnen können, wie es zu ihren Bedürfnissen passt.

Fast in jeder Familie kommt es irgendwann dazu, dass jemand gepflegt werden muss. Wer Angehörige pflegt, braucht Unterstützung: Wir wollen Familien entlasten und setzen auf wohnortnahe Pflege, niederschwellige Unterstützungsangebote und bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Und zu einem guten Leben überall im Land gehört für uns selbstverständlich eine qualitativ hochwertige und gut erreichbare Gesundheitsversorgung dazu.

Wie vielfältig unser Land ist, zeigt sich in Kunst und Kultur. Von der Blaskapelle bis zum Club, vom Heimatmuseum bis zur freien Szene, im Stadtviertel wie im Dorf. Kunst und Kultur sind frei und daher von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Kunst und Kultur bringen die Menschen zusammen und stiften Identität. Diesen Stellenwert von Kultur erhalten wir, indem wir Kindern Kunst, Musik und Kultur von Anfang an zugänglich und in ihrer Entstehung erfahrbar machen. Dazu fördern wir beispielsweise Jugendmusik- und Jugendkunstschulen im ganzen Land. Kultur und Vereine bringen unterschiedlichste Menschen zusammen. Auch das macht unsere Heimat so reich.

4.1. Mobilität mit Perspektive: zuverlässig unterwegs im ganzen Land

Mobilität ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe. Sie verbindet Menschen mit Orten, mit Chancen, mit Alltag und trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten abzubauen. Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind besonders auf bezahlbare und umfassend barrierefreie Mobilitätsangebote angewiesen.

Doch die Realität ist manchmal noch anders: Zugverspätungen, Staus, unzuverlässige Verbindungen, Barrieren und hohe Kosten erschweren oder verhindern den Zugang. Unsere Vision bleibt ein Baden-Württemberg, in dem Mobilität für alle funktioniert – zuverlässig, barrierefrei, bezahlbar, klimafreundlich. Und zwar überall im Land, in städtischen und ländlichen Räumen, am Lenker und am Steuer, in Bussen und Bahnen. Dafür haben wir viel erreicht – und in den nächsten fünf Jahren noch mehr vor. So sollen zum Beispiel die Interessen von Kindern und Jugendlichen, von Menschen mit Behinderung sowie Senior*innen bei kommunalen Verkehrsplanungen berücksichtigt werden. Es soll sichere, kindgerechte und barrierefreie Fuß- und Radwege sowie Leihangebote für Fahrräder und Roller geben.

In den vergangenen 15 Jahren haben wir den Bus- und Bahnverkehr ausgebaut und ihn deutlich günstiger und einfacher gemacht. Das ist täglich spürbar. Die Städte sind attraktiver geworden und die ländlichen Räume deutlich besser angebunden. Auch das Angebot und die Taktung im Busverkehr haben sich wesentlich verbessert. Mit dem „BW-Tarif“, dem „Deutschlandticket“ und dem „D-Ticket JugendBW“ ist das Bahn- und Busfahren so günstig und einfach wie nie zuvor.

Wir Grüne kämpfen dafür, dass auch in Zukunft Tarife für alle bezahlbar bleiben. Denn ein gut ausgebauter, barrierefreier, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Autoverkehr auf den Straßen und damit zu mehr Sicherheit für alle. Er ist auch eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Daher soll das ÖPNV-Angebot gemäß der ÖPNV-Strategie 2030 ausgebaut werden, insbesondere in ländlichen Räumen.

Vierorts hat die Aufwertung und Begrünung der Ortsmitten durch Unterstützung der grüngeführten Landesregierung die Lebensqualität deutlich verbessert. Zudem wurde die Infrastruktur für den Radverkehr massiv ausgebaut, wodurch das Fahrrad als schnelles und umweltfreundliches Verkehrsmittel gestärkt wird. Durch eine aktive Fußverkehrsförderung sind alltägliche Wege für viele Menschen barrierefreier, leichter und sicherer zu Fuß möglich als zuvor. Zugleich haben wir Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Elektromobilität geschaffen und dafür gesorgt, dass das Laden von E-Fahrzeugen im ganzen Land einfach möglich ist. Wir setzen uns für eine barrierefreie Ladeinfrastruktur ein.

Unsere Vision sind Mobilitätsangebote, die mit intelligenten, klimaneutralen und barrierefreien Fahrzeugen, digital vernetzten Verkehrssystemen und modernen Mobilitätsstationen Maßstäbe setzen. So sichern wir unsere Lebensqualität im Land und bleiben Innovationsmotor für die Welt.

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, modern und stark

Damit der Straßenverkehr umweltfreundlicher wird, haben wir Voraussetzungen für eine zunehmende Elektrifizierung des Autoverkehrs geschaffen – systematisch, flächendeckend und verlässlich. Mit dem Ausbau des Ladenetzes für Pkw und der Erweiterung auf Lkw geben wir dem Umstieg auf klimafreundliche Antriebe den nötigen Booster. Mit Programmen wie „SAFE“ oder „Charge@BW“ haben wir dafür gesorgt, dass das Laden eines E-Autos überall in Baden-Württemberg leichtfällt. So erleichtern wir den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe. Wir fördern Ladepunkte im privaten und halböffentlichen Bereich wie in Firmen, damit das Laden eines E-Autos oder eines E-Lkw im ganzen Land einfach möglich

ist. 2015 gab es ca. 240 Ladepunkte, heute sind es weit über 30.000 in ganz Baden-Württemberg – ein dynamisches Signal für die Zukunft der Mobilität in unserem Land. Dazu gehören darüber hinaus günstiger Ladestrom für Elektrofahrzeuge, auch beim Adhoc-Laden, und transparente Preisangaben an der Ladesäule.

Auch bei der Straßeninfrastruktur haben wir den Kurs auf Nachhaltigkeit gestellt. Wir setzen den Schwerpunkt auf Erhalt und Modernisierung bestehender Brücken und Straßen vor Aus- und Neubauprojekten. Straßenbauprojekte priorisieren wir nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien, etwa dem baulichen Zustand, den Auswirkungen auf das Klima, dem Landschafts- und Artenschutz, dem Schutz von Anwohner*innen und dem wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Faktor beim Aus- und Neubau. Wir haben die Mittel für die Sanierung der Brücken und Straßen in Baden-Württemberg mehr als verdoppelt. Marode Brücken sollen zügig modernisiert, Ausschreibungen gebündelt und Planungsprozesse beschleunigt werden. Dies ist nicht zuletzt nötig, um die Infrastruktur angesichts der Klimafolgen resilienter zu machen, insbesondere gegen Extremwetter-Ereignisse. Neue Straßenbauprojekte wie zum Beispiel Ortsumfahrungen werden nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien – inklusive eines Klima-Checks – priorisiert. Als aktiven Beitrag zum Naturschutz setzen wir auf die Wiedervernetzung von Lebensräumen und eine naturnahe Begrünung der Straßenränder. Und wir nutzen die Infrastruktur auch für den Klimaschutz.

Mit Photovoltaik (PV) an Straßen und Tunneln treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energien im Land weiter voran. Die seit 2022 bestehende PV-Pflicht für neugebaute Parkplätze mit mehr als 35 Stellplätzen sowie die Förderung von PV auf kleineren Parkplätzen wollen wir evaluieren, auf ihre Wirkung hin überprüfen und gegebenenfalls den Schwellenwert verringern.

Die Verbesserung der Lebensqualität ist nicht nur spürbar, sie ist auch messbar. Baden-Württemberg hat noch 2011 die EU-Luftqualitätsstandards flächendeckend nicht eingehalten – heute werden sie überall erfüllt. Durch unsere Lärmschutzpolitik mit zahlreichen Lärmaktionsplänen haben wir erreicht, dass viele Menschen nicht mehr unter gesundheitsschädlichem Lärm leiden. Im Interesse der Gesundheit müssen Lärmbelastung und Luftverschmutzung auch in Zukunft reduziert werden. Saubere Luft und keine gesundheitsschädlichen Lärmpegel durch Verkehr sind unsere Leitlinien für die kommenden Jahre.

Uns liegt der Schutz vor Lärm auch besonders im Bereich Fluglärm und grenzüberschreitend in Bezug auf die Lärmbelastung durch den Flughafen Zürich sehr am Herzen. Die deutschen Gemeinden am Hochrhein, die unmittelbar in der Einflugschneise des größten schweizerischen Flughafens

liegen, wollen wir dabei unterstützen, dieses Thema engagiert angehen zu können. Der Flughafen Zürich wird bekanntlich zeitnah ausgebaut. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Ausbau nicht zu einer Mehrbelastung der deutschen Gemeinden in Südbaden führt.

In zahlreichen Kommunen wurde der Ortsmitelpunkt begrünt, es wurden neue Begegnungsorte geschaffen und Straßenräume zurückgewonnen. Projekte aus der Städtebauförderung und dem Programm „Lebendige Ortsmitten“ oder die Förderung klimaangepasster Infrastruktur haben hier neue Maßstäbe gesetzt. Moderne, renovierte Bahnhöfe haben stark an Qualität gewonnen, indem sie PV-überdachte Parkplätze, überdachte Radabstellanlagen und Anschlüsse an Leihräder und Carsharing-Fahrzeuge haben. Mit dem Online-Portal „Mitfahren-BW“ des Landes stärken wir die vielen Pendler*innen-Portale, die es schon gibt. Fahrge-meinschaften sind ein besonders effizientes Mittel, die Verkehrsmenge zu verringern. Wir werden sie weiterhin stärken.

Mit dem Ausbau der Radinfrastruktur durch Projekte wie „RadNETZ“, „RadSTRATEGIE“ und „RadKULTUR“ ist die Alltagsmobilität auf zwei Rädern leichter, aktiver und gesünder geworden. Wir haben den Bau von Radschnellwegen in Zusammenarbeit mit den Kommunen trotz vieler Hindernisse auf den Weg gebracht, gefördert und beschleunigt. Um Pendler*innen attraktive und schnelle Radverbindungen zu bieten, werden wir bis 2030 mindestens 20 dieser Radschnellwege und unser knapp 8.000 Kilometer langes RadNETZ fertigstellen.

Bus und Bahn – zuverlässig, flächendeckend und bezahlbar

Ein moderner Bus- und Bahnverkehr macht den Um- und Einstieg leicht: Dichte Takte, zunehmend barrierefreie und komfortable Haltestellen, Bahnhöfe und Fahrzeuge sowie einfache Tarife sorgen für ein neues Mobilitätserlebnis. So wird Bus- und Bahnfahren zur echten Alternative – nicht nur in den Städten. Zum Beispiel fahren unsere Züge im Regionalverkehr jetzt häufiger und mehr Kilometer pro Jahr als jemals zuvor in der Geschichte unseres Landes. Mit inzwischen über 50 gut getakteten Regiobus-Linien haben wir in großem Umfang die Lücken im Schienennetz in Baden-Württemberg geschlossen. Wir unterstützen die Verkehrsverbünde dabei, ihre Strukturen zu verschlanken und Verwaltungsapparate effizienter aufzustellen. Hierzu gehören die weitere Vereinfachung und landesweite Vereinheitlichung der lokalen Tarifstrukturen und technischen Systeme. Wo Fusionen oder engere Kooperationen sinnvoll sind, begleiten wir diese Schritte aktiv und helfen Regionen mit schwacher eigener Aufstel-

lung, besser integriert zu werden. So entstehen zukunftssichere Verbünde, die ihr ÖPNV-Potenzial voll ausschöpfen und Lösungen bieten, die auch für die kommunalen Haushalte tragfähig sind. Wir setzen die Förderung der Anschaffung von E-Bussen fort und bauen sie aus.

Wir haben die Kapazitäten für den Radtransport im Zug deutlich ausgeweitet. Wir wollen auch auf wichtigen Regiobus-Linien weitere Transportkapazitäten für die Mitnahme von Fahrrädern ausbauen.

Ehrgeizige Ziele und Innovationen treiben uns weiter an: Mit der intelligenten und digitalen Vernetzung der Verkehrsträger und dem Ausbau umweltfreundlicher und barrierefreier Mobilitätsangebote wollen wir bis 2030 die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr im Vergleich zum Jahr 2011 verdoppeln. Wir wollen, dass Baden-Württemberg seine Rolle als führendes Bahnland weiter ausbaut!

Daher haben wir alles unternommen, dass auch Stuttgart 21 – bei allen Herausforderungen – dazu beiträgt. Das Milliardenprojekt ist und bleibt eine teure Fehlentscheidung, die wir dem Land und den Fahrgästen zugunsten eines von Grund auf gut durchdachten Bahnknotens gerne erspart hätten. Doch das Ergebnis der Volksabstimmung haben wir selbstverständlich akzeptiert und seither etliche Verbesserungen durchgesetzt: Dazu gehören u.a. die leistungsfähigere große Wendlinger Kurve, zwei zusätzliche Gleise im Nordzulauf auf den Stuttgarter Hauptbahnhof sowie der Regionalhalt in Vaihingen. Über den Filderdialog haben wir auch dazu beigetragen, den Plan für die Anbindung zum Flughafen betriebswürdig zu verbessern und dadurch einen Engpass für die Fern- und Regionalzüge der Gäubahn zu vermeiden. Eine weitere wichtige Verbesserung liegt in der kompletten Digitalisierung des Schienenknotens, für dessen drei Ausbaustufen wir uns eingesetzt haben und weiter einsetzen werden. Die Kapazität des Netzes wird damit erhöht und der Betrieb deutlich zuverlässiger gemacht, andernfalls würde der Verkehrsinfarkt wenige Jahre nach Fertigstellung drohen.

Im Bahnknoten Stuttgart setzen wir uns aktiv für weitere Ergänzungen ein, die die Kapazitäten und die betrieblichen Möglichkeiten von Regionalverkehr und S-Bahn erweitern und die Robustheit bei Störfällen verbessern. Hierzu gehört insbesondere das Nahverkehrsdreieck, das Verbindungen von der Panoramabahn nach Feuerbach sowie von Feuerbach nach Bad Cannstatt ausbaut bzw. möglich macht. Nach der neuerlichen Verschiebung der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 erwarten wir von der Deutschen Bahn als Bauherrin ein belastbares Inbetriebnahme-Konzept für den Tiefbahnhof und die Zulaufstrecken. Die oberirdische Gleisanlage muss so lange betriebsbereit gehalten werden, bis sich der Betrieb im neuen Tiefbahnhof

bewährt hat. Dabei ist eine umsteigefreie Anbindung der Gäubahn-Reisenden an den Stuttgarter Hauptbahnhof zu gewährleisten. Eine gleichzeitige Sperrung der Panoramabahn zum Hauptbahnhof und der Stammstrecke der S-Bahn muss vermieden werden. Wir kämpfen für eine dauerhafte, durchgängige und leistungsstarke Anbindung der Gäubahn an den Hauptbahnhof – der Süden des Landes darf nicht abgehängt werden.

Auch in Zukunft wollen wir Grüne den Ausbau der Schieneninfrastruktur und die Modernisierung der Zugflotte mit neuen Fahrzeugen vorantreiben. Sie haben eine höhere Kapazität für mehr Fahrgäste und sind komfortabler. Wir stärken das Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr durch höhere Zuverlässigkeit und aufeinander abgestimmte Verkehrsangebote im ganzen Land. Wir arbeiten an einem Zukunftsfahrplan 2040 mit dichtem Takt und hoher Zuverlässigkeit. Zur Erhöhung der Zuverlässigkeit setzt das Land den Verkehrsvertrag 2.0 konsequent um und setzt sich für eine landesweite Anschlussicherung, Echtzeit-Fahrgastinformationen und die Bewältigung von Störungen ein. Denn am Ende des Tages muss jede Person sicher nach Hause kommen und darf nicht sitzen gelassen werden.

Wir werden die Umnutzung der ersten Klasse im Regionalverkehr auf Strecken mit dauerhaft niedriger Nachfrage prüfen. Ziel ist die Schaffung baulich getrennter Ruheabteile, die allen offenstehen, um die Kapazitäten effizienter zu nutzen und den Fahrgastkomfort im ÖPNV zu steigern.

Des Weiteren wollen wir möglichst viele stillgelegte Schienenstrecken wieder in Betrieb nehmen. Unsere Reaktivierungsstrategie werden wir weiterentwickeln, die Projektträger gezielt bei der Planung und Umsetzung unterstützen und den späteren Betrieb sichern. Um Lücken zu schließen, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen das Netz an Regiobus-Linien weiter ausbauen. Dafür muss die aktuelle Form der Regiobus-Förderung beibehalten werden. Auch in bisher nicht angebotenen Orten hält dann jede Stunde ein Bus – von früh bis spät. Regiobusse sind direkt zum nächsten Bahnhof oder größeren Ort unterwegs, warten am Bahnhof auf verspätete Züge, haben kostenloses WLAN und USB-Steckdosen an Bord. Perspektivisch soll dieses Angebot analog zum Schienenpersonennahverkehr in die Aufgabenträgerschaft des Landes übergehen.

Menschen mit geringem Einkommen oder ohne Führerschein spüren bisher noch viele alltägliche Hürden, die wir weiter abbauen wollen. Wir haben den BW-Tarif geschaffen, der Verbundgrenzen überwindet, und das Deutschlandticket auf den Weg gebracht. Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. So machen wir Schluss mit dem Tarifdschungel und das Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch

einfacher. Attraktive Angebote wie die Möglichkeit für Senior*innen, den Führerschein gegen ein Deutschlandticket – gültig für ein Jahr – einzutauschen, setzen wir fort.

Mit dem Mobilitätspass hat die grün-geführte Landesregierung den Kommunen und Städten ein Finanzierungsinstrument für mehr Bus- und Bahnverkehr sowie Tarifverbesserungen wie Sozialtickets an die Hand gegeben. Das werden wir weiter ausbauen. Der Mobilitätspass gibt den Kommunen die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen für den Ausbau von Bus und Bahn zu generieren. Vereinfacht gesagt: Wenn eine Stadt oder Region den Mobilitätspass einführt, kann sie eine Abgabe erheben, die direkt in besseren öffentlichen Personennahverkehr fließt. Daher ermöglicht der Mobilitätspass den Kommunen eine faire Finanzierung des Angebots und stärkt den Ausbau insbesondere in ländlichen Räumen. Mit den Einnahmen kann der ÖPNV auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert und ausgebaut werden. Nun unterstützen wir die Einführung des Mobilitätspasses mit aller Kraft. Die Städte und Landkreise Baden-Württembergs bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit. Deshalb entwickeln wir den Mobilitätspass gemeinsam mit ihnen weiter, damit alle eine für die örtlichen Begebenheiten passende Variante wählen können – und so der öffentliche Verkehr im ganzen Land gezielt gestärkt werden kann.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den Schienenpersonennahverkehr systematisch in der Fläche ausbauen. Bestehende eingleisige Strecken wie zum Beispiel die Donaubahn oder die Murrbahn wollen wir elektrifizieren und ausbauen – ein Prozess, der bei der Brenzbahn, der Bodenseegürtelbahn und der Hochrheinbahn bereits gestartet ist. Mit der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, der S-Bahn Donau-Iller, dem Ausbau der Breisgau-S-Bahn und der grenzüberschreitenden Bahnstrecke Freiburg-Colmar wollen wir neue Verbindungen schaffen. Um die deutsch-französischen Beziehungen zu stärken, setzen wir zwischen Müllheim-Mulhouse und Offenburg-Strasbourg auf einen schnellen Einsatz moderner, elektrischer Züge. Wo sich eine Oberleitung nicht rechnet, übernehmen batterieelektrische Züge statt Dieselfahrzeuge den Betrieb und gestalten ihn klimafreundlich und leise. Der neue Bahnhof in Merklingen auf der Schwäbischen Alb an der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm zeigt vorbildhaft: Das Land kann große Infrastrukturprojekte gemeinsam mit Kommunen und der Deutschen Bahn auch gut zügig umsetzen. Damit Schieneninfrastrukturprojekte auch künftig umgesetzt werden können, bekämpfen wir den Fachkräftemangel, in dem wir die Ausbildungen und Studiengänge im Bereich der Eisenbahn stärker unterstützen.

Mit dem Erhalt der Stuttgarter Panoramabahn wollen wir ein Projekt im „Nahverkehrs-dreieck“ voranbringen, mit dem wir den Engpass Stuttgart 21

zu einem leistungsfähigen und resilienten Schienenknoten Stuttgart weiterentwickeln. Der Ausbau der Gäubahn und des Nordzulaufes sowie des Schienenknotens Mannheim sind für den bundesweiten Taktfahrplan, den so genannten Deutschlandtakt, und für die Leistungsfähigkeit von größter Bedeutung. Für bessere innerdeutsche Verbindungen, bei der Umsetzung des Deutschlandtakts und bei der Erhöhung der Regionalisierungsmittel nehmen wir die Bundesregierung in die Pflicht, das Verkehrsangebot mitzufinanzieren.

Wir sichern den Finanzierungsanteil des Landes beim Ausbau der regionalen Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg planbar und bedarfsgerecht ab. Das Land bleibt verlässlicher Partner für die Kommunen.

Die Mobilitätsgarantie im ÖPNV in Baden-Württemberg ist ein zentrales Ziel der grün-geführten Landesregierung. Damit haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Bis 2030 soll in ländlichen Räumen mindestens alle 30 Minuten ein öffentliches Verkehrsmittel fahren – sei es Linienverkehr oder flexibler On-Demand-Verkehr. In Ballungsräumen soll der 15-Minuten-Takt gelten. Wir wollen die Aufgabenträger finanziell unterstützen, dieses Mindestangebot im ÖPNV zu betreiben. Damit realisieren wir dann die Garantie, wie etwa in der Schweiz oder in der Region Vorarlberg, ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil und erreichbar sein zu können.

Auch Gemeinschaftsverkehre wie Bürgerbusse leisten hierbei einen wichtigen Beitrag. Sie verbinden Engagement mit Versorgungssicherheit, schließen Lücken im Liniennetz und stärken den sozialen Zusammenhalt. Das Land unterstützt in Zukunft noch stärker Bürgerbus-Initiativen bei Gründung, Finanzierung, Fahrzeugbeschaffung und Gewinnung von Nachwuchsfahrer*innen.

Ein neuer Baustein für die Mobilität sind insbesondere On-Demand-Verkehre mit autonomen Shuttle-Bussen. Wir wollen das führende Flächenland im autonomen Fahren im ÖPNV werden. In Zukunft können hunderte autonom fahrende Shuttles im On-Demand-Verkehr Ortschaften miteinander verbinden, die keinen Schienen- oder regelmäßigen Busverkehr haben. So lassen wir die Mobilitätsgarantie Wirklichkeit werden, begegnen dem Fachkräftemangel und bringen auch Innovationen made in Baden-Württemberg auf die Straße.

Der Linien- und Pendelverkehr auf dem Bodensee, inklusive der Schiffsfahrten zu unseren Nachbarn in die Schweiz und Österreich, soll endlich Teil des öffentlichen Nahverkehrs werden. Dieser soll mit einem einheitlichen Tarif wie dem Deutschlandticket, gegebenenfalls mit Aufpreis, nutzbar sein. Zudem soll die Taktung erhöht werden, damit der Schiffsverkehr, welcher mit klimafreundlichen Fahrzeugen vollzogen werden soll, noch besser und einfacher im Alltag nutzbar ist.

Nahtloser Umstieg und lebendige Ortsmitten

Soziale und ökologische Verkehrsplanung schafft mehr Lebensqualität innerorts, verbindet Generationen untereinander und schafft echte Freiheit bei der Wahl des passenden Verkehrsmittels. Wir Grüne setzen seit Jahren erfolgreich auf eine Mobilität, die soziale Teilhabe, Klimaschutz und eine moderne Infrastruktur vor Ort verbindet. Damit haben wir Baden-Württemberg vielerorts fit für die Zukunft gemacht – und bauen diesen Erfolg weiter aus.

Wir fördern Mobilitätsstationen, die Bus, Bahn, Sharing-Angebote und Ladeinfrastruktur bündeln und den Umstieg erleichtern. Bahnhöfe mit PV-überdachten Parkplätzen, überdachten Radabstellanlagen und Car-Sharing sind Beispiele dafür, wie unsere Verkehrspolitik den Alltag der Menschen konkret verbessert.

Den Umstieg zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln wollen wir mit immer besseren digitalen Auskunftsdiensten und offenen Daten zur Verfügbarkeit etwa von Park-and-Ride-Parkplätzen, Radabstellanlagen und Sharing-Angeboten erleichtern. Die Datenplattform MobiData BW soll dafür die flächendeckende Datengrundlage liefern. Die elektronische Fahrplanauskunft EFA-BW und Auskunftssysteme wie die bewegt-App wollen wir zu multimodalen Informationsplattformen ausbauen.

Lebendige Ortsmitten sind das Herz jeder Gemeinde – hier begegnen sich Menschen, hier spielt sich der Alltag ab, hier entsteht Gemeinschaft. Das gilt nicht nur in Innenstädten, sondern auch an Hauptstraßen, in Stadtteilen und Teilorten. Wir unterstützen den Umbau zu lebendigen und verkehrsberuhigten Ortsmitten und entschleunigen den Autoverkehr. Das Land hat den Kommunen alle Werkzeuge für ein zukunftsweisendes Parkraummanagement ermöglicht. Kommunen, die den Verkehr in ihren Innenstädten beruhigen wollen, unterstützen wir beim Umbau ihrer Straßenräume. Außerdem unterstützen wir Kommunen finanziell und fachlich, die mit Superblocks oder autofreien Altstädten vorangehen wollen. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement, Quartiersgaragen und Fußverkehrsförderung aufatmen. Indem wir Flächen entsiegeln und den öffentlichen Raum gezielt begrünen, stärken wir die Resilienz gegenüber Hitze und Starkregen, schützen die Gesundheit der Menschen und vermeiden hohe Folgekosten durch klimabedingte Schäden. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten. Ein zentrales Instrument für mehr Lebensqualität in den Städten und die Entlastung der Straßen von parkenden Pkw ist eine kostendeckende Parkraumbewirtschaftung. Parkgebühren sollten dabei den lokalen Mobilitätsbedürfnissen gerecht und dafür

genutzt werden, den Umweltverbund zu stärken und den öffentlichen Raum aufzuwerten. Mit dem Landesmobilitätsgesetz haben wir den Kommunen die Möglichkeit zur digitalen Parkraumkontrolle an die Hand gegeben. So können die Kommunen regelwidrig geparkte Fahrzeuge effektiver kontrollieren. Wir wollen zudem die Kommunen unterstützen, das Parken vermehrt in Parkhäusern und Quartiersgaragen zu bündeln.

Viele wünschen sich mehr Grün, mehr Platz zum Verweilen, sicherere und barrierefreie Wege für alle und Raum für Begegnung. Wir unterstützen die Kommunen dabei, diese Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen. Mit gezielten Angeboten fördern wir die Umgestaltung von Ortszentren zu lebendigen, lebenswerten Räumen – mit breiten Gehwegen, komfortablen Radwegen, schattenspendendem Grün, Spielplätzen und Sitzgelegenheiten. Statt immer breiterer Straßen schaffen wir Platz für das, was das Miteinander stärkt. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode mehr innerstädtische Parkflächen entsiegeln und für mehr Grün, Aufenthaltsqualität und sichere Wege nutzbar machen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Tage mit extremer Hitzebelastung zunehmen, machen grüngestaltete Ortsmitten den Unterschied – für ein gutes Leben direkt vor der Haustür.

Mit den Klimamobilitätsplänen auf kommunaler Ebene haben wir einen Handlungsrahmen für eine strategische, ganzheitliche und klimaschutzorientierte Verkehrsplanung vor Ort geschaffen und wollen diese im Land verankern – für mehr Klimaschutz, Lebensqualität und Mobilität für alle in unseren Kommunen.

Sicher zu Fuß und mit dem Rad – in Stadt und Land

Ob zum Bäcker oder zur Schule, zur Arbeit oder zum Sportverein: Gehen und Radfahren sind Teil unseres Bewegungsalltags. Breite, sichere Gehwege, beschattete Plätze und durchgängige Radnetze verbessern die Nahmobilität für alle Generationen. Davon profitiert die Gesundheit aller – und unser Stadtklima.

In Baden-Württemberg wurde das Fahrrad erfunden. Und auch heute ist das Land starker und innovativer Standort der Fahrradwirtschaft. Wir wollen diese führende Stellung halten und weiter ausbauen. Dafür verbessern wir die Ausbildungsangebote für Fahrradberufe und richten unter anderem einen zweiten Standort ein. Und wir gründen den deutschlandweit ersten Lehrstuhl für Ingenieurwissenschaften im Bereich Fahrradtechnik. Zudem integrieren wir die Fahrradwirtschaft und das Erfolgsprodukt E-Bike in die Clusterlandschaft zur Elektromobilitätsförderung. Damit geht Baden-Württemberg als Mobilitäts- und Wirtschaftsstandort voran.

Die „Vision Zero“ bleibt in Baden-Württemberg politisches Leitbild. Wir wollen den Verkehr noch

sicherer machen. Niemand soll im Straßenverkehr sterben, die Zahl der Verletzten wollen wir deutlich reduzieren. Baden-Württemberg hat mit dem „Team Vision Zero“, den landesweiten Verkehrssicherheitskonferenzen und mehreren Schwerpunktprojekten bereits starke Schritte in der Präventionsarbeit gesetzt. Diese wichtige Arbeit für mehr Verkehrssicherheit wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Unser Ziel bleibt unverändert: keine Verkehrstote mehr im Land. Was in Helsinki geht, muss auch in Baden-Württemberg möglich sein: keine Verkehrstoten dank geringerer Geschwindigkeit, sicherer Überwege, fußgänger- und fahrradfreundlicher Ampelschaltungen.

Fahrrad und Pedelecs sind inzwischen für viele alltägliches Verkehrsmittel. Eine positive Radkultur bringt ein positives Image und fördert eine gesunde Bewegungskultur im Alltag. Der Ausbau der Radwege und Radschnellwege läuft dank unserer umfassenden RadSTRATEGIE auf Hochtouren. Mit dem Umsetzungsprogramm 2025-2030 zur RadSTRATEGIE haben wir jüngst einen Fahrplan zur Umsetzung mit konkreten Maßnahmen und Vereinfachungen für die Kommunen vorgestellt. Dieses Programm ist unsere Handlungsgrundlage für die kommende Legislatur. Bis 2030 werden wir ein Radnetz mit ca. 8.000 Kilometern, guter Qualität und mindestens 20 Radschnellwege fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen sicherer und noch attraktiver wird. Ab 2030 muss es darum gehen, dieses Radnetz weiterzuentwickeln und zu verdichten. Die Vorbereitungen dafür sollen baldmöglichst beginnen, denn Planungen brauchen ihre Zeit.

Wir wollen die kommunale Verantwortung beim Ausbau des landesweiten Radnetzes stärken und die Kommunen finanziell und fachlich dabei unterstützen, ihre Radnetze flächendeckend weiterzuentwickeln.

S-Pedelecs sind eine starke Alternative zum Auto. Sie ermöglichen das Pendeln auf deutlich längeren Strecken. Wir werden den Spielraum des Landes ausnutzen und Radschnellverbindungen sowie straßenbegleitende Rad- und Wirtschaftswege außerorts zur Nutzung durch S-Pedelecs grundsätzlich freigeben. Auch innerorts ist nach sorgfältiger Prüfung die Freigabe auf hinreichend breiten Radwegen möglich.

Dennoch fühlen sich viele Menschen unterwegs nicht immer sicher. Für uns ist ein Radweg dann gut, wenn Eltern ihre Kinder allein dort fahren lassen. Dies gelingt auf sicheren Schulwegen, ergänzt durch Schulstraßen und Schulzonen. Bürokratische, aufwändige Verfahren bei der Einrichtung von Schulstraßen oder bei anderen Maßnahmen wollen wir im Sinne einer lebenswerten Stadt reduzieren und vereinfachen. Dazu werden wir die Schulträger dabei unterstützen, schrittweise die Standorte auf ihre Eignung zu prüfen.

Wo immer es möglich ist, soll der Radverkehr eine eigene Trasse haben. An Bundes-, Landes- und Kreisstraßen wollen wir deshalb außerorts separate Radwege errichten. Wir setzen uns für größere Entscheidungsfreiheiten der Kommunen ein, um beispielsweise entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen umsetzen zu können. Hierfür haben wir in der Bundesregierung die Voraussetzungen in der Straßenverkehrsordnung geschaffen. Denn die kommunalen Gremien wissen am besten, was vor Ort wichtig ist. Mit gezielten Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher und attraktiv – überall im Land. Die Fußverkehrschecks werden wir fortführen und darauf pochen, dass die Maßnahmen aus den Empfehlungen evaluiert und umgesetzt werden. Im Sinne der Verkehrssicherheit setzen wir uns dafür ein, Geschwindigkeitsbegrenzungen außerorts zu vereinfachen.

Mit dem Programm „MOVERS – Aktiv zur Schule“ bündelt das Land Baden-Württemberg Maßnahmen für sichere und aktiv zurückgelegte Schulwege. Wir werden das interministerielle Landesprogramm fortsetzen. Es berät Schulen und Kommunen bei der Planung und Umsetzung von verschiedenen Bausteinen, die Kindern und Jugendlichen eine sichere und selbstaktive Mobilität ermöglichen.

Mountainbikefahren wird immer beliebter. Wir wollen daher zur Frage des Radfahrens im Wald einen Runden Tisch etablieren, bei dem wir mit allen relevanten Akteur*innen einen offenen Dialog führen. Dabei setzen wir auf gegenseitige Rücksichtnahme statt Verbote.

Wir machen die Umgestaltung von Kreuzungen und sichere Querungen mit besserer Beleuchtung zur Priorität. Falsch geparkte Autos sind nicht nur ein Ärgernis, sondern oft auch ein Sichthindernis. Und damit eine Gefahr, insbesondere für Kinder. Wir ermutigen die Kommunen, entschieden gegen gefährdendes Falschparken vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen.

Das neue Auto-Land – nachhaltig und digital

Ein Baden-Württemberg, in dem Busse leise rollen, Autos keine Schadstoffe mehr ausstoßen und der Lkw-Verkehr elektrisch fährt – das ist längst keine ferne Vision mehr, sondern ein erreichbares Ziel.

Die Transformation der Automobilwirtschaft ist in vollem Gange und eine große Herausforderung. Wenn es nach uns geht, ist Baden-Württemberg in Zukunft nicht nur dafür berühmt, die besten Dieselaautos der Welt produziert zu haben. Sondern auch für die Entwicklung der besten klimaneutralen, digitalen Fahrzeuge der Welt, damit bestehende und neue Arbeitsplätze sicher und zukunftsorientiert sind. Autos sind mit anderen Fahr-

zeugen und einer smarten Infrastruktur vernetzt und werden gemeinsam genutzt.

Deshalb treiben wir den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur weiter voran – mit E-Quartiershubs, einem Schnellladernetz für E-Lkw und verlässlichen Netzkapazitäten. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass Baden-Württemberg zum Standort modernster Fahrzeugtechnologien wird und zur Region, in der saubere Mobilität im Alltag nicht nur funktioniert, sondern zukunftsweisend gestaltet wird.

Die Digitalisierung des Verkehrssektors ist in den vergangenen Jahren weit fortgeschritten. Sie schafft neue Möglichkeiten, Verkehrs- und Mobilitätsprobleme mit Hilfe von Software zu lösen. Die vorhandene Infrastruktur kann intelligenter genutzt werden.

Mit der Datenplattform MobiData BW ist Baden-Württemberg bundesweit führend darin, offene Mobilitätsdaten zu bündeln und sie in homogenen, international üblichen Formaten bereitzustellen. Wir wollen Kommunen, Verkehrsverbünde und -betriebe wie auch privatwirtschaftliche Anbieter dabei unterstützen, Mobilitätsdaten zu erschließen und diese in praktischen Anwendungen zu nutzen. Von Routing-Apps für diverse individuelle Ansprüche an Barrierefreiheit über die intelligente Verkehrsplanung bis hin zu voll integrierten Mobility-as-a-Service-Anwendungen (MaaS). Unser Ziel ist eine effiziente und intelligente Verkehrsplanung und -steuerung.

Güter klimafreundlich transportieren: per Bahn, Straße und Schiff

Der Güterverkehr, insbesondere auf der Straße, aber auch auf der Schiene, wird voraussichtlich weiter steigen. Unsere Wirtschaft ist auf eine zuverlässige und klimafreundliche Logistik angewiesen.

Auf der Straße spielt die Erneuerung der Antriebstechnologie die zentrale Rolle. Die Diskussion um alternative Antriebe im Schwerlastverkehr ist entschieden. Der batterieelektrische Lkw hat sich als Schlüsseltechnologie für den klimafreundlichen Güterverkehr durchgesetzt. Das Laden von E-Lkw ist auf Grund der erforderlichen Stromstärken eine Herausforderung, die wir angehen müssen. Deshalb treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur gezielt weiter voran, investieren in Betriebshöfe und schaffen ein Basisladernetz mit öffentlicher Ladeinfrastruktur für Lkw. Projekte wie die Förderung von multimodalen Logistik-Hubs ermöglichen saubere City-Logistik und klimafreundliche Versorgung. Ergänzt wird die Elektromobilität durch Wasserstoffantriebe für spezielle Einsatzfelder mit hohen Anforderungen.

Im kombinierten Verkehr liegt der Schlüssel für den Transport der Zukunft: Die langen Transportstrecken werden wirtschaftlich über Schiene und Schiff abgewickelt, der Zulauf und die Feinver-

teilung findet über Straßen statt. Damit in Zukunft deutlich mehr Güter klimafreundlich auf Schienen transportiert werden können, braucht es einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur, insbesondere die Digitalisierung der Zugsicherung sowie die Einführung der digitalen automatischen Kuppelung (DAK). Beim dringend benötigten Ausbau der Rheintalbahn setzen wir uns entschieden für eine schnelle Umsetzung auf allen Teilstrecken ein, die für die Anwohner*innen verträglich ist – insbesondere durch übergesetzlichen Lärmschutz. Modernisierte Strecken und leistungsfähige Umschlagplätze sind die Grundlage für die Verkehrswende im Güterverkehr. Für geschlossene und schnelle intermodale Transportketten wollen wir deshalb das Netz an Umschlagsterminals erhalten und weiter ausbauen.

Dabei geht es auch darum, den Schiffsverkehr attraktiv zu halten. Denn im Vergleich zu Schiene und Straße hat die Wasserstraße reichlich Kapazitäten, um neue Güter aufzunehmen. Und: Das Binnenschiff hat eine hervorragende Klimabilanz und ist hoch personaleffizient. Der notwendige Ausbau der Schleusen braucht Zeit. Umso wichtiger ist es, dass ihre Instandhaltung zuverlässig geschieht. Wir Grüne machen weiter Druck für den Ausbau und die Modernisierung der Neckarschleusen.

4.2. Wohnen mit Aussicht: sicher und bezahlbar

Ein bezahlbares und sicheres Zuhause darf kein Luxus sein. Ein sicheres Zuhause ist die Basis für ein gutes und zufriedenes Leben. Zu viele Menschen in Baden-Württemberg finden keinen bezahlbaren Wohnraum. Die Mieten und die Baukosten steigen weiter an. Zusätzlich gestiegene Lebenshaltungskosten bringen viele Baden-Württemberger*innen an ihre Grenzen. In Baden-Württemberg geben Land und Kommunen jährlich hohe Summen für Kosten der Unterkunft (KdU) und Wohngeld aus. Indem wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, entlasten wir also unmittelbar die kommunalen Haushalte und senken den Druck auf die öffentlichen Finanzen. Zudem ist bezahlbarer Wohnraum ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft. Arbeitnehmer*innen brauchen Wohnraum. Hohe Mieten steigern Lohnkosten und schwächen so die Wettbewerbsfähigkeit.

Daher setzen wir in Baden-Württemberg auf eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen, die schnell neuen Wohnraum schaffen, die Mieten stabilisieren und Wohneigentum leichter möglich machen – bezahlbar und langfristig.

Bauen ist zuletzt immer teurer geworden und Umbauen ist häufig kompliziert. Dies wollen wir vereinfachen und so beispielsweise den Kommunen ermöglichen, den Stellplatzschlüssel unbürokratisch auf null abzusenken. Die Wohnraumsuche

ist für viele ein Kraftakt – für Familien, für Ältere, für junge Menschen, für Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit wenig Einkommen, für dringend benötigte Fachkräfte.

Wir stärken eine Wohnraumpolitik, die nicht nur auf Neubau setzt, sondern auf einen wirksamen Mieterschutz, auf die kluge Umnutzung bestehender Gebäude, auf bezahlbare Standards beim Bau, auf gemeinschaftliche und inklusive Wohnformen bis hin zum Wohnungstausch. Mit gezielter Unterstützung für Menschen, die sonst durchs Raster fallen. Mit digitalisierten Bauverfahren, die Planungen beschleunigen. Mit einer Bauordnung, die Umbauen leichter macht und Ressourcen schont. Und mit einer öffentlichen Hand, die selbst vermietet und baut, mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir Wohnraum in die öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll gezielt Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen zurückkaufen, während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum ermöglicht.

Hierfür bedarf es einer starken Kooperation zwischen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

Mit der aktualisierten Landesbauordnung und dem Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ haben wir bereits bessere Grundlagen für mehr Wohnraum geschaffen. Unsere weiterentwickelte Wohnraumförderung hat seit 2021 den Bau von über 18.000 neuen Wohnungen ermöglicht – mit besseren Förderbedingungen und gezielter Beratung. Durch die Wiedervermietungsprämie kamen hunderte Wohnungen zurück auf den Markt. Mit der Städtebauförderung haben wir über 250 Ortsmitten modernisiert und an die Klimakrise angepasst. Flächenmanager*innen identifizieren überall im Land ungenutzte Flächen, um Wohnraum zu schaffen oder Gewerbe anzusiedeln, ohne dabei neue Flächen auf der grünen Wiese zu versiegeln. Wir unterstützen Kommunen dabei, eigene Leerstandskataster zu etablieren. Dies schafft – neben weiteren Instrumenten zur Mobilisierung von Brachflächen – endlich den Überblick, den wir für eine wirksame Wohnraumpolitik brauchen.

Viele Gemeinden wissen heute nicht genau, wo Wohnungen ungenutzt bleiben, obwohl sie dringend gebraucht werden. Mit einer gemeinsamen Datengrundlage können Land und Kommunen Leerstände systematisch erfassen, Eigentümer*innen aktiv ansprechen und Sanierungs- oder Aktivierungsprozesse gezielt anstoßen. So nutzen wir bestehende Potenziale besser aus, stärken den Bestand und schaffen spürbare Entlastung auf angespannten Wohnungsmärkten.

Die tägliche Neuinanspruchnahme von Flächen wurde durch die grün-geführte Landesregierung seit 2011 halbiert, bei gleichzeitig wirtschaftlichem Wachstum. Digitale Verfahren wie das virtuelle Bauamt entlasten heute die Bürger*innen genauso wie Unternehmen und Bauherr*innen bei der Bearbeitung von Bauanträgen.

Mit der Plattform DenkmalnetzBW haben wir Haupt- und Ehrenamtliche, die im Denkmalschutz und in der Denkmalpflege tätig sind, vernetzt. Mit der Initiative stellen wir die Vorteile von Reparierbarkeit des Bestands und den Wert des baukulturellen Erbes in die Öffentlichkeit: umbauen statt abreißen, Ressourcen schonendes Sanieren und Heimatpflege als Tourismusfaktor. Dies unterstützen wir planerisch und baulich durch Programme wie „Wohnen im Denkmal“ oder Förderungen aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Das DenkmalnetzBW setzt sich gleichzeitig für den Fachkräftenachwuchs ein, insbesondere für einen neuen fächerübergreifenden und praxisorientierten Studiengang Denkmalpflege.

Mit dem Lehm- und Holz-Innovationspreis und der Holzbauffensive fördern wir heute schon nachhaltiges Bauen. Mietpreisbremse, qualifizierte Mietspiegel und klare Regelungen gegen Zweckentfremdung geben Kommunen wirksame Instrumente für mehr bezahlbaren Wohnraum und Leerstand an die Hand.

Dennoch bleibt Wohnen eine riesige soziale, ökologische und wirtschaftliche Zukunftsaufgabe. Wir Grüne haben den Mut zur Veränderung und sind bereit, dafür die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Faire und transparente Mieten

Das Mietrecht gilt – überall. Trotzdem ist es für Wohnungssuchende und Mieter*innen zu schwer, sich gegen hohe Mieten zu wehren. Wir schaffen Transparenz und stärken damit auch die sehr große Mehrzahl der fairen Vermietungen. Wir machen uns im Bund für eine Ausweitung und ein stärkeres Monitoring der Mietpreisbremse stark und setzen uns gegen Umgehungsmöglichkeiten wie Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können.

Instrumente wie die Mietpreisbremse, der Mietendeckel oder die Kappungsgrenze in besonders angespannten Wohnungsmärkten sind bundesrechtlich geregelt. Angesichts der anhaltenden Dynamik auf den Wohnungsmärkten besteht Anpassungs- und Nachsteuerungsbedarf, insbesondere bei Wirksamkeit, Ausgestaltung und räumlicher Abgrenzung. Das Land bringt seine Expertise und Mitwirkungsrechte über den Bundes- und Ministerrat ein. Anliegen des Landes ist, dass diese Instrumente zielgenau dort zur Anwendung kommen, wo

der Mietdruck am höchsten ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mietpreisbremse als dauerhaftes Instrument im Mietrecht eingesetzt wird.

Die Gebietskulisse zur Mietpreisbremse in Baden-Württemberg wollen wir bedarfsgerecht ausweiten, sodass mehr Menschen vor zu hohen Mieten geschützt sind. Wir werden angespannte Wohnungsmärkte präzise identifizieren und eine belastbare und plausible Gebietskulisse für die Mietpreisbremse erarbeiten. Damit die Regelung genau dort wirkt, wo der Druck auf dem Mietmarkt besonders hoch ist, und Mieter*innen schützt.

Im nächsten Schritt wollen wir in ganz Baden-Württemberg den Mietenmonitor für Kommunen mit festgestelltem Wohnraumangel einführen. Damit geben wir Kommunen und den Menschen vor Ort in angespannten Wohnungsmärkten ein wirksames Instrument zur Kontrolle von Mietpreisen an die Hand. In einem Erfahrungsnetzwerk unterstützen wir Städte und Gemeinden beim Aufbau eigener Mietenmonitore: Öffentliche Mietangebote sollen automatisiert ausgewertet und auf Einhaltung der gesetzlichen Miethöhe gemäß Mietpreisbremse überprüft werden. So erhalten Kommunen eine valide Grundlage, um überhöhte Mieten zu identifizieren und Missstände zu beheben. Damit stärken wir die Mietpreisbremse im Alltag zugunsten der Bürger*innen – rechtssicher und praxisnah.

Vermieter*innen und Mieter*innen müssen sich über Mietspiegel, Regelungen und Vorschriften hinreichend informieren. Daher wollen wir ihnen Wissen an die Hand geben, damit sie ihre Verantwortung, ihre Rechte und Verpflichtungen bestmöglich wahrnehmen können.

Wir werden das Zweckentfremdungsverbot gezielter zur Wirkung bringen. Dafür geben wir den Kommunen zielgerichtete Sanktionierungsmöglichkeiten und weitreichende Überprüfungsmöglichkeiten zu Wohnraumleerstand an die Hand. Wir unterstützen Städte und Gemeinden besonders dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist und es viel Leerstand gibt – etwa mit neuen Hebeln zu gemischten Quartieren von Wohnen und Gewerbe, mit praxisnaher Beratung und digitalen Werkzeugen. Ziel ist es, Wohnraum, der zweckentfremdet ist oder leer steht, wieder für Menschen nutzbar zu machen. Denn in Zeiten von Wohnraumangel zählt jede Wohnung und jedes Haus.

Wir ermöglichen es den Kommunen ohne Vorbedingungen, räumlich und zeitlich begrenzte Zweckentfremdungssatzungen zu erlassen.

Wohnen bezahlbar machen

Wir wollen die soziale Wohnraumförderung des Landes einfacher und gerechter machen und die Mittel dafür deutlich erhöhen, um von aktuell rund 3.000 neuen Sozialwohnungen im Jahr mindestens 5.000

zu erreichen. Wir wollen daher in Zukunft die Fördermittel im Verhältnis 1:1 zu den Bundesmitteln aufstocken. Wir wissen: Durch die hohen Baupreise liegt das große Potenzial fürs bezahlbare Wohnen derzeit vor allem im Bestand. In den nächsten fünf Jahren drohen die Sozialbindungen von ca. 7.000 Wohnungen auszulaufen. Wir machen die Sozialbindung im Bestand attraktiver und gehen gezielt auf Wohnungsunternehmen mit großen Beständen zu, um sozialgebundene Wohnungen zu halten. Außerdem sollen künftig geförderte Wohnungen länger zu günstigen Preisen vermietet werden. Grundsätzlich muss das Ziel jedoch sein, dauerhaften und nicht nur temporär gebundenen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Mit unserem Impulsprogramm „Dein erstes Zuhause“ ermöglichen wir jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben. Dazu wollen wir ein zielgerichtetes und bedarfsgerechtes Förderprogramm für junge Menschen entwickeln.

Das Programm „Junges Wohnen“, das Wohnraum für Azubis, Studis und Freiwilligendienstleistende fördert, wollen wir verstetigen und mit dem Bau von deutlich mehr Wohnheimplätzen versehen. Denn junge Menschen brauchen nicht irgendwann verlässliche Perspektiven, sondern jetzt! Und zwar bezahlbar, gut erreichbar und frei von Existenzdruck. Mit einem entschlossen ausgebauten Programm setzen wir ein klares Signal: Ihre Zukunft ist uns etwas wert. Und wir schaffen den Raum, den sie dafür brauchen.

Wir wollen 30 Prozent der Studierenden in Universitätsstädten einen Wohnheimplatz anbieten können. Für unsere Azubis senken wir die Hürden: Statt langer Mietverträge reichen in Zukunft drei Monate Mindestmietdauer, für einen Mietvertrag reicht ein Ausbildungsnachweis. So erleichtern wir den Einzug und geben jungen Menschen die Freiheit, flexibel zu wohnen – genau dort, wo das Leben sie gerade hinführt. Wir wollen neue Wohnformen fördern, um gemeinschaftliches Wohnen in der Fläche zu verankern.

Gemeinschaftliches und inklusives barrierefreies Wohnen wird ein zentraler Baustein der Wohnraumförderung. Wohnraum mit gemeinschaftlich genutzten Flächen, wie etwa Clusterwohnungen, ermöglichen kostensparendes Bauen und zugleich ein neues Miteinander. Wir schaffen Raum für innovative Wohnformen – vom studentischen Wohnprojekt bis zur Alters-WG. So entstehen neue Wohnperspektiven für alle Generationen – bezahlbar und verbunden. Wir unterstützen und fördern die Entwicklung von Quartieren mit gemeinwohlorientierten Partnern durch die Anwendung entsprechender Konzeptvergaben.

Daher stärken wir gemeinwohlorientierte Bauträger, Initiativen und Genossenschaften durch gezielte Landesbürgschaften. Damit ermöglichen wir kleineren Akteuren auf dem Wohnungsmarkt,

sozial gebundenen Wohnraum zu schaffen. Die Absicherung mit einer Bürgschaft durch das Land wirkt als Hebel – für zusätzliches Engagement, mehr soziale Durchmischung und vielfältige, lokal verankerte Wohnprojekte.

Bezahlbares Wohnen ist auch ein entscheidender Faktor für erfolgreiches Wirtschaften: Das Förderprogramm „Mitarbeiterwohnen“ wollen wir ausbauen. Wohnraum zu schaffen, kann zum echten Standortvorteil für die Fachkräftegewinnung und damit für die Zukunft einer Region werden. Deshalb fördern wir Unternehmen, die Wohnraum für ihre Mitarbeitenden schaffen oder erwerben wollen – insbesondere im ländlichen Raum. Wir bringen Unternehmer*innen, kommunale Wohnbaugesellschaften und Bauträger zusammen, um Lösungen zu finden, gemeinsam Wohnraum zu schaffen.

Ein Traum wird wahr: Häusle bauen und umbauen mit unserer Unterstützung

Der Traum vom eigenen Häusle oder der eigenen Wohnung lebt – aber für viele ist er in weite Ferne gerückt. Wir wollen das ändern. Denn die eigenen vier Wände sind mehr als ein Dach über dem Kopf: Sie stehen für Sicherheit und Unabhängigkeit. Deshalb machen wir das Bauen, Umbauen und die Umnutzung deutlich leichter. Mit weniger Hürden und reduzierten Kosten.

Wir wollen den Weg zum Wohneigentum spürbar erleichtern – besonders für Menschen, die zum ersten Mal kaufen und die Immobilie selbst nutzen wollen. Deshalb senken wir gezielt die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie, sobald der Bundesgesetzgeber dies ermöglicht. Dabei achten wir auf eine sozial gerechte Ausgestaltung, damit gerade die profitieren, die den Schritt in die eigenen vier Wände wagen wollen, aber bislang an den Kosten gescheitert sind.

Ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Grundlage für ein Leben in Würde. Um Obdach- und Wohnungslosigkeit langfristig entgegenzuwirken und eine möglichst hohe Wohnstabilität von betroffenen Menschen auf dem Wohnungsmarkt zu gewährleisten, werden wir die Förderung des „Housing First“-Ansatzes ausweiten. Dafür werden wir die bestehenden Modellprojekte verstetigen und die Etablierung von „Housing First“-Projekten an weiteren Standorten finanziell und konsultativ unterstützen. Die bestehenden Förderprogramme werden wir stärken.

Wir setzen auf einen neuen Baden-Württemberg-Standard für bezahlbares Bauen und Umbauen. Dafür prüfen wir sämtliche Vorgaben für Bau und Umbau konsequent auf ihre Notwendigkeit und orientieren uns an erfolgreichen Modellen anderer Bundesländer, etwa am „Hamburg-Standard“. Nach

diesen erfolgreichen Vorbildern können wir auch in Baden-Württemberg bedarfsgerechtere Standards, effizientere Planungs- und Managementprozesse sowie schnellere Genehmigungen einführen. Im Wohnungsneubau sind Einsparungen bis zu 2.000 Euro brutto pro Quadratmeter möglich. So wird bezahlbarer Wohnraum und auch privates Eigentum ermöglicht. Dabei setzen wir auf die barrierefreie Nutzbarkeit von Wohnraum.

Wir bieten privaten Bauherr*innen mehr Sicherheit mithilfe von Musterverträgen, damit sie vertraglich nicht mehr für übergesetzliche Standards haften müssen. Und Musterverträge wenden wir auch an, wenn das Land selbst baut und Wohnungsbau fördert. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für ein Update des Baugesetzbuchs ein. Unsere Kommunen unterstützen wir bei der schnellen Anpassung ihrer Bauleitplanung, damit auch das Planungsrecht dem Umbauen nicht länger im Weg steht. Die Landesbauordnung 2025 erleichtert den Umbau von Büroflächen im Bestand. Darauf aufbauend wollen wir sicherstellen, dass auch Gewerbeflächen künftig schneller umgebaut, umgenutzt und zwischengenutzt werden können.

Ein Sanierungssprint im Bestand kann den dringend nötigen Schub geben, um Gebäude schneller energieeffizient und zukunftsfest zu machen. Wenn wir Hürden abbauen, Eigentümer*innen verlässlich unterstützen und das regionale Handwerk stärken, entsteht bezahlbarer Wohnraum statt weiter steigender Kosten. Und klar ist: Wir brauchen beides – die individuelle Sanierung genauso wie das serielle Sanieren. Viele Mehrparteienhäuser und Geschosswohnungsbauten ähneln sich, oft sogar im Baujahr. Wenn wir diese Gemeinsamkeiten nutzen und das serielle Bauen gezielt fördern, wird der Sanierungssprint praktikabler, günstiger und wirksamer – ein echter Gewinn für die Menschen, das Handwerk und das Klima.

NextGeneration Bau – das Morgen beginnt heute

Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler*innen und Denker*innen, der Handwerker*innen und Schaffer*innen. Und diesen Erfindergeist bringen wir auch auf den Bau. So entsteht in Baden-Württemberg die Baukultur von morgen: nachhaltig, digital und bezahlbar. Wir machen Innovationen sichtbar, holen sie aus den Werkstätten und Laboren in die Praxis und sorgen dafür, dass sie schnell den Markt erreichen. Denn durch innovative Produkte und Hightech-Ideen kann Bauen und Sanieren einfacher, schneller und vor allem bezahlbarer werden.

Modellprojekte für energieeffizientes Bauen zeigen: Klimaschutz, Komfort und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Diese Ansätze werden im Rahmen des Strategiedialogs Wohnen und Bauen bereits aufgegriffen und weiterentwickelt, insbesondere mit Blick auf ressourcenschonendes

und zirkuläres Bauen. Der Abriss von Gebäuden muss daher unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten bewertet werden. Lebenszyklusbetrachtungen wollen wir bei landeseigenen Projekten zum Standard machen. Im Falle eines Rückbaus sollen Bauteile und Materialien möglichst wiederverwendet werden können. Dafür wollen wir die Wiederverwendung von Bauteilen weiter vereinfachen und gebrauchte Baustoffe im Kreislauf nutzen. Dazu unterstützen wir die Gründung und Organisation von regionalen und von temporären Sekundärrohstoffzentren, wie wir sie gemeinsam mit Partnern der Bau- und Kreislaufwirtschaft im Strategiedialog Wohnen und Bauen entwickelt haben. Dort werden wiederverwendbare Baustoffe gesammelt, aufbereitet und in neue Projekte eingebracht. Wir unterstützen die Einführung des auf Bundesebene bereits vorbereiteten digitalen Gebäuderessourcenpasses.

Neubauten sollen so geplant und errichtet werden, dass sie flexibel nutzbar, leicht umbau- und recyclingfähig und möglichst rückbaufähig sind. So können Bauabfälle reduziert und die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen schrittweise gestärkt werden. Mit einem Start-up-Zentrum für nachhaltiges Bauen wollen wir Innovation und Praxis verknüpfen, damit Nachhaltigkeit auf der Baustelle ankommt und langfristig Ressourcen eingespart werden.

Mit der Einführung unseres Innovationsprogramm „Nachhaltig und flexibel Bauen“ unterstützen wir Unternehmen gezielt bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Baustoffe, Recycling-Baustoffe, Verfahren und Wohnkonzepte.

Wir wollen die Baukultur in Baden-Württemberg stärken. Dabei soll ein Zentrum für Baukultur Baden-Württemberg als Plattform dienen, um die Erkenntnisse aus dem Strategiedialog Wohnen und Bauen sowie aus der Internationalen Bauausstellung 2027 zu bündeln, weiterzuentwickeln und dauerhaft in Praxis, Forschung und Ausbildung zu verankern. So schaffen wir einen Ort, an dem Innovation, Architekturqualität und gesellschaftlicher Dialog zusammengeführt werden. Wir wollen weiterhin Gestaltungsbeiräte fördern.

Platz für morgen – Flächenversiegelung vermeiden

Versiegelte Böden tragen zu Klimakrise und Artensterben bei, weil sie zur Überhitzung von Städten und zum Verlust von Biodiversität führen. Unser Ziel bleibt daher, Neuversiegelung zu vermeiden und die Nettonull im Flächenverbrauch schnellstmöglich zu erreichen. Flächenversiegelung verdrängt Landwirtschaft oder zerstört dauerhaft natürliche Böden. Mit der Förderung von Innenentwicklungsprojekten wurden bereits wertvolle Flächen im Land gespart. Die von uns eingesetzten Flächenmanager*innen sorgen dafür, dass Brachflächen oder untergenutzte Flächen neu genutzt werden. Mit der neuen Landes-

bauordnung, der Digitalisierung der Verfahren und der Einführung einer nachhaltigen Baukultur, einschließlich Schwammarchitektur, erleichtern wir das Umbauen deutlich. Denn ein erleichtertes Dachgeschossausbau beispielsweise macht keine neue Flächenneuversiegelung notwendig, und Wohnraum kann schnell und kostengünstig geschaffen werden.

Grundsätzlich gilt für uns weiterhin: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Eine moderne Umbaukultur, Innenraumverdichtungen und die Steigerung der Flächeneffizienz werden unterstützt durch Anwendung eines Brachflächenkatasters auf Regionalverbandsebene sowie des Folgekostenrechners für Bebauungen im Außenbereich. So können die tatsächlichen ökologischen und ökonomischen Kosten ermittelt werden.

Eine qualifizierte Innenentwicklung muss jedoch durch eine Stärkung der grün-blauen Infrastruktur begleitet werden. Wir werden die Kommunen bei flächeneffizientem Bauen sowie naturverträglichen Wohn- und Gewerbegebieten mit geeigneten Förderungen unterstützen.

Bevor neue Baugebiete am Ortsrand entstehen, wollen wir Leerstand aktivieren, innerörtlich brachliegende Flächen nutzen und den Bestand mobilisieren. Mit der Ermöglichung zur Erhebung der Grundsteuer C haben wir dafür gesorgt, dass Kommunen der Spekulation mit Baugrund entgegenwirken und für einen Anreiz zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken sorgen können. Auch in Zukunft setzen wir grundsätzlich darauf, dass prioritär baureife, aber unbebaute Grundstücke in der Innenstadt entwickelt werden. Kommunen werden hier weiterhin beim Grundstückserwerb durch den Grundstücksfonds unterstützt.

Damit das gelingt, schaffen wir zunächst mehr Transparenz und Beteiligung: Mit einer digitalen Brachflächenübersicht geben wir Kommunen und Bürger*innen einen Überblick über ungenutzte Potenziale. Wer leerstehende Gebäude wieder in Wohnraum verwandelt, soll dafür zweckmäßige finanzielle Unterstützung erhalten.

Für Nachbarschaften und Quartiere, die zusammenhalten!

Ein gutes, nachbarschaftliches Quartier besteht aus mehr als aus Wohneinheiten und Beton. Ein lebendiges Quartier ist ein Ort der Begegnung, des Vertrauens und der Teilhabe für alle Generationen. In attraktiven Nachbarschaften lebt man nicht nebeneinander, sondern miteinander. Gerade in Zeiten von Krisen und Einsamkeit ist nachbarschaftliches Zusammenleben unser Anker.

Ein gutes Quartier zeichnet sich auch durch Nutzungsmischung, kurze Wege und klimaangepasste Strukturen aus. Deshalb wollen wir Ortsmitten und Quartierszentren so gestalten, dass sie für alle Menschen von jung bis alt funktionieren, kurze

Wege entstehen, Erholung im Grünen möglich ist und Begegnungsräume und Nachbarschaftshilfe erreichbar sind. Das erfordert einerseits eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, aber auch eine gut geplante soziale Infrastruktur und ein Energiemanagement auf Quartiersebene.

Unsere Stadtplanung soll verbinden statt ausgrenzen – diskriminierende Maßnahmen wie „anti homeless architecture“ lehnen wir ab. Stattdessen fördern wir Orte, an denen Gemeinschaft entstehen kann – generationenübergreifend und inklusiv.

Damit unsere Städte und Gemeinden auch in Zeiten von Hitze und Starkregen lebenswert bleiben, stärken wir die klimaresiliente Stadtentwicklung. Begrünte Plätze, schattige Wege, Frischluftschneisen und Regenwassermanagement werden in Zukunft zum Standard. So machen wir unsere Kommunen nicht nur schöner, sondern auch widerstandsfähiger – für alle, die dort leben.

Gleichzeitig bauen wir Barrieren ab – für ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung. Deshalb schaffen wir mehr barrierearmen Wohnraum und bringen mit neuen Instrumenten wie der Umzugsprämie Bewegung in den Wohnungsmarkt. Sie erleichtert den Schritt in eine kleinere, komfortable Wohnung im eigenen Quartier – und kann zugleich Raum für Familien mit Kindern schaffen.

Wir entwickeln unsere Städte und Gemeinden gezielt weiter zu altersgerechten Lebensräumen. Dafür haben wir die Strategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“ auf den Weg gebracht und führen sie fort. Diese Quartierstrategie enthält Maßnahmen, die Kommunen, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure dabei unterstützen, alters- und generationengerechte Quartiere aufzubauen und dauerhaft zu entwickeln. Das Land unterstützt Dörfer und Städte durch Beratung, Förderung und Qualifizierung dabei, Quartiere und Stadtteile so zu entwickeln, dass sie generationengerecht, gesundheitsfördernd und inklusiv sind – mit barrierefreien Wegen, wohnortnaher Versorgung, sozialen Treffpunkten und guter Erreichbarkeit von medizinischer und pflegerischer Infrastruktur. Dabei werden auch die Folgen der Klimakrise mit bedacht: Das heißt konkret, wir unterstützen die Kommunen bei der Umsetzung von Hitzeaktionsplänen, schaffen mehr schattige Aufenthaltsräume, stellen mehr Trinkwasser bereit und stärken den Schutz älterer Menschen vor Hitzebelastung. So entstehen Nachbarschaften, in denen ältere Menschen sicher, selbstbestimmt und mit guter Lebensqualität alt werden können.

Wenn kirchliche Flächen zum Verkauf stehen, droht wertvoller Boden allzu leicht in spekulative Hände zu geraten – und damit gehen Chancen für bezahlbaren Wohnraum und gemeinwohlorientierte Nutzung verloren. Damit Kommunen handlungsfähig bleiben, kann das Land sie über den Grundstücksfonds gezielt unterstützen: schnell,

verlässlich und mit klarer Priorität für nachhaltige Entwicklung. Genau deshalb wollen wir den Grundstücksfonds weiterentwickeln – damit das Land aktive Bodenpolitik der Kommunen noch besser absichern und strategisch flankieren kann. So sichern wir wichtige Flächen für soziale, ökologische und öffentliche Zwecke und stärken die kommunale Gestaltungskraft dort, wo es drauf ankommt.

Wir setzen uns für eine höhere Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ein – als Raum für alle Generationen. Gesellschaft braucht frei zugängliche Orte ohne Konsumzwang, in denen Konflikte moderiert statt einzelne Gruppen verdrängt werden. Auch Kinder und Jugendliche brauchen altersgerechte Frei- und Schutzräume und niedrigschwellige Begegnungsorte über soziale Grenzen hinweg. Dazu gehören Freiluft-Treffpunkte wie Bolzplätze, Skateanlagen, Gemeinschaftsgärten oder offene Spiel- und Bewegungsflächen – Orte, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Hintergrund zusammenkommen können. Wir wollen ihren Erhalt sichern und den Kommunen mehr Spielräume für Sanierung, Aufwertung und Neubau geben.

4.3. Gesundheit in Bewegung: gut versorgt

Gesundheit bedeutet für uns Lebensfreude, Wohlbefinden und Selbstbestimmung – sie geht weit über das bloße Fehlen von Krankheiten hinaus. In einem gesunden Baden-Württemberg leben Menschen, die sich sicher fühlen, weil sie auf eine gute und moderne medizinische und pflegerische Versorgung zählen können. Unser Ziel ist es, Menschen ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir denken Gesundheit in allen Politikfeldern (Health in all Policies) mit. Von sauberer Luft, über gute Bildung und faire Arbeitsbedingungen bis hin zur Vorsorgeuntersuchung bei der*em Hausarzt*in – all das gehört für uns selbstverständlich zusammen. Unser Leitmotiv in der Gesundheitspolitik heißt: digital und präventiv vor ambulant, ambulant vor stationär. Wir möchten, dass Menschen ihr eigenes Wohl fördern können und wollen ihnen die notwendigen Informationen und Fähigkeiten dazu an die Hand geben, damit sie ein möglichst langes, gesundes und aktives Leben führen können.

Deshalb setzen wir auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort bietet. Ärzt*innen, Pflegefachkräfte und viele weitere Beschäftigte leisten in unseren Krankenhäusern täglich Großartiges. Damit sie ihre Arbeit gut machen können, setzen wir uns für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhausbehandlung durch den Bund ein. Im Land haben wir die Investitionsförderung in den vergangenen Jahren

schrittweise erhöht und wollen diesen Weg weitergehen.

Wir wissen, dass die Gesundheit jeder*s Einzelnen von vielen Faktoren abhängt – von der sauberen Luft, die wir atmen, bis hin zur Qualität der Pflege, die wir erhalten. Deshalb ist uns eine gute Infrastruktur so wichtig – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Die Corona-Pandemie hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass wir stärker auf unsere Gesundheit achten und in unser Gesundheitswesen investieren müssen. In Zeiten des demografischen Wandels werden wir mehr in die Pflege unserer älteren Mitbürger*innen investieren müssen. Familien leisten hier Enormes. Der Großteil der Arbeit und Fürsorge wird von pflegenden Angehörigen übernommen. Und zwar noch immer insbesondere von Frauen, die sich um Eltern, Schwiegereltern und Kinder kümmern und außerdem einer Erwerbsarbeit nachgehen.

Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ unterstützen wir innovative Konzepte und Projekte, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante Versorgung weiterentwickeln. Wir verbessern aber auch den Zugang und die Qualität niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote. Die Ausbildung in der Pflegehilfe haben wir modernisiert und attraktiver gestaltet. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen. Wir ergänzen die Pflegeassistentenausbildung gezielt durch intensive Deutschförderung für Migrant*innen. So schaffen wir neue Chancen für Integration und sichern zugleich qualifizierte Fachkräfte für unsere Pflege. Obwohl das Interesse und der Bedarf an Logopäd*innen, Ergo- und Physiotherapeut*innen vorhanden ist, schrecken die Gebühren viele junge Menschen ab. Wir setzen uns daher für die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen ein.

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft. Unsere Cloudplattform „MEDI:CUS“ ermöglicht einen sicheren Datenaustausch von Gesundheits- und Versorgungsdaten. Außerdem verbessert sie die Versorgung und Behandlung von Patient*innen, da sie individuellere und besser auf sie abgestimmte Therapien sowie Diagnosen erhalten. Ferner können Patient*innen die Plattform nutzen, um ärztliche Zweitmeinungen einzuholen oder Befunde auszutauschen. Jetzt geht es darum, den digitalen Wandel entschlossen voranzutreiben. Dazu fördern wir die Einführung und Nutzung telemedizinischer Versorgungsangebote. Wir ermöglichen dadurch eine standortunabhängige, interdisziplinäre Kommunikation zwischen Ärzt*innen und Patient*innen und gewährleisten so die bestmögliche Behandlung. Durch eine zeitgemäße digitale Erreichbarkeit und Beratung durch die Hausarztpraxis lassen sich viele Fragen und Sorgen von Patient*innen niederschwel-

lig klären und ungezielte Inanspruchnahme im hochspezialisierten Medizinsystem vermeiden. Insbesondere die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird dadurch gestärkt. Technik ist für uns dabei Mittel zum Zweck: für bessere Versorgung, kürzere Wege, sichere Kommunikation – nie aber als Ersatz für Menschlichkeit.

Die Gesundheitsversorgung ist in den vergangenen Jahren in Bewegung geraten. Wir wollen Schritt halten und neue Maßstäbe setzen. Unser Ziel ist es, überall im Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo er oder sie lebt.

Wir haben den Öffentlichen Gesundheitsdienst in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. Wir arbeiten weiter daran und entwickeln ihn zu einem aktiven Motor für Gesundheitsplanung, Prävention und Gesundheitsförderung weiter. Dazu gehören eine Vernetzungs- und Kompetenzstelle sowie eine ressortübergreifende Gesundheitsstrategie. Wir stärken kommunale Gesundheitskonferenzen und präventive Netzwerke.

Gesundheit ist Gemeinschaft

Wir wissen, dass jedes Leben einzigartig ist, jeder Mensch seine Geschichte und seine eigenen Bedürfnisse und Herausforderungen hat. Deshalb möchten wir, dass unsere Gemeinschaften zu Orten werden, wo Menschen sich willkommen fühlen, wo sie gehört und verstanden werden. Deswegen stehen wir für sogenannte Caring Communities. Das sind Gemeinschaften, in denen man sich umeinander kümmert.

Wir stärken die Quartiersentwicklung. Wir wollen, dass Menschen auch im hohen Alter in ihrem vertrauten Umfeld leben können – selbstbestimmt und gut versorgt. Wohnortnahe Pflegeangebote, altersfreundliche Quartiere und ein echtes Miteinander vor Ort machen das möglich.

Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Menschen mit Behinderungen oder ohne: Alle gehören dazu. Ein Leben in Selbstbestimmung für alle ist unser Ziel. Das gilt auch und besonders für mehrfach benachteiligte Menschen. Wir Grüne wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das unsichtbare Band zwischen den Generationen festigen.

Mit der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ wurden bereits viele Projekte auf den Weg gebracht, die soziale Teilhabe, Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen und Leben fördern. Wir sorgen dafür, dass Quartiere für alle Generationen ein gutes Leben bieten. Ein wichtiger Baustein der Strategie ist die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, die als Orte der generationenübergreifenden Begegnung und Teilhabe dienen. Auch inklusive Wohnformen und

neue Unterstützungsnetzwerke wurden aufgebaut.

Wir entwickeln die Quartiersstrategie weiter und fördern altersfreundliche Städte nach dem Vorbild der „Age Friendly Cities“ der Weltgesundheitsorganisation WHO. Das sind alters- und generationenfreundliche Städte oder Gemeinden, die das Wohlbefinden aller Menschen entsprechend ihres Alters fördern und ihre Lebensqualität verbessern, indem sie eine Anpassung von Infrastruktur, Diensten und Angeboten berücksichtigen. Ambulant betreute Wohngemeinschaften stärken wir finanziell und rechtlich, damit mehr Menschen eine echte Wahl haben, wie sie im Alter leben wollen.

Der Zugang zu Menstruationsprodukten ist eine Frage der Gleichberechtigung und der gesundheitlichen Grundversorgung. Deswegen unterstützen wir kostenlose Angebote in öffentlichen Gebäuden.

Auch in Baden-Württemberg leiden viele Menschen am postakuten Infektionssyndrom, das beispielweise nach einer Infektion mit SARS-CoV-2 auftreten kann. Diese Menschen haben meist einen langen Leidensweg hinter sich und sind häufig mit fehlendem Wissen zu ihrer Krankheit konfrontiert. Wir wollen sie auch künftig unterstützen – mit Modellprojekten wie „MOVE-ME/CFS BW“, das sich speziell an Kinder und Jugendliche richtet, und „SEVERE-PAIS“, das innovative Behandlungsansätze für Erwachsene erprobt.

Zeit für gute Pflege

Mit steigender Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Menschen, die einen Pflege- und Unterstützungsbedarf haben. Der Großteil wird von pflegenden Angehörigen übernommen. Vor allem Frauen führen den Haushalt, übernehmen die Carearbeit und die Verantwortung für die Eltern und Schwiegereltern, ziehen die eigenen Kinder groß und gehen einer Erwerbsarbeit nach. Wir unterstützen pflegende Angehörige durch niederschwellige Unterstützungsangebote wie Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, die wir ausbauen.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt die Pflege als Berufsbild immer mehr an Bedeutung. Deshalb wollen wir Pflegekräfte entlasten, neue Menschen für diesen Beruf gewinnen und gute Arbeitsbedingungen schaffen. Pflege muss attraktiv sein – in Ausbildung, Alltag und Aufstieg.

Eine ganze Reihe von Verbesserungen konnten schon umgesetzt werden: Mit dem Innovationsprogramm Pflege unterstützen wir innovative Konzepte und Projekte, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante Versorgung weiterentwickeln und verbessern. Die Ausbildung in der Pflegehilfe wurde modernisiert

und attraktiver gestaltet. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen. Pflegefachkräfte unterstützen wir bei der Einwanderung nach Baden-Württemberg durch die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften.

Wir werden die professionelle Pflege auf allen Ebenen stärken. Im Rahmen eines dauerhaften Strategiedialogs Pflege bringen wir Fachkräfte, Wissenschaft, Verbände und Politik zusammen, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln und auf Entwicklungen schnell reagieren zu können. Wir wollen die Pflegeausbildung modernisieren und ausbauen – von der Pflegeassistenz bis zum Masterabschluss. Dabei wollen wir auch die gerontologische Qualifikation in der pflegerischen Ausbildung stärken. Mit gezielten Maßnahmen werden wir Menschen für das Berufsbild Pflege gewinnen. Dazu gehören neue Berufsbilder wie die Community Health Nurse, die wohnortnahe Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung stärkt. Gleichzeitig wollen wir die Pflegeforschung im Land ausbauen, um innovative Versorgungskonzepte zu entwickeln und die Pflegewissenschaft zu stärken.

Pflegekräfte brauchen Mitsprache. Deshalb wollen wir den Landespflegerat zu einer starken und professionellen Vertretung der Pflege ausbauen und setzen uns für seine institutionelle Förderung ein. Wir leben in einer Gesellschaft, die vielfältig und bunt ist. In der Pflege fördern wir interkulturelle Kompetenz und Kompetenzen entlang aller Vielfaltsdimensionen.

Wir Grüne wollen einen „Pakt der Pflege für Baden-Württemberg“, um die pflegerische Versorgung vor Ort zu stärken und pflegebedürftige Menschen sowie deren Angehörige zu entlasten. Wir wollen, dass jeder Mensch in unserem Land die Pflege erhält, die er braucht. Pflegekräfte sollen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen.

Gut versorgt im ganzen Land

Eine gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Wohnort abhängen. Unser Anspruch ist, dass die Menschen überall in Baden-Württemberg Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung haben. Dazu ist der Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung unerlässlich, für den wir uns beim Bund weiterhin einsetzen werden.

Die Gesundheitsversorgung der Zukunft setzt auf multiprofessionelle Teams, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und die knappe Arztzeit dort einzusetzen, wo sie wirklich gebraucht wird. Dafür müssen Primärversorgungszentren sowie die unabhängige Finanzierung von Case-Manage-

ment-Aufgaben durch Pflegefachpersonen und andere Gesundheitsberufe fester Bestandteil der Regelversorgung werden. Wir unterstützen kommunale und genossenschaftliche Medizinische Versorgungszentren.

Unsere Politik hat schon erfolgreich Lücken geschlossen: von gezielten Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur bis hin zur Stärkung der Hausarztversorgung. Gezielte Anreize, damit sich mehr Medizinstudierende für dringend benötigte Fachrichtungen entscheiden, haben wir schon umgesetzt. Mit Programmen wie dem „Landarzt-Track“ schaffen wir bereits jetzt attraktive Ausbildungswege, die eine frühe Bindung an den Beruf und die Region ermöglichen. Die Allgemeinmedizin wird dabei im Studienverlauf gezielt gestärkt.

Für eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung wollen wir eine Initiative „Hausärztliche Versorgung“ auf den Weg bringen, die gezielt dort ansetzt, wo Lücken entstehen oder sich abzeichnen. Die bestehende Landarztquote entwickeln wir bedarfsgerecht weiter und ergänzen sie durch eine neue „Landkinderarztquote“, damit auch die kinderärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes gesichert bleibt. Um die Attraktivität des Landarztberufs aufzuzeigen, ist es wichtig, dass angehende Ärzt*innen frühzeitig mit der hausärztlichen Tätigkeit in ländlichen Regionen in Berührung kommen. Wir fördern dafür zusätzliche Lehrpraxen auf dem Land und schaffen gezielte Stipendien für Studierende, die ihr praktisches Jahr in einer ländlichen Region absolvieren.

Im praktischen Jahr wenden Medizinstudierende ihr theoretisches Wissen erstmals eigenverantwortlich im klinischen Alltag an. Wir wollen die Rahmenbedingungen dieser zentralen Ausbildungsphase für Ärzt*innen durch eine existenzsichernde Mindestvergütung, eine hochwertige Lehre in den Kliniken sowie die Anerkennung von Krankheitstagen verbessern.

Ein zentrales Element einer Initiative „Hausärztliche Versorgung“ ist die Förderung von Quereinsteiger*innen: Wir wollen Stipendien und Programme schaffen, die es Ärzt*innen aus anderen Bereichen erleichtern, in die hausärztliche Versorgung zu wechseln. Gleichzeitig werden wir schon während des Studiums frühe Praxiserfahrungen in ländlichen Regionen ermöglichen. Denn wer früh positive Einblicke bekommt, bleibt oft auch langfristig.

Zusätzlich richten wir einen kommunalen Ärztefonds ein. Aus diesem Fonds können Praxisniederlassungen in unterversorgten Regionen gezielt unterstützt werden – unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung gewährleistet bleibt.

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung stärken

Wir Grüne wollen allen Menschen ein gesundes Leben ermöglichen. Vor allem die Forschung aber vernachlässigt die Frauengesundheit sowie die Gesundheit von nicht-binären, Inter- und Trans-Personen: Medikamente und Therapien werden primär an männlichen Probanden erprobt und Wirkstoffe auf männliche Körper ausgerichtet. Wir wollen die geschlechtersensible Grundlagenforschung ausbauen und so dazu beitragen, diese Erkenntnislücke zu schließen. Auch bei der Diagnostik und Therapie von Krankheiten ist das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede ausschlaggebend für den Behandlungserfolg.

Trans* und intersexuelle Menschen brauchen einen diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen. Die Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, ist deshalb besonders wichtig.

Vor, während und nach der Geburt sind Hebammen unverzichtbar für die physische und psychische Gesundheit von Mutter und Kind. Wir setzen uns dafür ein, die Hebammenversorgung flächendeckend und verlässlich sicherzustellen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Verbesserung des Hebammenhilfvertrags in der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen.

Wir wollen die Schwangerenberatung mit allen Fragen der Familienplanung ausbauen. Ungeplant Schwangere benötigen schnelle, fachliche Informationen und Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen einen gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch. Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung ein, damit jede Person selbstbestimmt entscheiden kann. Um das Recht zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch beim Thema Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten, setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch ein.

Gesundheit von Anfang an – für starke Familien

Familien sind so vielfältig wie unser Land – und jede einzelne verdient die Freiheit, das eigene Leben selbst zu gestalten. Ob Kleinfamilie, Patchwork oder Mehrgenerationenhaus, ob alleinerziehend oder zu zweit: Familie ist dort, wo Menschen füreinander da sind, wo Kinder groß werden und Werte über Generationen weitergegeben werden.

Wir wollen, dass jedes Kind sicher und geborgen aufwachsen kann – in einer Gesellschaft, die hinschaut und schützt. Familien brauchen Zeit füreinander, Verlässlichkeit im Alltag und echte Unterstützung, wenn es schwierig wird. Wir haben

als Grüne deshalb den Kinderschutz in den vergangenen Jahren massiv gestärkt.

Der „Masterplan Kinderschutz“ wurde weiterentwickelt, Fortbildungen und Schutzkonzepte wurden eingeführt. Doch der Schutzauftrag braucht ständige Aufmerksamkeit. Wir brauchen ein starkes Netz aus früher Hilfe, Beratung und Schutz – analog wie digital. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor sexualisierter Gewalt. Wir wollen Betroffene nachhaltig stärken und einen Landesbetroffenenrat einrichten. Wir wollen sicherstellen, dass ihre Erfahrungen und Perspektiven dauerhaft und wirksam in politische Entscheidungen einfließen und Schutz- und Hilfsstrukturen weiterentwickelt werden.

Die vom Land als Modellprojekte geförderten regionalen Kinderschutznetzwerke wollen wir fortsetzen und dafür sorgen, dass die dort gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse landesweit umgesetzt werden. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. In Kinderkliniken sollen nach Qualitätsstandards akkreditierte, multiprofessionelle Kinderschutzgruppen etabliert werden, um abgestimmte Schutzmaßnahmen zu ermöglichen. Durch verbindliche Kooperationen werden Prävention und das Vertrauen von Kindern, Jugendlichen und Familien gestärkt. Beratungs- und Fortbildungsangebote zu Schutzkonzepten für Lehrkräfte bauen wir weiter aus. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder vor Gewalt geschützt und in ihrer Entwicklung gestärkt werden. Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der Familien Wertschätzung, Unterstützung und echte Entlastung erfahren.

Kinder brauchen Schutz – auch online. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Kinderschutz konsequent in den digitalen Raum zu übertragen. Wir fördern präventive Aufklärung und stärken die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Wir setzen uns für klare rechtliche Regelungen ein, die Risiken frühzeitig begegnen. So schaffen wir Sicherheit in einer zunehmend digitalen Lebenswelt – zu Hause, in der Schule und unterwegs.

Mit unserer Familienförderstrategie stärken wir gezielt die Verantwortung von Institutionen für Familienbelange. Die darin enthaltenen Maßnahmen sorgen für mehr Transparenz in der Familienpolitik und bieten frühzeitig Unterstützung, damit Belastungen gar nicht erst entstehen. Unser Ziel ist klar: Familien sollen sich auf ein starkes Netz aus verständlichen und erreichbaren Beratungs- und Hilfsangeboten verlassen können – alltagsnah, unbürokratisch und in jeder Lebenslage. Koordinations- und Netzwerkstrukturen wollen wir ausbauen, um die Vielfalt der Angebote für Familien im Land zu erhalten.

Wir fördern mit dem grün-geführten Sozialministerium erfolgreich regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut – um allen Kindern volle soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Wir wollen solche Netzwerke landesweit etablieren.

Ein Gesundheitssystem, das nicht erst auf Krankheit reagiert, sondern von Anfang an schützt und stärkt – das ist unsere Vorstellung für Baden-Württemberg. Ein Weg dorthin sind Schulgesundheitsfachkräfte, die wir an weiteren Schulen erproben wollen, um die Gesundheit von Schüler*innen zu stärken, gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern und Gesundheitskompetenz in frühen Jahren zu vermitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für die Entwicklung einer landesweiten Präventionsstrategie ein.

Prävention ist der Mittelpunkt unserer Drogen- und Suchtpolitik. Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren.

Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Die Versorgung mit grundlegenden Medikamenten muss sichergestellt sein. Eltern sollen nicht um den Fiebersaft für ihre Kinder wegen Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale und nachhaltige Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Zudem stärken wir die Apotheke vor Ort, um eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

Psychische Gesundheit macht uns stark im Alltag

Immer mehr Menschen leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Wir lassen diese Menschen nicht allein. Eine Gesellschaft, in der Menschen psychisch gesund sind und bei Bedarf frühzeitig Unterstützung erhalten, ist widerstandsfähiger gegenüber Krisen. Wir verbessern die Aufklärungsarbeit und wollen Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Trotz der hohen Nachfrage finden viele aber nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten. Wir Grüne wollen diese Versorgungslücken schließen und damit die seelische Gesundheit der Menschen stärken. Dafür wollen wir die psychotherapeutische Versorgung überall, insbesondere im ländlichen Raum, verbessern und dafür auch telemedizinische Angebote fördern. Wir wollen außerdem die Schnittstellen zur Beratung und Prävention stärken. Dazu gehören etwa die psychosoziale Beratung, Erstanlaufstellen sowie die

Sucht- und Suizidprävention. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Weiterbildungsfinanzierung für Psychotherapeut*innen rechtlich abzusichern.

Prävention für psychische Erkrankungen muss früh beginnen. Die meisten psychischen Erkrankungen manifestieren sich – wenn sie nicht behandelt werden – bereits im Kindesalter. Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung psychosozialer Beratung und einer gemeindepsychiatrisch organisierten Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschlossen an. Wir wollen eine Strategie gegen Einsamkeit entwickeln und setzen auf die Einrichtung zentraler Anlaufstellen. Sie sollen Menschen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbieten.

Gemeinsam stark – Inklusion in Alltag und Struktur

Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Mensch mit Behinderung oder ohne: Alle gehören dazu.

Mit dem Programm „Impulse Inklusion“ haben wir innovative Projekte und Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Modellcharakter haben und neue Wege des gemeinsamen Miteinanders beschreiten. Wir haben den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und mit dem Förderprogramm „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen“ ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf gefördert. Mit der Einrichtung des Landesentrums für Barrierefreiheit haben wir eine Einrichtung geschaffen, die Unterstützung rund um das Thema bietet.

Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem alle Menschen so leben können, wie es zu ihren Bedürfnissen und Lebenslagen passt – auch im Alter, mit Behinderung oder Unterstützungsbedarf. Selbstbestimmtes Wohnen ist für uns ein Grundrecht, kein Privileg. Deshalb werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen nicht mehr in standardisierte Strukturen gedrängt werden, sondern echte Wahlmöglichkeiten haben: mit inklusiven Wohnformen, passgenauer Assistenz und verlässlicher Begleitung im Alltag. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen, die personenzentrierte Unterstützung stärken und das Programm „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen“ erneuern, um ambulante Wohnformen weiter auszubauen. Menschen, die in besonderen Wohnformen leben, haben dasselbe Recht auf personenzentrierte Leistungen – auch bei hohem Assistenzbedarf.

Unser Ziel: Überall im Land sollen Wohnangebote entstehen, die Teilhabe ermöglichen, soziale Einbindung fördern und ein würdevolles, gesundes Leben im eigenen Zuhause ermöglichen – im

Quartier, mitten in der Gesellschaft. Wir denken Pflege, Gesundheit und Wohnen zusammen, weil ein gutes Leben im Alter und bei Unterstützungsbedarf mehr ist als Versorgung. Es ist das Recht auf Nähe, Freiheit und Respekt.

4.4. Land der Kultur: Orte der Verbindung

Kunst und Kultur sind frei. Und diese Freiheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Zusammenlebens. Kunst und Kultur verbinden Menschen, fördern den Zusammenhalt und ermöglichen Teilhabe. Baden-Württemberg ist ein vielfältiges und reiches Kulturland, an dem sehr viele Menschen teilhaben – von der klassischen bis zur populären Spitzenkunst über die Breitenkultur bis zur Soziokultur und Clubszene. Wir sichern die Freiräume, die Kunst braucht, unterstützen all jene, die im Kultur- und Kreativbereich arbeiten, und ermöglichen kulturelle Bildung für alle. Kunst- und Kulturoorte sind Orte der Begegnung, der Auseinandersetzung – und oft auch des Aufbruchs. Wir wollen diese Orte erhalten, weiterentwickeln und überall im Land zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere dort, wo Kultur und Tourismus gemeinsam lebendige Ortsmitten und soziale Begegnungen ermöglichen, die Kulturangebote für alle erhalten bleiben. Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Frankreich und Schweiz stärken wir durch gemeinsame Kulturprogramme und Austauschprojekte. Damit schaffen wir neue europäische Kulturimpulse. Kultur sichern wir nicht nur durch Zugänge, sondern auch durch verlässliche Arbeitsbedingungen vor Ort. Insbesondere in Zeiten mit schwieriger Finanzlage bleiben wir als Land verlässlicher Partner unserer Einrichtungen und damit oft auch unserer Kommunen. Dafür schaffen wir einen Nothilfefonds für Kunst und Kultur.

Kultur zukunftsfähig absichern – in Stadt und Land

Alle Menschen im Land sollen das kulturelle Leben mitgestalten und sich darin wiederfinden können – ob in der Dorfkapelle, in Chören oder Musikvereinen, als Clubbetreiber*innen oder bei Karneval, Fasnet, Fastnacht oder Fasching.

Seit wir Grüne regieren, haben wir die Förderung für Kultur um 60 Prozent gesteigert. Mit gezielten Förderungen konnten wir Bühnen und Spielstätten im ländlichen Raum erhalten. Wir sichern die angemessene und faire Entlohnung von Künstler*innen. Wir haben die Pauschale für Ehrenamtliche erhöht. Über das Zentrum für kulturelle Teilhabe haben wir Einrichtungen dabei unter-

stützt, neue Zielgruppen zu erreichen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden das Zentrum für kulturelle Teilhabe weiter stärken und kulturelle Bildung ressortübergreifend fördern. Gleichzeitig war das Land ein zuverlässiger Partner für große und kleine Kultureinrichtungen, insbesondere in schwierigen Zeiten wie der Pandemie und der Energiepreiskrise. Für die Förderung von Popmusiker*innen sowie der Pop-, Live- und Clubkultur insgesamt haben wir in der Landesregierung unser komplett neues Programm „POPLÄND“ sowie Festivals auf die Beine gestellt und zukunftsfest gemacht. POPLÄND wollen wir um spezifische Programme für Kollektive, freie Veranstalter*innen und Szeneinitiativen weiterentwickeln. Als bedeutende Säulen unserer Kulturlandschaft sollten sie unbürokratischen Zugang zu Räumen, Fördermitteln und Beratungsangeboten zur Erstellung von Awareness-, Sicherheits- und Nachhaltigkeitskonzepten erhalten. Nacht- und Clubkultur sind ein relevanter kultureller und wirtschaftlicher Faktor. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern – durch Entbürokratisierung, Planungssicherheit und Bestandschutz für Kulturoorte. Wir setzen uns beim Bund für bessere Rahmenbedingungen für subkulturelle Orte, Clubs- und Livemusikstätten ein.

Aktuell gefährdet die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen das kulturelle Angebot und die künstlerische Vielfalt. Aufgrund der deutschlandweit subsidiär ausgerichteten Kulturförderung sind vor allem die Kommunen für das Kulturangebot vor Ort verantwortlich.

Gleichzeitig profitieren wir im Land alle von einer einzigartigen Kulturlandschaft, in der das Ehrenamt beispielsweise kleine Bühnen, soziokulturelle Zentren, Bibliotheken, Archive, Tanz- und Literaturhäuser, Orchester und Clubs grundlegend trägt. Genauso wichtig ist es, Landeskultureinrichtungen mit internationaler Strahlkraft finanziell gut auszustatten, um den Beschäftigten faire Löhne und sichere Arbeitsplätze zu garantieren. Um diesen Reichtum zu erhalten, setzen wir uns für ein weiterhin enges Miteinander von Land und Kommunen ein und verändern, wo nötig, die aktuellen Finanzierungsschlüssel. Um unsere Kulturoorte langfristig zu erhalten und diese als bedeutende „Dritte Orte“ der Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Sanierungsoffensive für Kunst- und Kulturbauten. Unser starkes und differenziertes Kulturangebot stärkt das Miteinander in der Region und über alle Generationen hinweg.

Inhabergeführte Buchhandlungen sind mehr als Verkaufsstellen. Sie sind kulturelle Treffpunkte und Teil unserer Innenstadt- und Dorfkultur. Durch Strukturwandel, Onlinehandel und steigende Kosten geraten sie zunehmend unter Druck. Mit der Einführung eines jährlichen „Buchhandlungspreises Baden-Württemberg“ wollen wir Läden

würdigen, die sich durch kulturelles Engagement, innovative Konzepte oder ein starkes Veranstaltungsprogramm auszeichnen. Es geht um Anerkennung, Sichtbarkeit und Wertschätzung für ihren Beitrag zur Gesellschaft. Der Preis stärkt die kulturelle Vielfalt vor Ort, fördert kreative Ideen und zeigt: Lesen, Literatur und lokale Kulturrorte gehören zur Identität unseres Landes.

Kultur lebt vom Miteinander – Ehrenamt stärken, Vielfalt feiern

Baden-Württemberg als Land der Kultur ist getragen von Menschen, die sich mit Leidenschaft engagieren. Ob in Musikvereinen, Trachtengruppen oder Theaterinitiativen: Ehrenamt und gelebtes Brauchtum prägen unsere kulturelle Identität. Mit der Förderung unserer Breitenkultur erhalten wir diese Vielfalt.

Diese Vielfalt verdient Anerkennung und Unterstützung. Amateurmusik, Heimatpflege und regionale Ausdrucksformen sind Ausdruck von Gemeinschaft und gelebter Tradition. Sie verbinden Generationen, schaffen Begegnung und stärken den sozialen Zusammenhalt.

Und weil wir in Baden-Württemberg Weihnachtsmärkte, Vereinsfeste, Musik und Kultur lieben, wollen wir zukünftig Vereine noch gezielter und breiter bei der GEMA sowie durch den Abbau von Bürokratie entlasten. So machen wir Veranstaltungen und Feiern unkomplizierter. Wir sorgen dafür, dass Schüler*innen, Auszubildende und junge Menschen unabhängig vom Ausbildungsweg unkompliziert Kulturangebote wie Theater, Kino, Museen oder Konzerte besuchen können. Damit stärken wir kulturelle Bildung und Teilhabe über soziale und regionale Grenzen hinweg.

Kultur weiterentwickeln und Verantwortung übernehmen

Wir unterstützen bereits unsere Kultureinrichtungen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Diversität. Als Pionierland haben wir unser Wissen hierzu den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt und bundesweite Standards und Empfehlungen erarbeitet, etwa den CO₂-Rechner für Kultureinrichtungen. Vorreiter sind wir auch bei Provenienzforschung und Restitution: Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir. Das heißt: Wir geben es den rechtmäßigen Besitzer*innen bzw. Ländern zurück. Wir brauchen mehr Erinnerungskultur, die landesweit sichtbar werden soll. Wir müssen sicherstellen, dass die Erinnerung wach bleibt, die Geschichte nicht umerzählt wird und die jungen Menschen sich nicht abwenden.

Europäische Kulturdaten und kulturspezifische Sensibilität sind zentrale Faktoren für die Gestaltung der digitalen Zukunft. Digitale Kultur muss zukunftsorientiert, institutionenübergreifend und international gestaltet sein. Wir wollen dafür eine digitale Kulturinfrastruktur schaffen, die Kulturdaten aus Museen besser vernetzt, nutzbar macht und Raum für kulturspezifische KI-Lösungen bieten. Bestehende Werkzeuge wollen wir als Open Source zur Verfügung stellen und einen Forschungs- und Entwicklungsraum anbieten. Die digitalen Zugänge wollen wir barrierefrei und niedrigschwellig zur Verfügung stellen.

Wir unterstützen bereits unsere Kultureinrichtungen und -verbände auf dem Weg zu mehr Klimaschutz. Baden-Württemberg hat durch uns Grüne die Pionierrolle bei den Themen „Green Shooting“ und „Green Culture“ inne. Durch bundeseinheitliche Standards sowie den ebenfalls von Baden-Württemberg entwickelten CO₂-Rechner für Kultureinrichtungen können gezielt Maßnahmen umgesetzt werden. Wir wollen eine Investitionsförderung anbieten, um beispielsweise die Beschaffung moderner Beleuchtungs- und Bühnentechnik für Vereine, Festivals und Institutionen zu ermöglichen. Wir unterstützen unsere Kultureinrichtungen dabei, Nachhaltigkeitsstrategien zu erstellen. Sie können beispielsweise Bühnenbilder und Requisiten mehrfach verwenden, ökologische Produktionsstandards definieren und die Tournee- und Veranstaltungslogistik nachhaltig gestalten. Kleinere Spielstätten haben es aktuell besonders schwer. Wir machen uns stark für Initiativen wie den „Live Music Fund“ in Deutschland und werden uns beim Bund für das Prinzip des Fonds, der sich aus einem Euro pro Ticket einer Großveranstaltung speist, einsetzen. Weitere Maßnahmen zur Stärkung kleinerer Spielstätten wollen wir etwa mit Pilotprojekten prüfen. Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit und ist Vorreiter für Provenienzforschung und Restitution. Wir unterstützen den Weg unserer Museen und Einrichtungen, weiterhin konsequent und transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie wissenschaftlichen Sammlungen kommen, um unrechtmäßig erworbene Kulturgüter zu identifizieren und zurückzugeben. Dafür stärken wir unsere Gesamtstrategie „Koloniale Verantwortung“, an der Museen, Hochschulen und Archive beteiligt sind. Wir stärken lokale Initiativen, Museen und Bildungsstätten bei regionalen Projekten.

Film, Animation und Games sind ein Zukunftsthema. Das Land hat unter unserer Führung die Kulturförderung auf neue Trends und Themen ausgeweitet. Baden-württembergische Kulturförderung stärkt die Kreativwirtschaft, in der enormes Potenzial steckt: von der Filmakademie über einschlägige Studiengänge an unseren Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bis

hin zu einer starken Medien- und Filmfördergesellschaft, deren Engagement wir immer weiter ausgebaut haben. Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig weiter vorantreiben. Baden-Württemberg ist Medien- und Filmstandort. Durch gezielte Ansätze aus Kultur- und Wirtschaftsförderung – wie etwa die Förderung von Gründerzentren – halten wir die hier ausgebildeten Profis im Land. Insbesondere in den Bereichen Visual Effects und Animation verfügen wir bereits über zahlreiche renommierte Produktionsfirmen, die international vernetzt sind und hohes Wachstumspotenzial aufweisen.

Unsere Landesmuseen sind wichtige Orte der Forschung, der Bildung und der Wissenschaftskommunikation. Wir werden den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Sammlungsausstellungen der Landesmuseen fortsetzen. Es ist unsere Aufgabe, die Landesmuseen zukunftsfest aufzustellen.

Bibliotheken sind niederschwellige, frei zugängliche Räume für Bildung, Begegnung und digitale Teilhabe. Als „Dritte Orte“ neben Zuhause und Arbeitsplatz schaffen sie Gemeinschaft, fördern Lesekompetenz und ermöglichen kulturelle und demokratische Bildung für alle Generationen. Sie stehen vor der Herausforderung, ihr Angebot für ihre derzeitigen wie auch zukünftigen Nutzer*innen so interessant und abwechslungsreich wie möglich zu gestalten, um ihrer Rolle als zentrale Kultureinrichtungen im ganzen Land weiter gerecht zu werden. Dazu gehört auch, dass sie ihr Angebot um Film-, Gaming- und Veranstaltungsformate ausbauen. Wir wollen eine Beratung für Bibliotheken und ihre Mitarbeitenden zur strategischen Weiterentwicklung anbieten. Bibliotheken müssen als Magneten für die Dorf- und Stadtgemeinschaft gestärkt werden. Um die Bibliotheken untereinander besser zu vernetzen, unterstützen wir sie dabei, eine landesweite digitale Plattform zu schaffen. An diese sollen Kommunen, Kirchen und weitere Träger unkompliziert angebunden werden können, um so kulturelle Bildung ortsunabhängig zugänglich zu machen. Wir wollen das Bibliotheksförderprogramm zur Verbesserung der Bibliotheksversorgung im ländlichen Raum erhalten und prüfen Förderlinien für innovative Bibliothekskonzepte wie Lernlabore, Makerspaces oder Sprachcafés.

4.5. Kraft des Landes: ländlicher Raum in Bewegung

Zwischen den Regionen Baden-Württembergs gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Zentrale wichtige Lebensbereiche der Menschen in unserem

Land müssen überall gleichermaßen funktionieren. Dies betrifft zum Beispiel den Zugang zu Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Bildung, Wohnraum, Kultur und Gesundheitsversorgung. Mit unserer aktiven Förderpolitik sorgen wir seit 15 Jahren für starke und lebendige Regionen in den ländlichen Gegenden unseres Landes. Denn wir Grüne wissen: Lebendige ländliche Räume sind nicht nur die Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg, sondern auch ein Garant für den Erfolg unseres Landes.

In Zeiten von Fachkräftemangel, Digitalisierung, Klimakatastrophe, gesellschaftlicher Spaltung und steigenden Lebenshaltungskosten sind es gerade die Regionen jenseits der Ballungsräume, die Antworten und attraktive Möglichkeiten bieten. Wir wollen auch künftig den Zusammenhalt, die wirtschaftliche Stärke und die hohe Lebensqualität in ländlichen Räumen sichern sowie die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bewahren.

Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) ist dafür ein wirkungsvolles Instrument. Die Mittel des ELR haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur verdreifacht, sondern das Programm auch konsequent auf Nachhaltigkeit, Innenentwicklung, Entsiegelung und Bestandssanierung ausgerichtet. Damit wurden Dorfläden, Kulturzentren und multifunktionale Gemeindehäuser gefördert. Kommunen wurden gezielt unterstützt, ihre Ortskerne lebendig zu halten und generationengerechte Quartiersentwicklungen voranzubringen. Die Förderung von Umbau und Umnutzung leerstehender Gebäude hin zu Wohnraum setzen wir fort, um wertvolle Flächen zu schonen, Orte zu beleben und Wohnraum, insbesondere in den ländlichen Räumen, zu schaffen. Diese Förderung setzen wir fort und vereinfachen sie, indem wir die Umnutzung verfahrensfrei gestalten.

Neben dem ELR sind Naturparke, LEADER-Regionen und Biosphärengebiete herausragende Instrumente der nachhaltigen Entwicklung unserer ländlichen Räume. Ihre Unterstützung werden wir fortführen.

Ob jung oder alt, ob Familie oder Single – jeder Mensch verdient eine gute Mobilität im Alltag. Wir wissen, dass gerade in ländlichen Regionen auch in Zukunft nicht immer aufs Auto verzichtet werden kann. Deshalb wollen wir die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen fördern und die Ladeinfrastruktur für E-Autos, auch in den ländlichen Räumen, ausbauen. Gleichzeitig arbeiten wir weiter daran, dass die Mobilität in ländlichen Räumen nicht vom eigenen Auto abhängig ist. Die Mobilitätsgarantie, die eine Erreichbarkeit von Orten in ländlichen Regionen mit dem ÖPNV im 30-Minuten-Takt vorsieht, ist unser klares Ziel für Baden-Württemberg. Wir setzen uns beim Bund für erhöhte Regionalisierungsmittel ein, um eine ver-

lässliche Zusanbindung der ländlichen Regionen in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Die Digitalisierung bietet insbesondere in den ländlichen Räumen große Entwicklungschancen. So können digitale Lösungen etwa den örtlichen Einzelhandel sowie die Nahversorgung stärken und viele Wege überflüssig machen. Eine flächendeckend gute digitale Infrastruktur ist außerdem Grundvoraussetzung für den Erhalt der ländlichen Räume als attraktive Unternehmensstandorte. Deshalb wollen wir Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen. Mit der Förderung und Einführung telemedizinischer Angebote unterstützen wir die medizinische Versorgung in den ländlichen Räumen. Wir streben eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes an, um automatisierten Mini-Supermärkten ohne Personal auch am Sonntag die Öffnung zu ermöglichen und so die Nahversorgung zu stärken.

Die ländlichen Räume sind mit ihren fest verankerten mittelständischen Unternehmen wirtschaftliches Kraftzentrum in Baden-Württemberg. Unsere Weltmarktführer und Traditionsunternehmen in den ländlichen Räumen sind wichtige Innovationstreiber und Grundstein für die wirtschaftliche Dynamik im ganzen Land. Mit einem dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien, Stromerzeugung und Energiebereitstellung aus Biomasse, Wind, Sonne, Wasser oder Erdwärme werden wir im ganzen Land Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung generieren. Das wirtschaftliche Potenzial in den ländlichen Regionen wollen wir weiter heben, indem wir die Vernetzung zwischen Start-ups und Mittelstand fördern.

Zusammenhalt wird gestärkt, wenn sich alle Menschen im Ort willkommen und wohlfühlen. Deshalb ist es wichtig, dass auch in kleineren Orten in Baden-Württemberg Strukturen vorhanden sind, die Toleranz fördern, vor Diskriminierung schützen

und Begegnung unterschiedlichster Menschen und Generationen ermöglichen.

Jugendliche im ländlichen Raum brauchen verlässliche Strukturen, die ihnen echte Perspektiven eröffnen – unabhängig davon, wo sie aufwachsen. Dazu gehören gut erreichbare Begegnungsorte, stabile Jugendhilfestrukturen, sichere Verkehrsverbindungen und digitale Angebote, die Teilhabe nicht vom Wohnort abhängig machen. Wenn wir Vereine, Jugendhäuser, mobile Angebote und regionale Netzwerke stärken, schaffen wir Räume, in denen junge Menschen gehört werden, sich entwickeln können und Lust haben, ihre Heimat aktiv mitzugestalten. So wächst nicht nur Gemeinschaft, sondern auch Zukunftskraft für ganze Regionen.

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine tradierte Kultur des guten Miteinanders aus. Diese besondere Kultur des Miteinanders und der Begegnung zwischen den unterschiedlichsten Menschen wollen wir auch künftig pflegen. Kunst und Kultur bringen im ganzen Land Menschen zusammen. Wir wollen das bestehende vielfältige Kulturangebot auch im ländlichen Raum stärken und fördern gerade kleine Bühnen und Spielstätten auf dem Land.

Zum kulturellen Erbe des Landes gehören auch herausragende landeseigene Schätze wie die über 40.000 Jahre alte Eiszeitkunst. Sie ist die älteste vom Menschen geschaffene Kunst der Welt – gefunden auf der Schwäbischen Alb. Mit der eigenen Eiszeitkunst-Konzeption werden wir das Bewusstsein für die historische Bedeutung dieses großartigen UNESCO-Weltkulturerbes weiter voranbringen. Die Eiszeitkunst ist genauso Bestandteil unserer baden-württembergischen Kulturgüter im starken ländlichen Raum wie die staatlichen Schlösser und Gärten, die jedes Jahr mehrere Millionen Besucher*innen anziehen.

5. Kapitel

Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie, Vielfalt und Freiheit geben

Heimat ist mehr als ein Ort auf der Landkarte – Heimat bedeutet Vertrautheit und Lebendigkeit. Heimat entsteht dort, wo Menschen Halt finden, wo sie frei und sicher leben können. Ein Zuhause ist etwas, das wir gemeinsam teilen. Es muss so gestaltet sein, dass sich alle, die in unserem Land leben, darauf verlassen können.

Auch unsere Demokratie bedeutet Zuhause. Sie lebt von Bürger*innen, die sich einbringen und ihre gemeinsamen Belange gestalten können. Nur in der Demokratie können wir alle frei leben. Für unsere Demokratie gibt es keine Ewigkeitsgarantie. Sie ist nur so stark, wie wir sie stark machen. Jede Generation muss sie neu absichern. Nun sind wir an der Reihe.

Dafür stehen wir ein – in einem „neuen Wir“. Wir Baden-Württemberger*innen sind: alle Geschlechter, Jung und Alt, Stadt und Land, Selbstständige und Angestellte, mit und ohne Behinderung, eingesessen oder dazugestoßen. Ein Land, in dem alle nach ihren eigenen Lebensentwürfen lieben, glauben und hoffen dürfen – in Respekt und Rücksichtnahme für- und aufeinander. Die Freiheit der*s Einzelnen endet dort, wo die Freiheit von anderen verletzt oder bedroht wird. Innere und äußere Sicherheitsgarantien sind die Grundlage unserer Freiheit.

Demokratie garantiert die Rechte der Einzelnen und braucht gemeinsame Werte und Ziele. Die stärkste Kraft sind die Bürger*innen unseres Landes selbst, die sich für andere und für das Gemeinwesen einsetzen. Im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Musikverein, im Gemeinderat oder in der Bürgerinitiative. Baden-Württemberg ist dabei führend. Nirgendwo engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie bei uns. Das ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie kommt nicht gratis als politische Beigabe. Sie bedeutet Verantwortung und muss immer wieder erkämpft und abgesichert werden – durch klare Kante gegen die Feind*innen unserer Freiheit im Inneren und von außen.

Unsere Freiheit erfordert öffentliche Räume, in denen wir uns gerne begegnen und alle zu jeder Zeit sicher vor Gewalt sind. Nur an Orten, an denen wir uns sicher fühlen, sind wir frei.

Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Sie schützt die Freiheit der Einzelnen, verhindert Willkür und

sichert Gleichheit vor dem Gesetz. Nur ein starker Rechtsstaat garantiert Freiheit dauerhaft.

Baden-Württemberg ist ein starkes Einwanderungsland. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, weil sie hier Chancen sehen und an einer gemeinsamen Zukunft mitwirken wollen. Sie bringen Wissen, Tatkraft und neue Perspektiven mit – und machen unser Land dadurch innovativer, vielfältiger und zukunftsorientierter. Unter den Flächenländern haben wir einen der höchsten Anteile an Menschen mit Migrationsgeschichte. Unsere exportstarke Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen. Integration ist keine Einbahnstraße. Wir müssen dauerhaft Angebote schaffen, die gegenseitigen Austausch ermöglichen. Vier Säulen sind entscheidend: Sprache, Arbeit, Teilhabe und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen, damit Menschen in unserer Gesellschaft ankommen und teilhaben können.

Unser gesellschaftliches Leitbild ist das Grundgesetz. Es steht für Menschenwürde, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Wer bei uns lebt, soll sich sicher fühlen, mitgestalten können und sich als Teil einer solidarischen Gesellschaft verstehen. Wir stehen für ein weltoffenes Baden-Württemberg, in dem Herkunft kein Hindernis, sondern eine Chance ist.

Zugleich ist unsere Heimat Teil eines größeren Ganzen. Nur in einem starken, vereinten Europa kann sie gedeihen und bestehen. Baden-Württemberg hat die Kraft, global Verantwortung zu übernehmen in einer Welt im Umbruch.

5.1. Gemeinschaft gibt Halt: was uns beieinander hält

Wir gestalten ein Land, in dem das Gemeinsame in den Mittelpunkt gerückt wird, statt das Trennende zu betonen. Unser Land ist stark, weil es Gleichberechtigung, Toleranz und Engagement fördert, Vielfalt als Bereicherung schätzt und daraus neue Kraft zieht.

Baden-Württemberg ist Ehrenamtsland und soll es bleiben. Mit der Ehrenamtskarte, der Förderung von Fachberatungen für ehrenamtliches Engagement und einer erhöhten Landesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr haben wir das Ehrenamt gestärkt. Wir wollen die Ehrenamtskarte fort-

führen und auf weitere Felder ausweiten. Vereinen und Initiativen wollen wir künftig noch mehr Flexibilität und Freiräume geben und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Dabei denken wir auch diejenigen mit, die sich ehrenamtlich im digitalen Raum engagieren. Dazu gehört der ehrenamtliche Betrieb von Software-Infrastruktur, *Open-Source*-Entwicklung oder die Beiträge zu Online-Enzyklopädien.

Starkes FSJ und FÖJ – freiwilliges Engagement für alle ermöglichen

Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur politischen Bildung junger Menschen. Dabei bleibt die Nachfrage nach Freiwilligendiensten kontinuierlich hoch. Wir wollen die Pro-Kopf-Förderung für Träger des FSJ und FÖJ evaluieren und den Trägern Planungssicherheit geben. Um die Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten auch in Zukunft sicherzustellen, prüfen wir die Bereitstellung von Mitteln für eine landesweite Werbekampagne. Kommunalpolitik ist die Basis unserer Demokratie. Doch viele Menschen, die auf kommunaler Ebene politisch aktiv sind, werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert. Das nehmen wir nicht hin! Die beim Landeskriminalamt angesiedelte Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger*innen (ZAMAT) steht haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen rund um die Uhr mit polizeilicher, juristischer und psychosozialer Unterstützung zur Seite. Dafür werden wir weiterhin die Finanzierungsgrundlage bereitstellen. Damit mehr Menschen kommunalpolitisch engagiert sein können, haben wir zudem die gesetzliche Grundlage für digitale Gemeinderatssitzungen geschaffen. Wir werden dieses Konzept weiterverfolgen und ausbauen und den Kommunen ermöglichen, digitale Gemeinderatssitzungen, die bereits aufgezeichnet werden, auf der landeseigenen Fediverse-Plattform einzustellen.

Mit der Gleichstellungsstrategie sind wir dabei, die umfassende Gleichstellung aller Geschlechter in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Belangen voranzutreiben. Wir setzen die Istanbul-Konvention um, mit der sich auch Deutschland dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet hat. Beim Ausbau der Zahl der Frauenhäuser in Baden-Württemberg sind wir vorangekommen. Eine flächendeckende Versorgung bleibt aber eine Herausforderung, die wir künftig kraftvoll angehen. Wir haben im ganzen Land Beratungsstellen eingerichtet, die betroffene Frauen bei häuslicher oder sexualisierter Gewalt unterstützen und beraten. Mit unserer Kampagne „nachtsam“ sensibilisieren wir in Clubs für die Gefahren für Frauen im Nachtleben. Die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeind-

lichkeit bietet Betroffenen konkrete Hilfe. Wir haben die Beauftragten für Chancengleichheit in den Kommunen und Landeseinrichtungen gestärkt. Wir wollen uns dafür einsetzen, den Schutz von queereinem Leben weiter zu verbessern.

Wir planen Integration mit Weitblick: Wir haben das Integrationsmanagement in den Kommunen etabliert und verstetigt. Kernelement ist die Förderung von Integrationsmanager*innen, die die Integration von Geflüchteten im Alltag unterstützen. Mit der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften, die Unternehmen bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie sorgt beispielsweise dafür, dass berufliche Qualifikationen ausländischer Fachkräfte schneller anerkannt werden.

Für mehr soziale Sicherheit: Teilhabe fördern, Zukunft ermöglichen!

Für diejenigen, die besonders vulnerabel sind und unsere Unterstützung brauchen, schaffen wir einen verlässlichen Schutzraum. Die Anzahl der Menschen, die in finanzielle Notlagen geraten, steigt an – ob durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung. Daher wollen wir die Schuldnerberatung stärken und Angebote zur Armutsbekämpfung und Prävention verfügbar machen.

Wir erweitern *Housing-First*-Angebote und stärken die Prävention von Wohnungsverlust, besonders für Familien. Kinderarmut bekämpfen wir durch flächendeckende Präventionsnetzwerke und frühe Chancenförderung. Alleinerziehende entlasten wir mit Teilzeitausbildung, verlässlicher Betreuung und gezielten Unterstützungsangeboten.

Einsamkeit ist eine neue gesellschaftliche Herausforderung, die wir aktiv bekämpfen wollen. Sie betrifft alle Altersgruppen und kann gravierende Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit haben. Mit der Landesinitiative „Gemeinsam gegen Einsamkeit“ wollen wir das Thema stärker ins Bewusstsein rücken und Begegnung und Teilhabe durch innovative Projekte fördern. Denn die beste Prävention gegen Isolation ist ein gutes Miteinander im direkten Lebensumfeld.

Jugend ist eine besondere Lebensphase, geprägt von eigenen Erfahrungen, Chancen und Herausforderungen. Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich entwickeln zu können. Wir wollen ihre politischen Fürsprecher*innen im Parlament sein und Jugendverbände und Jugendarbeit stärken. Wir bekennen uns zur außerschulischen Jugendarbeit als wichtigem Lebens- und Sozialisationsort. Sie schafft freiwillige Räume, in denen demokratische Fähigkeiten durch Aushandlungsprozesse erlernt werden. Jugendverbandsarbeit werden wir ebenso stärken wie Mobile und Offene Kinder- und Jugendarbeit. Fachkräfte, die sich ge-

gen die extreme Rechte engagieren, dürfen nicht durch falsch verstandene Neutralitätsforderungen behindert werden. Die Teilhabe junger Menschen wollen wir stärken und nachhaltig verankern. Dafür richten wir ein landesweites Jugendgremium ein, das Jugendliche verbindlich in politische Entscheidungen einbezieht. Der Landesjugendbeirat im Kultusministerium soll weiterentwickelt werden, wobei sich die Landesregierung verpflichten soll, seine Ergebnisse zu prüfen und zu beantworten. Gesetzgebungsverfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen diese über Praxis-Checks und ergänzende Beteiligungsformate direkt berücksichtigen. Wir unterstützen die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung und wollen ihre Arbeit fortführen und stärken. Das Pilotprojekt zum Freiwilligen Pädagogischen Bildungsjahr soll ausgeweitet werden, um den Lehrberuf zu stärken und Jugendlichen eine vertiefte pädagogische Berufsorientierung zu ermöglichen. Das Pilotprojekt zu Jugendräten in den Landkreisen soll verstetigt und landesweit durch geeignete Rahmenbedingungen etabliert werden. Wir bekennen uns zur Fortführung des Masterplans Jugend und sichern den Bündnisschutz, damit seine langfristigen Ziele verlässlich umgesetzt werden können.

Engagiert für das Ehrenamt – ermöglichen, stärken, schützen

Fast die Hälfte der Menschen in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Ob im Fußball- oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften, ob in Pflege und Betreuung oder Gewerkschaften: Das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir wollen noch mehr Menschen ermöglichen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Dafür wollen wir eine Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“ einsetzen. Sie soll unter breiter Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen Lösungen dafür entwickeln, wie wir das Ehrenamt besser in Einklang mit einem fordernden Berufs- und Familienleben bringen. Wir wollen die Ehrenamts-offensive mit einem besonderen Fokus auf ältere Menschen, die oftmals besonders aktiv und bereit zum ehrenamtlichen Engagement sind, fortführen. Dieses wertvolle Engagement wollen wir durch entsprechende Unterstützung aktivieren. Um das kommunalpolitische Ehrenamt noch attraktiver machen, wollen wir entsprechende Fortbildungen und Schulungen fördern. Die Einrichtung und Förderung von Seniorenräten auf kommunaler Ebene können dabei helfen. Wir unterstützen Maßnahmen zur Gewaltprävention und zur Sensibilisierung für Gefahren im Ehrenamt in unseren Vereinen.

Die Ehrenamtskarte ist ein wichtiges Signal der Wertschätzung an die Ehrenamtlichen im Land.

Wir wollen die kulturellen und freizeithlichen Angebote weiter ausbauen, damit die Ehrenamtskarte auch von jungen Menschen und Familien noch häufiger genutzt wird.

Ehrenamt fördert Integration und Inklusion. Wir wollen Zugänge zu ehrenamtlichem Engagement für zugewanderte Menschen erleichtern. Gemeinnützige und genossenschaftliche Initiativen unterstützen wir, indem wir Förderung, Beratung und Austausch vereinfachen und Bürokratie abbauen.

Sport als Bindeglied für Gesellschaft und Zusammenhalt

Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit und ohne Behinderungen und mit unterschiedlichen Erfahrungen.

Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir unterstützen den Sport im Land aus voller Überzeugung. Wir wollen für den Breitensport auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Sportvereine und Verbände leisten unverzichtbare Arbeit für den Zusammenhalt in Baden-Württemberg.

Mit dem Solidarpakt Sport IV hat die grün-geführte Landesregierung trotz schwieriger Haushaltslage klargemacht: Der Sport hat für uns eine hohe Priorität. Diesen Weg setzen wir fort und verlängern den Solidarpakt Sport, damit die Vereine auch in Zukunft die notwendige Unterstützung erhalten.

Vielerorts sind Sportstätten die einzigen Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen. Hier unterstützen sie gemeinsam ihre Mannschaft oder treiben zusammen Sport. Die Sporthalle, der Bolzplatz oder die Laufbahn: Wir wollen diese Orte nachhaltig sichern und verbessern. Mit einem landesweiten Programm „Sportstätten fit 2032“ wollen wir Hallen, Bäder und Sportplätze modernisieren – energieeffizient, barrierefrei und klimaresilient. Zum Sportland gehören auch leistungsfähige Bäder. Wir sichern diese Infrastruktur und unterstützen Schulen und Vereine dabei, Schwimmen verlässlich zu ermöglichen.

Der Sport lebt vom Ehrenamt. Menschen, die Können, Haltung und Werte vermitteln, verdienen beste Rahmenbedingungen. In der Vergangenheit konnten wir die Übungsleiterpauschale erhöhen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und streben eine weitere Erhöhung in der kommenden Legislaturperiode an. Außerdem wollen wir die Ehrenamtlichen von unnötiger Bürokratie entlasten, die sie bei der Ausübung oft behindert. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für Vereinfachungen bei Änderungen des Vereinsregisters, für die Befreiung der GEMA-Gebühren für Vereine sowie für die Befreiung bei der Umsatzsteuer ein. Gleichzeitig wol-

len wir dafür sorgen, dass Beantragungs- und Förderverfahren im Land vereinfacht werden. Kinder und Jugendliche brauchen tägliche Bewegung. Wir stärken bewegungsfreundliche Schulen, fördern feste Bewegungszeiten und vertiefen im Ganztage die Kooperation mit Vereinen, damit verlässliche Wege in den organisierten Sport entstehen. So werden motorische Entwicklung, Lernfähigkeit und Teamgeist gefördert und Talente früh entdeckt. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt: Sport als unverzichtbaren gesellschaftlichen Bereich gilt es besonders zu schützen.

Auch der Mountainbike-Sport erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Runde Tische zwischen Sport, Naturschutz und Forst haben vielerorts Konflikte beigelegt und legale, sichere Trails geschaffen. Diesen Weg unterstützen wir ausdrücklich und sehen ihn als Erfolgsmodell für das ganze Land. Im Wald setzen wir uns für ein gutes Miteinander ein.

Große Sportereignisse begeistern, sie müssen aber zugleich Maßstäbe bei Nachhaltigkeit setzen. Wir stehen Bewerbungen positiv gegenüber, knüpfen Investitionen jedoch an klare soziale, wirtschaftliche und ökologische Standards. Klimafreundliche Mobilität, Kreislaufwirtschaft, barrierefreie Infrastruktur sowie Förderung von Ehrenamt und Nachwuchs sind für uns Leitplanken. Baden-Württemberg soll als Vorreiter für nachhaltige Sportveranstaltungen sichtbar werden.

Mit Stadionallianzen intensivieren wir die Zusammenarbeit von Clubs, Fanprojekten, städtischen Behörden und polizeilichen Sicherheitsbehörden bei der Organisation und Durchführung von Fußballspielen. Sie sind ein baden-württembergisches Erfolgsmodell, das von vielen anderen Bundesländern mittlerweile übernommen wurde. Wir wollen sie beibehalten und weiterentwickeln. Wir Grüne unterstützen darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und Amateursportbereich.

Mehr und mehr sportliche Großveranstaltungen ächzen unter schwierigen An- und Abreisebedingungen. Staus, überfüllte Bahnen und unkoordinierte Menschenmassen führen dazu, dass ein Fußball- oder Basketballspiel für viele zur logistischen Herausforderung wird.

Für solche Großveranstaltungen wollen wir in Zukunft Mobilitätskonzepte entwickeln, die im Vorfeld alle Akteure zusammenbringen: Bahn, ÖPNV, Verkehrsleitplanung und Veranstalter*innen, sodass An- und Abreise für alle einfacher werden.

Baden-Württemberg ist Spitzensportland. Wir fördern transparent und stellen die Athlet*innen in den Mittelpunkt. Duale Karrieren unterstützen wir durch Beratung sowie Kooperationen mit Hochschulen und Betrieben, damit sportliche und berufliche Perspektiven zusammengehen. Forschung und Bildung treiben wir voran – mit Blick auf Digitalisierung, Gesundheit und Nachhaltigkeit. In der Aus- und Fortbildung von Trainer*innen und

Übungsleiter*innen verankern wir Inklusion, Prävention und Nachhaltigkeit stärker und fördern qualitativ hochwertige Angebote.

Sport ist für alle da. Wir unterstützen integrative Projekte für Menschen mit Behinderungen und für benachteiligte Gruppen, fördern gezielte Angebote für Mädchen und Frauen und stärken Vielfalt im Sport – auf und neben dem Platz. Wir stehen neuen Formen des Sports offen gegenüber. Millionen Menschen begeistern sich für E-Sport. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen, stellen sicher, dass pädagogische Leitlinien greifen, und stärken gemeinnützige Strukturen. So verbinden wir Tradition und Innovation zu einem starken, zukunftsfähigen Sportland.

Informiert im Dialog: Beteiligung leben, Mitsprache erweitern

Deutschland- und europaweit sind wir mit unserer „Politik des Gehörtwerdens“ führend. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land stärker an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligt sind und sich einbringen können.

Gemäß dem Leitspruch „Nichts über uns ohne uns“ beteiligen wir an unseren Entscheidungen diejenigen Gruppen, die als Expert*innen besonders von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Mit der neuen Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung haben wir für die Behörden im Land eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie berät und unterstützt Kommunen wie Landesbehörden bei der Durchführung von Bürgerbeteiligung. Damit erweitern wir die Entscheidungsgrundlage für Behörden und gewählte Gremien. Das hilft, tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen zu finden. Zusätzlich vernetzt und befähigt die „Allianz für Beteiligung“ Gruppen überall im Land, sich in ihrer Gemeinde, in ihrem Ortsteil oder in ihrem Quartier einzubringen – etwa mit den Nachbargaftsgesprächen. Dieses Programm wurde aufgestellt, damit Initiativen lokale Konflikte in ihrem Lebensumfeld selbst angehen und bearbeiten können. Damit leistet das Programm einen Beitrag für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Baden-Württemberg haben wir deutlich gesenkt. Weiterhin wollen wir uns für Bürgerentscheide auch auf Landkreisebene einsetzen. Auch das Wahlrecht haben wir angepasst. Bei Landtags- und Kommunalwahlen dürfen Menschen bereits ab 16 Jahren wählen. Bundesweit ist Baden-Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen!

In der nächsten Legislaturperiode bauen wir die „Politik des Gehörtwerdens“ weiter aus. Dazu fördern wir die Transparenz der Kommunal- und Landesverwaltung und stärken so das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat. Wir reduzieren den

Verwaltungsaufwand für die Kommunen, indem wir ein Transparenzportal des Landes entwickeln. Wir etablieren automatisierte Lösungen in ersten Pilotprojekten und bauen das Landesinformationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz aus.

Bundesweit sinkt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Mit der „Politik des Gehörtwerdens“ haben wir diesem Trend nachweislich etwas entgegeng gehalten. Deshalb wollen wir diese Politik fortsetzen. Wichtige Gesetze und Regierungsvorhaben werden wir weiterhin mit Bürgerforen und anderen Beteiligungs- und Anhörungsformen entwickeln. Wir werden Bürgerbegehren und Volksbegehren flexibler gestalten und verbessern. Dialogische Beteiligung und direkte Demokratie wollen wir verzahnen. Bei Bürgerentscheiden soll auch über Alternativen abgestimmt werden können.

Die Kreistage sehen wir als unmittelbare Vertretung der Bürgerschaft. Eine Mitgliedschaft von Bürgermeister*innen im Kreistag halten wir für schwer vereinbar mit ihrer Position als kommunale Verwaltungsleitung und wollen sie zukünftig ausschließen.

Demokratie braucht auch eine informierte Öffentlichkeit und unabhängige Medien, die kritisch berichten, einordnen und informieren. Wir setzen uns für die Stärkung des regionalen Journalismus in Baden-Württemberg ein und wollen die bestehende TV-Förderung in eine Journalismusförderung überführen. Ein starker Rundfunkdualismus, also das Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern, mit einer robusten Landesanstalt für Kommunikation ist für uns ebenso zentral wie EU-weite Kultursender wie ARTE. Ebenso unterstützen wir unabhängige und dezentrale soziale Netzwerke wie Mastodon und das Fediverse.

In einer digitalisierten Gesellschaft müssen Bürger*innen in der Lage sein, echte von manipulierten Inhalten zu unterscheiden. Genauso wichtig ist es, Betrugsmaschinen über Internet und Telefon, beispielsweise den sogenannten Enkeltrick, zu erkennen. Trickbetrug nimmt weiterhin zu, bedient sich immer ausgefeilterer Methoden und ist daher immer schwerer zu erkennen. Darum wollen wir die Medienbildung aller Menschen fördern – nicht nur in Schulen. Verlässliche Informationen zu Funktionsweise, Nutzung, Vorteilen, Gefahren und Risiken von Social Media sollen altersgerecht verfügbar sein. Die Teilhabe älterer Menschen wollen wir fördern. Junge Menschen sollen auf die verantwortungsvolle Nutzung von Social Media vorbereitet und gleichzeitig altersentsprechend geschützt werden. Darum wollen wir gemeinsam mit anderen Ländern darauf hinwirken, Social-Media-Altersgrenzen endlich wirksam umzusetzen. Wir setzen uns für technische Standards zur Kennzeichnung digitaler Inhalte ein: Bilder, Videos und Beiträ-

ge sollen durch sogenannte Content Credentials, also verknüpfte und manipulationssichere Metadateien, nachvollziehbar gekennzeichnet werden. So werden ihre Herkunft und Integrität sichtbar. Damit stärken wir das Vertrauen in digitale Inhalte und geben Orientierung in einer Zeit von Desinformation und Deep Fakes.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass politische Informationen in alle Briefkästen eingeworfen werden dürfen.

Gleichberechtigung und Vielfalt leben: Freiheit und Sicherheit für alle

Wir setzen uns für eine Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes ein, um Gleichstellung noch wirksamer und verbindlicher zu gestalten. Wir stärken die Beauftragten für Chancengleichheit in Kommunen und Landeseinrichtungen, damit Gleichstellung vor Ort sichtbar bleibt und weiter voran gebracht wird. Den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention wollen wir durch ein landesweites Monitoring transparent machen. Außerdem stärken wir die Fachberatungsstellen zu Prostitution und Menschenhandel und fördern Ausstiegswohnungen. Darüber hinaus unterstützen wir Programme, die Frauen, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffen sind, neue Perspektiven und selbstbestimmte Lebenswege eröffnen.

Wir machen Baden-Württemberg zum Musterland für Gleichberechtigung und setzen uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Förderung von Frauen in Führungspositionen ein. Wir Grüne stehen für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihren sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten leben können. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ und dem Queeren Netzwerk BW haben wir mit über 100 Mitgliedsorganisationen in Baden-Württemberg Strukturen geschaffen, die queere Menschen schützen und ihre Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmtheit garantieren sollen. Diese Strukturen wollen wir weiterentwickeln und langfristig absichern. Auf den vielen Christopher Street Days im Land demonstrieren jedes Jahr Hunderttausende Menschen für Akzeptanz und gleiche Rechte von queeren Menschen. Leider werden diese Veranstaltungen zunehmend von Rechtsextremen gestört. Die Polizei leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz dieser Demonstrationen. Wir wollen beim Landesamt für Verfassungsschutz eine Ansprechperson schaffen, um mehr Sensibilität zu erreichen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass mit queeren Geflüchteten, die einen besonderen Schutzbedarf haben, in Erstaufnahmestellen entsprechend sensibel umgegangen wird. Wir unterstützen die

Arbeit von queeren Organisationen, die mit Beratung und Vernetzung niedrigschwellige Unterstützung für queere Geflüchtete bieten.

Da oft die Entfernung zur nächsten größeren Stadt queeren Jugendlichen einen barrierefreien Zugang zur Beratung erschwert, braucht es eine nachhaltige Finanzierung und Absicherung der Angebote im ganzen Land, insbesondere im ländlichen Bereich.

Queere Menschen wurden im Nationalsozialismus verfolgt. Wir setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, die sexuelle Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes als Diskriminierungsverbot aufzunehmen. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen das Familien- und Abstammungsrecht modernisieren, damit auch Regenbogenfamilien und vielfältige Familienformen rechtlich abgesichert sind. Baden-Württemberg bleibt mit uns Grünen eine starke Stimme für Vielfalt, gleiche Rechte und die Menschenrechte queerer Menschen – in Deutschland, Europa und weltweit.

Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln, um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein landesweites Monitoring von geschlechtsspezifischer Gewalt und Femiziden ein. Wir wollen landesweit flächendeckende Angebote ausbauen und Täterprogramme verbindlich in den Gewaltschutzketten verankern. Prävention beginnt früh. Deshalb wollen wir Bildungsangebote zu gewaltfreien Rollenbildern ausbauen. Ermessensspielräume bei Wohnungsweisen müssen konsequent umgesetzt werden. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte sollen regelmäßig zu geschlechtsspezifischer Gewalt, Opferschutz und der Istanbul-Konvention fortgebildet werden. Landesweit streben wir eine kostenlose, vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt an.

Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen mit Behinderungen, sind nochmals häufiger Opfer von Gewalt. Dabei sind sie besonders häufig an solchen Orten von Gewalt betroffen, die sie eigentlich schützen sollen. Wir setzen uns dort für klare Gewaltschutzregelungen ein. Ebenso achten wir darauf, dass Beratungsangebote, Schutzwohnungen und Frauenhäuser für Menschen mit Behinderungen niederschwellig und barrierefrei erreichbar und nutzbar sind.

Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg konsequent umsetzen und flächendeckend im ganzen Land genügend Frauen- und Kinderschutzhäuser, Schutz-

wohnungen sowie Beratungsstellen sicherstellen. Wir werden die mobilen Unterstützungsangebote ausbauen und Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt weiter stärken und finanziell gut ausstatten. Im Kampf gegen digitale Gewalt, die sich insbesondere gegen Frauen richtet, wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen. Daher setzen wir uns dafür ein, Diskriminierung und strafbare – inklusive KI-generierte – Inhalte im Netz, insbesondere auf Social Media, sowie Angriffe insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken. Antifeminismus und Queerfeindlichkeit bedrohen unsere offene und vielfältige Gesellschaft. Die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit werden wir daher weiter ausbauen. Sie bietet individuelle Unterstützung, fachliche Beratung und Bildungsangebote, ist Anlaufstelle für Sicherheitsfragen und Gefährdungseinschätzungen und dokumentiert antifeministische und queerfeindliche Vorfälle. Wir stellen uns entschieden gegen Hass, Hetze und Gewalt – online wie offline.

Wir wollen, dass Frauen selbst über ihren Körper und ihr Leben bestimmen können. Wir unterstützen eine selbstbestimmte Entscheidung. Deshalb setzen wir uns – entsprechend den Zuständigkeiten und Möglichkeiten des Landes – weiter dafür ein, ein ausreichendes plurales Angebot wohnortnaher Beratungsstellen sowie ambulanter und stationärer Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen.

Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung: Wir setzen uns für die Stärkung von Antidiskriminierungsprojekten im ganzen Land ein. Wir bauen ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Projekten. Mit einem starken und wirksamen Gleichbehandlungsgesetz schaffen wir Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden.

Wir wissen, dass Menschen aufgrund von Überschneidungen mehrerer Identitätsmerkmale besonders benachteiligt werden. Darum richten wir Maßnahmen gegen Diskriminierung intersektional aus.

Zu einem Land, das seine Vielfalt schützt, gehört auch, dass Menschen ihre Religion ungestört ausüben können. Religionsfreiheit umfasst für uns dabei auch die Freiheit, sich zu keiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen.

Für uns Grüne ist klar: Religionsfreiheit garantiert die freie Ausübung des Glaubens. Daher bekämpfen wir jede Form von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit und haben null Toleranz für religionsbedingte Diskriminierung.

Wir fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch zwischen den Religionen. Ob in der Kirchengemeinde, in der Synagoge oder in der muslimischen Glaubensgemeinschaft: Die vielen

Ehrenamtlichen schaffen Orte der Begegnung und stärken unseren sozialen Zusammenhalt.

Mit karitativen Einrichtungen und Sozialdiensten, mit Geflüchtetenhilfe oder in der Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden haben die christlichen Kirchen traditionell eine starke Rolle in Baden-Württemberg.

Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen und das Verständnis für jüdische Geschichte und Tradition in unserem Land zu stärken. Dafür stehen wir mit den jüdischen Gemeinden im Land im Dialog. Wir wollen die Aufklärung über Antisemitismus in den Schulen stärken und den Dialog und Austausch mit Israel fördern.

Jüd*innen sollen in Baden-Württemberg ohne Angst leben können. Der Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 hat viele von ihnen verunsichert und sie wurden oftmals Opfer unentschuldbarer Angriffe. Um den hohen Beratungsbedarf bei antisemitischen Übergriffen zu decken, braucht es langfristige und verlässliche Anlauf- und Beratungsstellen gegen Antisemitismus.

Um die Zusammenarbeit mit den vielfältigen muslimischen Gemeinden im Land zu strukturieren und zu festigen, wollen wir die Islamberatung Baden-Württemberg zu einer zentralen Ansprechstelle für die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und Verbänden im Land ausbauen.

Migration und Integration gestalten – Chancen schaffen

Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das aus seiner Vielfalt Kraft zieht. Ein Land, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte echte und gleiche Chancen auf Teilhabe haben und ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Das Ziel von Integration ist die vollständige gesellschaftliche Teilhabe zugewanderter Menschen. Egal ob hier geboren oder zugewandert: Rechte und Gesetze gelten für alle Menschen. Der Schlüssel dafür ist neben dem Erwerb von Sprache die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Je schneller Geflüchtete Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, desto einfacher gestaltet sich der Integrationsprozess.

Wir wollen, dass die Arbeitsmarktteilhabe für Zugewanderte durch spezifische Angebote noch gezielter und umfassender gefördert wird – besonders für Frauen, die höhere Hürden bei der Arbeitsmarktintegration haben. Gleichzeitig brauchen wir aber auch verlässliche Strukturen, um echte Chancen auf Teilhabe zu ermöglichen. Wir brauchen eine Willkommenskultur. Für die Fachkräfteeinwanderung bauen wir Hürden ab und erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt. Auch zugewanderten Kindern, älteren Menschen und solchen mit Erkrankungen und Behinderungen ermöglichen wir die gesellschaftliche Teilhabe.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration der Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen. Zugewanderte und geflüchtete Menschen können so ihre persönlichen Chancen verbessern. Wir wollen Sprachkursangebote unter Berücksichtigung besonderer Bedarfe von Alleinerziehenden oder im ländlichen Raum ausbauen. Bei dieser Aufgabe erwarten wir auch mehr Unterstützung vom Bund. Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen in allen Niveaustufen. So können sie schnell und entsprechend ihres Potenzials in den Arbeitsmarkt integriert oder für den Start von Ausbildung oder Studiums qualifiziert werden. Wir setzen uns dafür ein, die bestehende Unterdeckung von Sprachkursangeboten durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Insbesondere zivilgesellschaftliche Angebote wollen wir unterstützen. Damit tragen wir auch zur wirksamen Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels sowie zur Entlastung der Sozialsysteme bei. Im Land wollen wir über das Sprachförderprogramm „VwV Deutsch“ weiterhin Menschen den Erwerb von Deutschkenntnissen ermöglichen, wenn sie sonst keinen Zugang zu den Kursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben. Die finanzielle Unterstützung von Modellprojekten zum Spracherwerb im Job wollen wir deutlich ausbauen.

Wir wollen Arbeitsmigration ordnen und gestalten. Die Einrichtung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein großer Erfolg und trägt dazu bei, den Arbeits- und Fachkräftemangel in Baden-Württemberg zu mindern. Diesen Ansatz der legalen Einwanderung wollen wir fortführen. Dazu unterstützen wir Maßnahmen zur Vorintegration wie beispielsweise den deutschen Spracherwerb im Heimatland. Wir setzen uns für eine passgenaue Vermittlung zwischen Betrieben und potenziellen Arbeitskräften aus dem Ausland ein, indem wir die staatliche Steuerung im Bereich Matching ausbauen. Um Verfahren effektiv durchzuführen und zugewanderten Menschen beispielsweise schnell Beschäftigung zu ermöglichen, müssen nun alle Ausländerbehörden in den Großen Kreisstädten und Landkreisen neu aufgestellt werden. Es müssen effiziente Strukturen in der Fläche gewährleistet sein, etwa über KI-gestützte Musterverfahren. Die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung haben viel Kontakt zu Menschen unterschiedlicher Herkunft. Für ein reibungsloses und serviceorientiertes Verwaltungshandeln wollen wir die interkulturelle Kompetenz in Ämtern und Behörden fördern und unterstützen. Wir wollen dafür sorgen, dass wichtige Informationen in Behörden und sozialen Einrichtungen auch mehrsprachig zu Verfügung stehen. Dafür wollen wir mit den kommunalen Verbänden nach Lösungen suchen. Dazu gehören beispielsweise auch technische Lösungen wie entsprechende Apps. Anerken-

nungsverfahren für ausländische Qualifikationen wollen wir weiter beschleunigen.

Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl. Wir bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, wollen wir helfen. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer beenden und lehnen Kriminalisierungsversuche der humanitären Hilfe ab. Viele Menschen, die bei uns ankommen, sind traumatisiert. Deshalb braucht es psychologische Beratung in den Aufnahmestellen.

Für geduldete Geflüchtete, die seit vielen Jahren hier leben, gut integriert sind, die deutsche Sprache sprechen, die einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, haben wir mit dem Bleiberechts-erlass eine Perspektive geschaffen. Je schneller Geflüchtete Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, desto einfacher gestaltet sich der Integrationsprozess. Die Bezahlkarte wollen wir unbürokratisch umsetzen, so dass keine zusätzliche Belastung für die Behörden und keine unnötigen Hürden für Geflüchtete entstehen. Für die Ausgestaltung sollen die Kommunen den nötigen Gestaltungsspielraum erhalten, um die Versorgung der Geflüchteten sicherzustellen. Abschiebungen von Auszubildenden und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die keine schweren Straftaten begangen haben, lehnen wir ab. Wir werden sicherstellen, dass gesetzliche Spielräume des Aufenthaltsgesetzes landeseinheitlich zugunsten des Bleiberechts genutzt werden.

Betroffene und Arbeitgeber*innen brauchen zuverlässige Beratungsstellen, die über bestehende Bleiberechtsoptionen und ihre Voraussetzungen informieren. Die Härtefallkommission und ihre wichtige Arbeit unterstützen wir und werden ihre Empfehlungen weiterhin umsetzen. Es sei denn, es liegen nachweislich Gefahren für die Innere Sicherheit vor. Abweichungen von den Empfehlungen der Härtefallkommission sollen Ausnahmefälle sein.

Wer kein Aufenthaltsrecht und keine Bleibeperspektive hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir den Fokus auf diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die Innere Sicherheit unseres Landes gefährden.

Die Situation von Menschen in Abschiebehaft werden wir weiterhin im Blick behalten. Die wichtige Arbeit des Runden Tisches Abschiebehaft mit Kirchen, Sozialverbänden, ehrenamtlichen Gruppen und Behörden setzen wir fort. Unabhängige Rechtsberatung soll möglich sein. Die Identitätsklärung ist für die Verlässlichkeit öffentlicher Register und zur Inneren Sicherheit von großer Bedeutung – auch bei Rückführungen. Der häufigste Grund, warum Rückführungen von Straftäter*innen

und Gefährder*innen scheitern, sind ungeklärte Identitäten oder fehlende Dokumente.

Gleichzeitig gibt es viele Schutzsuchende, die gerne Dokumente wie etwa Geburtsurkunden beschaffen möchten, denen dies aber nicht zumutbar ist. Wir wollen daher alle Möglichkeiten zur Beschleunigung und Erleichterung der Verfahren zur Identitätsklärung und Dokumentenbeschaffung nutzen. Menschen, die bereits hier sind, sollen schnell Klarheit und Sicherheit über ihre Bleibeperspektiven erhalten und ankommen können.

Wir wollen die Demokratiebildung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen fest verankern. Auch die Extremismus- und die allgemeine Präventionsarbeit in den Landeserstaufnahmestellen wollen wir stärken. Das gilt auch für die von uns eingeführte Traumarehabilitation für Geflüchtete. Mit dem Projekt „Baden-Württemberg schützt“ haben wir erste wichtige Schritte unternommen, um psychische Belastungen bei Geflüchteten frühzeitig zu identifizieren und niedrigschwellige Hilfe leisten zu können. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. Damit Integration gelingt und zugewanderte Menschen schnellstmöglich ihr Leben selbstständig organisieren können, wollen wir die effiziente Zusammenarbeit zwischen Integrationsmanager*innen und Behörden wie Ausländerbehörde, Jobcenter und Sozialamt durch ein Kooperationsgebot regeln.

Zur Weiterentwicklung eines zeitgemäßen Bestattungswesens soll ein strukturierter Dialogprozess in Form eines Bürgerforums initiiert werden. An diesem Prozess sollen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Bürgerschaft ebenso beteiligt sein wie relevante Institutionen und Fachleute. Ziel ist es, gemeinsam moderne, bedarfsgerechte und gesellschaftlich tragfähige Lösungen für ein zeitgemäßes Bestattungswesen zu entwickeln.

5.2. Rechtsstaat gibt Halt: Freiheit sichern, Demokratie stärken, Bedrohungen bekämpfen

Unsere Demokratie wird angegriffen – von innen und von außen. Uns wird gerade nahezu täglich vor Augen geführt: Freiheit, Sicherheit und Offenheit sind nicht selbstverständlich.

Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Als offene Gesellschaft, als freiheitlicher Rechtsstaat und als wehrhafte Demokratie müssen wir die reale Gefahr, die von ihm ausgeht, als zentrale Bedrohung verstehen und entsprechend handeln. Die rechtsextreme Szene muss entwapfnet, rechtsextreme Strukturen müssen zerschlagen und rechtsextreme Propaganda muss klar benannt und unterbunden werden – analog wie online. Um Rechtsextremismus wir-

kungsvoll bekämpfen zu können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen sowie seine Erscheinungsformen und Strategien verstehen. Dazu haben wir an der Universität Tübingen das bundesweit erste Institut für Rechtsextremismusforschung und die Dokumentationsstelle Rechts extremismus beim Landesarchiv Baden-Württemberg geschaffen. Wir bekämpfen den politischen Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns auch für ein AfD-Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

Wir sind weltoffen, aber nicht naiv. Islamismus ist antidemokratisch, antisemitisch, frauenverachtend und queerfeindlich. Islamist*innen wollen all das bekämpfen, wofür unsere liberale Demokratie steht. Er bedroht uns alle – auch Menschen muslimischen Glaubens. Viele sind vor dem Terror dieser Ideologie geflohen. Globale Entwicklungen können die Bedrohungslage rasch verschieben. Daher ist es wichtig, dass unsere Sicherheitsbehörden immer auf dem neuesten Stand sind. Sie sollen die Radikalisierungsprozesse und Anwerbestrategien im Blick haben und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen können. Unser Kampf gegen den Islamismus darf niemals zum Generalverdacht gegenüber Muslim*innen führen. Die überwältigende Mehrheit der Muslim*innen in Baden-Württemberg sind ein selbstverständlicher Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Gemeinsam stellen wir sicher, dass Islamismus in unserem Land keinen Raum gewinnt.

Seit einigen Jahren sind wir zunehmend mit hybriden Bedrohungen konfrontiert: Sabotage, Spionage, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastruktur müssen schnell erkannt und früh gestoppt werden. Dafür braucht es technisch und personell gut aufgestellte Sicherheitsbehörden, aber auch ein breit verankertes Problembewusstsein. Ein effektiver Schutz von kritischen Infrastrukturen ist ein herausragend wichtiger Baustein im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen hybride Bedrohungen. Wir wollen ihre Resilienz erhöhen und sie widerstandsfähiger gegen Krisen und Angriffe machen. Dies bedeutet auch, kritische Komponenten, die nicht vertrauenswürdig sind, konsequent aus kritischer Infrastruktur zu entfernen. Unsere vernetzte, freie Welt braucht Schutz vor Desinformation, Datenmissbrauch und digitalen Angriffen. Vertrauen in die Demokratie braucht Vertrauen in staatliche Institutionen.

Ein Rechtsstaat mit einer gut ausgestatteten Justiz und einer leistungsfähigen Verwaltung ist das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Angriffen auf die Unabhängigkeit der Justiz müssen deshalb schon im Ansatz entschieden entgegengetreten werden. Wir wollen das ministerielle Einzelweisungsrecht von Justiz- und Innenministerium abschaffen, um unabhängige Ermittlungen zu ga-

rantieren. Unsere Politik hat die Sicherheitsstrukturen in den vergangenen Jahren gezielt gestärkt. Wir haben massiv in Polizei, Justiz und Cybersicherheit investiert. Baden-Württemberg hat heute eine der niedrigsten Kriminalitätsraten bundesweit. Mit dem Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-Zentrum, der Cybersicherheitsagentur und dem Opfer-schutzbeauftragten sorgen wir schon heute dafür, dass unser Rechtsstaat auch auf neue Bedrohungen schnell und wirksam reagieren kann.

Entschlossen gegen Kriminalität – Hand in Hand für mehr Sicherheit

Wir wollen Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten für Veranstaltungen unterstützen. Wir wollen neue personelle Ressourcen in der Polizei und Justiz schaffen sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten. Ziel ist es, Organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können. Wir wollen die Finanzermittlungen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität, schwerem Steuerbetrug – wie etwa bei den Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäften – sowie Geldwäsche verstärken. Um das volle Potenzial im Kampf gegen komplexe Kriminalitätsstrukturen zu heben, setzen wir auf innovative Wege der Personalgewinnung. Wir wollen Quereinstiege erleichtern und gezielt Expert*innen aus der IT-Branche und dem Finanzwesen für die öffentliche Sicherheit gewinnen. Ergänzend streben wir die Einrichtung einer zivilgesellschaftlich organisierten Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität an. Denn eine starke Gesellschaft braucht wachsame Augen. Aufklärung über mafiöse Strukturen, internationale Vernetzung und wissenschaftliche Forschung sind für uns zentrale Bausteine im Kampf gegen Kriminalität im Schatten.

Nach Jahren des Rückgangs steigt die Jugendkriminalität wieder. Das ist eine Entwicklung, die wir ernst nehmen. Jugendkriminalität bekämpfen wir an der Wurzel und setzen auf gute Präventionsarbeit. Das bedeutet für uns: gute Sozialpolitik, Chancengerechtigkeit in der Bildung, Ausbau der Jugendhilfe. Außerdem wollen wir die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Mobile Jugendarbeit stärken. Kommt es zu Straftaten, gilt es, die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts optimal zu nutzen. Maßstab muss sein: Erziehen ist wirksamer als bestrafen. Freiheitsstrafen im geschlossenen Vollzug sind kein geeignetes Mittel. Besser sind frühe, zielgerichtete Interventionen in den Häusern des Jugendrechts, die wir in der Fläche ausweiten wollen. Die Plätze in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen und in der Jugendforensik müssen ausgebaut werden. Wo Jugendstrafhaft unvermeidbar ist, setzen wir auf den gesetzlich vorgesehenen Wohngruppenvollzug mit entsprechender personeller Ausstattung. In Übereinstimmung

mit Praktiker*innen aus Justiz, Polizei und Jugendhilfe lehnen wir eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters ab.

**Polizeiarbeit stärken und stützen:
Sicherheit spürbar vor Ort**

Unsere Polizei leistet Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Sicherheit und unser Zusammenleben. Der Beruf ist anspruchsvoll, oft belastend und in vielerlei Hinsicht besonders. Denn Polizist*innen stehen ganz vorne, wenn es darum geht, Menschen zu schützen, Konflikte zu entschärfen und unseren Rechtsstaat zu verteidigen. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere Anerkennung und die bestmögliche Unterstützung. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Polizei gut ausgebildet, modern ausgestattet und personell stark aufgestellt ist. Denn gerade in Zeiten wie diesen brauchen wir eine handlungsfähige, vertrauenswürdige und gut arbeitende Polizei. Besonders stolz sind wir darauf, dass unsere Polizei ein sehr hohes Vertrauen in unserer Bevölkerung genießt. Das soll auch so bleiben.

Wir setzen auf eine Polizei, die da ist, wo sie gebraucht wird. Dafür stärken wir gezielt die Verfügbarkeit der Polizei, indem wir die Beamt*innen bei der Büroarbeit entlasten. Dadurch erreichen wir kürzere Reaktionszeiten und mehr Zeit für den Einsatz vor Ort, damit mehr Sicherheit auch spürbar wird. An Kriminalitätsschwerpunkten setzen wir auf ein starkes Quartiersmanagement. Wir schaffen die Finanzierungsgrundlage für Einsatz- und Ermittlungsassistenzen für die Schutz- und Kriminalpolizei. Mit einem Rotationssystem für sogenannte „Brennpunktreviere“ wollen wir Beamt*innen vor Überlastungen schützen.

Wir investieren weiter konsequent in den Personalbestand, die Struktur und moderne Ausstattung der Polizei. Gleichzeitig arbeiten wir daran, den Polizeiberuf attraktiver zu machen: mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, einem modernen Gesundheitsmanagement und einer deutlich erhöhten Polizeizulage. Analog zur Bundeszulage wollen wir die Polizeizulage in Baden-Württemberg auf mindestens 228 Euro monatlich bei voller Ruhegehaltstfähigkeit anheben.

Wir wollen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-Württemberg endlich abschließen. Aufstieg und Verantwortung sollen sich an Leistung, Erfahrung und Kompetenz orientieren – nicht an formalen Zugangsvoraussetzungen. Deshalb soll der Zugang zum Polizeiberuf auch weiterhin mit einem mittleren Bildungsabschluss möglich sein. Wer Tag und Nacht für die Sicherheit im Land sorgt, verdient echte Wertschätzung, auch in der Besoldung. Mit einer zweigeteilten Laufbahn schaffen wir moderne, durchlässige Strukturen, stärken Motivation

und Bindung innerhalb der Polizei und machen den Beruf attraktiver. Damit setzen wir fort, was wir begonnen haben: eine Personalpolitik, die auf Vertrauen, Fairness und Anerkennung baut. Nach dem erfolgreichen 4-Säulen-Modell wollen wir weitere Perspektiven für die Oberkommissar*innen und Aufstiegsmöglichkeiten anbieten. Auch die Infrastruktur muss stimmen: Bauprojekte wie den Neubau des Landeskriminalamts samt Kriminaltechnischem Institut werden wir zügig umsetzen.

Eine starke Polizei braucht auch eine klare Haltung. Polizist*in zu sein, ist kein Beruf wie jeder andere. Polizist*in sein heißt, das staatliche Gewaltmonopol auszuüben. Damit geht eine sehr große Verantwortung einher. Nicht jede*r kann diesen Beruf ausüben. Nicht jede*r sollte diesen Beruf ausüben. Es ist unsere Pflicht, hohe Anforderungen an diejenigen zu stellen, die im Auftrag des Staates Waffen tragen – auch im Hinblick auf die Werte, die sie vertreten. Jede*r muss sich ohne Angst an die Polizei wenden können. Polizeiliches Fehlverhalten muss lückenlos aufgeklärt und konsequent aufgearbeitet werden. Das Amt der*des unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten werden wir bekannter machen und ihre*seine Befugnisse ausbauen, etwa das Recht auf Akteneinsicht. Darüber hinaus muss die Unabhängigkeit der Kontrolle von Polizei und Verwaltung auch in strafrechtlichen Ermittlungen gestärkt werden.

Unser Ziel ist, dass die Polizei die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt – insbesondere auch in Führungspositionen.

Wir machen uns stark für eine wertegeleitete Polizeikultur. Die Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses „Inspekteur der Polizei und Beförderungspraxis“ und der Stabsstelle für moderne Führungs- und Wertekultur werden wir konsequent umsetzen. Der Schutz vor sexualisierter Gewalt steht dabei für uns weiterhin besonders im Fokus. Wir werden eine unabhängige Forschungseinrichtung damit beauftragen, das Ausmaß sexualisierter Gewalt in den Landesbehörden wissenschaftlich zu untersuchen und bestehende Dunkelfelder zu beleuchten.

Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Wir Grüne streben auch für IT-Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an. Dieses Ziel wollen wir mit Know-how aus Baden-Württemberg erreichen. Spätestens bis zum Jahr 2030 muss – zum Beispiel ausgehend von einer europäischen Entwicklungsausschreibung – eine verfahrenübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen Unternehmen bereitstehen, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen.

Seit 1963 engagieren sich ehrenamtliche Helfer*innen im Freiwilligen Polizeidienst. Obwohl wir die Engagementbereitschaft der Polizeifreiwilligen

zu schätzen wissen, halten wir diese Konzeption heute nicht mehr für zeitgemäß. Denn die Polizeiarbeit hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Sie ist anspruchsvoller, herausfordernder und komplexer geworden. Wir wollen uns darauf konzentrieren, mehr Polizist*innen auf die Straße zu bringen, die für die Anforderungen des Polizeidienstes vollumfänglich gewappnet sind. Daher werden wir den Freiwilligen Polizeidienst abschaffen.

Eine leistungsfähige Justiz und ein wehrhafter Staat als Garant für die offene Gesellschaft

Eine unabhängige und leistungsfähige Justiz ist das Rückgrat und der Grundpfeiler unseres Rechtsstaats, unserer Demokratie und Garant für das Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Daher wollen wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg personell, technisch und organisatorisch besser ausstatten. Damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und bürgernah erfüllen können. Dazu wollen wir darauf hinwirken, dass perspektivisch alle Entscheidungen baden-württembergischer Gerichte anonymisiert in der zentralen Datenbank „Landesrecht BW“ veröffentlicht werden. Zudem muss auch die hohe Arbeitsbelastung vieler Justizangehöriger verringert werden. Mit dem Rechtsstaatspakt schaffen wir Stellen, wirken der hohen Arbeitsbelastung entgegen und beschleunigen Verfahren. Eine attraktive Besoldung versetzt uns in die Lage, auch im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft die besten Nachwuchskräfte für die Justiz zu gewinnen. Zudem wollen wir die Digitalisierung der Justiz im Land weiter vorantreiben, die Nachwuchsgewinnung und Fortbildung an der Justizakademie Baden-Württemberg stärken und moderne Arbeitsstrukturen fördern. Wir wollen die Justiz daher mit klugen KI-Lösungen zur Arbeitserleichterung unterstützen, ohne die richterliche Unabhängigkeit zu gefährden. Berufseinsteiger*innen wollen wir durch attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung der Einstiegsbesoldung. Wir stehen für eine Justiz, die unabhängig urteilt, zügig handelt und allen Menschen im Land den gleichberechtigten Zugang zum Recht sichert.

Der Rechtsstaat lebt vom Vertrauen in seine Institutionen – und von den Menschen, die ihn tragen. Deshalb setzen wir auf eine transparente und bürgernahe Justiz sowie auf eine moderne und praxisnahe Ausbildung künftiger Jurist*innen. Mit dem integrierten Bachelor, der Jura-Studierenden auch bei nicht bestandenem Staatsexamen einen Abschluss sichert, haben wir einen ersten wichtigen Schritt für eine höhere Attraktivität des Jura-Studiums gemacht. Jetzt gilt es, die Qualität der Ausbildung für Referendar*innen weiter zu verbessern und zukunftsrelevante Inhalte wie IT-Recht, Datenschutzrecht oder Migrationsrecht zu verankern. Ob

als Richter*in, Anwält*in oder in der Verwaltung: Nur wer schon in der Ausbildung die Realität von heute kennt, kann das Recht von morgen verantwortungsvoll gestalten.

Um das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, reformieren wir das Begnadigungsrecht. Wir fordern gesetzliche Mindestkriterien für Entscheidungen, die durch Dokumentationen nachträglich überprüfbar sind.

Der Justizvollzug muss den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und Resozialisierung gerecht werden. Dafür braucht es auch genügend gut ausgebildetes Personal und gute Arbeitsbedingungen in den Haftanstalten. Wir setzen uns für moderne bauliche Standards ein, die Sicherheit und humane Haftbedingungen für Häftlinge gewährleisten. Gleichzeitig sollen sie den Bedürfnissen der Mitarbeiter*innen gerecht werden. Unser Ziel ist ein Strafvollzug, der nicht nur sanktioniert, sondern wirksam vor Rückfällen schützt und zurück in ein verantwortungsvolles Leben begleitet. Deshalb wollen wir uns für Alternativen zur klassischen Inhaftierung einsetzen – etwa durch elektronisch überwachten Hausarrest anstelle von Ersatzfreiheitsstrafen. Resozialisierung ist für uns der wirksamste Schutz vor Rückfällen. Deshalb stärken wir offene Vollzugsformen und setzen uns für Haftvermeidung und Konzepte wie Wohngruppenvollzug ein.

Die wehrhafte Demokratie muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats für den Erhalt unseres friedlichen, freien und sicheren Zusammenlebens kämpfen. Das gilt für alle Formen von Demokratie-, Verfassungs- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wer in der Polizei, der Justiz oder im Landtag tätig ist, darf kein Feind unserer Verfassung sein. Darum soll vor Einstellungen in diese Bereiche künftig ein verdachtsunabhängiges Prüfverfahren zum Einsatz kommen: die sogenannte Regelabfrage beim Verfassungsschutz. Dieser Verfassungstreue-Check ist zwar kein Allheilmittel, aber ein wichtiger zusätzlicher Baustein im Auswahl- und Einstellungsverfahren. Er schützt Polizei, Justiz und Landtag vor demokratieschädlichen Einflüssen und vor Personen, die dort nichts zu suchen haben. Für einen besseren Schutz vor den Gefahren für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung stärken wir gezielt das Landesamt für Verfassungsschutz. Außerdem stärken wir das zivilgesellschaftliche Engagement und seine vielfältigen Akteur*innen – auskömmlich und verlässlich. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz schaffen wir dafür einen klaren gesetzlichen Auftrag und Rahmen. Mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg und seinen Fachstellen haben wir bereits wichtige Strukturen geschaffen, die sich insbesondere in den Bereichen Prävention, Beratung und Monitoring engagieren. Auch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ist eine starke und wichtige Partnerin, weil sie Zugänge zu

politischer Bildung schafft. Wir wollen prüfen, wie wir passgenaue Schutz- und Sicherheitskonzepte für die engagierte Zivilgesellschaft entwickeln und umsetzen können. Die Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger*innen beim Landeskriminalamt ist für uns dabei beispielgebend. Wir werden nicht zulassen, dass sich Menschen aus Angst vor Anfeindungen, Bedrohungen oder Diffamierungen aus dem politischen Leben, der politischen Arbeit oder der politischen Bildung zurückziehen.

Keine Waffen in den Händen von Verfassungsfeind*innen: Die Entwaffnung von Extremist*innen werden wir entschlossen fortführen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Verschärfung des Waffengesetzes ein, damit Verfassungsfeind*innen erst gar keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen streben wir einen verbesserten Informationsaustausch zwischen Landeskriminalamt und Verfassungsschutz an. Die unabhängige Kontrolle des Landesamts für Verfassungsschutz durch das Parlamentarische Kontrollgremium soll durch eine Kontrollstelle gestärkt werden.

Verlässlich in der Not – Bevölkerungsschutz stärken

Angesichts einer veränderten internationalen Sicherheitslage stärken wir den Schutz der Zivilbevölkerung und machen unser Land resilienter. Dazu modernisieren wir bestehende Schutzbauten und kritische Infrastruktur. Dort wo es notwendig ist, schaffen wir zusätzliche Kapazitäten. Wir stärken den Katastrophenschutz sowie das Rettungswesen als zentrale Säule einer resilienten Gesellschaft. Dazu wollen wir die Stellen, die für die Bewältigung von bereichsübergreifenden Großschadenslagen und Katastrophenfällen zuständig sind, entsprechend der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu einem Bevölkerungsschutz-Präsidium zusammenziehen. So können sowohl die Planung als auch die operative Krisenbewältigung aus einer Hand erfolgen. Wir werden deshalb den Sanierungs- und Neubaus von Rettungswachen und Sonderrettungswachen wie Bergrettung, Wasserrettung, Luftrettung etc. in der kommenden Legislaturperiode weiter abbauen.

Die Tätigkeit in einer Integrierten Leitstelle ist hochanspruchsvoll. Es ist wichtig, auch die Leitstellen zukunftsfähig aufzustellen – sowohl strukturell als auch personell. Deshalb werden wir neue Wege eröffnen, um Fachpersonal zu gewinnen. Dass Leitstellen auch durch Fachpersonal geführt werden, ist für uns selbstverständlich. Mit einer einheitlichen Software für Baden-Württemberg, digitalen Schnittstellen zwischen Polizei, Integrierten Leitstellen und weiteren Akteur*innen sowie einer europäischen Open-Source-Software-

basis sorgen wir für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen und Leitstellen.

Zudem setzen wir auf das Konzept der Gemeinde-Notfallsanitäter*innen, um die originäre Notfallrettung zu entlasten. Die Selbstverwaltung im Rettungsdienst werden wir an ihren Erfolgen und der Umsetzung der Vorgaben im Rettungsdienstgesetz messen und gegebenenfalls auf den Prüfstand stellen. Wir setzen uns hierbei insbesondere dafür ein, dass die Verkürzung der Hilfsfrist durch die Novelle des Rettungsdienstgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode nicht auf die Beschäftigten abgewälzt wird. Stattdessen müssen ausreichend personelle und materielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Katastrophenschutz beginnt nicht erst im Ernstfall – er beginnt mit Vorbereitung. Deshalb setzen wir auf Aufklärung und frühzeitige Sensibilisierung. Bereits jetzt müssen Schulen für die Klassenstufe 6 verbindlich einen Aktionstag zum Katastrophenschutz durchführen. Daran wollen wir anknüpfen und ihn verbessern. So lernen junge Menschen früh, wie man sich im Ernstfall richtig verhält, und werden an die aktive Mitarbeit im Bevölkerungsschutz herangeführt.

Denn der weitaus größte Teil des Bevölkerungsschutzes in Baden-Württemberg wird ehrenamtlich getragen. Ehrenamtliche sind unverzichtbar und leisten einen unschätzbaren Beitrag für unser aller Sicherheit. Deshalb haben wir die Helfendengleichstellung im neuen Katastrophenschutzgesetz deutlich ausgeweitet. Wir setzen uns auch weiterhin für eine Gleichstellung aller Helfer*innen ein – unabhängig von der Organisation. Wir vereinheitlichen First-Responder-Systeme und fördern sie finanziell. Wir werden das Ehrenamt auch mit anderen Mitteln attraktiver gestalten. Hierzu ist nicht nur die Beschaffung und Förderung moderner Ausstattung notwendig, sondern auch die materielle Wertschätzung der Arbeit, etwa durch die Ehrenamtskarte und anderen Vergünstigungen.

5.3. Werte verteidigen: Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen

In einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint, sind die Europäische Union und die Europäische Zusammenarbeit ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Als Land im Herzen Europas gestalten wir es aktiv mit: für ein starkes, handlungsfähiges Europa, das sich gegen Autokrat*innen behauptet, seine Werte schützt und globale Verantwortung übernimmt.

In Baden-Württemberg leben wir das „Europa der Regionen“ und arbeiten aktiv mit unseren direkten Nachbarn zusammen, zum Beispiel am Oberrhein und Hochrhein und rund um den Bodensee. Als Quellenland der Donau bringen wir uns in der Donaunraumstrategie aktiv ein und sind aktives Mitglied im Zusammenschluss der „Vier Motoren für Europa“. Zusammen mit der Lombardei (Italien), Auvergne-Rhône-Alpes (Frankreich) und Katalonien (Spanien) packen wir die Transformation der Wirtschaft an und nehmen viele weitere Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur sowie die Landwirtschaft in den Blick. Unter unserer Präsidentschaft haben wir in den Vier-Motoren-Regionen den gemeinsamen „Business Passport“ etabliert. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter ausbauen, damit noch mehr Start-ups und Mittelständler in den Vier-Motoren-Regionen erfolgreich sein können.

Europa beginnt vor Ort. Deshalb intensivieren wir europäische Städtepartnerschaften und sorgen für eine bessere Vernetzung der Europaschulen in Baden-Württemberg. Europa zu stärken, bedeutet für uns auch, Europa spürbar zu machen – insbesondere für die junge Generation. Durch grenzüberschreitende Begegnungen von Jugendlichen und Schüler*innen, durch die Teilnahme am Austauschprogramm Erasmus+ oder im Rahmen einer grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung können junge Menschen Europa konkret erleben. Dabei können sie ihre interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen ausbauen sowie ihre Karrierechancen verbessern. Das wollen wir weiter stärken und noch bestehende Hemmnisse und Hürden weiter abbauen.

Ein Herzstück der europäischen Idee sind offene Grenzen. Die trinationale Metropolregion am Oberrhein ist zusammengewachsen. Gerade in unseren Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz ist es gelebter Alltag, am Morgen in Baden-Württemberg aufzuwachen, in der Schweiz zur Arbeit zu gehen und am Abend Freund*innen in Frankreich zu treffen. Doch dieser Alltag wird durch neue Grenzkontrollen, veranlasst von der Bundesregierung, bürokratische Hürden und Lücken in der Infrastruktur erschwert.

Für uns in Baden-Württemberg ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit essenziell – sei es im Nahverkehr, in der Gesundheitsversorgung, im Katastrophenschutz oder in der Bildung. Europa ist für uns der ganz konkrete Alltag der Menschen im Land.

Dafür bauen wir den Universitätsverbund EUCOR weiter aus und etablieren diesen grenzübergreifenden Wissenschaftsraum als internationalen Leuchtturm in der europäischen Zusammenarbeit. Die gezielte Unterstützung unserer Hochschulen durch Landesmittel für den Auf- und Ausbau der Teilnahme an Europäischen Hochschulallianzen

werden wir weiter verstärken. Bereits heute sind zehn Hochschulen aus Baden-Württemberg an neun Allianzen beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, die Europäisierung der Hochschulbildung voranzutreiben, indem wir die Hochschulen befähigen, European Degrees innerhalb der Europäischen Netzwerke zu etablieren. Weiter vorantreiben wollen wir auch den Austausch und die Vernetzung von Studierenden und Lehrenden – innerhalb und außerhalb Europas. Denn wir wissen: Globale Allianzen können nicht früh genug starten.

Mit Frankreich verbindet uns nicht nur die längste Landesgrenze, sondern auch ein enges Netz von grenzüberschreitenden Partnerschaften. Eine gute Partnerschaft zwischen Stuttgart und Straßburg, zwischen Freiburg und Colmar ist für unsere beiden Länder ebenso wichtig wie zwischen Berlin und Paris. Als grün-geführte Landesregierung haben wir diese Partnerschaften stark ausgebaut: zwischen Städten und Gemeinden, im Universitätsverbund EUCOR und mit der Förderung vieler kleiner Bürger*innen-Projekte, die uns enger zusammenwachsen lassen. Ein gelungenes Beispiel für die gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist auch der deutsch-französische Wasserschutzpolizeiposten am Oberrhein. Dieses Projekt zeigt, wie Sicherheit, Umweltschutz und europäische Partnerschaft konkret ineinandergreifen können. Solche gemeinsamen Strukturen sind ein wichtiger Baustein für einen modernen Katastrophenschutz – auch angesichts der fortschreitenden Klimakrise.

Die Zusammenarbeit im Blaulichtbereich muss durch Harmonisierung von gesetzlichen Regelungen und grenzüberschreitenden Weiterbildungen verbessert werden. Beispielhaft sind hier schon die Weiterbildungen im Polizei- und Justizbereich am Oberrhein, die wir verstärkt fortsetzen wollen.

Die Schweiz ist für Baden-Württemberg ein zentraler Partner. Wir begrüßen daher die politische Einigung zwischen dem Schweizer Bundesrat und der Europäischen Kommission über ein neues Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Schweiz-Strategie der Landesregierung und unser Einsatz als Brückenbauer zwischen Schweiz und EU. 2024 haben wir die Schweiz-Strategie aktualisiert und fortgeschrieben mit dem Ziel, die Verflechtung der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräume entlang der Grenze zu stärken. Wir sehen heute viele Erfolge im Sinne einer guten Partnerschaft mit unserem Nachbarland. Dazu gehört zum Beispiel ganz praktisch der grenzüberschreitende öffentliche Nahverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz.

Die Schweiz-Strategie thematisiert auch das geplante Schweizer Endlager für radioaktiven Abfall und die grenznahen Atomkraftwerke. Wir set-

zen uns dafür ein, dass die deutsche Seite bei den Planungen des Endlagers eng eingebunden wird. Und wir treten dafür ein, dass die deutsche Seite bei sicherheitstechnischen Diskussionen rund um grenznahe Reaktoren miteinbezogen wird. Um das Unfallrisiko der grenznahen Atomkraftwerke dauerhaft zu beseitigen, sollten sie perspektivisch abgeschaltet werden.

Als Land im Herzen Europas wissen wir: Die großen Fragen unserer Zeit können wir nur gemeinsam lösen. Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein funktionierender Binnenmarkt – all das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern tägliche Aufgabe. Deshalb setzen wir uns als Land entschlossen dafür ein, europäische Werte zu schützen und Europa zu einem handlungsfähigen, solidarischen, wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Kontinent weiterzuentwickeln. Mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel gestalten wir Europa aktiv mit. Und haben dafür gesorgt, dass EU-Fördermittel nach Baden-Württemberg fließen, etwa für exzellente Forschung, die ländlichen Räume oder den Klimaschutz.

Der russische Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 markiert eine Zäsur für Europa. Er hat uns wieder bewusst gemacht, welche große Bedeutung nach wie vor das europäische Projekt als Garant für Frieden hat. Wir alle sind gefordert, für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Gerade angesichts äußerer Bedrohungen, wie sie von einem aggressiv agierenden Russland ausgehen, aber auch im Lichte eines erstarkenden Nationalismus in einigen EU-Ländern. Mit der Donauraumstrategie, die die Völkerverständigung in den vierzehn Donau-Anrainerstaaten fördert und die Lebensqualität steigert, unterstützen wir bereits die Rechtsstaatlichkeit in Staaten wie Rumänien und Ungarn und stärken so das Fundament unserer Demokratie.

Als exportorientiertes Land ist der Ausbau direkter Kooperationsbeziehungen auch über Europa hinaus wichtig – auch um neue Märkte zu erschließen und den Weg von Fachkräften nach Baden-Württemberg zu erleichtern. In diesem Sinne haben wir erfolgreich mit weltweit starken Partnern verhandelt. Dazu zählen der Ausbau einer Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Kalifornien, die Fachkräfte- und Bildungskooperation mit dem indischen Bundesstaat Maharashtra, der Abschluss einer Kooperationserklärung mit der kanadischen Provinz Ontario oder die Kooperation des „Cyber Valley“ in Tübingen mit dem „Seoul AI Hub“ in Südkorea.

Die Auswirkungen der Klimakatastrophe in ganz Europa zeigen es deutlich: Gerade in Zeiten, in denen eine US-Regierung gegen den Klimaschutz arbeitet, ist die Zusammenarbeit mit Regionen weltweit besonders wichtig, die den Klimaschutz voranbringen wollen. Dazu gehört beispielsweise die aktive Mitarbeit in der „Under2Coalition“ mit Kalifornien und vielen weiteren Regionen sowie

unsere Förderung von Wasserstofftechnologien zusammen mit Katalonien, Andalusien und Schottland. Zwischen Baden-Württemberg und Andalusien wurde eine Energie- und Klimapartnerschaft begründet. In der Europäischen Union hat sich Baden-Württemberg für den Green Deal stark gemacht. Wir werden auch weiterhin für die Transformation kämpfen, für den Umwelt- und Klimaschutz, aber auch für unsere exportorientierte Wirtschaft, die von der Entwicklung neuer Technologien und Produkten lebt.

Als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas und als Klimaschutzland muss Baden-Württemberg Verantwortung für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Welt übernehmen. Wir haben die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg gestärkt und ihre finanzielle Ausstattung schrittweise erhöht. Mit dem Eine-Welt-Promotor*innen-Programm und dem interkulturellen Promotor*innen-Programm haben wir gezielt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gefördert und migrantische Perspektiven stärker eingebunden. Die Zusammenarbeit mit dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit haben wir ausgebaut. In Kooperation mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit haben wir zudem zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte gestärkt.

Die Landespartnerschaft mit Burundi, die die Zusammenarbeit und Vernetzung in Bereichen wie Landwirtschaft, Friedensarbeit oder Klimaschutz fördert, haben wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Durch die Académie de l’Amitié haben wir zudem den persönlichen Austausch zwischen Bürger*innen und Organisationen aus Burundi und Baden-Württemberg sowie die Entwicklung gemeinsamer Ideen gefördert.

Europa erlebbar machen – grenzenlos zusammenwachsen

Wenn Menschen sich begegnen und miteinander ins Gespräch kommen, können Freundschaften und Kooperationen aller Art entstehen und Vorurteile abgebaut werden. So wird europäisches Bewusstsein gestärkt, so dass Europa weiter zusammenwächst. Durch die Möglichkeiten zur Begegnung, durch grenzüberschreitende politische und administrative Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Mobilität machen wir den Mehrwert Europas für Bürger*innen und Unternehmen erfahrbar.

Den Mikroprojektfonds, der mit Begegnungen zwischen deutschen und französischen Bürger*innen grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Politikfeldern voranbringt, wollen wir fortführen. Für uns Grüne ist zentral, dass europäische Austauschprogramme wie etwa Erasmus+ noch stärker von Auszubildenden genutzt werden. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber auch für Lehrkräfte und Verwaltungs-

personal sind oft noch gar nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit angehen.

Angesichts eines erstarkenden Nationalismus auch innerhalb Europas ist es für uns besonders wichtig, die Unterstützung für unser europäisches Projekt in der jungen Generation zu festigen. In Kooperation mit Nachbarländern wie Frankreich wollen wir mit vergünstigten, grenzüberschreitend gültigen Regional- und Nahverkehrstickets für junge Menschen auch zukünftig Begegnungen ermöglichen und europäische Freundschaften erlebbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zukunft mehr Auszubildende eine grenzüberschreitende duale Ausbildung absolvieren können.

In Zukunft wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit explizit europäisch ausrichten – über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, insbesondere mit Frankreich und der Schweiz. Wir setzen uns hier für eine stärkere Nutzung von Synergieeffekten bei Umweltschutz, Klimaschutz und Energieversorgung ein. Als weitere konkrete Maßnahme wollen wir die Grundlage für eine trinationale Notfallversorgung zwischen Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz schaffen. Unser Ziel ist eine eingeübte Zusammenarbeit von Rettungsdienst, Luftrettung, Wasserrettung und Bergwacht. Damit im Notfall nicht Zuständigkeiten entscheiden, sondern die Menschen vor Ort schnell die bestmögliche Hilfe erhalten.

Auch in der Gesundheitsversorgung wollen wir grenzüberschreitende Synergien gezielt stärken. Gemeinsam mit unseren Nachbarn Frankreich und Schweiz arbeiten wir am Abbau bürokratischer Hürden für Gesundheitsakteure, Fachkräfte und Patient*innen. So wird es für medizinisches Personal einfacher, grenzüberschreitend tätig zu sein – und für Patient*innen selbstverständlicher, dort behandelt zu werden, wo die Versorgung am besten und am schnellsten möglich ist.

Die grün-geführte Landesregierung hat das trinationale Kompetenzzentrum für Gesundheit TRISAN auf zukunftsfähige Beine gestellt und damit Lehren aus der Pandemie gezogen. Wir wollen die langfristige Finanzierung dieses Erfolgsprojekts sichern.

Europa wächst zusammen, wenn die Bürger*innen einfach, verlässlich und klimaneutral über Grenzen hinweg mobil sein können. Wir arbeiten weiter unermüdlich an der Wiedererrichtung der Bahnstrecken Freiburg-Colmar sowie Rastatt-Hagenau und fordern Bund und EU auf, gemeinsam mit uns und unseren französischen Freund*innen pragmatische Lösungen zu suchen.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der trinationalen Regio-S-Bahn-BaseL ein sowie für die Reaktivierung der Kandertalbahn. Entlang des Hochrheins nehmen wir den Schwung aus der Elektrifizierung der Hochrheinbahn mit und wol-

len den ÖPNV zwischen der Schweiz und Deutschland weiter stärken. Im Hegau und am Bodensee machen wir uns dafür stark, das Projekt BODANRAIL 2045 weiter voranzutreiben. Wir wollen einen integrierten öffentlichen Nahverkehr und die zeitnahe des BW- und Deutschlandtickets – auf weitere Strecken in der Schweiz und erstmals nach Frankreich. Wir setzen uns dafür ein, dass das Deutschlandticket in Frankreich bis Strasbourg, Colmar und Mulhouse gelten soll und im Gegenzug französische Tickets in den Verbänden am Oberrhein anerkannt werden. Damit schaffen wir grenzenlose, flexible Mobilität und stärken nachhaltig den gemeinsamen Wirtschaftsraum am Oberrhein.

Auf EU-Ebene setzen wir uns weiter für eine Entbürokratisierung der Arbeitnehmerentsendung ein und erleichtern damit das Pendeln, die Ausbildung und die Arbeit genauso wie den grenzüberschreitenden Alltag. Um grenzüberschreitende Alltagsmobilität zu ermöglichen, wollen wir die Grenzkontrollen wieder auf das im Schengen-Raum vorgesehene Maß zurückfahren.

Europa vereint: für Frieden und Freiheit

In Zeiten geopolitischer Spannungen ist entschlossenes Handeln für Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa wichtiger denn je.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Denn Russland bedroht nicht nur seine Nachbarn, sondern unser Wertesystem. Angesichts der russischen Aggression braucht es in Ost-, Südost- und Mitteleuropa starke demokratische Partner. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für eine neue Wirtschafts- und Regional Kooperation ein. Diese soll den Wiederaufbau zerstörter Regionen voranbringen und den Weg der Ukraine in die Europäische Union ebnen. Wir unterstützen den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten und arbeiten insbesondere mit der Republik Moldau auf ihrem Weg in die Europäische Union eng zusammen. Baden-Württemberg und die Republik Moldau haben vereinbart, ihre Zusammenarbeit auszubauen.

Ein Europa von unten – europäische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken und Europa den Menschen nahebringen

Für uns Grüne ist die europäische Integration, also der Weg zu einer echten politischen und wirtschaftlichen Einheit, kein Elitenprojekt. Wir wollen keine Europapolitik über die Köpfe der Menschen hinweg. Unser Ziel ist eine lebendige europäische Demokratie, in der Regionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Bürger*innen Europas mitgestalten können. Für ein europäisches Bewusstsein als Voraussetzung für eine europäische Demokratie müssen Bürger*innen

allerdings nicht nur mitbestimmen dürfen, sondern auch ausreichend über Europa informiert werden.

Die Demokratie in Europa steht durch erstarkenden Populismus, Extremismus und um sich greifende Desinformation unter Druck. Wir Grüne wollen deshalb, dass die Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter genutzt werden, die europäische Demokratie weiterentwickelt wird und demokratische und zivilgesellschaftliche Organisationen ungeachtet nationaler Grenzen gestärkt werden. Wir begrüßen die Ergebnisse einer deutsch-französischen Expertengruppe, die unter anderem konkrete Empfehlungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene vorschlägt.

Von unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen Grundwerten wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Fördermittel nur Staaten bekommen, die die Rechtsstaatlichkeit achten. Als Land wollen wir auch weiterhin konkret demokratische Zivilgesellschaften vor Ort stärken, etwa über gemeinsame Projekte wie die regionalen Rechtsstaatsdialoge oder den Danube Youth Council.

Die weitere europäische Einigung bedarf einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung. Deshalb ist eine weitere Stärkung der baden-württembergischen Akteure der Europaarbeit notwendig. Gemeinsam möchten wir den europäischen Gedanken im Land noch sichtbarer machen. Kommunal-, Vereins-, Hochschul- und Schulpartnerschaften machen Europa erlebbar. Wir möchten diese in Zukunft mit neuen Inhalten und Formaten wie zum Beispiel virtuellen Vernetzungsplattformen unterstützen und die Partnerschaftsarbeit durch das Land stärken.

Die Jugendämter und Familiengerichte müssen kontinuierlich weitergebildet werden, um schnell und effizient mit den zuständigen Behörden jenseits der Grenze zusammenarbeiten zu können, wenn es um Kinderschutzmaßnahmen geht.

In der Öffentlichkeit besteht ein großes Interesse an Information über Europapolitik. Darum wollen wir unsere europabezogene Öffentlichkeitsarbeit in der Fläche ausbauen, modernisieren, digitalisieren und strategischer mit den europaaktiven Verbänden und weiteren Partnern im Land abstimmen. Um das Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und Themen auf europäischer Ebene zu verbessern, müssen europapolitische Inhalte an den Schulen in Baden-Württemberg vertieft vermittelt werden.

Europa beginnt vor Ort. Baden-Württemberg ermöglicht Beamt*innen sowie Verwaltungsangestellten über den dynamischen Europapool in der Landesverwaltung und in baden-württembergischen Kommunen eine zeitlich begrenzte Mitarbeit in der Landesvertretung in Brüssel oder in der Europaabteilung des Staatsministeriums. Wir wol-

len, dass in jeder Gemeinde und in jeder Behörde in Baden-Württemberg Menschen arbeiten, die auf diesem Weg Europakompetenz erworben haben. Damit bringen wir Europakompetenz in unsere Gemeinden und machen Europa im Verwaltungshandeln vor Ort erfahrbar.

Wir wollen die Kommunen an den Grenzen proaktiv beraten, wie sie vor Ort die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Bürger*innen verbessern können.

Das Europa der Regionen erhalten und stärken

Der Entwurf für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU sieht eine grundlegende Veränderung bei der Vergabe regionaler Fördermittel vor. Das betrifft zum Beispiel den bisherigen Europäischen Fonds für regionale Entwicklung oder den Europäischen Sozialfonds: weg von den Regionen hin zu den Nationalstaaten. Wir machen uns dafür stark, dass die Regionen im Zentrum der Entscheidungen bleiben. Denn wir wissen vor Ort am besten, wo EU-Gelder zielführender eingesetzt werden können.

Bei Gesetzen mit grenzüberschreitender Relevanz stimmen wir uns frühzeitig mit unseren europäischen Nachbarn ab, um Vorhaben schneller, effizienter und transparenter umzusetzen.

Europäisches Bündnis für Innovationskraft: künstliche Intelligenz als Schlüssel

Als führende europäische Innovationsregion denken wir Europa auch technologisch weiter. Künstliche Intelligenz ist dabei ein Schlüssel – für wirtschaftliche Souveränität, für gesellschaftlichen Fortschritt und für eine europäische Innovationskraft, die auf Demokratie, Transparenz und Gemeinwohl ausgerichtet ist.

Wir wollen nicht nur KI-Technologien marktbeherrschender IT-Konzerne nutzen. Vielmehr muss Baden-Württemberg selbst zu einem führenden Entwicklungsstandort für innovative KI-Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle werden. Wir stärken gezielt die heimische KI-Entwicklung und die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern.

Baden-Württemberg soll zum führenden europäischen Standort für künstliche Intelligenz werden – durch den gezielten Ausbau von Schlüsselprojekten wie dem Cyber Valley in Tübingen, der AI Factory Stuttgart und dem Innovation Park Artificial Intelligence in Heilbronn. Hierbei legen wir den Fokus auf das Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft und – weil es neue sicherheitspolitische Herausforderungen nötig machen – auf die europäische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Für wirtschaftliche Souveränität braucht es digitale Souveränität. Deshalb setzen wir auf euro-

päische Cloud-Anbieter und Datenverarbeitung unter europäischer Gesetzgebung, um sensible Daten zu schützen und um unabhängiger von außereuropäischen Technologiekonzernen zu werden.

Die hohe Innovationskraft des Landes wollen wir weiter stärken – zum Beispiel mit einem neuen europäischen Projekt zum autonomen Fahren. Baden-Württemberg hat aktuell eine führende Rolle bei photonischen Chips – einer Schlüsseltechnologie für KI und Hochleistungsrechner. Wir investieren gezielt in Forschung und Fertigung, um diese Position zu sichern, Europas Technologiesouveränität zu stärken und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Vom Ländle in die Welt – globale Allianzen für Innovation, Energie und Klimaschutz

Indem wir dazu beitragen, dass Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird, werden wir unserem Anspruch als Klimaschutzland gerecht. Wir investieren in europäische Netze für Wasserstoff und schließen Energiepartnerschaften mit unseren europäischen Nachbarn sowie Regionen weltweit. Darüber hinaus bauen wir unsere Partnerschaften mit Regionen wie Kalifornien, die im Klimaschutz vorangehen wollen, weiter aus. In Brüssel setzen wir uns für die Einhaltung und bürokratiearme Umsetzung des Green Deal ein.

Fairer Welthandel beginnt vor Ort – auch in den Rathäusern und Landeseinrichtungen. Öffentliche Verwaltungen stellen über ihre Beschaffungen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit beitragen. Die Landesverwaltung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die kommunalen Verwaltungen werden wir bei ihren Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards unterstützen. Wir wollen Kommunen ermöglichen, ihre Beschaffungen nachhaltig und fair zu tätigen. Dazu gehören eine praxistaugliche Beratung und bessere Zugänge zu entsprechenden Produkten und Anbietern.

Globale Verantwortung und Gerechtigkeit

Baden-Württemberg übernimmt Verantwortung. Mit unserer Entwicklungspolitik tragen wir dazu bei, die Welt zu einem gerechteren Ort zu machen und das Bewusstsein für globale Ungleichheiten zu schaffen. Die zentrale Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist ein Alleinstellungsmerkmal der

Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Auch in Zukunft wollen wir die Rolle der Zivilgesellschaft als zentrale Kraft in der Entwicklungspolitik stärken. Wir Grüne setzen uns in Baden-Württemberg dafür ein, zivilgesellschaftliche Akteur*innen strukturell und finanziell besser abzusichern und ihre Mitsprache bei der Ausgestaltung der Landespolitik auszubauen.

Wir treten für den Erhalt der Bundes-Kofinanzierung des Eine-Welt-Promotor*innen-Programms ein und wollen insbesondere das interkulturelle Promotor*innen-Programm gezielt weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu bestehenden Fördermitteln erleichtern und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen deutlich stärken.

Ein besonderes Beispiel für gelebte Partnerschaft ist unsere enge Verbindung zu Burundi. In Zukunft wollen wir insbesondere den Jugendaustausch mit Burundi ausbauen und so das Fundament für ein partnerschaftliches Miteinander auf Augenhöhe legen. Wir setzen uns für eine Fortführung der Académie de l'Amitié ein.

Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Deswegen unterstützen wir den Weg unserer Museen und Einrichtungen, weiterhin konsequent und transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie wissenschaftliche Sammlungen kommen. Ziel ist es, unrechtmäßig erworbene koloniale Kulturgüter zu identifizieren und diese zurückzugeben. Dafür werden wir die auf koloniale Aufarbeitung ausgerichtete Namibia-Initiative stärken und nach ihrem Vorbild auch die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte unseres Landespartners Burundi fördern.

Im Nordirak arbeitet die Landesregierung eng mit der Region Dohuk zusammen, um die Lage von binnervertriebenen Jesid*innen zu verbessern. Gemeinsam mit dem Nordirak stärken wir psychosoziale Hilfen für Jesid*innen, vor allem für Frauen. Im Zentrum dieser Unterstützung stehen oft Frauen, die vor Ort mit großem Engagement Schutzräume schaffen, Bildung ermöglichen und Traumabewältigung leisten. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und die lokalen Akteur*innen gezielt stärken – als Beitrag zu einer gerechten und friedlichen Zukunft in der Region. Wir wollen ein neues Sonderprogramm für Jesid*innen auflegen und den noch ausstehenden Familiennachzug ermöglichen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Jesid*innen, die den Völkermord überlebt haben, nicht abgeschoben werden.

Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf unserer Landesdelegiertenkonferenz vom 12. bis 14. Dezember 2025 beschlossen.

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Königstraße 78, 70173 Stuttgart
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de
instagram.com/gruenebw

V.i.S.d.P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Dr. Christiane Schulz, Königstraße 78, 70173 Stuttgart

Titelgestaltung: Yvonne Gehrke
Satz: Frieda Fiedler
Lektorat: Dr. Annette Kosakowski